Frankreichs Kolonialreich als Basis seiner Weltmacht

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät der
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

EDZARD HOBBING

aus Halle

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Januar 1933
Tag der Promotion: 17. Oktober 1934

Druck: Walter Kersten, Halle (Saale), Geiststraße 47

83

Frankreichs Kolonialreich als Basis seiner Weltmacht

von

Edzard Hobbing

Referenten: Prof. Dr. Otto Hoetzsch
Prof. Dr. Walter Vogel

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Disposition.

I. Koloniale Zielsetzung
- A) Imperialistische Ausdehnung 5
- B) Koloniale Begründung und Zielsetzung
  - 1. Zweck der Kolonien 18
  - 2. Tendenzen der Kolonial- und Eingeborenenpolitik 25

II. Der heutige Wert des Kolonialreiches für das Mutterland
- A) Die Probe des Weltkrieges 47
- B) Ausnutzung der kolonialen Möglichkeiten seit dem Weltkriege
  - a) Wirtschaftlich
    - 1. Die koloniale Rohstoffquelle von heute 60
    - 2. Ursachen der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Kolonialreiches . . . 67
    - 3. Das koloniale Absatzgebiet 78
  - b) Militärisch 84

III. La mise en valeur 100

IV. Innenpolitische Gefahrenmomente des Kolonialreiches
- 1. Nationalismus und Kommunismus 128
- 2. Der Islam 152
- 3. Die Chinesen in Indochina 159

V. Außenpolitisch-koloniale Reibungsflächen
- 1. Französisch-italienischer Kolonialstreit . . . 162
- 2. Die Mandate 167
- 3. Indochinas außenpolitische Lage 170

VI. Das Kolonialreich als Machtbasis 174

Lebenslauf 179

Literatur 181

Meinen lieben Eltern
zum Dank

I. Koloniale Zielsetzung.

A) Imperialistische Ausdehnung.

Die koloniale Ausdehnung des „ancien régime" erreichte unter Colbert ihren Höhepunkt.

Nachdem Franz I. begonnen hatte, französische Kolonialpolitik zu treiben, indem er durch den Florentiner Verazzani und durch Jaques Cartier aus St. Malo in Canada und auf Neufundland Gebiete für die französische Krone besetzen ließ, führte Heinrich IV. das angefangene Werk weiter. Ein dazwischen liegender Versuch Coligny's und der Hugenotten, durch 1555 und 1562 ausgesandte Expeditionen nach Brasilien und Florida dort französisch-protestantische Niederlassungen zu gründen, schlug fehl. Das Projekt war zu groß, die Zeit noch nicht reif dafür.

Heinrich IV. nahm die Pläne seines Vorgängers wieder auf und wandte sich aufs neue nach Canada hin. Er stellte Schiffe, Lebensmittel und Waffen zur Verfügung und ernannte Gouverneure für die neuen Territorien, die, Canada und Akadien, unter dem Namen Neu-Frankreich zusammengefaßt wurden. Champlain gründete 1608 Quebec. Das Vorbild der in jener Zeit florierenden holländischen Indien-Compagnie regte Heinrich an, ein Gleiches für Frankreich zu versuchen; er gründete durch königliches Patent die französische Indien-Compagnie (1604), der aber der Erfolg versagt blieb. Weitere koloniale Handelsgesellschaften entstanden, so für Canada und Akadien (1598), für Sumatra, Java und die Molukken (1600).

Der Kardinal Richelieu setzte das dort begonnene Werk energisch und zielbewußt fort. Mit dem ihm 1626 übertragenen Titel eines „Großmeisters, Leiters und Generaloberintendanten des Handels und der Schiffahrt Frankreichs" übernahm er die Leitung aller Handels-, Schiffahrts- und also auch Kolonialangelegenheiten, um sie, entsprechend den Ideen des Merkantilismus und seinen politischen Absichten, nach Kräften zu entwickeln. Verlangte die merkantilistische Theorie staatliche Förderung von Handel und Schiffahrt, die beide eine koloniale Basis benötigten, so gingen Richelieu's politische Absichten darauf aus, einerseits durch das mit der Kolonisation verbundene religiöse Bekehrungsmittel den

Wünschen der katholischen Partei Frankreichs Genüge zu leisten. Andererseits aber bot koloniale Betätigung auch die Möglichkeit, den durch des Kardinals absolutistisch-zentralistische Innenpolitik beschäftigungslos gewordenen und also gefährlichen Adel auf gute und nützliche Weise loszuwerden und ihm ein weites, erfolgversprechendes Schaffensfeld zu geben. Schließlich aber kennzeichnet den erwachenden Gegensatz zu England die Bemerkung aus den Memoiren des Kardinals, die er über seine Schiffahrts- und Kolonialpolitik macht, er wolle „montrer aux Anglais qu'ils n'étaient pas rois de la mer"[1]).

Entsprechend seinen Zielen förderte Richelieu jedes Unternehmen, das Kolonisation und Seehandel betreiben wollte und die Zahl der Kolonialgesellschaften, die durch ihn ihre Charten erhielten, ist beträchtlich. Zu nennen wären diejenigen von Morbihan, der „Cent Associés", von Ostindien und Madagaskar, der amerikanischen Inseln und andere mehr. Sie alle erlebten unter der Regierung des Kardinals eine wahre Blütezeit. Die Kolonisation in Akadien, auf den Antillen, in Guyana und dem Senegalgebiet machte bedeutende Fortschritte. Die starke und klar-wollende Politik des Ministers gab stete Impulse, die das Werk gedeihen ließen.

Der Kardinal Mazarin stand den Fragen der Wirtschaft, des Handels und der kolonialen Ausdehnung interesselos gegenüber und Richelieus Bau schien gefährdet. Jedoch nahm Colbert ihn wieder auf, um ihn zu mächtiger Größe zu führen. Die französische Expansion in den überseeischen Gebieten erreichte ihren Höhepunkt, Frankreich wendete sich nicht mehr ausschließlich nach Nordamerika, sondern faßte in allen Weltgegenden Fuß. Louisiana wurde erworben; an der Westküste Afrikas dehnte man sich aus und schritt auf den Antillen, in Guyana, am Senegal vorwärts. Neue Niederlassungen entstanden auf Madagaskar und den Maskarenen-Inseln, an der Koromandel-Küste und in Bengalen. Weitere Handels-Compagnien wurden gegründet, und ihre Namen weisen nach Ost- und West-Indien, nach Guinea und auch schon nach China. Tatkraft und Klugheit Colberts schufen Großes und ließen Handel und Schiffahrt jenen mächtigen Aufschwung nehmen, der allein die europäische Kriegführung Ludwig XIV. ermöglichte und zu finanzieren imstande war.

Mit Colbert erreichte eine Epoche der französischen Machtpolitik ihren Scheitelpunkt, die man, obwohl der Begriff zu dieser Zeit noch nicht existierte, doch schon als imperia-

[1]) Zitiert in „Duchêne, La politique coloniale de la France", Paris 1928, S. 13, Anm. 3.

listisch bezeichnen kann. Waren in der europäischen Politik Ludwigs XIV. bereits alle Elemente des reinen Imperialismus vertreten, so trug der koloniale „Imperialismus" Colberts noch fast ausschließlich wirtschaftlich-friedlichen Charakter und dachte weder an kriegerische Eroberungen noch an militärische Erfolge. Colberts gewaltlose Expansion war im Begriff, Frankreich reich zu machen und zur Welthandelsmacht zu erheben, nachdem Franz I., Heinrich IV. und Richelieu die Ziele gegeben und den Weg bereitet hatten.

Jedoch nahmen mit wachsender Kolonial- und Handelstätigkeit auch die Reibungen mit England zu. Der alte Gegensatz lebte an neuen, kolonialen Ursachen auf und nahm solchen Umfang an, daß er nach Colberts Tode im Verlauf eines neuen, hundertjährigen Krieges, der in Europa, Canada, Indien und Aegypten geführt wurde, zum Sturz der französischen Kolonialmacht führte. Der Friede von Utrecht 1713 und der Pariser Friede von 1763, die Friedensschlüsse der Revolutions- und napoleonischen Kriege, nahmen Frankreich fast alles koloniale Besitztum, das zum überwiegenden Teil in die Hände Englands fiel. Schuld daran trug die zähe und zielbewußte Politik Englands, die sich nie zersplitterte und immer das Gewollte fest im Auge behielt; aber auch und ebenso die französische Politik Ludwigs XIV., Ludwigs XV. und Napoleons I., die stets zu viel Eisen im Feuer hatten und bei gleicher Zähigkeit die nötige Folgerichtigkeit vermissen ließen. Auf der einen Seite schärfste Konzentration der Kräfte und des Willens, auf der anderen Zersplitterung beider. Das Ergebnis eines so geführten Kampfes konnte nicht zweifelhaft sein.

Kurz, die koloniale Macht des „ancien régime" ging unter, weil weder das Königtum noch Napoleon den wahren Wert und die Tragweite kolonialer Ausdehnung begriffen hatten. Nie endende europäische Verwicklungen und Abenteuer engten ihren Gesichtskreis ein und erlaubten dazu auch keine überseeische Expansion, die alle Kräfte erfordert hätte. Turgot wird das Wort zugeschrieben: „Quand la maison brûle, s'occupe-t-on des écuries?"

Nur Splitter des einst so mächtigen Kolonialbesitzes konnte die Restauration aus dem Zusammenbruch des napoleonischen Reiches retten; sie übernahm ein klägliches Erbe. Der mittelamerikanische Kreis umfaßte noch Guyana und die Inseln Guadeloupe und Martinique, von Neufundland blieben nur St. Pierre und Miquelon erhalten, während in Indien wie im afrikanischen Senegalgebiet nur noch einige Handelsniederlassungen die französische Flagge zeigten.

Dazu kam noch die Insel Bourbon, später in Réunion umgetauft, im Indischen Ozean östlich von Madagaskar gelegen.

Und doch bildete dieser geringe Außenbesitz die Basis, auf der Frankreich, erst langsam, zögernd und planlos, schließlich aber in fast stürmischer Eile und sehr zielbewußt sich ein neues Kolonialreich aufbaute, größer und fester als das erste.

Die Restaurationsregierungen mußten sich in die veränderte Lage fügen und angesichts der aus den endlosen Kriegen der letzten Jahrzehnte herrührenden Erholungsbedürftigkeit Frankreichs auf eine aktive europäische Außenpolitik nahezu Verzicht leisten. Aber auch die innerpolitische Lage erlaubte keine schwierigen Abenteuer, für die eine starke Regierung unerläßliche Voraussetzung ist. Man wandte sich also, um die Energien der Nation nutzbringend zu verwenden, um Frankreichs Macht, aber auch die Staatsform zu festigen, der kolonialen Ausdehnung zu. Die nationale Tradition erwachte von neuem.

Im allgemeinen jedoch gingen die Regierungen viel zu zaghaft vor, um große Erfolge verzeichnen zu können. Man versuchte hier und da sein Glück, unternahm fast schüchtern zu nennende Aktionen auf Madagaskar, wo die Engländer nach Kräften Steine in den Weg legten, am Senegal und in Indochina, blieb jedoch überall bei den Ansätzen stehen und kam nicht vorwärts. Kein Wunder, denn nicht nur drohten allzu leicht außenpolitische Verwicklungen, sondern auch im Innern waren die Widerstände lebhaft. Stand die große Masse des Volkes der kolonialen Ausdehnung indifferent gegenüber, so bildete sich andererseits auch eine starke antikoloniale Gruppe heraus und Abgeordnete wie Desjobert und der General de Foy[1]), denen sich u. a. auch Emile de Girardin und selbst der spätere Marschall Bugeaud zugesellten, wollten nichts von Kolonien wissen. Unter diesen Umständen mußte der Elan von Männern wie Portal und Filleau St. Hilaire scheitern und konnte keine großen Früchte tragen. Die Ansätze erstickten im Kampf der Meinungen und Intrigen.

Aber die Restauration sollte doch die Begründerin der neuen Kolonialmacht werden. War man mit der planmäßigen Expansionspolitik nirgends zum Ziele gekommen, so mußte der Zufall es sein, der den Stern Frankreichs aufgehen ließ.

[1]) Der General de Foy sagte in der Deputiertenkammer am 27. Juni 1822: Les colonies sont sans utilité en temps de paix, à la merci de l'ennemi en temps de guerre". „Malheur aux colonies si des souvenirs trompeurs les entâmaient vers un avenir chimérique . . . la richesse et la puissance ne sont plus là!" (Duchêne, La politique coloniale de la France. Paris 1928), pag. 167.

Ein an sich unbedeutender Zwischenfall machte in der Folge eine Strafexpedition gegen Algier notwendig, die 1830 zur Besetzung dieser Stadt sowie von Bône und Oran führte. Weder die Regierung Karls X. noch die Julimonarchie Ludwig Philipps, die 1830 die Leitung der französischen Geschicke übernahm, hatten die mindeste Absicht, sich in Algier festzusetzen und dort eine französische Kolonie zu gründen. Man war hingegangen, teils um die der Flagge Frankreichs angetane Beleidigung zu bestrafen, teils um der algerischen Seeräuberei das Handwerk zu legen, aber durchaus nicht zu dauerndem Aufenthalt. Der Widerstand in Kammer und Presse war stark, Ludwig Philipp selbst zu friedlich gesinnt, um kriegerischen Lorbeeren nachzujagen, Guizot fürchtete nichts so sehr wie außenpolitische Schwierigkeiten und Gefahren —, kurz, man war allgemein gegen eine klare Annexion des besetzten Gebietes. Aber man zögerte auch mit der Räumung und konnte sich nicht entschließen, das eben angefangene und schon seinen Nutzen zeigende Werk im Stich zu lassen und also aufs neue der Barbarei zu überliefern.

Man ging aber weder nach Frankreich zurück noch dehnte man seine Eroberung aus. Man fand keinen Entschluß und verteidigte nur inzwischen in langen und kostspieligen Kämpfen das eben Erworbene. Mit Recht sagt ein heutiger Beobachter[1]), daß, wenn Frankreich sich in Algerien festgesetzt hat, dieses weniger geschah aus dem Wunsch heraus, sich dort zu halten, als mangels Möglichkeit, sich von dort zurückzuziehen. Die Grundlage des französischen Kolonialreiches wurde so fast versehentlich gelegt. Als Ursachen dieser merkwürdigen Tatsache hat die Willensschwäche der Julimonarchie, ihre Entschlußlosigkeit, ihr Mangel an weittragenden politischen Ideen und an einer wirklichen klaren Kolonialpolitik zu gelten. Mängel, die sich als roter Faden durch die gesamte französische Expansionspolitik lange genug hindurchziehen.

Ludwig Philipp blieb in Algier. Und auch ein 1840 ergangener Beschluß des Parlaments, der die Räumung forderte, brachte ihn nicht mehr von seiner allmählich fester gewordenen Haltung ab.

Währenddessen ging die französische Regierung bei allen anderen Versuchen kolonialer Erwerbung mit der gleichen Schüchternheit und Unentschlossenheit vor, die man in ihrer auswärtigen Politik überhaupt beobachten konnte. Ein un-

[1]) Watteau, Finances publiques. (L'Algérie en conférences, 1929, pag. 207.) „Si nous nous sommes fixés en Algérie, ce fut moins par désir de nous y maintenir que faute de pouvoir de nous en retirer."

sicheres Tasten im Stillen Ozean erbrachte neben der Räumung Madagaskars nur die Besetzung Nossi-Bé's, von St. Marie und den Mayotte-Inseln, dann von Tahiti, den Gesellschafts- und Marquesas-Inseln. Vorsichtig wandte man sich auch Afrika zu und belegte die Gabun-Mündung und an der Elfenbeinküste Groß-Bassam und Assinie mit Beschlag. Ein zaghaftes Wünschen ist es nur, das die Juli-Regierung in die Welt hinausführt, nicht der Zwang wirtschaftlicher oder politischer Notwendigkeiten. Von keinem Dogma und keiner Doktrin ist die Rede, wenn nicht ein hemmungsbeschwertes und ängstliches Geltungsbedürfnis ohne jeden Elan den Anspruch auf den Titel einer kolonialen Begründung erheben will. Die Zeit der bürgerlichen Revolutionen hat die Grundlage zur französischen Kolonialmacht von heute gelegt, aber sie hat es fast gegen ihren Willen getan. Die französische Niederlassung in Nordafrika war, wie Ernest-Picard[1]) weniger bescheiden als anspruchsvoll sagt, die Ausführung eines Schicksalsdekretes.

Mit dem zweiten Kaiserreich kam ein frischerer Zug in die französischen Expansionsbestrebungen. Nicht nur konnte sich Napoleon als Selbstherrscher über alle antikolonialen Tendenzen, wie sie aus England gekommen waren und in Frankreich von de Molinari, Laveleye, Passy u. a., auch Thiers, verfochten wurden, leichter hinwegsetzen, sondern für ihn und den Bestand seiner Herrschaft war die koloniale Gloire ebenso wichtig wie jede andere. Er dehnte die französische Herrschaft bedeutend aus, besetzte weite Gebiete in Westafrika und am Gabun, nahm Cochinchina und Kambodscha an sich und annektierte Neu-Kaledonien, die Loyalty-Inseln und am Roten Meer Obok (Djibuti). Jedoch fehlte seiner Kolonialpolitik das hemmende Gegengewicht nicht. Er verfiel in den alten Fehler des Ancien régime, hatte zu viel Eisen im Feuer, zersplitterte seine Kräfte und war nicht imstande, sie klar, energisch und großzügig auf ein Ziel zu konzentrieren. Seine europäische Politik, die im Krimkrieg und in den italienischen Feldzügen kulminierte, sein verfehltes Abenteuer in Mexiko und endlich seine deutschen Pläne zeigen diese Konfusion, das Fehlen jeder großen Linie. Ohne diese Mängel hätte die Kolonialexpansion Napoleons ungleich Größeres erreichen können, denn die in seiner Hand vereinigten Machtmittel waren groß und der imperialistische Wille fehlte nicht.

Das Erscheinen der Dritten Republik, die das Zweite Kaiserreich 1870 ablöste, bezeichnet eine Wendung der französischen Kolonialpolitik.

[1]) Ernest-Picard, pag. II im Vorwort zu „L'Algérie en conférences", 1929.

Dem unruhigen Volk, das bisher seine überschüssigen Energien auf dem Felde europäischer Politik zu entladen gewohnt war, ist dieser Aktionsraum plötzlich versperrt. Die deutschen und italienischen Großmächte erwachen nach langem Vegetieren in den untersten Rängen politischer Stufenfolge plötzlich zu neuem tätigen Dasein. Eine Umwälzung vollzieht sich, die für Frankreich von härtester Bedeutung ist und es zwingt, eingewurzelte politische Ideen und Ziele zurückzustellen und sich, will es seinen alten Platz in Europa behalten, völlig umzuorientieren. Es gilt jetzt, den gewaltigen Machtverlust, den das Aufsteigen der beiden neuen Staaten verursacht hat, auszugleichen und durch einen Machtzuwachs fern von Europa zu kompensieren. Kolonisation bedeutet Steigerung der Wirtschafts- und Militärmacht, Erhöhung von Prestige und Einfluß auf politischem und kulturellem Gebiet, kann also bei vorhandener entsprechender Basis auch den Uebergang vom Großmachts- zum Weltmachtsrang bedeuten.

In dem ersten Jahrzehnt der Dritten Republik war diese Begründung kolonialer Expansion noch durchaus nicht Allgemeingut bei den Vertretern politischer Theorie und Praxis. Die junge Republik war noch viel zu stark mit ihrer inneren Konsolidierung beschäftigt, innenpolitische Kämpfe nahmen fast alles Interesse in Anspruch und jeder Weiterblickende starrte wie gebannt auf das „Vogesenloch" im Osten. Die innere Sammlung und Festigung mußte erst weiter fortgeschritten sein, ehe man eine neue koloniale Ausdehnung wagen durfte.

Mit dem ersten Kabinett Ferry setzte dann plötzlich und mit immer steigendem Elan der koloniale Eroberungsdrang ein. Ferry war der leitende Geist, der fast als Einziger in damaliger Zeit den Wert eines großen Kolonialreiches erkannte und bewußt auf das Ziel einer kolonialen Großmacht Frankreich hinarbeitete. Er, und nächst ihm vielleicht der zögernder vorgehende Gambetta, riß den Blick von der „ligne bleue des Vosges" los, den Gedanken an sie zwar nicht verwerfend, aber doch zurücksetzend. Er wollte ein starkes, machtvolles Frankreich, das überall energisch seine Interessen vertrat und in keiner Weise darauf verzichtete, Großmacht zu sein. Frankreich hat seine „politique de grandeur" nötig, es darf niemals eine Verzichtpolitik treiben, wenn es sich nicht selbst aufgeben will: „La politique d'abdication? Je sais bien, que vous ne la voterez pas . . . Ne plaidez pas des circonstances atténuantes . . . Dites que vous avez voulu une France grande en toutes choses, grande par les

arts de la paix, grande par la politique coloniale"[1]), sagte er zu den Abgeordneten der immer widerspenstigen Kammer. Frankreich muß Kolonien haben! Und wenn Frankreich sich nicht eilig auf den Weg zu deren Erwerbung macht, dann werden andere Staaten sich ihrer bemächtigen: „La politique des mains nettes, c'est de toute évidence l'Italie à Tunis, nous prenant à revers, l'Allemagne en Cochinchine, toutes deux à Madagascar ou en Nouvelle-Guinée; en un mot, la banqueroute de nos droits et de nos espérances, un nouveau traité de 1763, sans excuse de Roßbach et de la Pompadour"[2]). Ferry zieht auch wirtschaftliche Argumente zur Hilfe heran und empfiehlt die Kolonien als denkbar geeignet zur Anlage des französischen Kapitalreichtums: „Les colonies sont pour les pays riches un placement de capitaux des plus avantageux . . . La France qui regorge de capitaux . . . et qui les exporte en quantités considérables à l'étranger, a intérêt à considérer ce côté de la question coloniale"[1]). Die Kolonien sind als Absatzgebiete von größter Wichtigkeit und können als solche in späterer Zeit über Sein und Nichtsein eines Staates entscheiden: „La politique coloniale est fille de la politique industrielle . . . L'exportation est un facteur essentiel de la prospérité publique; le champ d'emploi des capitaux, comme la demande du travail, se mesurent à l'étendue du marché extérieur. Tout le monde aujourd'hui veut filer et tisser, forger et distiller. L'entrée en scène des derniers venus de la grande industrie, les Etats-Unis, l'Allemagne, la Suisse, à la vie industrielle sous toutes ses formes, entraine l'Occident tout entier sur une pente que l'on ne remontera pas!"[3]) Ferry beweist hier, mit diesen prophetischen Worten, eine weitausblickende Voraussicht, die den Staatsmann kennzeichnet. Schließlich fordert er auch für Frankreichs Seehandel Kohlen- und Reparaturstationen an allen Küsten aller Meere.

Damit ist die imperialistische These klar herausgearbeitet, Frankreich hat das koloniale Programm, dessen es so entbehrte und das nun unter Gewinnung weiterer Volkskreise eine zielbewußte Kolonialausdehnung ermöglicht. Zwar vorerst ist der Widerstand gegen die Ferrysche Politik noch heftig, selten hat ein französischer Politiker so erbitterten Widerspruch erlebt. Das Parlament und die öffentliche Meinung vereinigten sich in der Bekämpfung des verhaßten Ministers, der den schwersten Beschimpfungen und selbst

[1]) Jaques Ancel: Histoire contemporaine. Paris 1930.

[2]) Ferry: Tonkin et la mère-patrie. 1890.

[3]) Hanotaux: L'empire colonial français. Exposé général. 1929. pag. 20.

Attentaten ausgesetzt war. Die Radikalen waren prinzipiell antikolonial, für sie war Kolonisation ein soziales und demokratisches Verbrechen. Clémenceau warf Ferry eigenmächtiges Handeln vor, Verrat an den Rechten der Volksvertretung, Gefährdung der politischen Lage Frankreichs sowie der französischen Armee. Die monarchistische und klerikale Rechte dagegen fürchtete ein Aufgeben der Revanchepolitik und wehrte sich heftig gegen ein „Abirren" in ferne Gefilde. Und die öffentliche Meinung schrie einstimmig über die verbrecherische Regierung, die zugunsten der Börsenfinanz Leben und Gut französischer Bürger rücksichtslos aufs Spiel setzte, die sich von Bismarck und Wilhelm II. protegieren lasse.

Ferry hielt fest. Er hatte seine Politik für richtig, für die einzig mögliche erkannt. Und er führte sie wirklich geschickt durch. Mit kleinen Krediten und kleinen Truppenmengen engagierte er Frankreich in Tunis und Tonking, um dann, wenn die Lage schwierig zu werden drohte, durch Appell an die nationale und die Waffen-Ehre meist alles zu erreichen, was er brauchte und was die Eroberung des Landes sicherstellte. Und was Ferry mißlang, das erreichten dann, je nach ihrer Tatkraft, seine Nachfolger Gambetta, Freycinet, Brisson usw. Man eroberte ein großes Kolonialreich, aber „en petits paquets". Es war die alte „Façon d'agir"; aber der frühere Fehler war bei Ferry zum geschickt und energisch angewandten, erfolgreichen politischen Kunstgriff geworden.

Ueber der tonkinesischen Frage stürzte Ferry. Jedoch hatte sein Wirken tiefen Eindruck gemacht und ließ eine neue, bewußt imperialistische Generation von Diplomaten, Forschern und Soldaten emporkommen, die nun Frankreich zäh und kühn zum Gipfel kolonialer Macht führten. Der parlamentarische Widerstand begann mit der Zeit nachzulassen; die Rechte zuerst bekehrte sich zum Kolonialismus und begann allmählich alle kolonialen Aktionen zu unterstützen. Sie hatte begriffen, was Gambetta triumphierend ausrief, als er den Abschluß des Vertrages von Bardo 1881, der Tunis dem französischen Protektorat unterwarf, erfuhr: „Il faudra bien que les esprits chagrins en prennent leur parti, un peu partout: la France a repris son rang de grande puissance!"[1]). Und die Radikalen mäßigten sich in ihren Angriffen auf die Kolonialpolitik langsam mehr und mehr, um endlich nur noch Gegner gewisser kolonialer Methoden, aber nicht mehr des kolonialen Imperialismus an sich zu bleiben. Sie wurden darin später von den Sozialisten abgelöst.

[1]) Hanotaux: L'Empire colonial français. 1929. Préface, pag. V.

Kurz, der Expansionsdrang wurde, wenn nicht vom Volk, so doch von der parlamentarischen Vertretung aufgenommen und sein Prinzip setzte sich durch.

Und diese französische Expansion griff mächtig um sich. Algerien wurde ausgedehnt und endlich ganz befriedet; Tunis wurde besetzt; die Sahara von allen Seiten in Angriff genommen und nach harten Opfern pazifiziert; Westafrika dehnte sich bis zu den Gebieten von Borku, Ennedi und Tibesti aus und Dahomey, Nigeria, die Elfenbeinküste und Französisch-Guinea wurden ihm einverleibt. Aequatorialafrika entstand als neue Kolonie und erstreckte sich über die gewaltigen Provinzen Gabun, Mittel-Kongo, Ubangi-Schari und Tschad, am Tschad-See die Verbindung mit Westafrika findend. Madagaskar wurde nach wesentlichen Schwierigkeiten, verursacht von den mit den Engländern längere Zeit verbündeten Howas, 1896 annektiert. Indochina entstand 1887 durch Zusammenfassung der Protektorate Annam, Tonking, Laos und Kambodscha mit der Kolonie Cochinchina als Indochinesische Union, der sich das 1899 auf Pacht besetzte chinesische Kwang-tschau-wan 1900 als administrative Untereinheit anschloß. Die französischen Besitzungen in der Südsee wurden ausgebaut und 1885 in einem „Gouvernement der französischen Besitzungen in Ozeanien" zusammengefaßt.

Schließlich wurden auch noch Marokko 1904 resp. 1911, Kamerun und Togo sowie Syrien 1919 erworben.

Es ist unleugbar, daß die französische Politik dieser raschen und ausgedehnten Kolonialexpansion mit zäher Klugheit und Geschmeidigkeit sekundierte und allen drohenden internationalen Verwicklungen entweder mit geschickter und erfolgreicher diplomatischer Taktik oder mit rechtzeitigem Einlenken und Nachgeben entgegenzutreten wußte. Die erste Phase der kolonialen Aktion seit Ferry ist durch die Auseinandersetzungen mit England und Italien gekennzeichnet; wobei die Pariser Regierung in Deutschland zuweilen und sonst in Rußland Unterstützung oder Rückendeckung fand. Der französische Groll über die 1882 erfolgte Besetzung Aegyptens durch England wirkte sich in der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf der Kongo-Konferenz (Berlin 1884/85) aus, deren Ergebnis, die Kongo-Generalakte, den Standpunkt Deutschlands und Frankreichs gegen denjenigen Englands und Portugals durchsetzte. Die hier angebahnte deutsch-französische Annäherung führte zur freundschaftlichen Beilegung von kolonialen Differenzen, die zwischen beiden Ländern auftraten, und so zu den Abkommen von 1885 und 1887 über koloniale Grenzen in Westafrika und der Südsee sowie über Zollfragen an der Sklavenküste, von 1890 über die

Anerkennung des französischen Besitzes von Madagaskar und des deutschen Besitzes von Ostafrika, von 1894 über das Hinterland von Kamerun, von 1897 über die Niger-Togo-Grenzen und -Interessen.

Ein zweites Mal noch wandten sich Frankreich und Deutschland gemeinsam gegen England, dessen Vertrag mit dem Kongostaat (1894) über die Abtretung eines Streifens des Kongogebietes am Westufer des Tanganjika-Sees zu Zwecken der geplanten Kap—Kairo-Bahn die Kongo-Akte verletzte. Der doppelte Einspruch bewirkte die Aufgabe des englischen Projektes.

Damit schien aber auch die Möglichkeit weiteren deutsch-französischen Vorgehens erschöpft zu sein. In der Faschoda-Streitfrage 1898 stand Frankreich allein. Der französische Plan einer Landverbindung zwischen West- und Aequatorial-afrika einerseits und Dschibuti am Roten Meer andererseits hätte bei seiner Ausführung das englische Projekt der Land- und Bahnverbindung Aegypten—Südafrika durchkreuzt und forderte also den schärfsten Widerstand Englands heraus. Da Frankreich zur Durchführung seiner nur vorläufig zurück-gestellten europäischen Absichten auf die Freundschaft Eng-lands angewiesen und für eine militärische Auseinander-setzung nicht gerüstet, da es außerdem durch die Dreyfus-Wirren im Innern zerrissen war, so gab es nach. Mit kluger Mäßigung opferte es koloniale Interessen, so einen Konflikt vermeidend, der seiner auf weite Sicht geführten europäischen Politik hätte gefährlich werden können.

Die Auseinandersetzung mit Italien nahm nie so scharfe Formen an wie diejenige mit England. Zwar war Italien aus Aerger über die 1881 durch Frankreich erfolgte Besetzung Tunesiens 1882 in das Bündnis mit Deutschland und Oester-reich-Ungarn eingetreten; aber der Wert dieses Bündnisses beruhte einerseits auf der Stellung, die England dem Drei-bund gegenüber einnahm, und andererseits auf der Dauer der Ministerpräsidentschaft Crispis. Der Sturz des letzteren und die beginnende Trübung im Verhältnis der Mittelmächte zu England ließen die Haltung Italiens alsbald schwankend werden.

Damit tritt die französische koloniale Außenpolitik in ihre zweite Phase ein, die durch den Ausgleich der kolonialen Gegensätze zu England und Italien und durch die deutsch-französischen Differenzen um Marokko gekennzeichnet ist. War sie bisher durch den Gegensatz zu England und durch die noch junge Verbindung mit Rußland vorsichtig in der Defen-sive geblieben, so bot sich ihr jetzt mehr Bewegungsfreiheit. Die kolonialen Konflikte mit England waren nach Faschoda

ihrer gefährlichsten Schärfen beraubt, während das Verhältnis Englands zu Deutschland sich über der Burenfrage erheblich abgekühlt hatte. Eine Folge dieser Abkühlung war die französisch-italienische Annäherung mit dem Tunis-Abkommen 1896, durch das Italien das französische Protektorat anerkannte, sowie mit den Tripolis- und Sudanabkommen von 1900, die Italien Tripolis und Frankreich Marokko zusagten und die Interessensphären im Sudan regelten. Die Wendung Englands, das zu keiner Einigung mit Deutschland gekommen war, zum russisch-französischen Zweibund hin bot Frankreich die erwünschte Gelegenheit, die letzte noch bestehende koloniale Streitigkeit zwischen sich und England beizulegen. In dem Abkommen von 1904 gab Frankreich seine Ansprüche auf Aegypten auf, da es sie für undurchsetzbar halten mußte; es tauschte aber dagegen eine englische Anerkennung seiner Ansprüche auf Marokko ein, wo ihm von England freie Hand gelassen wurde. Dieses Abkommen mit England wurde dann noch durch einen im gleichen Jahr folgenden französisch-spanischen Vertrag ergänzt, der Marokko in eine französische und eine spanische Einflußzone teilte und eine Ablehnung jeder territorialen Ansprüche von seiten Deutschlands vorsah.

Damit war für das marokkanische Interessengebiet eine lästige englische oder spanische Konkurrenz ausgeschaltet. Der Kaufpreis bestand in der Aufgabe längst verfallener Ansprüche auf Aegypten und in der Zuerkennung eines nicht bedeutenden Gebietsabschnittes Marokkos an Spanien. Der Gewinn umfaßte nahezu das ganze Sultanat, dazu aber auch die Gewißheit einer diplomatischen Unterstützung durch England und Spanien im Fall, daß Deutschland Ansprüche geltend machte. Der italienischen und russischen Unterstützung hatte man sich anderweitig versichert.

So trat Frankreich in Algeciras 1905/06 nach glänzender diplomatischer Vorbereitung Deutschlands Ansprüchen entgegen, die sich auf die in der Madrider Konvention 1880 festgesetzte Meistbegünstigung für alle Signatare der Konvention stützten. Dem Rechtsstandpunkt Deutschlands widersetzte Frankreich sich auf Grund seiner Verträge und seiner bereits erworbenen Stellung in Marokko. Beide beharrten in ihrer Haltung. Endlich jedoch ließ Frankreich sich auf einen Ausgleich ein, der einigen deutschen Forderungen nachgab; denn ein weiteres Beharren war gefährlich, da Frankreich nicht genügend gerüstet war und weder auf das erschöpfte Rußland noch auf eine starke englische Landarmee zählen konnte. Und die Zugeständnisse, mit denen Deutschland zufrieden war, lohnten ein Nachgeben durchaus. Die kühle Klugheit der

französischen Politik berechnete den Vorteil und zog aus dem Ergebnis der Rechnung die Konsequenzen.

Zwar bestimmte das deutsch-französische Abkommen 1909 noch einmal klar den Sinn der Algeciras-Akte, die bei Anerkennung der besonderen politischen Interessen Frankreichs die unantastbare Unabhängigkeit des Sultans und die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in Marokko festsetzte. Aber das französische Vorgehen gegen Fez 1911 bedeutete praktisch die Zerreißung des Algeciras-Abkommens. Die deutsche Regierung antwortete mit der Entsendung des Kanonenbootes „Panther" nach Agadir, um ihre Ansprüche unzweideutig anzumelden. Frankreich war verhandlungsbereit und wurde nun von England energisch unterstützt. Das Ergebnis der Verhandlungen war der völlige Verzicht Deutschlands auf Marokko, wo Frankreich freie Hand erhielt, gegen Abtretung eines beträchtlichen Gebietsteiles der französischen Kongo-Kolonie an Deutschland.

Damit hatte die zähe und gewandte Politik Frankreichs ihr Ziel erreicht. Nordafrika blieb fest in französischer Hand; das übrige Kolonialgebiet war gesichert und wurde bald durch die Verträge von 1919 in vorteilhafter Weise abgerundet. In kurzer Zeit und unter schwierigen Umständen war es der Dritten Republik gelungen, das Kolonialreich des „ancien régime" nicht nur wiederherzustellen, sondern auch beträchtlich zu vergrößern. Die Forderungen Ferrys waren erfüllt und Frankreich ging aus dem Weltkrieg mit dem zweitgrößten Kolonialreich der Welt hervor.

Aus purem Imperialismus war der französische Ausdehnungsdrang erwachsen! Keinerlei zwingende bevölkerungspolitische und wirtschaftliche Notwendigkeiten hatten Frankreich hinausgeführt, nur der klare Wille, eine „politique de grandeur" zu treiben. Ein Land mit (heute!) 40 Millionen Einwohnern, nicht genügend, um das Mutterland selbst dicht zu besiedeln; ein Land mit vor dem Weltkrieg relativ kleiner Industrie, vorwiegend Agrarstaat; ein Land mit wirtschaftlich nicht sehr aktiver Bevölkerung, kaum geeignet und nur zu zögernd entschlossen, ein Kolonialreich von 13 Millionen Quadratkilometern zu entwickeln; ein Land, dessen Politik rein europawärts gerichtet ist und das deshalb den Kolonien nie seine volle Kraft noch Hingabe zuwenden wird und kann — dieses Land raffte unermüdlich alles an sich, was es nur bekommen konnte. Kann es eine klarere Ausprägung des Imperialismus geben?

B) Koloniale Begründung und Zielsetzung.

1. Zweck der Kolonien.

Frankreich sieht sich heute vor die Aufgabe gestellt, seinem unverhältnismäßig großen Kolonialbesitz eine Rechtfertigung vor den Augen der Welt zu geben. Einige andere Staaten dieses Planeten, übervölkert, von hoher und fruchtbarer Aktivität auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, aber von der kolonialen Erbschaft ausgeschlossen, verlangen diese Rechtfertigung zu reichen Besitzes oder einen Anteil daran, der ihnen ruhiger zu leben ermöglichen würde. Frankreich muß Rede stehen.

Es scheut vor dieser Rechtfertigung nicht zurück. Und die Gründe, deren es sich bedient, entnimmt es einerseits einer vorhandenen oder erwarteten Wirklichkeit, andererseits dem reichen Schatz einer französischen Theorie, die nur gar zu leicht französisches und Menschheits-Interesse zu mischen und als untrennbar zu präsentieren versteht.

In vorderster Linie steht die wirtschaftliche Begründung der Notwendigkeit eines kolonialen Besitztums von der Größe des französischen. Frankreich muß sich eine „indépendance économique" erwerben, muß im Frieden wie im Kriege von seinen eigenen Vorräten leben können und den „Importtribut" soweit wie möglich herunterdrücken. Der Einfuhrüberschuß, der 1928 (in runden Ziffern) 4,6 Milliarden, 1929 8,2 Milliarden betrug und sich 1930 (Krisenjahr!) auf etwa 9,5 Milliarden erhöhte, muß sinken, soweit die Einfuhr aus fremden Ländern stammt. Wogegen diejenige aus den Kolonien zu steigern ist. Von den rund 58 Milliarden Franken Einfuhr nach Frankreich stammten 1929 erst rund 7 Milliarden aus den Kolonien; eine lächerlich geringe Summe, wenn man Ausdehnung und Möglichkeiten des französischen Kolonialreiches bedenkt! Diese Möglichkeiten sind so groß, daß Frankreich seinen gesamten Bedarf an Fleisch, Fett, Kaffee, Kakao, Zucker; Baumwolle, Schafwolle, Seide, Kautschuk, Hölzern; dann auch an Metallen und sonstigen Mineralien ohne Schwierigkeiten decken könnte. Die Autarkie ließe sich also nahezu erreichen, obwohl in einem sehr gewichtigen Fall, in dem des Petroleum nämlich, alle angestrengten Bemühungen bisher weder im Mutterlande noch in den Kolonien den gewünschten Erfolg hatten; auch die Kohlenfrage bietet genügend bedrückende Sorgen. Aber im Großen und Ganzen könnte Frankreich sich selbst genügen und faßt also die Bildung eines Großwirtschaftsraumes innerhalb des französischen Empire durchaus ins Auge. Und das nicht gerade ermutigende Beispiel der britischen Empire-Bewegung, die

bisher an den allzu divergierenden Interessen des englischen Mutterlandes und der Dominions scheiterte, vermochte den hier und da aufflammenden Enthusiasmus noch nicht abzukühlen, da man, mit Recht, große Unterschiede zwischen dem englischen und dem französischen Empire feststellt.

Kurz, da man in Frankreich von heute alles Sein und Werden unter dem Gesichtspunkt der „Sicherheit" zu betrachten gewohnt ist, so soll auch diese Wirtschaftsautarkie dazu berufen sein, die französische Sicherheit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu garantieren und der derzeitigen Machtstellung Frankreichs einen festen Unterbau zu verleihen.

„Le salut en cas de menace" nennt Tardieu[1]) das französische Kolonialreich und hat dabei zuerst dessen militärischen Wert im Auge. In der Publizistik tritt die besondere Beachtung, die man dieser Seite kolonialen Nutzens schenkt, aus vielen begreiflichen Gründen nicht so stark hervor, sondern verbirgt sich hinter der Diskussion der Wirtschaftsprobleme. Jedoch stehen die kolonialen Armeefragen in Wirklichkeit an erster Stelle, unbestritten, unbestreitbar. Es ist auch nicht zu verkennen, daß sie für Frankreich von größter Wichtigkeit sind, seit die Verschiebungen der politischen Situation Europas und der Welt durch den Krieg (1914—18), die Veränderungen in militärischer Technik, Strategie und Taktik der letzten Jahrzehnte und endlich die französische Bevölkerungsbewegung die militärpolitische Lage Frankreichs stärker und stärker beeinflußten. Man hatte bereits in früheren Kriegen farbige Truppen benutzt, zumeist mit recht guten Erfolgen, wie die Vereinigten Staaten, nach den Sezessionskriegen und dem spanisch-amerikanischen Kriege, und Frankreich, nach dem 70er Kriege und zahlreichen Kolonialkämpfen, bezeugen konnten. Besonders über den Wert der westafrikanischen Neger waren sich die französischen Militärfachleute durchaus einig und Generale wie Faidherbe, der Eroberer des Senegalgebietes[2]), Borgnis-Desbordes, Archinard und endlich Mangin[3]) sangen geradezu Hymnen des Lobes über ihre Senegalesen. Der Verlauf des Weltkrieges, in dem zahlreiche farbige Kontingente eingesetzt wurden, hat ihrem Urteil recht gegeben, die Schwarzen zumal haben sich bewährt. Und jetzt, da Frankreich in der Zwangslage ist, eine Weltmachtstellung vertreten zu müssen, die nicht durch eine angemessene Bevölkerung des Mutter-

[1]) Tardieu: L'épreuve du pouvoir. 1931.

[2]) Faidherbe: Le Sénégal. La France en A. O. 1889. Paris

[3]) Mangin: La force noire. Paris 1910.

landes verteidigt werden kann, greift es mehr und mehr auf die Kolonialeingeborenen zurück. Die wirtschaftliche Begründung des Besitzes eines derart riesigen Kolonialreiches scheint nicht ausreichend zu sein, die militärische dagegen ist, rebus sic stantibus, überzeugender. Der Marschall Lyautey lieh ihr in einer 1907 an die Lyzeisten von Oran gehaltenen Rede seinen knappen und exakten Ausdruck: „Je ne cesserai d'espérer que la seve coloniale revenant de la périphérie au centre, y ramenera la force, cette force dont aucun organisme ne peut se passer, qui est et resta toujours l'ultima ratio, la premiere condition de l'indépendance et de la vie même des peuples. Pour la sauvegarde de l'intégrité nationale, pour accomplir en toute liberte l'implacable évolution sociale dont nous avons toujours été les précurseurs, il ne suffit pas d'etre tolérés à la surface du globe ni même d'etre en état de se détendre, il faut encore pouvoir imposer son droit, et ne jamais hésiter à l'affirmer, ce qu'on ne peut faire qu'à la condition de maintenir intacte et solide l'épée dont on tient la garde . . ."[1]).

Lyautey hat bei Nennung dieser „Kraft, die von der Peripherie aus dem Zentrum zuströmt" nicht nur die militärische Bedeutung des französischen Kolonialreiches im Auge gehabt. Seine Worte zielen auch auf jene ideelle Stärke, die in Frankreich aufs neue zu wecken er für nötig hält und die eine französische Renaissance einleiten soll. Renaissance Frankreichs durch koloniale Tat! Das ist die dritte, allerdings etwas mystische Begründung kolonialer Expansion Frankreichs, durch Lyautey zur großen Mode erhoben. Er schrieb bereits 1897 in einem Brief an seine Schwester: „Il faut établir un circuit continu régénerateur de vie entre la France du dehors et la France du dedans, qui soit pour celle-ci le réveil, le réveil de l'activité physique, le réveil de l'action économique, le réveil du large commerce, le réveil de l'esprit de l'entreprise, le réveil aussi des penseurs généreux, des vastes vouloirs et des jugements larges sur le monde et sur les nations qui le peuplent"[2]). Es sind so genau alle die Mängel aufgezählt, die den Franzosen bisher nicht gerade zum geborenen Kolonisator stempelten. Andere Völker eroberten weite Fernen, um ihrer vorhandenen überquellenden Aktivität Räume und Ziele zu verschaffen. Frankreich besitzt weltweite Räume, aber nur in geringem Maße die sie befruchtende Energie des Handelns. Dem Geltungsbedürfnis, nicht einer „vitalen Aktivität" verdankt Frankreich sein Empire; aber die weiten, leeren Gebiete fordern sie

[1]) Louis Barthou: Maréchal Lyautey, pag. 42. Paris 1930.

[2]) Lyautey: Lettres de Tonkin et de Madagascar. Paris 1930.

jetzt! Und die dringende Schärfe ihres Verlangens soll nun den „réveil" bringen, soll den französischen Spießer mit dem Kirchturmshorizont aus Schlaf und Enge reißen, den Willen zur Tat in ihm wecken und aus dem Provinzler den weitschauenden und -handelnden Bürger des Weltreiches machen. Männer der Tat sollen das neue Empire bauen, sollen das Kolonialreich entwickeln. Die Kolonien werden es danken und, was in ihnen lebt, zu Männern der Tat erziehen. „Die Kolonien formen Männer!" sagte der Graf de Voguë. Ein wiederbelebender Blutstrom soll zwischen Mutterland und Kolonien kreisen. Wird er die Kolonien wachsen und gedeihen lassen, so wird er die der Stagnationsgefahr ausgesetzte „mère-patrie" verjüngen und neu kräftigen und eine französische Wiedergeburt herbeiführen.

Alles in allem, drei sehr ernst zu nehmende Begründungen, die auch drei Ziele zu gleicher Zeit darstellen. Dem wirtschaftlichen Ziel nähert Frankreich sich langsam und mit Schritten, die dem Schwung der Rede nur mühsam und in weitem Abstand hinkend zu folgen vermögen. Dem militärischen Ziel dagegen wendet Frankreich alle Anstrengungen zu und eilt hier mit bedrohlichen Riesenschritten vorwärts. Die farbige Armee wird von Tag zu Tag eine achtunggebietendere Einheit, soweit Zahl und Ausbildung in Frage kommen. Ihr innerer Wert unterliegt Schwankungen und ist je nach Herkunft und Rasse der Soldaten verschieden.

Das dritte Ziel, die Regeneration Frankreichs, steckt zumindest noch sehr in den Anfängen und wird, wenn das Kalkül überhaupt stimmen sollte, was recht zweifelhaft ist, natürlich nur sehr langsame Fortschritte machen. Ein Volk ändert sich in sehr wesentlichen Charakterzügen nicht von heute auf morgen. Und das französische Volk bewies bisher noch nie übermäßiges Interesse für sein Kolonialreich, sondern im Gegenteil eine erstaunliche Indifferenz, die sich mit oft geradezu grotesker Unwissenheit betreffs der eigenen Kolonien auch in gebildeten Kreisen zeigte. Eine früher vollkommen vernachlässigte, und erst jetzt, dem Zwang der Not gehorchend, umfassend aufgenommene Presse- und Schulpropaganda trug das ihrige zu dieser gleichgültigen Haltung der Massen bei. Es ist nicht unmöglich, daß das „koloniale Erwachen" des französischen Kleinbürgers weitreichende Wirkungen physischer und moralischer Art mit sich bringen könnte. Bis heute ist jedoch davon noch nichts zu spüren gewesen.

Mit den genannten drei, genügend gewichtig erscheinenden Begründungen und Zielsetzungen kolonialer Machtpolitik ist jedoch das französische koloniale Wollen durchaus noch

nicht erschöpfend gezeichnet. Stand bisher der nationale Egoismus im Vordergrund, so treten im Folgenden altruistische Tendenzen hervor, um in gleicher Weise der Begründung überseeischer Expansion zu dienen.

Warum ging Frankreich in die Kolonien? Sarraut gibt die Antwort: „Le Français est altruiste; son génie a le goût de l'universel, son humanisme . . . fomente les conceptions altruistes . .. pour étendre sur l'humanité entière un rêve de justice, de solidarité, de bonté fraternelles". Oder weiter: „Il s'approche des autres races pour les aider, leur plaire ou s'en faire aimer". Oder: „Il faut qu'il fasse la conquête des coeurs en les imprégnant d'un idéal qu'inspire le sens de la famille humaine". Oder: „Il a l'âme du Don Quichotte; il veut redresser les torts, défendre les faibles et les opprimés". Und: „Il organise des expéditions pour punir des massacres d'apôtres, secourir des monarques spoliés qui implorent son assistance, protéger les masses indigènes contre l'atroce tyrannie de roitelets sanguinaires"[1]).

Hardy sieht die Pflicht Frankreichs in der Erziehung der zurückgebliebenen Völkerschaften zu höherer Zivilisation und bezeichnet die Symbiose zwischen Kolonisator und Kolonisierten als erstrebenswertes Ziel.

Und der Kolonialminister Reynaud sagt[2]), Frankreich sei in den Kolonien, um „à réduire les incompréhensions entre les grandes masses humaines".

Der Altruismus tritt nur bedingt hervor in der Begründung, die Sarraut in seinem Werke ebenfalls gibt. Fähigkeiten der Rassen und Schäße des Bodens sind ungleich verteilt. Barbarische Völker im Besiß von reichen Schäßen haben nicht das Recht „wild" zu bleiben, wenn die Not der fähigen Rassen zum Nußen der gesamten Menschheit eine Inwertseßung ihres Besißes fordert.

Die bisher erwähnten Aufgaben Frankreichs wandelt im Vorwort zu Hanotaux' Werk über das französische Kolonialreich ein Autor G. L. J. mit einer neuen selbstlosen Note ab:" . . . pour tenir pleinement son rôle civilisateur dans le monde, pour assurer son autonomie économique nationale, pour être à la tête des petites nations, l'élément pacifique qui coordonne leurs efforts et rassure leur esprit d'indépendance. la France doit être forte par son empire colonial et ne jamais se laisser détourner du souci d'en consolider les

[1]) Sarraut: Grandeur et servitude coloniales, pag. 79/80. Paris 1931.

[2]) Einweihung der Kolonialausstellung zu Paris, 7. Mai 1931. (Temps 7. Mai 1931.)

bases et de le mettre en valeur. Une France prospère et puissante, avec son esprit libéeral, son goût pour la vie artistique et intellectuelle, son horreur de la domination qui s'impose, son désir profond de n'avoir d'influence que par persuasion et en quelque sorte par radiation, est pour tous les Etats et surtout pour les faibles une garantie d'indépendance et de paix".

Endlich versichert Hanotaux selbst, im gleichen Werk, daß das Kolonialreich in Frankreichs Händen, wenn die anderen Mächte dessen Rechte in ihrem eigensten Interesse anerkennen wollten, kein Gegenstand der Entzweiung, sondern nur der Eintracht und Einheit sein könne. Das afrikanische, das indochinesische Reich Frankreichs wären unerläßliche Elemente des Weltgleichgewichts, da die französische Nation gerecht und friedliebend sei. Das seien Grundsäke, die eine vorausschauende Diplomatie stets im Voraus den anderen Mächten einprägen müsse, im Namen des Gleichgewichts, des wohlverstandenen allgemeinen Interesses, des Friedens endlich sprechend.

Garantie des Friedens! Tardieu nimmt das Wort auf[1]) und sagt: „ . . . das Empire, begriffen und ausgebaut in materieller wie auch moralischer Hinsicht kann die fruchtbarste aller Garantien für eine bejahende Politik der Organisation des Friedens sein!" („Empire" ist hier als umfassender denn „Etat" gebraucht.) Und in einer Besprechung dieses Tardieu'schen Artikels trumpft Maurice Reclus[2]) noch stärker auf: „Qui ne sait pas voir dans la doctrine impériale française une doctrine pacifiste de grand style n'y comprend et n'y comprendra jamais rien. L'empire français est un instrument de paix pour plusieurs raisons, dont la première est que, même si, par hypothèse, la France n'était pas pacifique, son état impérial la contraindrait à la paix".

In seinem Bemühen, die französische koloniale Sache in jeder Weise zu rechtfertigen, in den Augen der Welt Frankreichs und nicht zulekt der Kolonialvölker selbst, geht Sarraut schließlich dazu über, eine „servitude coloniale" zu konstruieren, der sich Frankreich unterzieht. Zweifellos hat ihm dabei inspirierend das Wort Montesquieu's vorgeschwebt: „Je définis ainsi le droit de conquête: un droit nécessaire, légitime et malheureux qui laisse toujours à payer une dette

[1]) „L'Illustration." Nummer vom 31. Januar 1931. Artikel: Faisons le point!

[2]) „le Temps". Nummer vom 15. Februar 1931. Artikel „M. André Tardieu et la doctrine impériale".

immense pour s'acquitter envers la nature humaine"[1]). Darin besteht eben die „servitude coloniale" Sarraut's, daß Frankreich durch sein Gewissen gezwungen ist, an den unterworfenen Völkern die Tatsache ihrer Unterwerfung wiedergutzumachen und ohne Rücksicht auf sich selbst für ihr physisches und moralisches Wohlergehen und Wachstum zu sorgen. Gezwungen nicht nur durch sein Gewissen. sondern auch durch den ihm übertragenen „kolonialen Auftrag der Menschheit: „Mandataire de la civilisation, fondé de pouvoirs de la solidarité humaine, il ne saurait sans mentir à sa mission, sans déchirer son titre d'autorité, éluder les obligations morales qui l'interpellent dés ses premiers pas"[2]). Das alte Kolonialsystem, in dem die Kolonialvölker nichts als Handelsobjekte waren und jede Ausbeute im Interesse des Mutterlandes freistand, ist abgeschafft und ein neues System der freien Zusammenarbeit, zu Gunsten der Eingeborenen in erster Linie, hat den alten „Pacte colonial" abzulösen. Die Kolonialmacht hat vor dem eigenen und dem Weltgewissen die heilige Verpflichtung übernommen, den unterworfenen Nationen und Stämmen nicht eine brutale Unterdrückerin, sondern eine Führerin zur Reife und Selbständigkeit zu sein. Die schweigende Duldung kolonialer Erwerbungen durch die Welt läßt die Annahme einer unausgesprochenen Zustimmung möglich erscheinen. so daß dann die koloniale Verpflichtung. bei sanfter Nachhilfe, auch als mehrseitig abgeschlossener Pakt dargestellt werden kann. von dem einseitig sich zu lösen keiner Macht erlaubt ist. Also hat auch Frankreich nicht das Recht, sich aus seinen Kolonien zurückzuziehen, sondern muß dort nötigenfalls bis zum bitteren Ende ausharren, um seine Mission zu erfüllen: „servitude coloniale"!

Läßt sich von dieser Theorie der „servitude" auch nicht behaupten, daß sie unanfechtbar wäre. so wird man doch nicht leugnen können. daß sie ganz nützlich ist. Denn sie ist im Stande, manche auffällige Differenz zwischen Theorie und Praxis französischer Politik zu verdecken. das freie imperialistische Wollen und Machtstreben in eine Not und die Not in eine Tugend zu verwandeln. Daß die kolonialen Mächte, besonders Frankreich, aus reinem Altruismus in die fernen Zonen gingen, behauptet zwar Sarraut ebenfalls. Aber für Zweifler setzt er doch noch das „missing link" in seine These ein und gewinnt also aus der groben Masse „Imperialismus" das feine Kunstwerk „servitude": „Aucun pays riverain de la mer ou ayant des débouchés sur elle n'a pu ou

[1]) Montesquieu, Esprit des lois. Buch X, Kapitel 4.

[2]) Sarraut: s. o. pag. 112.

ne peut éluder son destin: il lui faut une flotte et avec une flotte, il lui faut des colonies. C'est la première servitude coloniale"[1]) Ebenfalls eine Ansicht, die des gültigen Beweises noch bedarf, die aber die gesamte Konstruktion glücklich ergänzt.

Eine „conscience impériale" verlangt Tardieu[2]) von Frankreich. Ein „Reichsbewußtsein", das jedem Franzosen die Größe und Kraft seines Landes klar vor Augen stellt und ihm die Gewißheit gibt, daß er in kommenden friedlichen und kriegerischen Auseinandersetzungen ein Volk von 100 Millionen hinter sich hat. Daß er sich seiner Verantwortung für dieses Empire stets erinnere und nie vergesse, daß der „Staat" Frankreich zu schwach ist, Kämpfe zu bestehen, die allein das französische „Reich" durchzufechten im Stande ist. Die „conscience impériale" hat die Aufgabe, aus dem vorhandenen Konglomerat des Mutterlandes und der Kolonien eine Einheit zu schmieden, die, mag sie durch Hautfarbe, Sitten und Gebräuche der Bewohner, durch geographische und klimatische Bedingtheiten noch so sehr getrennt sein, doch ein Einziges und Unteilbares — Frankreich darstellt. Mutterland und Kolonien werden darin eins das andere ergänzen. Bietet Frankreich seine alte politische, militärische und wirtschaftliche Erfahrung, seine Kultur, dann auch seine Männer und sein Geld am Aufbau und zur Erziehung dar, so geben die Kolonien die Kraft ihres Volkes und ihrer erstarkenden Wirtschaft zurück und helfen so dem Reich im Kampf des Friedens und Krieges. Frankreich ohne Kolonien würde kaum noch Großmachtrang besitzen; Frankreich im Besitz seines überseeischen Reiches ist eine Weltmacht. Gaston Doumergue sagte als Präsident des Senates bei einer Versammlung des Kolonialinstitutes einmal: „La France de demain sera coloniale ou elle ne sera pas"[3]).

2. Tendenzen der Kolonial- und Eingeborenenpolitik.

Das Ziel französischer Kolonisation ist die Ausdehnung französischen Einflusses in allen Weltteilen, das „rayonnement" französischer Zivilisation und Sprache in allen Gegenden des Erdballes, dann, aus beiden resultierend, die Stärkung französischer Macht.

[1]) Sarraut: s. o. pag. 76.

[2]) Tardieu: L'épreuve du pouvoir. Paris 1931.

[3]) Pelletier-Roubaud: Images et réalités, pag. 249. Paris 1931.

Zu diesem Ziel führen nur zwei Wege, deren einer in einfacher Anwendung jeder möglichen Gewaltmethode besteht, deren anderer durch Gewinnung von Freundschaft und Vertrauen auf friedliche Art und Weise den Zweck zu erreichen sucht.

Das Mittel der brutalen Gewalt hat Frankreich, ebenso wie jedes andere kolonisierende Volk, bisher in keiner Weise vernachlässigt. Die Geschichte auch der französischen Kolonisation wurde mit viel Blut geschrieben oder auch nicht geschrieben. Frankreich hat keinem anderen Volk Vorwürfe wegen dessen Kolonisierungsmethoden zu machen.

Die Ergebnisse der Zwangsherrschaft haben auch Frankreich, wie die übrigen Kolonialnationen, dazu geführt, andere Mittel zu suchen, mit denen man auf sichere Art und Weise seinem Ziel näherkommen kann. Es ergibt sich von selbst, daß nur das Gegenteil von Gewalt geeignet ist, kolonisierende und kolonisierte Nationen zusammenzuführen und womöglich zu verschmelzen, derart, daß der so gefügte Block auch dem härtesten Druck zu widerstehen vermag.

In erster Linie gilt diese vorsichtige und zartere Politik der weichen Hand für die Kolonialvölker, die auf dem Wege der geistigen und politischen Evolution schon weiter fortgeschritten waren und womöglich schon staatenbildende Kräfte hervorgebracht hatten. Hier heißt es ganz besonders rücksichtsvoll vorzugehen und jede krasse Verletzung des Stammes- oder gar Nationalgefühls peinlichst zu vermeiden. Hier ist durch den König und durch eine Beamtenhierarchie, durch gemeinsame Sprache, Religion und Kultur bereits ein enges Band um alle Glieder des Volkskörpers geschmiedet worden, während eine längere und oft ereignisvolle Geschichte mit ihrem Auf und Ab eine Art, wenn auch häufig noch unklaren Nationalgefühls entstehen ließ.

Vor diese Tatsache sah sich der französische Eroberer an mehreren Stellen seiner Tätigkeit gestellt und hatte ihnen bald Rechnung zu tragen. Bei der Eroberung von Algerien ging man noch rigoroser vor und nahm von Staatsform, Sitten und Gebräuchen der Landesvölker kaum Notiz. Aber dort konnte man ein solches Vorgehen auch wohl wagen, da eine bald einsetzende starke Immigration europäischer Siedler der französischen Herrschaft einen Unterbau verlieh, der in anderen Ländern vollkommen fehlte. Dieser Unterbau europäischer Herkunft beziffert sich heute (1926) auf etwa 830 000 Menschen, denen etwa 5,1 Millionen Eingeborene gegenüberstehen, so ein Verhältnis Weiß zu Farbig von 1:6 schaffend, und den Weißen ein relatives und genügendes

Uebergewicht gebend, das durch weitere Einwanderung und Geburtenüberschuß vorläufig gesichert ist.

Bei den folgenden kolonialen Erwerbungen empfahl sich ein andersgeartetes Vorgehen.

Indochina liegt in der intertropischen Zone und besitzt so ein Klima, das mit seiner feuchten Wärme einer europäischen Siedlung starke Hindernisse in den Weg legt, ganz besonders an den fruchtbaren Flußniederungen und Meeresküsten. Dazu tritt eine gerade in diesen Gebieten außerordentlich dichte Bevölkerung, die in Nord-Indochina, in Tonking, ein Mittel von 400 Einwohnern auf den Quadratkilometer erreicht, im unteren Delta des Roten Flusses sogar stellenweise 700 pro Quadratkilometer. Die klimatisch bevorzugten Gebirge Annams sind dagegen dünn besiedelt und nicht oder kaum kolonisierbar, da sie eine größere Bevölkerung nicht zu ernähren vermögen. In runder Summe beträgt die Einwohnerzahl Indochinas heute etwa 21 Millionen Menschen, die sich in den fruchtbarsten Gegenden zusammendrängen und einer weißen Siedlung kaum noch Platz lassen. Rechnet man dann hinzu, daß Annamiten und Tonkinesen einer kultivierten und aktiven Rasse angehören, die sich bereits alte und geordnete Staatswesen schuf und erobernd ausdehnte, dann ist klar, daß von einer direkten Beherrschung keine Rede sein konnte noch kann. Zahl und Charakter der Einwohner verbieten sie. Uebrig bleibt nur die indirekte Beherrschung durch Protektorate, wie sie durch die Verträge von 1862, 1863, 1874, 1883, 1884 in Kambodscha, Annam, Laos und Tonking eingesetzt wurden.

De iure unterscheidet sich ein Protektorat von einer Kolonie dadurch, daß der protegierte Staat in seiner Existenz nicht angetastet wird und unter mehr oder weniger vollständiger Belassung seiner Form und seines Aufbaues bestehen bleibt, während die protegierende Macht seine völkerrechtliche Vertretung, den Schutz seiner Interessen und nur eine gewisse Kontrolle im Innern übernimmt, also in allen außenpolitischen Fragen nach freiem Ermessen, in allen innerpolitischen in Uebereinstimmung mit ihm handelt. Aber de facto sind Protektorat und Kolonie als sich deckende Begriffe aufzufassen, da der Protektoratsstaat seine Handlungsfreiheit v o l l s t ä n d i g verliert und sich in allem dem Willen des Souverains zu unterwerfen hat, also in Wahrheit den Kolonialstatus annimmt.

Jedoch hat der Protektoratszustand den Vorteil für den „schützenden" Staat, daß dieser den „Schutz" fast unsichtbar ausüben kann und der Bevölkerung die Illusion zu erhalten

vermag, daß sie noch im eigenen und unabhängigen Staat lebe. Denn der Protektor läßt im allgemeinen die Verwaltungsmaschinerie des Protégés intakt und benutzt sie, um unauffälliger die gewünschten Ziele durchzusetzen, so wie sie der Vertreter der Schutzmacht am jeweiligen Hofe erreicht haben will. Der Resident allein repräsentiert die fremden Machthaber und lenkt den unterworfenen Staat zwar nach dem Willen seiner Regierung, aber fast unsichtbar für das Volk. So wird die tägliche Reizung vermieden und die Ruhe bewahrt; im Prinzip jedenfalls, in der Praxis sieht es oft anders aus.

Frankreich wandte dieses relativ einfache und billige System alsbald in Indochina an. Kochinchina, das zuerst eroberte Gebiet, wurde einfach annektiert und zur direkt verwalteten Kolonie erklärt. Aber die folgenden Eroberungen wurden zu Protektoraten umgeformt, wobei das annamitische Vizekönigreich Tonking von Annam getrennt und ohne Vizekönig, Protektorat fast nur dem Namen nach, einem Residenten unterstellt wurde. Annam selbst, Laos und Kambodscha erhielten den Protektoratsstatus. Dieser ist natürlich nicht überall gleichförmig sondern variiert. In Tonking liegt praktisch ein direktes Verwaltungssystem durch weiße Beamte vor, da man diese China benachbarte und am dichtesten besiedelte Grenzprovinz am festesten in der Hand behalten zu müssen glaubte. In den übrigen Ländern der Indochinesischen Union, Cochinchina, wie gesagt, ausgenommen behielt man den bisherigen administrativen Aufbau bei, um ihn später langsam und vorsichtig zu reformieren.

Auch Madagaskar wurde 1885 zum Protektorat unter französischem Schutz erklärt. Jedoch war die eingeborene Howa-Regierung in Verwaltung und Gesetzgebung derart rückständig, dazu auch das Gebiet der Insel ihr nur dem Namen und Anspruch nach unterworfen, daß man 1896 von einer Durchführung der Protektoratserklärung absah und Madagaskar einfach annektierte. Allerdings haben die Schwierigkeiten, die die eingeborene Regierung den Franzosen machte, sicher stark dazu beigetragen, deren Entschluß zu erleichtern.

Tunis und Marokko schließen die Reihe der französischen Protektorate ab.

Besonders an Aufrechterhaltung, auf dem Wege über das Protektoratssystem, und Verstärkung der Macht des Sultans von Marokko mußte Frankreich außerordentlich viel liegen, da er nicht allein weltlicher Herrscher von Marokko, sondern auch religiöses Oberhaupt im Islam ist. Religiöse

und politische Führung bilden in Marokko ein Eines und Unteilbares, sind eines ohne das andere kaum denkbar. Wer die religiöse Führung hat, hat auch die politische und vice versa. Der, in dessen Namen das Gebet gesprochen wird, ist der Herr der Gläubigen. Während des Weltkrieges betete man in Tunis im Namen des Khalifen in Konstantinopel und für den Sieg seiner Waffen, vielleicht ohne ausgesprochene Feindschaft gegen die Franzosen, einfach der Gebetsformel folgend. Aber seit dem Sturz des Khalifates in Stambul liegt es nur im französischen Interesse, das Khalifat, d. h. seinen Träger im Machtbereich und unter dem Einfluß Frankreichs zu haben. Unter den ernsthaften Anwärtern auf den Khalifenthron befindet sich auch der marokkanische Sultan, der zum mindesten, solange es keinen rechtmäßigen Khalifen gibt, der Herr der Gläubigen Nordafrikas ist, die sich fast alle zum malekitischen Ritus des Islam bekennen. Da die Mohammedaner West- und Zentralafrikas zum größten Teil von Nordafrika aus missioniert wurden, so gehören auch sie der malekitischen Sekte an, stehen also ebenfalls unter der religiösen Botmäßigkeit des Sultans in Fez.

Frankreich hat in Nordafrika allein etwa 11 Millionen, im übrigen Afrika einschließlich Madagaskars rund 8 Millionen, zusammen also etwa 19 Millionen mohammedanische Untertanen und ist auch sonst (Syrien, Indochina) eine bedeutende mohammedanische Macht. Kein Wunder also, daß es die Entwicklung innerhalb des Islams mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und vor allem bestrebt ist, den religiösen Gebieter dieser Millionen in seine Hand zu bekommen. Nirgendwo war das Protektoratssystem angebrachter als in Marokko. Nirgendwo hieß es dringender als hier nicht blind zu zerstören, sondern, vorsichtig umformend, die Sultansmacht weltlich wenigstens dem Schein nach zu erhalten und religiös mit allen Mitteln und tatsächlich zu stärken, nachdem man ihren Träger im goldenen Käfig festgesetzt hatte. Wer könnte ein besserer Bürge des Friedenswillens der marokkanischen Bevölkerung und sogar der ganz Nord- und Westafrikas sein, soweit hier das mohammedanische Element reicht? Wer könnte ein stärkeres Bollwerk gegen alle von außen kommenden antifranzösischen oder einfach xenophoben Bestrebungen sein, wie sie mit dem Kommunismus von Moskau oder mit den panislamischen Ideen von Kairo oder Genf her andringen?

Allerdings, bis der Sultan von Marokko imstande sein wird, die ihm zugedachte Rolle auch wirklich spielen zu können, bis dahin wird noch einige Zeit vergehen. Vorerst

handelte und handelt es sich für Frankreich darum, die Macht des Sultans im eigenen Lande zu halten und zu verstärken. Sie war im Laufe der Zeit so weit gesunken, daß sein tatsächlicher Einfluß eigentlich nur bis vor die Stadttore von Fez reichte und er im Hauptteil seines Gebietes, um etwas zu erlangen, auf die Politik des Verhandelns und der freundschaftlichen Ueberredung angewiesen war. Im allgemeinen nahmen die Stämme und ihre Oberhäupter keine Notiz von ihm.

Den also gegebenen Notwendigkeiten trug Frankreich Rechnung. Auf den Posten des Generalresidenten in Fez stellte es 1912 einen seiner hervorragendsten Kolonialoffiziere, den damaligen General und späteren Marschall Lyautey, der in Tonking und auf Madagaskar Schüler des Generals Galliéni gewesen und außergewöhnlich befähigt war.

Er begann alsbald mit der Unterwerfung der aufständischen Stämme und der systematischen Befriedung des Landes. Jedes zur Ruhe gebrachte Gebiet wurde alsbald organisiert, um die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Durchdringung zu geben. Die Prinzipien, von denen Lyautey sich bei dieser Pazifikation leiten ließ, waren gut und erwiesen ihren Wert. Jede unnötige Gewaltanwendung wurde nach Möglichkeit vermieden, um keinen unnützen Haß entstehen zu lassen, der nur verderblich sein konnte. Wo es irgend anging, wandte man die Mittel der friedlichen Politik an, überredete, drohte, bestach und gab Versprechen, an die man sich peinlich hielt. Lyautey zeigte sich als Meister in der Kunst der Menschenbehandlung, wußte aber auch das Vertrauen der Eingeborenen zu erwerben. Die Erfolge dieser Methode wiegten ihn jedoch nicht in Sicherheit, da er die Psyche des Marokkaners kannte. Jedes Tun, das als Schwäche ausgelegt werden konnte, rächte sich. Oberste Grundsätze waren Festigkeit in jeder Handlung und Zeigen seiner Macht, ohne sie zu gebrauchen. Mußte man sie aber anwenden, dann hart und rasch; dem besiegten Gegner wiederum baute man goldene Brücken.

Der Protektoratsvertrag von 1912, der Frankreich die Verpflichtung auferlegte, den Respekt vor dem Sultan und sein überliefertes Prestige, die Ausübung der mohammedanischen Religion und ihre Einrichtungen zu achten und zu bewahren, gab ihm dafür politisch, militärisch und administrativ freie Hand. Lyautey begriff die Vorteile des Vertrages sofort und hielt sich streng an ihn. Das Prestige des Sultans zu erhöhen, war fortan eine seiner Hauptsorgen, nachdem der widerspenstige Muley Hafid 1912 abgesetzt und in Muley

Yussuf ein gefügiger Nachfolger gefunden war. Der Generalresident erwies ihm sorgfältig alle einem Souverän zukommenden Ehren, hielt seine französischen Untergebenen zu gleicher Beachtung des striktesten Zeremoniells an und trat in der Oeffentlichkeit stets nur als Berater oder ausführendes Organ des Sultans auf. Jeder Dahir wurde auf Vorschlag des Generalresidenten vom Herrscher erlassen, bei dem der Vertreter Frankreichs beglaubigt war. Kurz, die Form der Souveränität wurde um so genauer gewahrt, je mehr der Inhalt schwand.

Im Namen des Sultans wurde die dringend nötige Reorganisation der Verwaltung und Justiz begonnen. In den Händen marokkanischer Minister blieben nur die Ressorts der Eingeborenenjustiz, des Kultus, der Stiftungen (Habus) und der Staatsgüter; ihnen zur Seite traten hohe französische Beamte. Alle übrigen Verwaltungsbehörden unterstehen der direkten Leitung des Generalresidenten, der sie durch seinen Generalsekretär ausübt. Die Verwaltungsfunktionen in den Städten sind Paschas, bei den Stämmen den Stammesoberhäuptern oder Kaids übertragen, die beide unter französischer Kontrolle stehen.

Sofort zu Beginn des Protektorats wurde die Rechtsprechung reorganisiert. Ein Appellationshof wurde in Rabat eingerichtet. Bei den französischen Gerichten wurde ein neues Gesetzbuch eingeführt, das unter Berücksichtigung mohammedanischen Rechtes geschaffen war und in den Fällen anzuwenden ist, in denen Anklage gegen Eingeborene erhoben wird. In den gleichen Fällen werden den Gerichten auch eingeborene Beisitzer zugeteilt. Die eingeborene Rechtsprechung, die in den Händen der Kadis, Kaids und Paschas liegt, wurde von unsauberen Elementen befreit, während man ihre künftige Unbestechlichkeit durch Einführung regelmäßiger Gehaltszahlung zu garantieren suchte.

Die Verwaltung der „frommen Stiftungen" (Habus) wurde organisiert. Bis dahin waren ihre Einnahmen meist in die Taschen der Verwalter geflossen und also ihrem Zweck entgangen. Ein Stiftungsrat (Conseil supérieur des Habous) wurde geschaffen und mit Sicherung des Habu-Vermögens betraut. Schon 1927 umfaßte der Besitz dieser Stiftungen rund 70 000 Hektar Land, außerdem noch 24 000 bebaute Grundstücke und warf einen Ertrag von gegen 10 Millionen Franken ab, der zur Bezahlung der Kadis und Ulemas, zum Unterhalt des Kultes, religiöser Anstalten usw. diente und so den Haushalt des Protektorats entlastete.

Der Initiative Lyauteys verdankt Marokko auch die Einführung des Katasters seit 1913. Die vollkommen »über-

sichtlichen Besitzverhältnisse verlangten die Anlegung von Grundbüchern gebieterisch, um so mehr, als eine Förderung europäischer Ansiedlung eine vorhergehende Klärung aller Besitztitel erforderte. Obwohl die Aufnahmearbeiten angesichts der großen Schwierigkeiten nur langsam fortschreiten, war es doch möglich, bis 1922 schon etwa 400 000 ha Siedlungsland zu vergeben.

Lyautey dachte an alles und förderte, was er für notwendig erkannte, im Namen des Sultans. Seinem Blick entgingen das Schulwesen und die hygienischen Erfordernisse ebensowenig wie die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Unterstützungsgenossenschaften (die 1927 bereits 620 000 Genossen zählten!); er sorgte ebenso für den Eisenbahn-, Straßen- und Hafen-, wie für den Städtebau.

Die Fortschritte, die Marokko in 13 Jahren unter Lyauteys Leitung machte, sind riesig. Da alles, was er tat, im Auftrage des Sultans geschah, nahm das Volk es hin. Die Aufstände während des Weltkrieges ergriffen nie das ganze Scherifenreich; Abd-el-Krim vermochte nur einen kleinen Teil Marokkos in Brand zu setzen. Die von Lyautey angewandte Methode bewies damit ihre völlige Berechtigung und seine Nachfolger seit 1925, Steeg und Lucien-Saint, hatten nichts anderes zu tun, als sie ebenfalls anzuwenden.

Im übrigen sind im gesamten französischen Kolonialreiche die Protektorate und eigentlichen Kolonien Generalgouverneuren und Gouverneuren anvertraut, mögen sie nun diese Titel führen oder aber Generalresidenten und Residenten heißen. Die Indochinesische Union ist unter der Leitung eines Generalgouverneurs zusammengefaßt, der seinen unterstellten Gouverneuren und Residenten gegenüber Repräsentant und Träger der Vollmachten der französischen Republik ist und, unter Vorbehalt der Zustimmung des Ministers der Kolonien, die allgemeinen politischen Direktiven gibt. Zu den Kolonien, die vom Kolonialministerium abhängen und Generalgouverneuren unterstellt sind, gehören dann weiter noch Madagaskar, West- und Aequatorialafrika, während die Antillen, Guyana, Somaliland, die Indischen Besitzungen und die französischen Inselgebiete des Pazifik jeweils von Gouverneuren verwaltet werden. Zu dem Ressort des Auswärtigen Amtes gehören die beiden Protektorate Tunis und Marokko, die unter der Leitung von Generalresidenten stehen. Algerien dagegen ist dem Mutterland eng angegliedert und bildet drei Departements unter Präfekten, steht aber doch als Kuriosum da, weil es mit einem Generalgouverneur an der Spitze dem Ressort des Innenministeriums zugeteilt ist.

Keiner, der die bureaukratische Maschine im allgemeinen und die französische im besonderen kennt, wird behaupten können, daß diese Verteilung des gesamten Kolonialgebietes an drei verschiedene Ministerien eine zielbewußte und planmäßig aufbauende Entwicklung der Kolonien gewährleiste[1]). Ganz im Gegenteil; ein rasches Fassen von Entschlüssen und ihre schnelle Erledigung und Ausführung unterliegen stärksten Hindernissen. Einheitliche Bestimmungen zu treffen ist kaum möglich, denn drei Ministerien unter einen Hut zu bringen, ist oft zu viel verlangt. Aber auch wichtige Erlasse für nur eins dieser Ressorts zu schaffen ist schwierig, da fast immer Meinung und Zustimmung zu viel anderer Ministerien eingeholt werden müssen, sei es der Finanzen, des Handels, der Marine, des Krieges oder eines anderen. Dazu legen Eifersüchteleien zwischen den Ressorts oder gar zwischen Beamten selbst manchen Stein in den Weg. Man hat deshalb schon daran gedacht, die Kompetenzen und Machtbefugnisse des Kolonialministers bedeutend zu erweitern oder selbst ein „Ministerium des überseeischen Frankreichs", in dem dann sämtliche Besitzungen vereinigt würden, zu schaffen. Aber bis heute ist man nicht zur Verwirklichung dieser nützlichen Ideen gelangt, der Interessentengegensatz war bisher zu groß und von einem guten Gedanken bis zum Gesetz und seiner Ausführung ist ein weiter Weg.

Das Ziel kolonialer Arbeit ist die Schaffung relativ selbständiger Wirtschaftseinheiten unter dauerndem engsten Zusammenschluß auf politischem, militärischem und kulturellem Gebiet mit dem französischen Mutterland. Zu vermeiden ist unter allen Umständen, soweit nicht die Verhältnisse dazu zwingen, das Entstehen autonomer staatlicher Körper, die früher oder später als reife Frucht vom Baum fallen. Eine Wirtschaftsselbständigkeit gilt als wünschenswert, jedoch eben nur in dem Maße, als sie den Interessen des Mutterlandes dient oder wenigstens nicht hinderlich ist.

Diesem Ziel entspricht das Maß an politischer Handlungsfreiheit, das den Kolonien gelassen ist. Die Generalgouverneure der großen Territorien sind kaum mehr als bloße Vollzugsorgane der Pariser Regierung zu bezeichnen. Sie haben durchaus in ihren Gebieten die Möglichkeit, eine fruchtbringende Aktivität zu entfalten, wenn sie wollen, trotz der Hemmungen, die ihnen das Gesetz auferlegt und die recht

[1]) Besonders, wenn die Minister selbst heute kommen und morgen gehen, ohne sich irgendwie tiefer einarbeiten zu können. In Frankreich amtierten vom 4. September 1870 bis zum Ministerium Herriot, also in 54 Jahren, 1095 Minister und Unterstaatssekretäre und von 1894 bis 1927 allein 28 Kolonialminister.

beträchtlich sind. Alle wichtigeren Fragen müssen den Ministerien vorgelegt und durch Gesetz oder Verordnung erlassen werden, so die Heeres-, Justiz-, Finanz- und Handelsfragen, mit denen Steuer- und Zollfragen eng verknüpft sind, dann auch die Probleme der Europäer- und Eingeborenenpolitik. Ebenso werden die Hauptbeamten der Kolonien ernannt, wobei den Gouverneuren nur ein Vorschlagsrecht zusteht. Handelspolitisch läßt man den Kolonien jetzt einen weiteren Spielraum, da durch Gesetz von 1928 ihnen ein größerer Einfluß auf den Zolltarif zugebilligt wurde. Es hatte sich mittlerweile doch herausgestellt, daß das Assimilierungsgesetz von 1892, das die gesamten Kolonien in den Zolltarif des Mutterlandes einschloß, eine vollkommene Absurdität darstellte. Man kann nicht Gebiete, die nach geographischer Lage, wirtschaftlichen Entwicklungen und Interessen so völlig differieren, in eine Zolluniform pressen wollen, ohne ihnen schwer zu schaden. Eine Binsenwahrheit, die man bald erkannte und verschiedentlich durchzusetzen sich bemühte. Jedoch erst 1928 erfolgte eine gesetzliche Regelung zugunsten einer ausgedehnteren Freiheit der Kolonialregierungen, aber unter Beibehaltung des protektionistischen Assimilationsprinzipes. Die von vielen Seiten dringend geforderte gänzliche Befreiung der Kolonien von der handelspolitischen Vormundschaft des Mutterlandes war bisher nicht zu erreichen.

Auf dem Gebiete der Eingeborenenpolitik geht Frankreich mit dem Ziele der Gewinnung der Eingeborenen, sei es für die französische Zivilisation, sei es sogar für die Sache Frankreichs, konsequent und langsam vor. Die französische kolonialpolitische Theorie unterscheidet zwischen verschiedenen kolonialpolitisch möglichen Doktrinen, der Unterwerfungs-, der Autonomie- und der Aufsaugungs-(Assimilations-)theorie. Die Unterwerfungstheorie ist die im alten Kolonialsystem zumal von Spanien befolgte gewesen und wird von Frankreich als inhuman und den Menschenrechten widersprechend verworfen. Die Autonomiedoktrin wird von England vertreten und von Frankreich abgelehnt, da sie den Interessen Frankreichs, die zentrifugale Kräfte nicht dulden, entgegenständen. Bleibt die Aufsaugungstheorie, die von Frankreich akzeptiert wurde, jetzt aber bereits wieder einer neuen Anschauung Platz gemacht hat, der Idee der „Association", der Angliederung und Mitarbeit. Man erkannte bei Befolgung der Assimilationsdoktrin doch allmählich, daß es unmöglich sei, fremden Rassen eine ihnen fremde Kultur, die französische, einfach aufzupfropfen, wobei notwendig jede vorhandene eingeborene Kultur absterben muß, ohne daß die wesensfremde neue Kultur den nötigen Ersatz und Halt zurück-

zugeben vermag. Man würde so nur eine Armee von Entwurzelten heranziehen, denen die feste Stüße alter Sitte und Tradition, überlieferten Glaubens und Denkens genommen wurde und denen man nun zumutet, sich in dem fremdartigen Chaos der europäischen Geisteswelt zurechtzufinden. Ein sterbendes Volkstum kann nur zu leicht auch ein sterbendes Volk bedeuten. Man hat also den Assimilationsgedanken abgelehnt. Es ist nur natürlich, daß bei dieser Ablehnung nicht der angegebene Grund die Hauptrolle spielt, sondern daß der normale nationale Egoismus den gebührenden Plaß einnahm. Denn, da die Erfahrung zeigte, daß die von westlicher Gedankenwelt gefaßten und also den ererbten Anschauungen entrissenen Eingeborenen fast stets prompt kolonialfeindlichen kommunistischen, nationalistischen oder gar nationalbolschewistischen Ideologien verfielen, so war das Mittel dagegen gegeben. Man mußte den Eingeborenen in seinem Milieu und seinem von den Vätern ererbten Glauben erhalten und ihn so gegen das eindringende Gift so weit wie möglich immunisieren. Es hieß, dem eingeborenen Familienverband, der eingeborenen Religiosität und ebenso Rechtsprechung so weit wie möglich Schonung und Schuß angedeihen zu lassen, um den volklichen Zusammenhang und Charakter zu erhalten und also den gefährlichen neuen Ideen den Nährboden zu nehmen. Natürlich erstreckte sich diese Schonung nur auf alle die Sitten und Gebräuche, die europäischer Anschauung von Recht und Moral nicht zu sehr ins Gesicht schlugen.

So wird versucht, in den Schulen den Unterricht in der Landessprache zu erteilen und ihn leicht faßbar zu machen (allerdings auch, den Horizont der Schüler nicht allzu sehr zu erweitern). Man will ihn immer mehr von allem Abstrakten und Nur-Theoretischen befreien und ihn ganz auf naheliegende praktische Fragen beschränken, sozusagen ganz auf den Unterricht der Berufsschule für Landwirte, Handwerker, Techniker, Kaufleute usw. herabdrücken. Der Schüler soll nur das für ihn Wichtige mitbekommen und nicht überflüssigen Ballast zu tragen haben. Daß die französische Sprache als wichtig gilt, versteht sich von selbst. Der Unterricht zielt in allem auf den politischen Nußen Frankreichs und nur auf den engsten Nußen der Eingeborenen in ihrer großen Masse. Daß die Söhne reicher Gelber oder Schwarzer es besser haben können, braucht kaum erwähnt zu werden.

Auch die Rechtsprechung soll auf den vorgefundenen Grundlagen basieren und nach Möglichkeit nur und vorsichtig reformieren. Eingeborene Geseße und Herkommen sind weitgehendst zu respektieren. Entsprechend jedoch den franzö-

sischen Tendenzen, die einerseits die zivilisatorische Aufgabe Frankreichs stark betonen, andererseits jede Multiformität zugunsten der Uniformität ablehnen, bewegt sich auch der Ausbau der französischen Kolonialeingeborenen-Justiz immer mehr in Richtung einer Angleichung an die Rechtsprechung des Mutterlandes. Den Kadis in mohammedanischen Gebieten, den eingeborenen Dorf- und Friedensrichtern in den übrigen Territorien wird eine Kompetenz nach der anderen entzogen, so daß sie schließlich fast zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden, langsam aber sicher. Nur wo Ausdehnung und Einwohnerzahl des Landes ihren Zwang auferlegen, wie in Annam und Tonking (Indochina) z. B., behält man vorläufig auch noch Eingeborenengerichte in zweiter und letzter Instanz bei, die sonst immer von französischen Gerichten übernommen wird. Ueberhaupt besteht auch die Neigung, die parallel den Eingeborenengerichten vorhandene französische Gerichtsorganisation mehr und mehr auszunutzen und ihr auch die Behandlung von Streitfällen jeder Art, zum mindesten die der Strafsachen, zu überweisen, unter Zugrundelegung teils der französischen Gesetze, teils der jeweiligen eingeborenen „Kodexe" oder des Korans. Beliebt ist dabei die Praxis, mit der örtlichen Rechtskunde vertraute Eingeborene den Gerichten als Beisitzer mit beratender Stimme zu geben, während der französische Kreisadministrator die Funktionen des Richters ausübt; so in Madagaskar, Aequatorial- und Westafrika. Verwickelter liegen die Verhältnisse in Nordafrika, wo die religiösen Fragen auch im Rechtswesen stark in Erscheinung treten. Der Islam bedingt die Trennung zwischen religiöser und Laien-Rechtsprechung, wobei auf religiöser Seite noch wieder die mohammedanische Sektenbildung Anspruch auf Beachtung erhebt. In Marokko und Tunis macht die Zahl der Juden dazu noch rabbinische Gerichtshöfe notwendig, die wiederum in Algier wegfallen, da nach dem Decret Crémieux 1870 die algerischen Juden en bloc das französische Bürgerrecht erhielten und also ganz dem französischen Gesetz unterliegen. Die Kabylie Algeriens besitzt keine eingeborene, sondern nur die französische Gerichtsorganisation, die nach mohammedanischem Recht verkündet, unter Berücksichtigung der örtlichen Bräuche. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß, um die algerische Rechtsprechung noch weiter zu verwickeln, auch noch zwischen der Justiz in den Territorien mit Zivilverwaltung, die den Hauptteil Algeriens ausmachen, und der in den Militärzonen, die den Saharaanteil Süd-Algeriens umfassen, zu unterscheiden ist.

Kurz, soweit es möglich ist, wird versucht, den Eingeborenen nach ihrer Weise Recht zu sprechen. Soweit es möglich ist, wird aber auch die Eingeborenen-Justiz zurückgedrängt, um der französischen Rechtsprechung Platz zu machen. Langsam und vorsichtig soll die „Barbarei" der französischen Zivilisation, das lokale Herkommen dem Code civil und pénal weichen.

Ein wichtiges Mittel zur Gewinnung der Eingeborenen ebenso wie zur Inwertsetzung der Kolonien auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete ist die Gesundheitspflege. Hier liegt vor der französischen Kolonialverwaltung ein riesiges Tätigkeitsfeld, das noch ganz ungenügend bearbeitet ist. Kriege haben weite Territorien verwüstet und menschenleer gemacht. Seuchen verheeren noch heute ausgedehnte Gebiete. Hungersnot oder Unterernährung lassen die vorhandenen Bevölkerungen nicht gedeihen und zunehmen, auch die schreckliche Säuglings- und Kindersterblichkeit trägt dazu bei. Kurz, der Neger und Gelbe hat Aerzte und Forscher, Hebammen und Pfleger nötig, die die Krankheiten und ihre Ursachen erforschen und bekämpfen, im Urwald und auf der Steppe, in Stationen und Krankenhäusern impfen, pflegen und heilen. Ihre Arbeit muß ergänzt werden durch die belehrende Tätigkeit landwirtschaftlicher Berater und Versuchsstationen, die den Eingeborenen eine rationellere und intensivere Bewirtschaftung ihrer Felder und Pflanzungen zeigen und so ihn aus kluger und zäher Arbeit einen immer größeren Nutzen zu ziehen unterweisen. Dann würden Hungersnot und Unterernährung langsam verschwinden und der gekräftigte Körper der beste Alliierte des Arztes und der Hebamme sein. Viel hat Frankreich schon getan, das muß anerkannt werden. Aber gegen die furchtbare Not haben die bisherigen Bemühungen nur wenig ausrichten können, Geld- und Menschenmangel hindern an großzügiger Organisation und Arbeit. Zwar hat man in Dakar (Westafrika), Tananarivo (Madagaskar) und Hanoi (Indochina) bereits medizinische Schulen für Eingeborene gegründet und plant die Errichtung weiterer in Brazzaville (Aequatorialafrika) und Duala (Kamerun), zwar hat man Hebammenschulen und -kurse an einigen, den genannten, Orten eingerichtet, zwar kennt man auch landwirtschaftliche Versuchsstationen in den Hauptkolonien, aber das genügt lange nicht! Die erschütternde Zahl von 700 weißen Aerzten und etwa 800 Hebammen für ein Kolonialreich von 60 Millionen Einwohnern redet eine deutliche Sprache. Denn von dieser Zahl sitzen wohl 80% in den großen Städten! Und die notdürftig gedrillten eingeborenen Heilgehilfen können nie

europäische Aerzte auch nur zur Hälfte ersetzen. Frankreich steht hier noch vor großen Aufgaben.

Auch in der Hinsicht auf den Arbeiterschutz, ein Kapitel, das wohl ebenso wichtig ist wie das der Hygiene, bleibt noch fast alles zu tun übrig. Die Zwangsarbeit wird offiziell abgeschafft, nachdem mit ihrer Hilfe und unter fürchterlichen Opfern an Menschenleben fast alle wichtigen Straßen- und Eisenbahnbauten in den großen Kolonien durchgeführt waren. Aber für sie mußte Ersatz geschaffen werden, denn die Menschenleere riesiger Gebiete durfte nicht deren Verkehrserschließung verhindern. Man hat also die Zwangsarbeit in neuer Form wieder aufleben lassen, noch ehe sie überhaupt vollständig verschwunden war. Jetzt heißt sie „Oeffentliche Arbeitsdienstpflicht" in den Kolonien (Travail public obligatoire aux colonies) und wurde zuerst auf Madagaskar eingeführt und erprobt. Dort nahm man nicht eine besondere Aushebung vor, sondern übernahm diejenigen jungen Leute, die durch das Los bei der militärischen Aushebung von der Heeresdienstpflicht freikamen, d. h. aus finanziellen oder anderen Gründen nicht eingezogen werden konnten. Man formierte sie militärisch, gab ihnen auch die Uniform der Tirailleure und Sold und zog sie zu Arbeiten öffentlichen Interesses für die Dauer der Militärdienstzeit ein. Für Ernährung und Hygiene wurde wie für die aktiven Soldaten gesorgt, mit gutem Erfolg, da die Sterblichkeit unter ihnen relativ gering war. Ihre Zahl belief sich 1927 auf 7000, 1928 auf 8000, 1929 auf 10 000 und 1930 auf 13 000 Mann.

Der Erfolg des Unternehmens scheint gut zu sein, denn man trägt sich mit der Absicht, diese Dienstpflicht auch anderwärts einzuführen. Westafrika ging voran, andere werden folgen. Ihre Erfahrungen würden interessant sein.

Im übrigen ist fast in allen Kolonien eine Arbeitsschutzgesetzgebung eingeführt worden, in Anlehnung an diejenige des Mutterlandes. Jedoch haben französische Gesetze besonders in den Kolonien das traurige Los, häufig nicht genügend beachtet zu werden, also ein Scheindasein zu führen. Den Arbeitsschutzgesetzen scheint es ähnlich zu gehen. Jedenfalls sagte Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, nach der Rückkehr von einer Informationsreise in den fernen Osten, die ihn auch nach Indochina führte, in seinem Bericht, daß er in vielen Fällen eine Anwendung der erlassenen Schutzgesetze nicht habe feststellen können[1]). Und Herr Albert Thomas wird sich dabei gewiß noch vorsichtig ausgedrückt haben. Und Edouard Pfeiffer, ehemaliger Gene-

[1]) „L'Europe Nouvelle." XII, 582; 6. April 1929.

ralsekretär der radikal-sozialistischen Partei, der auch eine Studienreise nach Indochina gemacht hatte, stellt fest, daß die 1927 für Indochina eingesetzte Arbeitsinspektion zwar für Cochinchina und Kambodscha vielleicht etwas übereifrig gewesen sei, in Tonking jedoch gar nichts getan habe[1]). Kambodscha und Cochinchina haben nun zweifellos eine gute Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre strikte Anwendung sehr nötig, da die in den letzten Jahrzehnten dort sehr gestiegene Anzahl der Pflanzungen (Kautschuk, Kaffee, Baumwolle) eine relativ starke Arbeitereinwanderung aus dem dicht bevölkerten Tonking zur Folge hatten. Pfeiffer schätzte sie auf 40 000, die in der Fremde ohne den nötigen Schutz verraten und verkauft wären. Aber Tonking bedarf des Arbeitsschutzes noch dringender, da hier die Bevölkerung sich sehr häuft und eine infolge reicher Kohlen- und Erz-(Zinn, Zink, Eisen, Kupfer, Blei)Lager emporgeschossene Industrie ein wimmelndes Proletariat angesammelt hat. Ein Proletariat, das infolge des großen Arbeiterangebotes und mangels wirksamen gesetzlichen Schutzes zu Hungerlöhnen arbeitet und jeder Willkür ausgesetzt ist. Hier nähern sich die Verhältnisse des Arbeitsmarktes am stärksten denen Europas, hier wäre ein umfassendes und durchgeführtes Arbeiterschutzgesetz so nötig wie kaum andernorts. Allerdings die übrigen Kolonien bedürften seiner auch, zum mindesten aber der Durchführung des vorhandenen. Es darf nicht ein zweites Mal vorkommen, daß die Regierung eines Kulturlandes wie des französischen gezwungen ist, für den Bau einer Teilstrecke der Bahnlinie Brazzaville—Pointe Noire (Aequatorialafrika) (1926) die Zahl von 10 000 Opfern zuzugeben! In Wahrheit dürften es noch mehr gewesen sein. Hygiene und Rechtsausbau sind erforderlich, um die Bevölkerung zu schützen!

Aber wie kann man eine noch so durchdachte und wohlmeinende Gesetzgebung gleich welcher Art durchführen, wenn der zur Exekution nötige Beamtenkörper fehlt? Und hier liegt einer der springenden Punkte französischer Kolonialpolitik, an dessen Lösung man nur unter vorsichtigstem Zögern und endlosem Ueberlegen heranging. Frankreich hat wenig Menschen; die Franzosen waren bisher sehr seßhaft und zogen es vor, im Mutterland Briefträger zu sein als in den Kolonien etwa Provinz-Administratoren. Beamter in den Kolonien sein war vor dem Kriege etwa gleichbedeutend mit im Exil leben; ungeratene Söhne und Taugenichtse wurden hinaus gesandt und bevölkerten viele Posten, für die bei ihnen durchaus keine Eignung feststellbar war. Kein Wunder,

[1]) Revue du Pacifique. IX, 12; 15. Dezember 1930.

daß bei diesem erdrückenden Mangel an fähigen Beamten jeder Kategorie die Entwicklung des Kolonialreiches in jeder Hinsicht gehemmt und verzögert wurde und zum wenigsten bis zum Weltkriege Vergleiche mit den Kolonialreichen benachbarter Nationen nicht zugunsten des französischen ausfielen. Die Beamtenkörper fehlten! Und andererseits trat bei den höchsten Beamten, den Kolonialministern und Generalgouverneuren, ein so häufiger Wechsel, durch parlamentarische Schwankungen bedingt, in Erscheinung, daß von einer systematischen, an Erfahrungen zunehmenden Arbeit dieser Beamten keine Rede sein konnte. Kaum war ein Minister oder Gouverneur auf seinem Posten eingearbeitet, so wurde er auch schon wieder abberufen. Im übrigen litt durch die Einwirkung des Parlaments auch die Qualität der führenden Männer beträchtlich, da die Posten natürlich nicht nach besonderer Eignung, sondern auf Grund parlamentarischer Machtverhältnisse vergeben wurden. Bei alledem sprach auch stets die Sorge mit, daß die leitenden Gouverneure in ihren Aemtern zu warm werden und zu großen Einfluß gewinnen könnten.

Kurz, es fehlte der Beamtenschaft an Zahl, Eignung und Stabilität; der wichtigste Faktor kolonialer Politik fiel damit fort.

Heute ist hier ein langsamer Wandel eingetreten oder zum mindesten sind Anzeichen einer Aenderung bemerkbar. Die höchsten Beamten werden endlich mehr ihrer sachlichen als ihrer parteilichen Eignung entsprechend ausgesucht und bleiben längere Zeit auf ihrem Posten. Ebenso nimmt die Anzahl der Beamten, wenn auch noch fast unmerkbar, zu; die Zahl der Schüler in den Kolonialschulen ist gleichfalls ständig im Steigen begriffen, dank einer plötzlich stark und umfassend aufgenommenen Propaganda durch Presse und Literatur, und läßt für die Zukunft vieles erhoffen. Es ist ja auch ein unmöglicher Zustand, daß, wie der „Temps" am 26. Juni 1931 meldete, rund 350 Kolonialadministratoren fehlen!

Eine wirkliche Wendung zum Besseren in den Kolonien ist aber erst dann möglich, wenn der Rahmen der geschulten weißen Beamten vollständig und nun von einer ausgebildeten Masse eingeborener Kräfte ausgefüllt wird. Um die so vielfachen Aufgaben einer modernen Staatsmaschinerie bewältigen zu können, bedarf es eines hochorganisierten Beamtenkörpers, dessen Glieder durch Wissen und Erfahrung für ihren Dienst vorbereitet sind.

Das Fehlen einer genügenden Anzahl weißer Beamter sowie die damit zusammenhängenden eingeborenenfreund-

lichen Tendenzen französischer Kolonialpolitik haben zu immer stärkerer Verwendung farbiger Kräfte in der Kolonialverwaltung geführt. Natürlich richtet sich diese Verwendung durchaus nach den Bedürfnissen der Verwaltung, ohne irgendwo mehr als die nötigen Konzessionen zu machen und diese nur dann, wenn ein finanzieller oder politischer Zwang vorliegt. Von den alten Kolonien sei hier ganz abgesehen, da die dortige Verwaltung ganz in den Händen der Eingeborenen liegt. In Algerien herrscht das weiße Elend absolut vor, entsprechend der hohen Anzahl von Europäern im Lande. In den Protektoraten Tunis und Marokko ist die Verwaltung im allgemeinen in den Händen der Eingeborenen, jedoch sind ihnen die leitenden Posten überall vorenthalten. Sie bilden ein festes Privileg Frankreichs, das so die Zügel führt. In den afrikanischen Kolonien ist von einer durchorganisierten, die ganzen Territorien umfassenden Verwaltungsmaschinerie angesichts der Ausdehnung des Gebiets und des kulturellen Niveaus der Bevölkerung noch keine Rede. Aber die zentralen Administrationen in Dakar und Brazzaville, sowie diejenigen in den Provinz-Hauptorten sind in französischer Hand. Ausnahmen bilden nur die alten französischen Besitzungen um den Senegal herum, wo eine bereits seit langem unter dem Einfluß Frankreichs stehende geringe Bevölkerung mit größerer Bildung auch eine weitere Verwendung erlaubt, und dann, im allgemeinen, die Neger in den subalternen Stellungen, wo die Einfachheit der Tätigkeit ihre Beschäftigung gestattet. Ebenso liegen die Verhältnisse auf Madagaskar. Prinzipiell sind hier wie dort die unteren Beamtenkategorien und vereinzelte höheren Grades den Eingeborenen geöffnet. Sämtliche Laufbahnen stehen dagegen denjenigen Farbigen frei, die das französische Bürgerrecht und dann ein Diplom oder einen Titel französischer Hochschulen und Universitäten besitzen, die also als assimiliert gelten können; vorausgesetzt, daß ihrer Verwendung keine politischen Bedenken entgegenstehen.

In Indochina ist man in den letzten Jahren weitergegangen, nicht gern, sondern dem Zwang der Not gehorchend. Die Bevölkerung steht auf hoher Kulturstufe. Eine gebildete Oberschicht ist überall vorhanden. Eine stets wachsende Anzahl von jungen Männern macht sich mit der französischen Sprache und Kultur vertraut, erwirbt mit Diplom und Titeln französischer Schulen und Universitäten vertiefte Allgemein- und Spezialkenntnisse und verlangt, sie verwerten zu dürfen. Vorsicht und politische Klugheit gebieten, die so geformten Kräfte junger und ehrgeiziger Menschen nicht brach liegen zu lassen. Die politische Un-

ruhe wächst wie überall so auch in Indochina und fordert, daß man ihr nicht durch Kaltstellung junger Intelligenz die nötigen Führer beschaffe. Auf Verwendung nur naturalisierter Leute, d. h. solcher, die französische Bürger geworden sind, sich zu beschränken, ist bei deren grringer Anzahl nicht möglich[1]), ganz davon abgesehen, daß sie oft recht unzuverlässig sind. Angesichts also der großen Probleme besonders wirtschaftlich-technischer Art, vor die das Generalgouvernement sich gestellt sieht, hat es sich in den letzten Jahren entschlossen, die Eingeborenen in wesentlichen Ressorts stark zur Mitarbeit heranzuziehen. Waren bis dahin schon viele unwichtige Posten der Verwaltung den Indochinesen geöffnet gewesen, so taten sich ihnen jetzt zahlreiche neue Möglichkeiten auf. Ein Dekret des Präsidenten der Französischen Republik von 1926[2]) stellt den Zutritt zu den mittleren technischen Karrieren der Forst-, Wasser-, Bergbau-, Landwirtschafts-, Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-Behörden, zum mittleren Lehrer- und Bibliothekarsberuf, zu den Stellen staatlich besoldeter Aerzte, Architekten usw. frei und öffnete also dem Eindringen des eingeborenen Elementes Tür und Tor. Allerdings vergaß man die natürliche Folge dieser zunehmenden Anerkennung der Gleichberechtigung des Eingeborenen und änderte nichts an der ungerechten Besoldungs-Ordnung, die ihn in der Gehaltszahlung gegenüber dem Europäer stark benachteiligt. Auch hütete man sich bisher, dem Eingeborenen andere als technische Karrieren zu öffnen, ihm so jede wirkliche Mitbestimmung an den Geschicken des eigenen Volkes noch gänzlich vorenthaltend.

Eine teils der Not, teils gewissen Prinzipien gehorchende Tendenz erlaubt also dem Eingeborenen, langsam mehr und mehr an der Hebung seines Volkes und Landes mitzuarbeiten. Vorerst nur auf der technischen Seite der Verwaltung. Denn, obzwar man oft viel Aufhebens davon macht, die politische Mitarbeit ist auf ein Minimum beschränkt, und, wo sie existiert, so eingeengt, daß sie praktisch nicht zur Geltung gelangt. Von den alten Kolonien mit einer längst französisierten Bevölkerung (Antillen, St. Pierre-Miquelon, Réunion)

---

[1]) Auf eine Anfrage in der Kammer vom 20. Januar 1923 antwortete der Minister der Kolonien, daß von 1914—1922 inkl. nur 70 indochinesische Untertanen das französische Bürgerrecht erwarben.

Von 1921—1925 inkl. waren es nur 78 zuzüglich Frauen und Kinder, bei einer Bevölkerung von 21 Millionen rund.

[2]) Décret du Président de la République du 28. August 1926 pour l'application du décret du 20. Mai 1926.

Décret du Président de la République du 28. Juli 1926 pour l'application du déret du 20. Mai 1926.

sei hier nicht gesprochen, da sie für das Reich geringere Bedeutung haben. In den neueren Kolonien dagegen steht die gesamte eingeborene Bevölkerung (außer in Indien und der Senegalkolonie) ganz auf dem Untertanenstatus. Französischer Untertan (sujet) ist jedermann, der eine französische Besitzung bewohnt und nicht ausdrücklich das französische Bürgerrecht (citoyenneté) erworben hat, oder eine fremde Nationalität beansprucht. Der wesentliche Unterschied zwischen Untertan und Bürger ist der, daß der Untertan weder das aktive noch das passive Wahlrecht zu den französischen gesetzgebenden Körperschaften hat, wie es dem Bürger dagegen zusteht, und daß er nicht allen französischen Gesetzen unterworfen zu sein braucht (zivilrechtlich z. B. die Mohammedaner), was mit der Erwerbung des Bürgerrechts aufhört. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Kolonialeingeborenen ist also völlig rechtlos bezüglich einer Einwirkungsmöglichkeit auf die großen, ihre Heimat betreffenden politischen Fragen. Der Eingeborene kann Beamter der Kolonialverwaltung werden aber nur in den unteren oder zumindest politisch einflußlosen Stufen. Er kann wählen, teilweise jedenfalls, aber nur, um in Wirklichkeit nichts zu bestimmen zu haben. In Algerien existieren Stadtverwaltungen (Communes de plein exercice, Communes mixtes, Communes indigènes)[1]; seit 1875 resp. seit 1919 Generalräte (Conseils généraux) der Departements, seit 1898 resp. 1919 die Finanzausschüsse (Délégations financières) für das gesamte Generalgouvernement. In beiden sind die Eingeborenen, die nicht das Bürgerrecht erworben haben, vertreten. Aber obwohl sie die große Mehrheit der Einwohner bilden, darf die Anzahl ihrer Vertreter in den Generalräten höchstens ¼, in dem Finanzausschuß höchstens etwa ⅓ der gesamten Abgeordnetenzahl betragen. Damit ist ein Mitbestimmungsrecht gegenüber den Europäern praktisch ausgeschlossen, zumal da die Kompetenzen dieser Versammlungen nur wirtschaftliche, finanzielle und unbedeutendere Verwaltungs-Fragen betreffen. Jedes Aufwerfen politischer Probleme ist strikt untersagt, da man überhaupt nichts so fürchtet wie das unvorhergesehene Entstehen eines algerischen Parlamentes, dessen Einrichtung man für verfrüht und also gefährlich erklärt. Einzig und allein die Diskussion und Abstimmung über das Budget, die Anleihen, einige Steuern sowie sonstige Fragen ist zugelassen.

[1]) „Communes de plein exercice" mit einer Stadtverordneten-Versammlung, in der die Eingeborenen zu einem Drittel vertreten sein dürfen; „Communes mixtes" und „Communes indigènes" ohne Stadtrechte mit zivilem resp. militärischem Administrator.

In Tunis existiert seit 1922 der Große Rat Tunesiens. Auch in ihm sind die Eingeborenen vertreten, um aber mit weniger als einem Drittel der Gesamtstimmenzahl stets hoffnungslos in der Minderheit zu bleiben. Im übrigen sind die Rechte dieses Großen Rates (Grand Conseil de la Tunisie) gleich Null, da er nur Wünsche äußern und Anregungen geben darf. Lediglich Anleihen sind ohne seine Zustimmung nicht möglich.

Marokko besitzt noch keine irgendwie geartete Repräsentation der Eingeborenen. In Westafrika tagen einige wenige eingeborene Notabeln im Conseil de gouvernement der Zentralregierung in Dakar, der aber auch nur beratende Funktionen ausübt. Einen Einfluß auf den Gang der Politik haben sie nicht. Ebensowenig die Schwarzen, die in den Conseils d'administration der einzelnen Kolonien Westafrikas sitzen. Ihre Minderzahl und die nur beratende Aufgabe der Conseils verhindern jede stärkere Einwirkung. Allein in der Senegal-Kolonie, die zu den alten französischen Kolonialterritorien gehört und deren Einwohner 1848 unter Aufrechterhaltung ihres „statut personnel", also ohne das Bürgerrecht zu erhalten, das Wahlrecht zu den französischen Gesetzgebenden Versammlungen bekamen, ist es anders. In der Kriegszeit 1916, als es galt, um jeden Preis Soldaten zu beschaffen, gab die französische Kammer den Einwohnern der 4 Gemeinden mit vollem Stadtrecht (Dakar, St. Louis, Rufisque, Gorée) auch noch das Bürgerrecht mitsamt der Militärdienstpflicht für sich und ihre Nachkommen dazu. So haben also hier die Eingeborenen das Recht, einen Abgeordneten für die Kammer zu wählen; dazu sind sie in dem „Conseil colonial" der Senegalkolonie genügend vertreten, um hier, in dieser das Budget und andere wichtige Fragen votierenden Versammlung, sei es als französische Bürger, sei es als Untertanen mit Stimmrecht den ihnen zukommenden Einfluß zu haben. In Aequatorialafrika ist der Anteil der Autochthonen ebenso groß wie im allgemeinen in Westafrika, das heißt also praktisch nicht vorhanden.

In Indien ist die Lage wie im Senegal, die Eingeborenen besitzen das Wahlrecht und entsenden je einen Abgeordneten in die Kammer und in den Senat. Nur ist hier nie, wie in den 4 Gemeinden des Senegal, das Bürgerrecht en bloc verliehen worden, sondern die Inder haben ihr „statut personnel" beibehalten und sich auch bisher noch nicht so sehr zu der „citoyenneté" gedrängt. Ein „Conseil colonial", nach dem Muster des im Senegal existierenden, teilt Europäern und Eingeborenen gleiche Rechte zu.

Madagaskar besitzt einen Conseil d'administration mit zwei eingeborenen Notabeln; der Conseil hat nur ein Be-

ratungsrecht und die in ihm tagenden beiden Eingeborenen verschwinden in der Menge der europäischen Beamten, die ihm angehören. Ein Finanzausschuß (Délégations financieres), dem in zwei getrennten Sektionen Europäer und Madagassen angehören, darf in Finanz- und Wirtschaftsfragen „son sentiment et ses voeux" ausdrücken.

Indochina besitzt für die Beratung des Generalgouverneurs einen „Conseil de gouvernement", in den 5 Eingeborene als Vertreter der 5 Länder der Indochinesischen Union hineinernannt werden. Angesichts der nur beratenden Stellung des Conseil und der äußerst geringen Anzahl noch dazu ernannter Vertreter ist von einer Repräsentation und Mitbestimmung der Eingeborenen also keine Rede. Die vier Protektorate Tonking, Annam, Laos und Kambodscha haben Conseils de protectorat (außer Laos) mit beratender Funktion und wenig Eingeborenen, sowie Chambres oder Assemblées consultatives indigènes ohne Einfluß noch anderen als Erziehungswert. Schließlich bildet nur Cochinchina eine gewisse Ausnahme. Es ist kein Protektorat, sondern eine alte Kolonie. Also besitzt es, wie die anderen Kolonien auch, einen Conseil colonial, der das Budget beschließt und auch andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen zu behandeln hat. Die Eingeborenen sind in ihm mit 10 der Ihren vertreten, stehen aber 12 Franzosen gegenüber, deren immerwährende Majorität durch genaue Bestimmungen gesichert ist und also die Mitbestimmung der Eingeborenen fast illusorisch macht. Nicht anders ist es mit der Wahl des Abgeordneten, den Cochinchina in die französische Deputiertenkammer entsendet. Das Wahlrecht steht hier, zum Unterschied von Senegal und Indien, nur den französischen Staatsbürgern zu. Da die Erwerbung des Staatsbürgerrechts nicht leicht, der Andrang dazu auch äußerst gering ist, so blieb die Anzahl der naturalisierten Eingeborenen bisher stets ganz verschwindend klein und die Wahl des député war ganz den französischen Beamten der Kolonie und einigen wenigen naturalisierten Annamiten und Indern überlassen. Er ist durchaus nicht der Vertreter des Volkes von Cochinchina, sondern nur der weißen Beamten der Kolonie.

Das also sind die Ziele der französischen Kolonialpolitik von heute. Die Assimilierungstendenzen der 48er Zeit, die zu den Massen-„Naturalisierungen" in Indien und im Senegal führten, sind aufgegeben, die Associations- oder Zusammenarbeits-Tendenz herrscht mehr und mehr vor. Eine geordnete Verwaltung soll Lebensstandard und Ziffer der Bevölkerung heben, um eine blühende und relativ unabhängige Kolonialwirtschaft, allerdings bei starkem Schuß der Industrie und

des Handels des Mutterlandes, zu schaffen. Kultur und Sprache der Eingeborenen sind zu erhalten, ohne aber dabei der Expansion französischer Sprache und Zivilisation allzu viel Hindernisse in den Weg zu legen. Eine politische Verselbständigung der Kolonien ist mit allen Mitteln zu verwehren; jedoch ist gegen eine relative, sehr relative Autonomie nichts einzuwenden, besonders wenn sie sich nur durch Bezahlung aller eigenen Kosten (und möglichst auch mit einem finanziellen Beitrag an das Mutterland) ausdrückt. Die Mitarbeit der Eingeborenen ist zu fördern, jedoch sehr vorsichtig, so daß die Autorität des Mutterlandes niemals Einbuße erleidet. Die Verleihung des französischen Bürgerrechtes soll nur sehr zurückhaltend erfolgen, um seinen Erwerb durch Unwürdige zu verhindern, und sozusagen als höchste Auszeichnung, die gewährt werden kann, gelten.

Kurz, die Kolonien sollen langsam der Reife entgegengeführt werden. Sie sollen reifen an Körper und Seele, um langsam der Selbstregierung fähig zu werden. An diese ist aber nur zu denken, wenn sie zuvor ganz von französischer Kultur und Zivilisation durchdrungen und im französischen Staatsverband aufgegangen sind. Keine souveränen, unabhängigen Staaten sollen entstehen, sondern französische Territorien, integrierende Bestandteile des französischen Staatskörpers. Sie sollen Provinzen des einen und unteilbaren Frankreichs formen und als die bloße Verlängerung der mère-patrie mit ihr zusammen das „Empire français" der Zukunft bilden.

II. Der heutige Wert des Kolonialreiches für das Mutterland.

a) Die Probe des Weltkrieges.

Die erste große Probe auf den Wert des französischen Kolonialreiches sollte der Weltkrieg bringen. In dieses gewaltige Ringen, das alle Kräfte des französischen Empire aufs stärkste anspannte und zum Aufgebot des letzten Mannes und des letzten Sou zwang, trat das französische Kolonialreich nur sehr unvorbereitet und zeigte seinen mangelnden Ausbau und die fehlende Organisation aufs klarste. Erst im Verlauf des Krieges trieb die Not dazu, in kurzer Zeit viel Versäumtes nachzuholen und das Geplante und kaum oder nie Ausgeführte nun doch in aller Hast in die Tat umzusetzen. Dabei handelte es sich in erster Linie um den Ausbau der farbigen Armee, der sich in kürzerer Zeit durchführen ließ, während die finanziellen und wirtschaftlichen Versäumnisse nicht mehr einzuholen waren.

Zwar war die französische Ausdehnungspolitik vor dem Weltkrieg schon zu einem guten Teil darauf eingestellt gewesen, in den Kolonien Militärreservoire zu sehen und strebte eben deshalb nach Erweiterung der französischen Territorien mit kräftiger, kriegstüchtiger Bevölkerung[1]). Zwar waren z. B. die Rekrutierungsgesetze des Mutterlandes durch ein Gesetz von 1889 auch auf die „alten Kolonien" (Antillen, Réunion) anwendbar geworden. Zwar hatte man auch schon für bestimmte Gebiete eine Art Wehrpflicht vorausgesehen, so für Indochina und Nordafrika.

Aber all das blieb entweder gute Absicht oder frommer, zu Papier gebrachter Wunsch, der erst spät erfüllt wurde.

[1]) „Et quand, en 1894, à Bruxelles les plénipotentiaires français disputaient au roi Leopold des Belges la région de Haut-Oubanghi, c'était encore la perspective du recrutement soudahais qui les animait, et le roi ne s'y trompait pas. Il murmurait dans sa barbe blanche ou se cache un sourire énigmatique: „Je vois bien ce que vous allez faire là-bas, vous allez au pays des hommes!". — M. Hanotaux, qui conduisit toutes les négociations africaines de 1889—1899 a révélé que le premier souci de notre diplomatie fut toujours de réserver à notre pays de puissantes ressources militaires". (Mangin, La force noire." Paris 1910) (Kapitel: L'Organisation.)

Erst seit 1913 begann man, die Kreolen der Antillen und Réunions wirklich einzuziehen. In den übrigen Kolonien herrschte die Rekrutierung durch Werbung absolut vor und die Dienstpflicht in Algerien, in Tonking, Annam und Cochinchina und auf Madagaskar diente nur dazu, die Lücken der gesetzlich vorgesehenen Formationen aufzufüllen, sei es durch das Los, sei es durch eine andere Art von Auswahl, und traf nur eine sehr geringe Anzahl von Pflichtigen. So kam es, daß die französische Kolonialarmee 1914 etwa 70—80 000 Mann zählte, zu denen Algerien etwa 25 000, der Senegal etwa 20 000 Mann stellten und von denen etwa 27 000 (dabei 2370 Offiziere und 4500 Unteroffiziere) Berufssoldaten waren. Angesichts des geringen Zeitraumes seit Aufstellung der farbigen Armee (Gesetz vom 7. Juli 1900) und der nachlässigen Handhabung der vorhandenen Dienstpflichtgesetze war es natürlich auch nicht möglich, stärkere Reserven zu schaffen, so daß eine Einberufung von gedienten Jahrgängen nur geringen Erfolg aufzuweisen hatte.

Mangin hatte mit seinem Buch „La force noire" (1910) in Frankreich starken Widerhall gefunden, aber das tatsächliche Ergebnis des Werkes war mager. Von der wachsenden Denatalität Frankreichs, die den Militärfachleuten steigende Sorge verursachte, ausgehend, forderte er die eilige Aufstellung einer starken, farbigen Armee, um die Lücken des jährlichen Kontingents auszugleichen. Er argumentierte wie folgt: Die Eingeborenen Algeriens, etwa 5 Millionen, werden unruhig und verlangen mehr politische Rechte. Man regiere also liberaler als bisher und mache ihnen Zugeständnisse, die sie aber mit einer bedeutenden Erweiterung ihrer militärischen Pflichten zu bezahlen hätten. Mehr Rechte, mehr Pflichten! Eine verstärkte Ausbildung algerischer Eingeborener könnte aber auch eine gewisse, nicht zu unterschätzende Gefahr für den weißen Teil der algerischen Bevölkerung bedeuten, der deshalb solchen Plänen wenig wohlwollend gegenüberstände. Eine Abhilfe ist aber möglich. Westafrika hat eine Negerbevölkerung von rund 10 Millionen Menschen, meist starken, kriegerischen Stämmen angehörend, die sich sehr gut zum Militärdienst eignen. Man erhöhe also die Präsenzstärke der Eingeborenenformation von 25 auf 82 Kompagnien mit etwa 16 400 Mann, in 5 Regimentern und einem Bataillon, durch Anwerbung bei einer Dienstzeit von 3 bis 4 Jahren. Drei oder vier Regimenter sind nach Algerien zu verlegen und dort auszubilden. Sie würden eine starke Waffe in der Hand Frankreichs sein und einerseits eine umfassendere allgemeine Dienstpflicht der algerischen Eingeborenen, andererseits aber

auch eine Rückverlegung der 32 000 weißen Franzosen der algerischen Truppen nach Frankreich erlauben. Damit wäre dann erstens, durch die zurückzusendenden weißen Franzosen, eine Verstärkung der Heimatarmee geschehen, zweitens würde zur politischen Beruhigung Algeriens beigetragen. Drittens würde das Militärreservoir Algeriens der Verwendung erschlossen und viertens auch dasjenige Westafrikas, des Sudans und Aequatorialafrikas. Also würde der Geburtenausfall des weißen Frankreich mehr als ausgeglichen sein. Denn die Möglichkeiten in Westafrika sind sehr groß, da etwa 1 Million Mann zwischen 16 und 35 Jahren zur Verfügung stehen. Mangin berechnet dann, daß bei Einführung (1910) einer Effektivstärke von annähernd 20 000 Mann schon 1914 eine starke Senegalesentruppe kriegsbereit sein würde. Und auch ihr rasches Erscheinen in Frankreich zu der etwa 4 bis 5 Wochen nach der Mobilisation stattfindenden Entscheidungsschlacht sei gesichert. Es könnten in Frankreich sein: Eine Division am 15. Tage nach der Mobilmachung, eine am 40. Tage, eine am 60. Tage, drei weitere Divisionen nach 3 oder 4 Monaten. Wobei ein Kontingent von 10 000 Mann etwa noch zur Sicherung Algeriens übrig bleibt. So lägen die Verhältnisse bei einer jährlichen Friedensstärke von 20 000 Mann. Erhöhungen dieser Stärke würden entsprechend günstigere Mobilisationsergebnisse bringen.

Mangins Berechnungen, wie sein ganzes Buch, zielen nur auf die force noire und lassen jede Betrachtung über die force jaune z. B. vollständig aus. Mit gutem Grund, denn die schwarzen Soldaten Westafrikas und des Sudans stehen an militärischen Eigenschaften weit über den Gelben Indochinas, die dafür eine bemerkenswerte technische Begabung zeigen. Außerdem spricht die Verschiedenheit der geographischen Situation mit und bewirkt, daß kein französischer Generalstab je ein einigermaßen zuverlässiges Kalkül auf die Mitwirkung indochinesischer Truppen aufbauen kann, deren Verschiffung nach Frankreich die Sicherstellung der Freiheit der Meere auf 7000 Kilometer über Suez und auf 12 000 Kilometer über das Kap der Guten Hoffnung verlangt. Wohingegen das afrikanische Menschenreservoir vor den Toren Frankreichs liegt!

Der damalige Oberstleutnant, spätere General Mangin wird heute als der Schöpfer der farbigen Armee Frankreichs gepriesen. Aber das Frankreich der Vorkriegszeit ist durchaus nicht die von ihm vorgezeichnete Bahn gegangen und hat nicht die Hälfte seiner Projekte verwirklicht.

Zwar wurde von der Regierung für 1910 der Versuch eines Senegalesenbataillons von 600 Mann in Algerien der

Kammer vorgeschlagen, zwar erhöhte die Armeekommission auf Vorschlag von M. Paul Doumer den Bestand dieses Bataillons auf 800 Mann, zwar trat später noch ein weiteres Bataillon dazu, aber — das blieb alles. Man konnte sich nicht entschließen, den Arabern und Berbern Algeriens mehr politische Freiheiten zu bewilligen und alle militärischen Konsequenzen fielen damit fort.

Der Weltkrieg fand also eine völlig ungenügend vorbereitete Kolonialarmee vor. Von den senegalesischen Truppen waren nur wenige Bataillone verfügbar, zwei aus Algerien, zwei aus Marokko, aus Westafrika drei, während zwei weitere Bataillone dem Expeditionskorps für Togo und Kamerun zugeteilt werden mußten. Algerien stellte etwa 12—15 000 Mann (10—12 Bataillone) sofort zur Verfügung, dazu, was bezeichnend ist, nur rund 2700 Reservisten; Marokko und Tunis gaben zusammen 9—10 Bataillone, Indochina und Madagaskar ein paar tausend Mann. Alles in allem Zahlen, die kein energisches Aufnehmen und Ausführen der Pläne Mangins verraten.

Aber der Krieg an der französischen Ostfront forderte zahllose Opfer und der Menschenmangel machte sich drückend bemerkbar. Man sah sich genötigt, in stärkerem Maße auf die farbige Bevölkerung der Kolonien zurückzugreifen, sei es durch schärfere Anwendung der Dienstpflicht, sei es durch verstärkte Anwerbung.

In Algerien ging man, unter dem Druck der Lage, 1917 zur Einberufung der ganzen Jahresklasse über, ohne aber das sich Bietende wirklich voll auszuschöpfen noch auch ausschöpfen zu können, da sich viel Eingeborene ihrer Dienstpflicht entzogen. Insgesamt hat Algerien bei einer Bevölkerung von rund 5 Millionen im Verlauf des Krieges nur 172 800 Mann beschafft, die sich aus 83 650 Eingezogenen, 86 400 Angeworbenen und Kapitulanten und 2750 Reservisten zusammensetzten[1]).

In den Alten Kolonien regelten die Instruktionen vom 12. April und 20. Juli 1915 eine etwas vollständigere Ausnutzung der vorhandenen Kreolen-Kräfte, aber auch hier ging man nicht auf den Grund der Möglichkeiten.

[1]) Diese wie die folgenden Zahlen und Tabellen sind dem Werke von Albert Sarraut „La mise en valeur des colonies" (1923) entnommen.

Insgesamt haben die Alten Kolonien beschafft:

	Bevölkerung:	Eingezogen:	In Europa verwandt:
Réunion	173 000	6 936	5 950
Guyana	48 000	1 929	1 747
Martinique	185 000	11 615	8 788
Guadeloupe	212 000	9 151	6 345
St. Pierre-Miquelon	6 500	594	594
Indische Niederlassungen	272 000	786	462
4 Gemeinden des Senegal	80 000	7 199	5 662
		38 210	29 548

Im Augenblick des Waffenstillstandes 1918 betrug die Zahl der Kreolen in Europa noch etwa 25 000 Mann.

In Tunis geschah die Aushebung auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung mit der Unterschrift des Beys. Im ganzen hat das Protektorat etwa 60 000 Mann gestellt, bei einer mohammedanischen Bevölkerung von damals etwa 1 800 000 Menschen.

Marokko gab etwa 37 100 Angeworbene.

In Westafrika und auch in Aequatorialafrika warb man mit aller Energie, um die Neger in Scharen in die Reihen des französischen Heeres zu ziehen. Als 1916 die Mannschaftskrise akut wurde, zögerte man nicht, den Eingeborenen der „4 Gemeinden" (d. h. der vier alten, französischen Ansiedlungen Dakar, St. Louis, Gorée, Rufisque) en bloc das Bürgerrecht und damit auch die Militärdienstpflicht für sich und ihre Nachkommen zu verleihen. Der Erfolg war nicht bedeutend, wie die obige Tabelle ergibt, da die Einwohnerzahl dieser 4 Gemeinden nur 80 000 betrug. Schließlich wurde 1917 der farbige Abgeordnete von Senegal, Diagne, als Hoher Kommissar der Republik auf einem Kreuzer nach Dakar gesandt, um seine schwarzen Brüder für die große Sache Frankreichs zu gewinnen[1]) und zum Eintritt ins Heer zu ver-

[1]) M. Henry Bérenger sagte auf einem zu Ehren Diagnes gegebenen Bankett am 4. März 1931 etwa: „Il partit au nom de la France, qui luttait sur lo front trouver ses frères noirs de l'Afrique Occidentale Française pour leur faire comprendre la necessité de défendre la civilisation dans laquelle ils commençaient à entrer. Tâche singulièrement difficile que celle de s'adresser à des hommes n'ayant pas encore la compréhension de ce que pouvait être le génie français, l'âme française et de leur faire admettre, à force d'énergie, la nécessité à l'heure la plus tragique de la guerre, de participer à la victoire qui devait être celle de la civilisation." (Temps, 6. März 1931.)

anlassen. Er hat seine Aufgabe gut erfüllt, wenn auch wohl nicht immer mit den saubersten Mitteln. Die Anwerbung, die 1915 und 1916 bedeutende Ergebnisse hatte, sank 1917, stieg jedoch 1918 wieder bedeutend an:

	1915	1916	1917	1918	Total
Westafrika	34 655	51 913	13 831	63 208	163 607
Aequatorialafrika	3 766	—	—	14 164	17 930
Total	38 421	51 913	13 831	77 372	181 537

Indochina ergab eine verhältnismäßig sehr geringe Anzahl von Soldaten, die noch dazu keine besondere Eignung für die Kampffront aufwiesen und also nur kurze Zeit eingesetzt wurden. Dagegen wurde die besondere technische Begabung der Annamiten und Tonkinesen rasch erkannt und man verwandte sie also besonders in den Flieger-, motor. Artillerie- und Automobil-Formationen, sowie als Krankenpfleger und als Arbeiter bei der Militärverwaltung, wo sie sich überall gut bewährten. Dasselbe galt für die Madagassen, ungefähr ebenso für die Eingeborenen der Somali-Küste und der Inseln des Pazifik. Insgesamt betrug die Anzahl der Angeworbenen aus diesen Kolonien:

	1915	1916	1917	1918	Total
Indochina	3 000	36 000	9 922	—	48 922
Madagaskar	1 097	6 852	32 400	1 006	41 355
Frz. Somalik.	—	1 560	408	466	2 434
Pazif. Inseln	—	697	370	—	1 067
	4 097	45 109	43 100	1 472	93 778
				Afrikanische Soldaten	181 537
					275 315

Die Verteilung der eingeborenen Kräfte ohne diejenigen Nordafrikas nach der Anzahl der Formationen war die folgende:

Anzahl in Bataillonen:

	a. d. Front	Depot od. Etappe	Total
Schwarze Truppen	89	3	92
Indochinesen	2	15	17
Madagassen	1	9	10
Somalis	1	—	1
Pazifik-Bewohner	1	—	1
	94	27	121

Die Verluste der Eingeborenen-Truppen sind gering, an der Ziffer der Bevölkerung ihres Landes gemessen. In Frankreich stellt man deshalb gern diese Zahlen heraus und vergleicht sie mit der entsprechenden französischen Zahl. So hatten die nordafrikanischen Truppen rund 36 000 Tote und Vermißte, das sind etwa 0,3% der eingeborenen Bevölkerung. Schließlich ist aber dabei nicht zu vergessen, daß auf der einen Seite die allgemeine Wehrpflicht rigoros und bis auf den letzten Mann durchgeführt werden mußte, und konnte, weil der Franzose sein Land verteidigte. Während es sich auf der anderen Seite nur um angeworbene Söldner handelte, da die Masse der Eingeborenen durchaus nichts zu verteidigen hatte und also für eine wirklich durchgeführte Dienstpflicht in keiner Weise reif war.

Auf die Ziffer der nach Europa gekommenen eingeborenen Truppen ergeben sich z. T. doch andere Ergebnisse, je nach der Kampftüchtigkeit der betreffenden Gruppen. Die Westafrikaner, als die besten Soldaten häufig an der Front eingesetzt, haben bei etwa 134 000 nach Europa gekommenen, rund 29 800 Mann tot oder vermißt zurückgelassen, das sind etwa 21% Verluste, während von den 270 000 Nordafrikanern über 13% auf den Schlachtfeldern blieben. Madagassen und Indochinesen, kaum an der Kampffront zur Verwendung gekommen, erreichen keine 10%, die Vertreter der Alten Kolonien etwa 12—13%, die Somalis, von denen 2088 nach Europa kamen, verloren rund 600 Mann, also bald 30%, fast ebenso viel die wenigen Soldaten aus den Südseegebieten. Kurz, je nach Kampfwert und Verwendung sind die Eingeborenen stark zur Ader gelassen worden und haben viel französisches Blut sparen helfen. Im Folgenden sei kurz noch eine Tabelle der militärischen Stärken und Verluste gegeben:

Kolonien	Eingezogen	in Europa	Tot	vermißt	Gesamtverluste
Réunion	6 936	5 950	491	2	
Guyana	1 929	1 747			
Martinique	11 615	8 788	2 037	126	
Guadeloupe	9 151	6 345			
St. Pierre-Miquelon	594	594	90		
Indien	786	462	75		
4 Senegal-Gemeinden	7 199	5 662	709	59	
	Total: 38 210	Total: 29 548	Total: 3 589		
Algerien	172 800	172 800			
Tunis	60 000	60 000			
Marokko	37 150	37 150	28 200	7 700	
	Total: 269 950	Total: 269 950	Total: 35 900		
Westafrika	163 602				
Aequ. Afrika	17 910	134 210	24 762		
Indochina	48 922	43 340	1 123	6 393	
Madagaskar	41 355	34 386	2 368		
Somaliküste	2 434	2 088	517		
Pazif. Besitz	1 067	1 026	290		
	Total: 275 290	Total: 215 050	Total: 35 453		
	583 450	514 654			74 942

Der Rekrutierung von eingeborenen Soldaten parallel lief eine solche von Arbeitern aus den Kolonien für den Ersatz der eingezogenen französischen Arbeiter in den Rüstungs- und anderen Industrien. Sie wurden bald auch in beträchtlichen Mengen den Eisenbahngesellschaften, Häfen usw. zur Beschäftigung überwiesen und fanden endlich noch genügend Arbeit in den „régions libérées". Diese Anwerbung von Arbeitern erstreckte sich nicht nur auf die französischen Kolonialeingeborenen, sondern auch auf chinesische Kulis, die in beträchtlicher Anzahl nach Frankreich kamen. Nähere Zahlen gibt die folgende Tabelle:

Land:	1915	1916	1917	1918	1919	Total
Algerien		28 896	26 996	19 972		75 864
Tunis		4 882	8 799	4 917		18 598
Marokko		2 366	14 922	17 722		35 010
Indochina	4 631	26 098	11 719	5 806	727	48 981
Madagaskar		910	3 261	1 363	1	5 535
Total	4 631	63 152	65 697	49 780	728	183 988
China		5 947	18 004	12 789		36 740
Total	4 631	69 099	83 701	62 569	728	220 728

Insgesamt haben also die Kolonien ihrem Mutterlande eine Hilfsarmee von etwa 584 000 Soldaten und rund 184 000 Arbeitern, zusammen 768 000 Mann gestellt. Das bedeutete einen gewaltigen Zuwachs für die Wehrfähigkeit des Landes und eine unschätzbare Ersparnis an weißen, französischen Soldaten und Arbeitskräften. Und nur die außergewöhnliche Gunst der politischen Lage konnte es Frankreich erlauben, seine Kolonien nicht nur fast vollständig von europäischen Truppen zu entblößen, sondern noch dazu in aller Ruhe starke Kontingente von Eingeborenen ihnen zu entnehmen, auszubilden und in die Heimat zu transportieren. Ein zweites Mal wird eine so günstige Situation wohl kaum eintreten. Im übrigen ist bei aller Anerkennung der beiderseitigen Leistung festzustellen, daß nur mangelnde Vorbereitung und Organisation Frankreich hinderten, die Kolonien zu dem Mehr an militärischer Hilfeleistung heranzuziehen, zu dem sie durchaus noch fähig waren.

Damit ist die Seite der kolonialen Kriegshilfe für das Mutterland erschöpft, über die sich bestimmte Angaben machen lassen. Ueber die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Frankreichs durch seine Besitzungen geben die vorhandenen Statistiken nur ein sehr unvollkommenes Bild, das sich auf Andeutungen beschränkt. Naturgemäß läßt sich ja die finanzielle Hilfeleistung nur insoweit kontrollieren, als sie auf dem Budget der Kolonien eingetragen oder für Rechnung Privater durch die Hände der Kolonialbanken zum Ankauf von Kriegsanleihen gegangen ist. Alle durch Banken des Mutterlandes geschehenen Transaktionen sind nicht erfaßbar.

Für die Nationalen Anleihen von 1915, 1916, 1917, 1918 und 1920 haben Algerien, Tunis und Marokko etwa 400 Millionen, die übrigen Kolonialgebiete etwa 600 Millionen, alle zusammen also annähernd 1 Milliarde Franken gezeichnet[1])

[1]) Angaben Sarrauts; s. o.

(entsprechend obiger Bemerkung: soweit faßbar!). Die genauere Verteilung der Leistungen zeigt die folgende Tabelle für die Kolonien außer Nordafrika:

Indochina	367 314 634	Frcs.
Réunion	76 714 350	„
Martinique	43 106 225	„
Madagaskar	37 534 822	„
Westafrika	31 212 031	„
Guadeloupe	15 508 688	„
Neukaledonien	9 903 073	„
Indische Besitzungen	8 055 131	„
Guyana	7 441 246	„
Aequatorialafrika	7 322 628	„
Somaliküste	4 909 429	„
St. Pierre-Miquelon	2 806 967	„
Südseebesitzungen	1 106 077	„
Kamerun	669 163	„
Togo	19 170	„
Total	613 623 634	Frcs.

Kamerun und Togo sind zwar keine französischen Besitzungen, jedoch während der Kriegsbesetzung zu den Kriegskosten mit herangezogen worden.

Zu diesen Kriegsanleihezeichnungen treten als weitere finanzielle Unterstützungen auch noch die Summen, die für die Kriegsopfer und Kriegshinterbliebenen von den Kolonien gegeben wurden. Im Folgenden die Beträge der einzelnen Kolonien:

Indochina	13 816 117	Frcs.
Madagaskar	6 065 153	„
Westafrika	3 825 905	„
Martinique	604 716	„
Südseebesitz	496 621	„
Indische Besitzungen	368 871	„
Guadeloupe	292 980	„
Aequatorialafrika	292 554	„
Neukaledonien	290 492	„
Réunion	190 176	„
Guyana	151 240	„
Somaliküste	127 257	„
Neuhebriden	64 527	„
Kamerun	35 280	„
St. Pierre-Miquelon	34 785	„
Verschiedene	93 277	„
	26 749 951	Frcs.
+ Zinsen	653 905	„
	27 403 856	Frcs.

Insgesamt haben also die Kolonien an finanzieller Beihilfe über 1 Milliarde Franken an das Mutterland abgeführt. Dieser Betrag dürfte sich durch nicht faßbare Summen noch um ein Beträchtliches erhöhen. Gemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung des Kolonialreiches in der damaligen Zeit ist er verhältnismäßig hoch.

Einen recht beträchtlichen Beitrag konnten die Kolonien auch in Rohstoffen leisten. Bis 1916 war der freie Handel noch gestattet und die verschiedenen Ressorts der Ministerien kauften jedes für sich ihren Bedarf direkt und ohne statistische Kontrolle. Erst ab 1916 wurden die Beschaffungen aus den Kolonien im Kolonialministerium zentralisiert und erst von diesem Termin ab ist es möglich, eine genauere Statistik der für die nationale Verteidigung von den überseeischen Besitzungen gelieferten Waren aufzustellen. In die Bestellungen teilten sich die verschiedenen Dienstzweige des Heeres und der Marine sowie der Heimatbehörden, so die Intendanz, die Ernährungs-, Pulver-, Bekleidungs- und Gesundheitsressorts, die Kolonialtruppen, die Luftfahrt-Abteilung, die Abteilung für das Pionierwesen und die Flotte. Insgesamt sind seit 1916 etwa 1 600 000 Tonnen Waren geliefert worden, die sich im einzelnen folgendermaßen verteilen: Es haben eingeführt:

Indochina:

Geschälten Reis . . .	170 092	Tonnen
Weißen Reis	98 341	„
Alkohol	19 950	„
Mais	18 756	„
Zucker	10 738	„
Rhizinus	5 159	„
Rohen Reis (Paddy) .	3 000	„
Bohnen	2 452	„
Tabak	2 344	„
Kautschuk	1 238	„
Kopra	1 150	„
Baumwolle	672	„
Hölzer	548	„
Fettwaren	543	„
Verschiedenes . . .	899	„
	335 882	Tonnen.

Westafrika:

Erdnüsse	463 236	Tonnen
Palmkerne	40 839	„
Palmöl	17 543	„
Hirse	11 011	„
Mais	8 514	„
Gefrierfleisch	4 000	„
Paddy	2 903	„
Häute, Felle	2 310	„
Sorgum	2 002	„
Fleischkonserven	2 000	„
Baumwolle	526	„
Rhizinus	397	„
Kolanüsse	284	„
Verschiedenes	396	„
	555 961	Tonnen.

Madagaskar:

Graphit	43 390	Tonnen
Maniok	17 551	„
Fleischkonserven	12 480	„
Gefrierfleisch	10 000	„
Häute, Felle	9 381	„
Raphiapalme	8 000	„
Bohnen	3 035	„
Vakoafasern	594	„
Mangroverinde	300	„
Rhizinus	254	„
Verschiedenes	431	„
	105 416	Tonnen.

Aequatorialafrika:

Palmkerne	47 773	Tonnen
Palmöl	5 030	„
	52 803	Tonnen.

	Réunion	Guadeloupe	Martinique	Ind. Bes.	Somalikűste
Zucker	233 490	187 253	171 830	—	—
Rum	10 987	10 300	8 516	—	—
Tapioka, Maniok	600	—	—	—	—
Vakoafaser	260	—	—	—	—
Rhizinus	—	—	—	2 668	116
Kokosöl	—	—	—	120	—
Igname	—	—	3	—	—
Insges. Tonnen	245 337	197 553	180 349	2 788	116

Zusammengefaßt:

Westafrika	555 961	Tonnen
Indochina	335 882	„
Réunion	245 337	„
Guadeloupe	197 553	„
Martinique	180 349	„
Madagaskar	105 416	„
Aequatorialafrika	52 803	„
Indische Besitzungen	2 788	„
Somaliküste	116	„
	1 676 205	Tonnen.

Die Zollstatistik des Finanzministeriums zeigt für die Zeit Mitte 1914 bis 1915 eine Ausfuhr der Kolonien nach Frankreich von rund 900 000 Tonnen an. Diese Zahl ergibt zusammen mit der obigen Ziffer eine solche von rund 2½ Millionen Tonnen Waren, die, in dieser etwas rohen Schätzung, die Menge der von den Kolonien der nationalen Verteidigung gelieferten Rohstoffe darstellt.

Achtunggebietende Zahlen, wenn man den im allgemeinen inferioren Entwicklungszustand der französischen Kolonien von vor dem Kriege kennt. Hätte Frankreich ihnen rechtzeitig ein größeres Interesse entgegengebracht und mehr für sie getan, es hätte ein Vielfaches der oben gegebenen Ziffern aus ihnen herausziehen können. Denn bis 1930 hatte Frankreich seinen Kolonien nur etwa 1,42 Milliarden Franken an Anleihen gegeben, wozu noch 855 Millionen Franken für Tunis und etwa 1,3 Milliarden Franken für Marokko zu rechnen sind, insgesamt also rund 3,6 Milliarden. Dazu traten noch die Kapitalien der Aktiengesellschaften, die sich 1923 auf etwa 3 Milliarden Franken für Nordafrika und 1.25 Milliarden für die übrigen Kolonien beliefen. Schon im Vergleich mit Nordafrika schneiden die anderen Besitzungen noch ungünstig ab. Muß man aber feststellen, daß diesen doch zu 90% aus der Vorkriegszeit stammenden Beträgen eine Summe von rund 40½ Milliarden Franken gegenübersteht, die Frankreich bis zum Vorabend des Krieges in Form von Anleihen dem Auslande gab, so ist man über diese Differenz einigermaßen erstaunt. Aber man wundert sich nicht mehr darüber, daß die Weltkriegshilfe der Kolonien zwar absolut genommen sehr beträchtlich, relativ dagegen sehr bescheiden war. Wenn man sich scheut, Geld ins Geschäft zu stecken und damit gut zu wirtschaften, dann kann man auch nicht erstaunt sein, wenn dieses Geschäft nichts abwirft.

Im übrigen war die Weltkriegsleistung des französischen Kolonialreiches auch nur möglich, weil, wie oben erwähnt, in diesem Fall die politische und Bündnis-Lage für Frankreich die denkbar günstigste war. Der Sorge für die Ruhe seines Kolonialreiches ebenso wie für die Sicherung der Seewege war es vollständig überhoben, da die Flotten seiner seemächtigen Verbündeten alle Wasserstraßen beherrschten und ihm überall den Rücken deckten. Ein zweites Mal dürfte eine so günstige Konstellation nicht so bald eintreten und Frankreich hat für andere, ungünstigere Lagen seine Vorsorge zu treffen.

B) Ausnutzung der kolonialen Möglichkeiten seit dem Weltkriege.

a) Wirtschaftlich.

1. Die koloniale Rohstoffquelle von heute.

In der kolonialen Presse und Literatur Frankreichs wird immer und immer wieder verlangt, daß Frankreich sich in bezug auf seine Versorgung mit Rohstoffen unabhängig machen müsse. Eine riesige Propaganda, von den Pariser Agenturen der verschiedenen Kolonien entfacht und genährt, hat seit einiger Zeit eingesetzt und stellt in zahllosen Artikeln der Presse des Mutterlandes und der Kolonien, in vielen Broschüren und Büchern der neuerdings erheblich wachsenden Kolonialliteratur, auf kolonialen Tagungen und Kongressen, im Parlament und in Reden führender Persönlichkeiten die Forderung auf, das Kolonialreich, das unerschöpfliche Möglichkeiten biete, weitgehend auszunutzen und aus ihm ein Rohstoffreservoir zu schaffen, das sich in seinem Wert dem des Menschenreservoirs der Armee gleichstellt. Stets aufs neue wird betont, daß Frankreichs Handelsbilanz ein wachsendes Defizit zeigt und daß Frankreich in vieler Hinsicht dem Ausland „tributär" sei, obwohl es das eigentlich durchaus nicht nötig habe. Man könne ja fast alle notwendigen Rohstoffe in den Kolonien selbst produzieren, in Hülle und Fülle, und dadurch also in der Lage sein, die riesige Einfuhr aus dem Auslande abzudrosseln. Eine gesteigerte Produktion in den Kolonien würde aber nicht nur in bezug auf die Einfuhr vergrößerte Unabhängigkeit Frankreichs vom Ausland besagen, sondern auch bezüglich der Ausfuhr. Denn eine vermehrte Wirtschaftsproduktion bedeute auch steigenden Wohlstand der Kolonien, was sich

dann in ebenso steigender Kauflust und -fähigkeit und also steigender Einfuhr der Kolonien durch Ausfuhr aus Frankreich letzten Endes zum Nutzen des Mutterlandes äußere. Der wachsende Geldreichtum der Kolonien würde sich aber auch in wachsendem Kinderreichtum ausdrücken und so eine riesige Wertsteigerung der Menschenreservoire der Armee und zugleich durch Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung, auch des Rohstoffreservoirs der Wirtschaft ergeben. Frankreich könne sich also nach Belieben in seinem Reich einrichten, stark werden und allen politischen und wirtschaftlichen Stürmen dieser Welt behaglich und in Ruhe zusehen.

Das ist zweifellos ein großzügiger Plan, einnehmend und viel versprechend. Aber doch vorerst nur ein Plan, mit dessen Verwirklichung es noch gute Weile haben wird. Existent sind bisher nur die schmerzlichen Tatsachen, von denen er ausgeht, das große Defizit der Handelsbilanz und die wirtschaftlichen sog. „Tribute" an das Ausland, d. h. also die weitgehende Abhängigkeit vom Ausland.

Die Handelsbilanz Frankreichs ist seit langer Zeit schon passiv. Betrug das Defizit 1901 etwa 356 000 000 Franken, 1913 etwa 1,55 Milliarden Franken, so stieg es, nach der Zeit des Währungsverfalles mit dem dadurch bedingten Ausfuhrüberschuß, schon 1928 wieder auf 2 Milliarden, 1929 auf 8 Milliarden und schließlich 1930 auf 9,5 Milliarden Franken. Nun ist dieses Defizit ja nicht so sehr tragisch zu nehmen, da dem fehlenden offenen Warenexport ein recht beträchtlicher „geheimer Export" der Mode- und Schmuck-, sowie der Inlandsexport der Fremdenindustrie und schließlich ein bedeutender Kapitalexport gegenüberstehen und das Defizit wohl reichlich decken. Von irgendeiner drohenden Auszehrung Frankreichs hat man noch nichts gemerkt. Aber, immerhin, ein Handelsdefizit ist sichtbar und erschreckt viele Leute.

Dieses Defizit ist vorhanden und bisher auch nicht zu umgehen. Denn, was Frankreich braucht und nicht selbst produziert, muß es einführen. Aber, denken viele Franzosen heute, wenn schon Einfuhr sein muß, warum dann nicht Einfuhr nur aus den Kolonien? Frankreich gab 1929 riesige Summen an das Ausland für Dinge, die die Kolonien in gleicher oder besserer Qualität und womöglich viel billiger hätten liefern können. So z. B. wurden 1929 eingeführt:

Getreide	für 3	Milliarden	Frcs.	
Früchte	„ 1	„	„	
Zucker	„ 0,8	„	„	
Fleisch	„ 0,6	„	„	
Kaffee	„ 1,6	„	„	
Kakao	„ 0,27	„	„	
Wolle	„ 5,15	„	„	
Seide	„ 1,68	„	„	
Baumwolle	„ 4,48	„	„	
Kupfer	„ 1,73	„	„	
Kohle	„ 4,28	„	„	
Häute, Felle	„ 1,15	„	„	
Erdöle	„ 2,65	„	„	
Kautschuk	„ 0,64	„	„	
Hölzer	„ 1,54	„	„	usw.

Das sind rund 35 Milliarden Franken, die zum weitaus größten Teil ins Ausland gingen. Dort waren sie für die französische Volkswirtschaft so gut wie verloren, während sie den Kolonien gegeben, einen Zuwachs an Reichtum auch für Frankreich bedeutet hätten. Die französische Einfuhr betrug 1929 rund 58,2 Milliarden Franken, sie stammte aber nur für 7 Milliarden aus den Kolonien! Sie betrug 1926 rund 52,6 Milliarden Franken, davon kamen für etwa 6,9 Milliarden aus den Kolonien; die entsprechenden Zahlen für 1925 sind 39,4 Milliarden und 4,6 Milliarden. Das bedeutet, daß Frankreich seinen Bedarf 1925 zu fast 10,4%, 1926 zu 11,9% und 1929 zu 12% nur in seinem Kolonialreich deckte. Das ist sehr wenig, wenn man Ausdehnung und Wert dieses Empire in Betracht zieht.

Es sind nur wenige Warengattungen, in denen die Kolonien den Bedarf des Mutterlandes decken können und decken. So in Vanille, Pfeffer, Reis, Phosphaten, Nickel, Graphit, Zinn, Zink, um nur die wichtigsten zu nennen.

Andere Rohstoffe dagegen werden von den Kolonien in genügender Menge erzeugt, um die französischen Wünsche ungefähr befriedigen zu können. Aber Frankreich nimmt ihnen ihre Produktion nur teilweise ab und kauft den Rest seines Bedarfes andernorts. So braucht das Mutterland etwa 600 000 Tonnen Erdnüsse, kaufte aber 1929 der Erzeugung Westafrikas, die 419 000 Tonnen betrug, nur 275 000 Tonnen ab. Aequatorialafrika, Westafrika und Madagaskar haben riesige Wälder, die mehr als den französischen Bedarf decken könnten. Aber von den 1926 importierten 2,2 Millionen Tonnen Nußhölzern stammten nur etwa 200 000 Tonnen aus den französischen Kolonien. Aehn-

lich liegen die Verhältnisse mit dem Tabak Madagaskars und Réunions, der allerdings minderer Qualität ist, mit dem Halfagras Algeriens, das Frankreich auf dem Umwege über England bezieht und ebenso mit dem Tee Indochinas, der aber auch nicht genügend gute Sorten bietet.

Wieder andere, und zwar die wichtigsten Waren, die Frankreich im Ausland zu kaufen gezwungen ist, könnten die Kolonien in mehr als nur ausreichenden Mengen erzeugen, um nicht nur Frankreichs Bedarf, sondern auch einem weiteren großen Export zu genügen. Der französische Kaffeebedarf beträgt etwa 160 000 Tonnen, die Kolonien liefern aber nur etwa 4—5000 Tonnen, den größten Teil davon Madagaskar. Ungefähr 60—70 000 Tonnen Kakao werden gebraucht; die Kolonien einschließlich der deutschen Togo und Kamerun liefern rund 25—30 000 Tonnen. Frankreich muß rund 360 000 Tonnen Baumwolle aus dem Ausland importieren; höchstens 10 000 Tonnen bieten die Kolonien einschließlich der Mandatsgebiete. Der steigende Verbrauch von Kautschuk macht eine Einfuhr von gegen 60 000 Tonnen notwendig. Aber Indochina trägt mit nur 10 000 Tonnen dazu bei, die übrigen Kolonien mit verschwindend geringen Mengen. Der Wollebedarf beträgt gegen 300 000 Tonnen und muß fast ganz in Australien, Südafrika und England gedeckt werden. Bleibt noch die Seide, deren Frankreich etwa 15 000 Tonnen braucht, und nur rund 10—12 Tonnen aus Indochina erhält, wozu noch einige Tonnen aus Syrien kommen.

Steinkohle, guten Anthrazit, könnte Frankreich aus Tonking beziehen. Aber die dortige Förderung wird entweder an Ort und Stelle verbraucht oder in Ostasien verkauft. Immerhin hat ihr billiger Preis, der aus der Hungerlöhnung der annamitischen Bergarbeiter resultiert, es bewirkt, daß 1930 etwa 40 000 Tonnen indochinesischer Kohle nach Frankreich geliefert werden konnten. Für 1931 wurden etwa 75 bis 100 000 Tonnen vorgesehen. Allerdings ist diese Abnormität einer Kohlenverschiffung über 7000 Kilometer Distanz von Asien nach Europa wohl nur in einer Zeit niedriger Löhne und Frachtraten möglich und außerdem, weil der Transport bis Paris allein auf dem Wasserwege geschehen kann. Jedoch kann auch die Kohle Tonkings niemals die französische Abhängigkeit vom Auslande aufheben. Der französische Kohlenimport belief sich 1926 auf etwa 22 Millionen Tonnen, die aus England, Deutschland und Belgien stammten. Im Falle eines Krieges mit einer oder zweien dieser Mächte würde die französische Industrie zu einem beträchtlichen Teil lahmgelegt sein, soweit es nicht gelänge, die Kohle durch Wasserkraft zu ersetzen. Man schätzt die Vorräte Frankreichs

an elektrischer Energie aus den Wasserläufen auf rund 50 Milliarden Kilowattstunden jährlich. Bisher war deren Ausnutzung noch gering und wurde für Anfang 1930 auf rund 1,65 Millionen KW installierter Leitung angegeben. Die Möglichkeiten sind also noch riesig.

Die vorhandenen Kohlenlager und Wasserkräfte könnten eventuell die Ausfälle der Kohleneinfuhr wettmachen. Aber ein Versagen der Erdöleinfuhr würde katastrophale Folgen nach sich ziehen, da Frankreich hierin ganz vom Ausland abhängig ist. Die französische Einfuhr an Erdöl und dessen Derivaten betrug 1926 2 147 000 Tonnen, 1928 2 100 000 Tonnen mit im allgemeinen steigender Tendenz, wozu noch der Verbrauch der Flotte kommt, der 1929 213 000 Tonnen und 1930 etwa 272 400 Tonnen (Mazut, Gasöl, Motorenöle, Benzin) betrug. Im Weltkriege bezifferte sich der Tagesverbrauch der letzten Kriegsjahre oft auf bis zu 12 000 Tonnen. Demgegenüber ist die französische Eigenerzeugung unbedeutend und betrug 1928 etwa 80—90 000 Tonnen, die zum größten Teil (72 000 Tonnen) aus Pechelbronn (Elsaß) stammten, während das Departement Hérault und Algerien den Rest erbrachten. Entsprechend dieser Sachlage war die französische Politik seit dem Kriege stark auf den Gewinn von Erdöl aus, sei es auf diplomatischem Wege durch politischen Handel, sei es auf technische Art und Weise durch Suchen von Oellagern in Frankreich und den Kolonien.

Politisch hatte man Erfolg, da Frankreich auf der Konferenz von San Remo (April 1920) als Ersatz für die von ihm aufgegebenen (aus dem Sykes-Picot-Abkommen vom Mai 1916 herstammenden) Rechte auf das Wilajet Mossul eine 25%ige Beteiligung am Mossul-Oel erhielt. Im Mai 1924 ermächtigte die französische Regierung die „Compagnie française des pétroles", in der zur Ausbeutung des Iraköles gegründeten „Irac Petroleum Co. Ltd." ihre 25%igen Interessen zu vertreten, wofür der Staat die Kontrolle der Compagnie übernahm und sowohl einen Anteil am Gewinn als auch ein Vorkaufsrecht auf 80% höchstens des Oeles sich sicherte. Auf Vorschlag der Vereinigten Staaten wurde endlich auch der Streit um die Mündung der geplanten Pipe-line zum Mittelmeer dahin entschieden, daß die Röhrenleitung sich teilen und mit einem Arm nach Tripolis im französischen Mandatsgebiet Syrien, mit dem andern Arm nach dem englischen Mandat Palästina zum Hafen Haifa gehen sollte. Man rechnet damit, daß bei der wahrscheinlichen Mächtigkeit des Oelgebietes von Mossul mindestens 1 Million Tonnen Rohöl auf Frankreich entfallen werden. Jedoch soll die Ausbeutung

der Lager erst nach Fertigstellung der Pipe-line begonnen werden.

Damit hätte Frankreich mindestens die Hälfte seines Erdölbedarfes in eigenen Händen. Jedoch — einerseits nur die Hälfte, andererseits auch nur in Friedenszeiten wirklich in eigenen Händen. Ein Kriegsgegner könnte leicht Produzenten und Verbraucher trennen.

Aber die daraufhin unternommenen Nachforschungen auf Oel in Frankreich und seinen Kolonien vermochten an dieser Sachlage bisher noch nichts zum Guten zu ändern. Zwar stellte man in Frankreich die Oelquelle von Gabian (Hérault), in Algerien die Oelsandläger von Relizane fest und beutete sie auch aus, aber mit kaum nennenswerten Erfolgen. Man fand auch bituminöse Schichten in Marokko, aber ihr Wert ist noch unbekannt; desgleichen sollen mächtige Oelsandläger auf Madagaskar liegen, bedeutende auch in Indochina. Oelspuren zeigten sich auch an mehreren Stellen Aequatorialafrikas, Kameruns und der Elfenbeinküste. Aber erstens sind die bisherigen Untersuchungen noch nicht eingehend genug gewesen, zweitens fehlt es an Geld für Bohrungen und drittens noch ganz und gar an Kapital zur Ausbeutung. Außerdem nimmt das Interesse der französischen Regierung mit zunehmender Entfernung der betreffenden Fundstellen ab, da deren Ausnutzung im Falle eines kriegerischen Konfliktes zu sehr in Frage gestellt sein würde. An eine Unabhängigkeit Frankreichs in Sachen des Erdöles ist also vorläufig noch gar nicht zu denken. Zum mindesten solange, als man nicht an eine energische Erschließung der in den Kolonien sich vielleicht bietenden Möglichkeiten geht

Aber überhaupt die Möglichkeiten dieses Kolonialreiches! Sie sind fast unerschöpflich. Die meisten produzierten oder zu produzierenden Rohstoffe sind bereits oben gezeigt worden, vor allem die Erzeugnisse des Ackerbaues und der Plantagenwirtschaft. Aber auch der tiefe Boden birgt noch vieles, an dessen Hebung noch kein Mensch denkt. Immerhin exportierte Algerien 1925 760000 Tonnen Phosphate, 1924 über 1,7 Millionen Tonnen Eisenerze, fast 48 000 Tonnen Zinkerze, 20 000 Tonnen Bleierze; aber es ist die entwickeltste aller französischen Kolonien, dank einer weißen Bevölkerung von über 800 000 Menschen. Tunis förderte 1925 über 2,7 Millionen Tonnen Phosphate, Marokko etwa 800 000 Tonnen. Die Förderung von Phosphaten Nordafrikas beträgt allein über 50% der Weltförderung. Und doch wird erst nur ein Teil der vorhandenen Lager ausgebeutet und Zukunft wie Unternehmungsgeist können noch Großes schaffen.

Tunis produziert Eisen (1924: 800 000 Tonnen), Blei (40 000 Tonnen), Zink (15 000 Tonnen) und Mangan (4500 Tonnen). Marokko scheint reiche Lager an Eisen, Blei, Mangan, Zinn und Kupfer zu besitzen, die aber bis jetzt noch nicht oder kaum genau erforscht sind; auch die Ausbeutung steckt noch in den Anfängen. Westafrika scheint reich an Bodenschätzen aller Art zu sein; man hat das Vorkommen von Kupfer, Zink, Silber; Chrom, Eisen, Mangan, Bauxit; Braunkohle, Torf; Schwefel, Phosphaten, Bitumen; Quarz, Jaspis usw. festgestellt. Aber bisher findet nur eine unbedeutende Ausfuhr von Gold (100—150 kg) und Kupfererz sowie Titan (300—400 Tonnen) statt, kaum nennenswert. Aequatorialafrika soll ungeheure Kupferlager haben; jedoch weiß man noch nichts von ihnen. Ebenso soll in der Gabun-Kolonie Bauxit vorkommen. Madagaskar ist reich an Graphit und steht mit etwa 14 000 Tonnen an erster Stelle der Weltproduktion. Edelsteine gibt es in Mengen. Nickel, Eisen, Titan ist gefunden und ausgedehnte Steinkohlenlager sind angezeigt. Auch Indochina besitzt große Steinkohlenlager mit steigender Förderung (1930 fast 2 Millionen Tonnen), ebenso Braunkohle (1930 Förderung 30 000 Tonnen), Zink (20 000 Tonnen), Zinn (1000 Tonnen), Wolfram (150 Tonnen), Chrom (750 Tonnen), Phosphate (30 000 Tonnen). Auch die Förderung von Eisen beginnt langsam. Ein Hochofen ist in Haiphong in Tätigkeit. Kupfer, Blei, Mangan, Quecksilber, Graphite, Schwefel, Arsen usw. sind in abbauwürdigen Mengen vorhanden und werden z. T. bereits gewonnen. Neukaledonien ragt durch seine Nickel- und Chrom-Produktion hervor. Mit der Nickel-Erzeugung früher an erster Stelle stehend, ist es heute von Canada verdrängt worden und die Verarbeitung ist zurückgegangen. Jedoch sind die Vorräte noch sehr groß. Die Produktion beträgt etwa 5000 Tonnen. Diejenige von Chromerzen erreicht 25 000 Tonnen. Guyana bietet große Möglichkeiten, die nur im Falle des Goldes ausgenutzt werden und eine Jahresproduktion von 1000—2000 Kilogramm ergeben. Man kennt die übrigen Bodenschätze noch kaum.

Kurz, das französische Kolonialreich ist das Land der fast unbegrenzten Möglichkeiten, sei es auf landwirtschaftlichem, sei es auf dem Gebiete der Förderung seines Bodenreichtums. Aber ein rascher Ueberblick, der angesichts des riesigen Materials nur flüchtig sein kann, ergibt, daß, von Nordafrika abgesehen, das französische Empire wirtschaftlich aus schlummernden Werten besteht, die noch zumeist ungehoben der Hebung harren. Warum das?

2. Ursachen der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Kolonialreiches.

In der Zeitschrift „Europe nouvelle“[1]) stand vor einiger Zeit ein Artikel, der einen zwar gewagten, aber sehr lehrreichen Vergleich über die Kapitalanlagen Frankreichs und Englands in ihren Kolonialgebieten brachte. Der Vergleich erstreckt sich einerseits über die den Kolonien, Protektoraten und Dominions, einschließlich der Städte, von den beiden Mutterländern gegebenen Anleihen, andererseits über die Finanzierung von privaten Gesellschaften in Pflanzung, Handel und Industrie, entsprechend den an der Pariser Börse und London Stock Exchange notierten Werten. Für die Anleihen des Londoner Marktes errechnet der Verfasser die folgenden Werte:

Kolonien und Protektorate .	814	Mill.	Pfund Sterling
Dominions	1612	„	„ „
Aegypten, Sudan	117	„	„ „
zusammen:	2543	Mill.	Pfund Sterling,

nach heutigem französischen Geldwert etwa 316 Milliarden Franken. Während das begebene Kapital der an der Pariser Börse notierten Kolonialanleihe-Werte sich auf etwa 1800 Millionen Franken beläuft. Da der größte Teil dieser Anleihen aus der Vorkriegszeit stammt, so dürfte der heutige Wert rund 8 Milliarden Franken betragen. Das bedeutet, daß die französischen Anleihe-Investierungen sich auf etwa 2½ bis 3% der englischen belaufen, während die Bevölkerung des französischen Empire etwa 15% des englischen beträgt. Frankreich hätte dann also rund 6mal weniger Anleihen in sein Empire gesteckt als England, wenn man die Bevölkerungszahl als gleich annimmt.

Stock Exchange verzeichnet die Werte von 950 Pflanzungsgesellschaften, von denen 725 in den englischen Kolonien liegen. Das Nominalkapital dieser Gesellschaften beträgt annähernd 145 Millionen Pfd. Sterl., nach damaligem Börsenwert kapitalisiert rund 200 Millionen Pfd. Sterl., gleich etwa 25 Milliarden Franken betragend. Gegenüber diesem Wert *nur* des englischen kolonialen *Pflanzungs*kapitals stehen *alle* kolonialen Werte Frankreichs kapitalisiert nach den Notierungen der Pariser Börse von Mitte September 1929 mit folgenden Summen da:

[1]) „Europe nouvelle“, Jahrg. XIII, Nr. 622 vom 11. Januar 1930.

Obligationen.			
Kolonien u. Gemeinden	1 616	Mill. Frcs.	
Landw. Gesellsch. . .	9	„ „	
Banken	4	„ „	
Eisenbahnen	1 015	„ „	
Häfen	278	„ „	
Gas, Wasser, Elektriz.	181	„ „	
Bergwerke	87	„ „	
Handelsgesellschaften .	96	„ „	
Industrieunternehmen .	12	„ „	3 298 Mill. Frcs.
Aktien.			
Landw. Gesellsch. . .	2 277	Mill. Frcs.	
Banken	4 897	„ „	
Eisenbahnen	620	„ „	
Häfen	88	„ „	
Gas, Wasser, Elektriz.	1 187	„ „	
Bergwerke	7 371	„ „	
Handelsgesellschaften .	2 172	„ „	
Industriegesellschaften .	539	„ „	19 151 Mill. Frcs.
			22 449 Mill. Frcs.

Der Gesamtbetrag aller kolonialen Anlagen Frankreichs (ausgenommen die Anleihen) ist also geringer als die englischen Anlagen nur in Pflanzungen. Angesichts solcher Zahlen kann die bisher nur sehr langsame Entwicklung des französischen Empire kaum wundern.

Die Ursache dieser auffälligen Tatsachen liegt im Charakter des französischen Bürgers. Der Durchschnittsbürger ist ein sehr vorsichtiger Geschäftsmann und Kapitalist, sparsam bis zum Geiz, eng und kleinlich in der Verwendung seines Geldes, stets besorgt um dessen Sicherheit, da auf ihm Glück und Ruhe seines Lebens und Lebensabends basieren. Er wird immer für sein Geld die unbedingt sichere, wenn auch weniger einträgliche Anlage suchen und also sich an die Anleihe jedes auch nur einigermaßen fundierten Staatswesens halten, das ihm eine zwar kleine, aber regelmäßige Rente garantiert. Wer könnte von kolonialen Geschäftsunternehmen gleich welcher Art behaupten, daß sie eine sichere gleichmäßige Rente garantieren? Wer könnte es sogar von den Aktienunternehmen des Mutterlandes behaupten? Beide leiden also unter dieser Aversion des französischen Bürgers, naturgemäß am stärksten die kolonialen Gesellschaften.

Andere Eigenschaften des Franzosen treten hinzu, um die koloniale Entwicklung zu erschweren. Im Mutterland die

bekannte Seßhaftigkeit des Bürgers, die ihn um der Ruhe in der Heimat willen die verlockendsten Aussichten in den Kolonien mißachten läßt. Man geht ungern nur hinaus und bleibt lieber zu Hause. Das Resultat ist Mangel an Europäern in den Kolonien. Etwa 70 000 Franzosen und andere Weiße, ohne die Truppen, sind im weiten Ueberseereich (von Nordafrika abgesehen) verstreut. Ihre Zahl ist zu gering; Umwälzungen in der Wirtschaft und eine Blüte herbeizuführen sind sie kaum imstande. Der Aufenthalt in den Kolonien wurde als Exil für Lumpen und mißratene Söhne achtbarer Eltern betrachtet, anständige Leute blieben daheim. Verfasser dieser Schrift hörte selbst von einem Einwohner Casablancas, daß man kurz vor dem Kriege dort noch Mühe hatte, die nötigen Geschworenen für die Gerichte aufzutreiben, da für dieses Amt eben Unvorbestraftheit Bedingung ist. Kann es unter diesen Umständen Wunder nehmen, daß die Kolonien sich nicht entwickeln wollten? Was sind die zusammenaddierten 15 Milliarden Außenhandels von Westafrika, Aequatorialafrika, Kameruns, Togos, Madagaskars, Indochinas, der Südseekolonien, der amerikanischen Besitzungen und Syriens mit insgesamt 10 130 000 qkm und 47 200 000 Einwohnern gegen die 17 Milliarden Außenhandels des nordafrikanischen Blockes mit 4,9 Millionen Quadratkilometern und 12,3 Millionen Einwohnern?

Schließlich ist auch noch die starre Bequemlichkeit des Franzosen in den Kolonien mitschuldig„ verbunden mit seiner steuerscheuen Geldstrumpfmentalität, die beide einer Modernisierung, in technischer Hinsicht, des Kolonialreiches widerstehen. Nur nicht allzuviel Neuerungen, nur das Notwendigste an Kosten und Ausgaben! Nur keine großzügige Planung auf weite Sicht, die mit Anleihen auch Zinsen und Steuern erfordern würde! Man kommt ja doch auf die alte Weise ganz gut aus und — sie kostet nichts, weder geistige Behaglichkeit noch Geld. Womit den Kolonien nicht gedient ist.

Aber der Franzose ist nicht allein der Schuldige bei der bisherigen kolonialen Stagnation. Andere Umstände spielen mit, sind oft stärker als er und hemmen und hindern, wo er vorwärts schreiten will.

Die geringe Bevölkerung Frankreichs und seine sinkende Geburtenziffer sind zu bekannt, als daß sie noch längerer Erläuterungen bedürften. Die Bevölkerungsdichte Frankreichs beträgt 73 pro Quadratkilometer, während diejenige Deutschlands auf 130 pro Quadratkilometer ansteigt. Einzelne französische Departements sind geradezu leer (Gers 32 pro Quadratkilometer, Landes 28 pro Quadratkilometer, Haute-

Marne 32 pro Quadratkilometer, Indre 42 pro Quadratkilometer usw.). Wo soll da eine große Auswanderung herkommen?

Fast alle französischen Kolonien liegen in den Tropen oder Subtropen und ihre Klimate eignen sich nicht für weiße Ansiedlung. Ausnahmen bilden die nordafrikanischen Kolonien, dann auch die Hochebenen Madagaskars z. B., die ersteren mit Mittelmeerklima, das Zentralmadagaskar mit mildem, von Meer und Höhenlage beeinflußtem Klima. Beide Territorien haben es daher auch zu stärkerer europäischer Ansiedlung gebracht, Nordafrika zählt gegen 1,4 Millionen Weiße, Madagaskar etwa 22 000. Das milde Südseeklima erlaubte eine Ansiedlung von 10 000 Weißen auf Neukaledonien.

Fehlt den Kolonien die weiße Bevölkerung, so fehlt erst recht die eingeborene. Indochina hat 22 Millionen Eingeborene, aber die Bevölkerung ist ungleich verteilt und drängt sich in den Flußniederungen, während die übrigen Teile des Landes menschenarm sind. Die mittlere Dichte beträgt nur 20 pro Quadratkilometer. Madagaskar hat auf einem Gebiet von 630 000 Quadratkilometern nur 3,5 Millionen Einwohner mit einer mittleren Dichte von 5 pro Quadratkilometer. Aequatorialafrika besitzt gar nur 2 pro Quadratkilometer, während Westafrika es immerhin auf 3 bringt. In Nordafrika ist die Dichte von 10—20 pro Quadratkilometer schon beträchtlicher, aber Martinique, Guadeloupe und Réunion warten mit den hohen Ziffern von 160, 120 und 80 pro Quadratkilometer auf.

Das gesamte überseeische Frankreich kommt so auf 9 Einwohner pro Quadratkilometer in mittlerer Dichte! Woher diese Entvölkerung? In Westafrika haben Sklavenjagden und endlose Kriege sehr aufgeräumt, Jahrhunderte hindurch. In ihm und den übrigen Ländern der Tropen verheeren Krankheiten die Bevölkerung und dezimieren sie. Der Typhus hat den Sudan mehr als 100 000 Menschen gekostet, das Wechselfieber hat vom Niger bis zum Tschadsee Wüsten hinterlassen. Man schätzt die Bevölkerung Westafrikas als zu mehr als 50% mit Syphilis verseucht. Und über die Schlafkrankheit sagte Dr. Jamot (médecin-major de 1re classe des troupes coloniales) in einem Vortrag[1]), daß sie die Kongoterritorien Frankreichs fürchterlich verwüste und daß man in Kamerun, in den Gegenden des Kadei, des Sanaga, des Njong und des Dscha

[1]) Vortrag gehalten am 30. Juni 1926 in der Medizinischen Fakultät der Sorbonne.

von 1920—1925 auf eine Bevölkerung von 120 000 Menschen gegen 50 000 Schlafkranke gezählt habe!

Und zu den Krankheiten, die genannt wurden, treten noch Tuberkulose, Pest[1]), Lepra, Malaria, Disenterie, Kinderlähmung, Lungenentzündung, Beriberi, schwarze Blattern, Krebs und endlich der Alkoholismus dazu und halten furchtbare Ernte. Den Anfang des Endes bildet die Kindersterblichkeit, die man auf 30% in Indochina und Madagaskar, auf 60% in Westafrika schätzt, von Aequatorialafrika ganz zu schweigen. Dazu die Zahl der Totgeburten, die in Indochina 6%, in Westafrika 8% und in Aequatorialafrika gar 18% betragen soll. Das sind alles grauenhafte Zahlen, die eine klare Sprache reden.

Was wird dagegen getan? Fast nichts! In Frankreich leben rund 26 000 bis 27 000 Aerzte für die 40 Millionen Franzosen, je 1 Arzt für 1500 Einwohner auf 22 qkm. In dem gesamten Kolonialreich (ausgenommen Nordafrika) von 45 Millionen Einwohnern leben gegen 900 bis 1000 Aerzte, je ein Arzt für 32 000 Menschen auf 6000 qkm[2]). Und dazu noch ist die Mehrzahl dieser Aerzte in den Städten und an den Krankenhäusern tätig. Was sind noch nicht 140 Aerzte für Westafrika und die kaum 150 für das ganze Aequatorialafrika? Und die über 200 Aerzte für die über 20 Millionen Indochinas?[3])

Im Rahmen des Möglichen hat man sich angestrengt, und die stetig wachsende Zahl von Krankenhäusern, Hospitälern, festen und ambulanten Stationen, Impfstellen, dann der Konsultationen und Impfungen beweist das. In jeder größeren Kolonie besteht ein Pasteur-Institut; in Hanoi, Tananarivo und Dakar existieren Schulen zur Heranbildung eingeborener Heilgehilfen und Hebammen. Deren Zahl ist inzwischen auf 700 Heilgehilfen und 800 Hebammen gestiegen. Aber die fehlenden weißen Aerzte können sie doch nicht ersetzen. Die Zunahme der Bevölkerung Westafrikas betrug in den Jahren

[1]) Im Senegal fordert die Pest jährlich 1500 Menschenleben. „Temps" 14. April 1931. — Es gibt etwa 3650 Leprakranke in Indochina, 2300 auf Madagaskar, 1584 auf Neukaledonien, eine beträchtliche Anzahl in Französisch-Indien, in Französisch-Afrika einige Tausend.

[2]) Diese letzteren Zahlen in einem Aufsatz von J. L. Gheerbrandt, Direktor des Kolonial-Institutes, in der Zeitschrift „Revue des Vivants", IV. Jahrg., Nr. 1, Januar 1930.
Der Mangel an französischen Aerzten zwang zur Einstellung zahlreicher ausländischer, zumal russischer Mediziner, besonders in Afrika. (Zeitschrift „La Géographie", Heft Juli/August 1930.)

[3]) In Kamerun allein waren vor dem Kriege 57 Regierungsärzte und Sanitätsoffiziere tätig. Dazu kam noch der große Aerztestab für die Schlafkrankheitsbekämpfung seit 1913. (Erwähnt in Dr. H. Schnee: Die deutschen Kolonien unter fremder Mandatsherrschaft, S. 31. Leipzig 1922.

1926 bis 1928 insgesamt nur 730 000 Menschen, sie stieg von 13,52 Millionen auf 14,25 Millionen. Und Indochina zählt jährlich 180 000 bis 200 000 Geburten. Das ist auch nicht zu viel.

Kurz, das Leiden der französischen Kolonien, das sie an der Entwicklung verhindert, ist der Mangel an weißen Menschen und an Kapital. Aus diesem Leiden resultieren alle sonstigen, resultiert die Rückständigkeit; es ist das Grundübel. Auf ihm wächst das zweite Uebel, der Mangel an farbigen Menschen, den Arbeitern und Produzenten, ohne die jede Herrschaft in der Luft hängt, durch die allein ein Land erst erschlossen werden kann. Das mangelnde Interesse der Franzosen und der französischen Kapitalisten ebenso wie das Fehlen einer arbeitsfähigen Bevölkerung hat dann das dritte Uebel zur Folge, das durch die noch unzureichende Verkehrserschließung der französischen Kolonien dargestellt wird.

In Nordafrika fehlt es nicht an der Durchdringung mit Verkehrsmitteln; sei es die Eisenbahn, sei es die Straße mit dem Auto darauf haben zumal in Algerien und Tunis das Land geöffnet und zum Aufblühen gebracht. Bald 5000 km Eisenbahnen durchziehen Algerien nach allen Richtungen, auf den wichtigsten Strecken normalspurig, auf zahlreichen anderen schmalspurig (0,60). Allerdings ist der Begriff „wichtige Strecke" dehnbar und kann der Auslegung unterliegen. Man hat z. B. die Strecke Suk—Ahras—Tebessa nicht für so wichtig gehalten und nur in Schmalspur gebaut. Heute kann sie die Anforderungen der Minen von Wensa (Eisen) und Knif (Phosphate) schon nicht mehr erfüllen und bildet fast mehr ein Verkehrshindernis als ein Verkehrsmittel. Ebenso steht es mit der Linie Oran—Colomb—Beschar—Kenadza. Wie denn überhaupt die Stichbahnen nach Süden fast alle schmalspurig sind und bei ihnen aus Angst vor dem Risiko eine Baupolitik der weiten Sicht außer acht gelassen wurde.

Tunis ist ebenfalls mit etwa 2500 km normal- oder schmalspuriger Bahn leidlich gut versehen und eine rasche Beförderung seiner Waren ist so gewährleistet. Aber Algerien ist französische Provinz und beide sind stark von Europäern kolonisiert und durchdrungen. Also ist es kein Wunder, daß die verkehrstechnische Entwicklung hier weit fortgeschritten ist.

Marokko ist eine Eroberung neueren Datums und ein Ausbau des Verkehrsnetzes also noch kaum zu verlangen. Immerhin sind Fez, Rabat und Casablanca schon miteinander durch Eisenbahn verbunden. Nach Süden zu setzt sich die Bahn heute bis Settat fort und dürfte in absehbarer Zeit auch Marrakesch erreichen. Im Nordosten sind Fez und Udschda

an der algerischen Grenze bereits durch eine Stichbahn verbunden und der Bau der Normalspurverbindung ist langsam im Gange. Ist dieses Zwischenglied Fez—Udschda beendet, so besteht eine große Querverbindung Marrakesch—Casablanca—Fez—Oran—Algier—Constantine—Tunis durch ganz Nordafrika und wird gemäß dem Willen ihrer Erbauer es auch verkehrstechnisch zu der Einheit zusammenschweißen, die es geographisch, klimatisch und ethnologisch schon ist. Dann dürfte auch mit der Zeit die politische Einigung kommen, wie sie durch die neuerdings jährlich stattfindenden Konferenzen der Generalgouverneure und Residenten (auch derjenigen West- und Aequatorialafrikas) schon vorbereitet wird. Und Nordafrika würde den fest in französischer Hand befindlichen Block bilden, an den sich nach Ueberbrückung der Sahara auch das übrige Afrika Frankreichs anschließen könnte. Und der Afrikanische Block, von dem man träumt, würde Wirklichkeit werden.

Vorläufig hat es noch gute Weile damit. Seit Jahren geplant, ist die Ausfüllung der Lücke Udschda—Fez immer noch nicht vollendet. Die Sorge Marokkos, daß dann die algerischen Häfen Oran und Nemours den Handel Nordost-Marokkos an sich ziehen würden, spielt dabei wohl mit.

Die drei Kolonien sind auch mit Straßen ganz gut versehen; Marokko zum mindesten unter Berücksichtigung der kurzen Zeit, die es in französischem Besitz ist. Die 5000 bis 6000 Kilometer, die es heute hat, sind zwar größtenteils Erwägungen strategischer Zweckmäßigkeit entsprungen, dienen aber doch der Aufschließung dieses bisher so verschlossenen Landes, auch wenn sie die fehlende Eisenbahn nicht ersetzen können.

Bezüglich der Häfen hatte man die Kolonien Nordafrikas, von den anderen ganz zu schweigen, bis vor wenigen Jahren sehr stiefmütterlich behandelt. Bis 1922 gab es keinen modern ausgestatteten Hafen in Algier, Rücken und Arme mußten Ladung und Entladung besorgen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert und Algier ist ein großer, gut ausgerüsteter Hafenplatz geworden, der einen Umschlag von 3 bis 4 Millionen Tonnen aufweist. Ebenso ist Oran ausgebaut, wenn auch nicht so wie Algier, während Bône und Bougie, die Erzhäfen, ihrem Zweck entsprechen. Oran und Bône folgen Algier mit 3½ bis 4 resp. 2 Millionen Tonnen Umschlag. Beni-Saf, Philippeville, Mostaganem folgen in jeder Beziehung in weitem Abstande.

Tunis-Stadt besitzt den moderner ausgebauten Hafen La Goulette mit gegen 2 Millionen Tonnen Ein- und Ausfuhr, während Sfax, der Phosphathafen, trotz seiner Ausfuhr von

2 Millionen Tonnen Phosphot genügend rückständig ist. Man hat in Frankreich den Wert eines modernen, technisch ausgebauten Hafens den Kolonien sehr lange nicht zugestehen wollen. Als man nach dem Kriege aufwachte, entdeckte man erst, daß man ein „empire sans outillage" hatte und daß z. B. Australien und Canada mit 6 resp. 9 Millionen Einwohnern das 15—20fache an Ausfuhr hatten als West- und Aequatorialafrika mit gegen 18 Millionen Einwohnern. Dabei ist natürlich nicht zu vergessen, daß Canada und Australien weiße Bevölkerungen haben, die aktiv und energisch ihre Länder selbst entwickelten. Aber sie taten es durch großzügige Verkehrspolitik und besitzen heute Eisenbahnnetze von gewaltiger Ausdehnung (Australien etwa 45 000 km und Canada 72 000 km) und gut ausgerüstete Häfen. Ländereien werden nicht erst aufblühen, um dann dem Verkehr sich zu erschließen, sondern der Verkehr wird erst durch die von ihm bewirkte Erschließung weite Landstrecken bevölkern und fruchtbar machen. Frankreich vergaß das vollständig und tat nichts für sein Kolonialreich. Oder doch fast nichts.

Marokko ist eine noch zu neue Gründung und man stellt ihm gegenüber noch bescheidene Ansprüche. Um so mehr muß man anerkennen, daß es in Casablanca bereits einen ganz modernen Hafen besitzt und daß in Kenitra-Mehedya ein weiterer im Entstehen ist. Der Warenverkehr Casablancas übersteigt denn auch schon die 3 Millionen Tonnen.

Nordafrika ist also verhältnismäßig sehr begünstigt worden und Frankreich hat mit gutem Grunde in diesen Brückenkopf seines Kolonialreiches viel Geld hineingesteckt. Um so trauriger sieht es aber dafür in den übrigen Kolonien aus.

Westafrika besitzt bei einer Ausdehnung von etwa 4,8 Millionen Quadratkilometer Eisenbahnen in der Gesamtlänge von 3230 km, d. h. etwa 0,3 km für 100 qkm. Die Senegalkolonie hat das längste Netz mit etwa 970 km, die sich im Sudan mit rund 550 km fortsetzen. Guinea besitzt die Linie Conakry—Cancan mit 650 km, die Elfenbeinküste die Strecke Abidjan—Firkassedugu mit etwa 560 km, Dahomey die Strecke Kotonu—Save mit rund 293 km und Porto-Novo—Pobe mit 80 km. Das ist alles! Riesige Territorien mit großer Bevölkerung bleiben ohne die mindeste Eisenbahnverbindung und können ihre Produkte nicht auf den Markt bringen, nichts verdienen und also auch nichts kaufen. Sie sind noch auf lange Zeit hinaus zur Barbarei verdammt. Was bedeuten die 970 km Eisenbahn, die sich auf die Küstenlinie St. Louis—Dakar und die Nigerlinie Thiès—Kayes begrenzen, für ein Territorium von 200 000 qkm mit 1 500 000 Einwohnern? Und

was sind dem Sudan von 1 450 000 qkm mit 2 700 000 Einwohnern die 550 km der Strecke Kayes—Kulikoro? Französisch-Guinea erstreckt sich über 250 000 qkm mit 2 Millionen Einwohnern und besitzt 650 km Eisenbahn. Die Elfenbeinküste hat 324 000 qkm, 1 800 000 Einwohner und ganze 560 km Bahn, Dahomey trägt auf 122 000 qkm mit 1 Million Einwohnern nur rund 350 km Bahn. Und Mauretanien, Ober-Volta und Niger mit zusammen 2,45 Millionen Quadratkilometern und über 4,8 Millionen Einwohnern besitzen überhaupt keine Bahnlinie und sind also vollständig abgeschlossen. Unter diesen Umständen ist ein Gesamthandel (1929) von 2,86 Milliarden Franken noch als sehr hoch zu bezeichnen. Dabei hatte das kleine Togo mit 87 000 qkm und rund 1 Million Einwohnern 1912 bereits 21½ Millionen Mark Handel und drei Eisenbahnen mit zusammen 330 km Länge.

Dazu kommt, daß über den Wert dieser Bahnen die Ansichten sehr verschieden sind. Im allgemeinen wird konstatiert, daß man in der Konstruktion allzu große Sparsamkeit habe walten lassen und daß demzufolge Unterbau, Schienen- und sonstiges Material sowie Linienführung den Anforderungen durchaus nicht genügten[1]). 8000 km Autostraßen können fehlende oder untaugliche Eisenbahnen nicht ersetzen.

Für die Häfen Westafrikas ist auch nicht ausreichend gesorgt worden. Der einzige moderne Hafen ist Dakar auf dem Kap Verde. In St. Louis, Rufisque, Kaolack müssen die Schiffe auf der Reede ankern und ausbooten. Für alle drei wären größere Arbeiten, besonders Baggern, nötig, um sie auch nur einigermaßen zu halten. Aber gegen Dakar verlieren sie auch ständig an Wichtigkeit.

Konakry an der Guineaküste, Port-Bouet, Abidjan und Grand-Bassam an der Elfenbeinküste, Cotonu in Dahomey sind bisher nur Hoffnungen, für die aber noch nichts getan wurde. Wenn sie erst aus dem Stadium von Reede und Warf herausentwickelt sind, werden sie große Bedeutung gewinnen können. Die englischen Freetown (Sierra Leone), Sekondi, Takoradi (Gold Coast), Lagos (Nigeria) können Vorbilder sein.

Aequatorialafrika ist noch jungfräulicher, von keinem Verkehrsmittel gestreifter Boden. Seine 2,4 Millionen Quadratkilometer mit 3 Millionen Einwohnern tragen noch keine Eisenbahn, obwohl man nun seit Jahren die Strecke Brazzaville (am Stanley Pool)—Pointe Noire im Bau hat, den „Congo-Ozean" von etwa 530 km Länge. Das ist ein Anfang, aber wie wenig für ein so riesiges Territorium, das noch ungeahnte Möglich-

[1]) So von kompetenter Seite im „Bulletin de l'Afrique Française", Beilage „Renseignements Coloniaux". Januar 1930.

keiten bietet! Auch die Häfen Pointe Noire, Libreville und Mandji bieten dem Handel nur die offene Reede und können mit Boma und Matadi nicht konkurrieren.

Französisch-Afrika ist vernachlässigt worden und erst seit dem Kriege beginnt ein langsamer Aufbau des Verkehrsnetzes. Aber zumal Aequatorialafrika wird noch lange schlummern können.

Madagaskar macht langsame Fortschritte. Bei einer Oberfläche von 582 000 qkm mit nur 3,5 Millionen Einwohnern besitzt es auch nur 700 km Eisenbahn in Zentralmadagaskar, 3000 km Autostraßen, die von Tananarivo ausstrahlend in das Innere der Insel vordringen. Wie in den beiden anderen afrikanischen Gebieten macht auch auf Madagaskar der Menschen- und Arbeitermangel viel große Arbeiten unmöglich. Man hat daher einen Teil des militärischen Kontingents zur Arbeitsdienstpflicht herangezogen und offenbar mit dieser Umgehung der verbotenen Zwangsarbeit gute Resultate erzielt.

Von den Häfen Madagaskars besitzt nur Tamatave eine leidliche Ausrüstung modernerer Art. Majunga, Manakara und Diego-Suarez, Tulear und Fort-Dauphin sind sehr rückständig und haben die geplanten Arbeiten nötig.

Indochina ist kaum besser daran als die übrigen Kolonien. Mit seinen 737 000 qkm und annähernd 21 Millionen Einwohnern verfügt es über etwa 1650 km Eisenbahn, das sind 0,2 km Eisenbahn auf 100 qkm. Während Siam 0,5, Togo 0,6, die Malaienstaaten Malakkas 1,4, Indien 1,4 haben. Nur China ist noch schlechter gestellt, während Westafrika mit 0,3 sogar überlegen ist. Dazu dringen diese Bahnen nur in Tonking tiefer in das Innere des Landes ein, während sie sonst der Küste entlang laufen. Von Haiphong in Tonking aus geht nach Norden die Yünnan-Bahn durch die chinesische Provinz Yünnan bis Yünnanfu, auf einer Gesamtlänge von 1240 km mit 850 km in chinesischem Gebiet. Sie bildet die gegebene Strecke für den Handel Yünnans zum Meer hin, verschafft Indochina viele Vorteile und dem französischen politischen und kulturellen Einfluß ein weites Feld in der gut bevölkerten chinesischen Provinz. Eine weitere Bahn in die Provinz Kwangsi ist nur bis zur guten Absicht und zur Grenze Tonkings gediehen, mit etwa 179 km. Eine wichtige Strecke ist der „Transindochinois", sobald er vollendet sein wird. Im Norden ist jedoch nur der Abschnitt Hanoi—Tourane, im Süden die Strecke Saigon—Nhatrang fertiggestellt und die dazwischen liegende Lücke von 530 km Länge soll erst in absehbarer Zeit begonnen werden. Damit wäre das

Projekt des Transindochinois vorläufig noch auf die lange Bank geschoben. Er läuft im übrigen genau der Küste Annams entlang. Derart, daß das ganze Protektorat Laos bis heute ohne einen einzigen Kilometer Eisenbahn ist. Nicht minder aber auch Kambodscha. Beide zusammen machen aber mit 390 000 qkm mehr als die Hälfte von Indochina aus, sind allerdings nicht sehr stark bevölkert, zumal Laos. Nichtsdestoweniger bergen sie viel ungehobenen Reichtum, zu dem Bahnen einen Zugang bedeuten würden. Ein ziemlich ausgedehntes Straßennetz von rund 9800 km Fahrtstraßen und sonstigen Wegen dazu vermag die billige Eisenbahn nicht zu ersetzen. Es wird ja kaum der Eingeborene sein, der die augenblicklich vorhandenen 30 000 Automobile im Lande fahren läßt, Europäer und Chinesen dürften sich in ihren Besitz teilen.

An Häfen besitzt das Gebiet an erster Stelle Saigon, ziemlich modern ausgerüstet, mit einem Warenumschlag von 3,5 Millionen Tonnen. Es hat auch große Bedeutung als Binnenhafen an der Mündung des Mekong inmitten zahlreicher Arme und Kanäle gelegen. An zweiter Stelle steht Haiphong in Tonking mit 1,5 Millionen Tonnen Warenverkehr, ebenfalls als Binnenhafen an der Mündung des Roten Flusses wichtig. Jedoch droht trotz allen aufgewendeten Mühen der Hafen zu versanden, weshalb man sich langsam nach einer anderen und besseren Hafengelegenheit umsieht. In Frage käme dazu die sehr günstige Bai von Along, etwas weiter südwestlich, die gleichzeitig auch den gewünschten Flottenstützpunkt abgeben würde. Mit diesen beiden Haupthäfen ist auch der Bestand erschöpft, denn die übrigen Küstenorte, Than-Hoa, Vinh, Hatinh, Dong-Hoi, Tourane bieten kaum etwas geeignetes und ihr Ausbau würde große Kosten erfordern. Allenfalls ist an die Bucht von Kam-Ranh im südlichsten Annam gedacht, aber bisher ist auch noch keine Entscheidung getroffen worden.

Es läßt sich jedenfalls nicht sagen, daß dieses große Gebiet wirklich seinem Außenhandel von 1,4 Milliarden Goldfranken entsprechende Hafenanlagen hätte. Es ist unzweifelhaft, daß überhaupt eine bessere Verkehrserschließung diesen Handel ganz bedeutend erhöhen würde. Bei einer Bevölkerung von 20 Millionen ist er noch gering.

Das französische Pachtgebiet in China, Kwang-Tschouwan ist nur durch seine Kasernen und einige Boulevards und Avenuen bemerkenswert. Man hat sonst nichts damit anfangen können, kein Geld hineingesteckt und das stark bevölkerte Hinterland nicht auszunutzen verstanden.

Neukaledonien verdankt seinen Handel seinen großen Vorräten an Nickel, Chrom, Silber, Platin, Zink, Gold, die einen Umschlag von etwa 240 Millionen Franken gleich 40 Millionen Mark bedeuten. Aber es ist in bezug auf den Verkehr total vernachlässigt und hat bei etwa 23 000 qkm Oberfläche nur etwa 30 km Eisenbahn mit Schmalspur und gegen 200 km Fahrtstraßen. In 70 Jahren und bei der Möglichkeit billiger Arbeitskräfte durch die Sträflingskolonie ist das keine bedeutende Leistung! Der Ausbau der Häfen ist entsprechend. Allerdings ist der Mangel an Arbeitskräften bei einer Bevölkerung von nur 52 000 Einwohnern ganz besonders drückend und hemmend. Durch Anwerbung von malayischen, javanischen und sogar annamitischen Arbeitern hat man sich zu helfen gewußt, doch fast nur für die Landarbeit und die wenigen Minen. Für den Verkehr geschieht auch weiterhin fast nichts.

Tahiti wird eine bedeutende Rolle spielen können, wenn erst einmal etwas für seine wirtschaftliche Ausrüstung getan ist. Seine Lage auf der Route Australien — Panama berechtigt es zu den schönsten Hoffnungen.

Guyana verfügt über eine Schmalspurbahn von 16 km Länge und über keine Fahrstraße, bei einer Ausdehnung von 88 000 qkm. Seine rund 50 000 Einwohner, meist Schwarze und Mulatten, sind auch nicht imstande, ein so großes Territorium zu bewältigen. Und die Strafgefangenen von Cayenne werden offenbar sorgfältig gegen die Verwendung im Straßen- und Eisenbahnbau geschützt. Der Erfolg ist daß Guyana von all seinen verborgenen Reichtümern keinen Gebrauch machen kann. Man will jetzt durch Import von indochinesischen Sträflingen Abhilfe schaffen. Ob dieses Experiment der Stagnation Einhalt zu gebieten vermag? Die Zukunft wird es lehren. Jedoch dürfte Indochina kaum genug Sträflinge stellen.

3. Das koloniale Absatzgebiet.

Aus dem in den vorstehenden Abschnitten Gesagten geht hervor, daß das Kolonialreich Frankreichs, mit Ausnahme vielleicht von Algerien und Tunis, sich noch sehr im Anfangsstadium seiner Entwicklung befindet. Eine Folge davon ist, daß es auch als Absatzgebiet der Industrie des Mutterlandes noch durchaus nicht den Platz einnimmt, den es nach seiner Ausdehnung und Bevölkerung eigentlich einnehmen müßte. Denn der Anteil der französischen Kolonien an der Ausfuhr Frankreichs betrug 1929 nur etwa 19—20%

des Gesamtexportes. Immerhin ist er im Steigen begriffen, denn 1926 betrug er ungefähr 15,5%. Bezifferte sich der Exportwert 1929 auf 50 Milliarden Franken, so nahmen die Kolonien davon rund 9,44 Milliarden Franken in Anspruch; 1926 waren die entsprechenden Ziffern 59,5 bzw. 9,18 Milliarden Franken. An dieser Summe ist aber allein Algerien mit fast 3,4 Milliarden, ganz Nordafrika mit 5,47 Milliarden beteiligt, so daß auf den „Rest" des Kolonialreiches nur rund 3,7 Milliarden entfallen.

Das Ergebnis Algeriens, das als Kunde Frankreichs nach England und Belgien den dritten Platz einnimmt, ist nicht so sehr verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Europäer dort nah an die Million heranreicht. Der weiße Ansiedler steht sich im Gegensatz zu dem arabischen oder berberischen Bauer wirtschaftlich sehr gut, weil seine rationelle Bodenausnutzung den Urvätersitten der Eingeborenen weit überlegen und der Absatz in Frankreich durch die Zolleinheit, der Absatz im sonstigen Ausland durch die Besonderheit der Produkte (Wein, Frühgemüse, Obst, Getreide) ziemlich gesichert ist. Dadurch ist aber auch seine Kaufkraft ziemlich hoch und seine europäischen Ansprüche äußern sich im Import der zahlreichen Luxuswaren, die der moderne Mensch nicht mehr entbehren kann. Der Eingeborene nimmt an diesem Import nur Teil, soweit billige Tuche, Kleiderstoffe, dann keramische oder sonstige Erzeugnisse der Fertigwarenindustrie in Frage kommen. Denn seine Lage ist schlecht, da er die modernen Produktionsmethoden zu adoptieren noch nicht imstande war und also überall zurückgedrängt wird. Sein Lebensstandard ist äußerst niedrig, als Käufer tritt er nur unbedeutend in Erscheinung.

Der Handel mit Tunis basiert ebenfalls auf der zahlreichen weißen Bevölkerung und auf den Frankreich gewährten Zollvorteilen, wendet sich aber auch stark nach Italien hin.

Marokko hat auf Grund der Algeciras-Akte eine Sonderstellung durch den darin verkündeten Grundsatz der offenen Tür, d. h: der gleichen Zölle für alle, einschließlich Frankreichs, trotzdem dieses Schutzmacht ist. Jedoch ist und bleibt diese Bestimmung der Akte „lettre morte", da erstens Deutschland durch den Versailler Vertrag (Art. 141 ff.) jeder durch die Akte von Algeciras oder durch andere Abmachungen erworbenen Rechte in Marokko verlustig gesprochen wurde und da zweitens die Schutzmacht Frankreich sich ein tatsächliches Marktübergewicht (50% der Einfuhr) zu schaffen verstanden hat.

West- und Aequatorialafrika haben eine relativ nur sehr geringe Einfuhr, die aus der noch sehr niedrigen Kulturstufe der Eingeborenen und aus ihrer Armut leicht zu erklären ist. Die Einfuhr Frankreichs in diese Gebiete betrug nur gegen 880 Millionen Franken, davon nach Westafrika 742 Millionen. Andere Länder lieferten (1929) für gegen 610 Millionen nach Westafrika und für 113 Millionen nach Aequatorialafrika. Der Anteil Frankreichs betrug also bei dem ersten etwa 51% (gegen 55,9% 1927 und 56,6% 1928), bei dem zweiten fast 50% (gegen 54% 1925 und 47% 1926).

Madagaskar ist fast ganz Domäne der französischen Ausfuhr. Frankreich beherrscht dort den Markt zu etwa 80% mit einer Einfuhr von (1928) 300 Millionen auf im ganzen 375,4 Millionen Franken (1925 etwa 90% und 1926 etwa 87%).

Indochina ist unter den Kolonien, nach Algerien, der beste Kunde Frankreichs. Seine Einfuhr aus Frankreich übersteigt die 1½ Milliarden erheblich und bildet über 50% der Gesamteinfuhr (1922: 40%; 1924: 50%; 1926 51%). Da Frankreich aber nur etwa 21% des indochinesischen Exportes abnimmt, so zeigt die Bilanz Indochinas mit Frankreich ein erhebliches Defizit. Im übrigen ist die Einfuhr von insgesamt 2½ Milliarden Franken für ein Land von 21 Millionen Einwohnern nicht bedeutend und für die geringe Kaufkraft seiner Bewohner bezeichnend.

Der im allgemeinen ziemlich niedrige Betrag der Gesamteinfuhr der Kolonien erklärt sich aber nicht nur aus dem Niveau von Kultur und Lebenshaltung der Eingeborenen, sondern geht wie dieses noch auf einen anderen tieferen Grund zurück, der in der Zollpolitik Frankreichs gegenüber seinen Kolonien liegt.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Kolonien auf dem Gebiet des Handels sind in der Hauptsache geregelt durch das Gesetz vom 11. Januar 1892. Dieses Gesetz teilt die Kolonien in zwei Kategorien: I. Die erste Kategorie umfaßt diejenigen Kolonien, die dem allgemeinen französischen Zolltarif bezüglich ihrer Einfuhr unterworfen sind, deshalb als „assimiliert" gelten und französische Waren zollfrei herein lassen müssen. Den Waren fremder Länder sind im Prinzip die Zölle des französischen allgemeinen Tarifes aufzuerlegen. Zu diesen Kolonien der ersten Gruppe gehören folgende: Martinique, Guadeloupe, Guyana, St. Pierre und Miquelon, Gabon, Réunion, Mayotte, Madagaskar, Indochina, Neukaledonien.

II. Die zweite Gruppe umfaßt die Besitzungen, die nicht dem allgemeinen Zolltarif Frankreichs unterworfen sind und

also, in gewisser Hinsicht, freie Hand für die Festsetzung ihrer Zölle haben. Jedoch genießen auch bei ihnen die französischen Waren Zollfreiheit, während die eigenen Erzeugnisse dieser Kolonien in Frankreich bei ihrer Einfuhr dem Minimaltarif unterliegen, also verzollt werden.

Diese Einteilung erscheint sehr merkwürdig, wenn man den Gedankengang des französischen Gesetzesprojektes von 1892 nicht kennt. Zu dieser Zeit erschienen Kolonien zollpolitisch einfach als Verlängerungen des Mutterlandes, dessen Gebiet eben durch sie bis in andere Breiten erweitert wurde und also nur einen Zollgürtel brauchte. Diejenigen Besitzungen, die dazu reif erschienen, wurden in die erste Gruppe versetzt und assimiliert (zollpolitisch!). Diejenigen, denen man diese Reife nicht zuerkannte, brachte man in die zweite Gruppe der „colonies non-assimilées", damit sie dort so gediehen, daß man sie später in die erste Gruppe übernehmen könnte.

Bei dieser Gruppierung ging man etwas willkürlich vor. Die Niederlassungen auf Madagaskar wurden in die zweite (Vorbereitungs-)Gruppe versetzt, da ein Uebergang nötig zu sein schien. Als Madagaskar ganz annektiert wurde, wurde es gleich in die erste Gruppe gesteckt, als ob die ganze Insel keine Uebergangsperiode nötig habe. Und Indochina wurde ebenfalls sofort in die erste Gruppe genommen und darin behalten, obwohl über ein Vierteljahrhundert klar zeigte, daß die Indochinesische Union den weitaus größten Teil ihres Außengeschäftes mit den Ländern des Fernen Ostens, und nicht mit Frankreich, machte, wie es seine geographische Lage und innere Situation auch erforderte. Die Entstehung der beiden Kolonien West- und Aequatorialafrika konnte der Gesetzgeber nicht voraussehen, sie sind also in die zweite Gruppe hineingewachsen, aber auch darin geblieben. Uebrigens zu ihrer Zufriedenheit. Ebenso wie die Südseegebiete, Indien und die Somaliküste. Zwar fühlen sich diese Territorien unter dem Regime des von ihnen selbst festgesetzten (natürlich mit Genehmigung des Staatsrates und der Minister selbst festgesetzten) Zolltarifes sehr wohl, aber der Sinn des Gesetzes, daß die zweite Gruppe nur Uebergang sein solle, ist doch durch deren Beibehaltung verfälscht.

Trotzdem ist sicher, daß das System der zweiten Gruppe das ungleich bessere ist. Es ist ein fast unmöglicher Gedanke, Kolonien mit ganz verschiedener geographischer Lage, Bevölkerung, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung in eine Zolluniform zwängen zu wollen, die auf die Bedürfnisse des hochkultivierten und -organisierten Mutter-

landes der gemäßigten Zone Europas zugeschnitten wurde. Das kann nur zum Nachteil der Kolonialgebiete und letzten Endes dann auch des Mutterlandes ausschlagen; Algerien als Ausnahme bestätigt die Regel, widerspricht ihr zum mindesten nicht. Man ging von dem primitiven Standpunkt aus, daß man einen guten Absatzmarkt für die Erzeugnisse des Mutterlandes am einfachsten durch Versetzung der Kolonien in die erste Gruppe erhalte. Das ist ein ebenso egoistischer wie kurzsichtiger Standpunkt, da man über der Gewinnsucht ganz vergißt, daß der koloniale Absatzmarkt eine Funktion der Entwicklung der Kolonie überhaupt ist: wenn der Eingeborene nichts verdient, kann er auch nichts kaufen.

Die Zollunion zwischen den verschiedenen Staaten hat oft schlimme Folgen gehabt. Die Antillen ebenso wie St. Pierre und Miquelon wurden von ihrem natürlichen Markt und Kunden USA. getrennt, litten schwer und fanden einen Ersatz erst durch ausgedehnten Alkoholschmuggel. Madagaskar durfte mit seinem Nachbarn Südafrika keinen Handelsvertrag schließen, der indessen sehr zum Vorteil der Kolonie gewesen wäre. Jedoch Handelsverträge fallen unter die Prärogative des Mutterlandes und richten sich in erster Linie nach dessen Nutzen; an den Profit der Kolonie dacht man nicht. Und die Eingeborenen Madagaskars durften weiter die teuren und schlechten Tuche aus Frankreich kaufen, konnten es aber nur zu oft nicht, und die Sterblichkeit in dem rauhen und kalten Klima der Hochplateaus nahm zu. Dabei verlangten jedoch die französischen Tuchfabrikanten sogar noch weitere Zollerhöhungen für die in die Kolonien eingeführten fremden Tuche und Stoffe, die im Durchschnitt schon, z. B. in Westafrika (mit Zollautonomie), um 150 bis 200 % höhere Zölle als die französischen zu tragen hatten. Der französische Fabrikant ist eben nicht so sehr für den freien Wettbewerb auf offenem Markte, sondern zieht das stille Glück eines Monopols in den Kolonien, Nordafrika und Frankreich vor.

Indochina wurde durch die Zollunion ebenfalls schwer geschädigt. Frankreich hat Handelsbeziehungen zum Fernen Osten, die keinen sehr hohen Prozentsatz seines Gesamthandels ausmachen. Deshalb setzte der allgemeine Zolltarif gegenüber dem Fernen Osten Zölle fest, die fast prohibitiv wirken und als gutes Handelsobjekt für Vertragsverhandlungen dienen sollten. So wird der Zolltarif von Frankreich fast nur ausnahmsweise angewandt. In Indochina aber, dem er durch die Zollunion auferlegt wurde, ward er der meistangewandte Tarif, auf Grund der engen Beziehungen, die es zu allen Fernoststaaten unterhält; nicht zum Nutzen der

Eingeborenen. Denn diese müssen auf den importierten Waren des Fernen Ostens den Maximaltarif tragen; während der Franzose des Mutterlandes entsprechend den Handelsverträgen mit den Fernoststaaten, die zumeist auf Indochina nicht oder nur bedingt anzuwenden sind (zum Schutz der französischen Waren z. B. gegen Japan), nur den Minimaltarif oder die vereinbarten Zwischenzölle zu tragen hat.

Des weiteren werden viele Zölle auf die mittlere Qualität der Waren berechnet. Obgleich diese Zölle zumeist Spezialzölle sind und nicht ad valorem berechnet werden, entsprechen sie doch ungefähr dem Wert der mittleren Warenqualität. In Frankreich werden Waren aller Qualitäten eingeführt, der Zoll nach mittlerer Qualität entspricht also der Sachlage. In Indochina werden zumeist nur Waren minderster Qualität importiert, da der Eingeborene zuerst auf den Preis, dann auf die Beschaffenheit der Gegenstände achtet. Das Ergebnis der Verzollung unterscheidet sich also in Indochina beträchtlich von dem in Frankreich. Entspricht im Mutterland ein beliebiger Zoll etwa 10% des Wertes der Ware, so entspricht derselbe Zoll in Indochina den 20% oder 30% des Wertes. Nicht zum Nutzen der Eingeborenen.

Dann fällt aber durch die zollfreie und stark geschützte Einfuhr der französischen Erzeugnisse auch eine ausgezeichnete Einnahmequelle für die Kolonien der ersten Gruppe fort. Die zahlenden Produkte des Auslandes werden abgehalten durch die nichtzahlende Einfuhr von seiten des Mutterlandes. Es kommen nicht sehr hohe Zollsummen ein, wenn z. B. in Madagaskar 80% und in Indochina über 50% der Einfuhr auf Frankreich entfallen.

Schließlich sei noch als Nachteil des vorhandenen Zollsystems die Unmöglichkeit der Schaffung einer kolonialen Industrie genannt, die z. B. in dem rohstoff-, kohlen- und eisenreichen Indochina, aber auch in anderen Gegenden möglich wäre. Jedoch unterdrückt die zollfreie Konkurrenz Frankreichs meist solche Anfänge oder läßt sie nicht gedeihen.

Endlich haben verschiedene französische Zollmaßnahmen die Zollsituation der Kolonien der ersten Gruppe chaotisch gemacht. 1921 hatte Frankreich alle Handelsverträge gekündigt. Zur Unterstützung der französischen Lage in den neu aufzunehmenden Verhandlungen wurde der Zolltarif um 300% erhöht, zur Aufrechterhaltung der Zolleingänge, angesichts der steigenden Warenpreise, bei den meisten Tarifposten ein Erhöhungskoeffizient in Anwendung gebracht. Das Generalgouvernement Indochina wehrte sich zuerst gegen die Einführung beider Reformen, mußte sie jedoch auf Ver-

langen der Pariser Regierung wenigstens teilweise durchführen. Dazu kam, daß im Laufe der Zeit in bezug auf die Durchführung des Zolltarifes in Indochina die Verhältnisse manche Veränderung zugunsten der Kolonie erzwungen hatten, wie sich eben als unumgänglich notwendig herausgestellt hatte. Handelte es sich nun um die Verzollung einer Ware, so mußte erst festgestellt werden, ob sie unter den allgemeinen Tarif oder die Aenderung fiel. Im ersten Fall mußte man noch nachsehen, ob die beiden obigen Zollerhöhungsbestimmungen die Waren trafen oder nicht, ob sie für Indochina galten oder nicht. In einem Fall kam der Zolltarif von vor 1921, im anderen der von nach 1921 in Frage. Das Ergebnis war eine Kette von Verwicklungen.

Ein Gesetz vom 13. April 1928 hat zwar liberalere Bestimmungen für die Kolonien eingeführt, indem auf Verlangen der Kolonialregierungen der ersten Gruppe Abweichungen vom allgemeinen Tarif erlaubt werden sollen. Die Erlaubnisse sollen in kürzester Frist (früher vergingen Jahre, bis die Kolonien etwas durchsetzen konnten) erteilt und übermittelt sowie die Abweichungen (dérogations) in einem Spezialtarif zusammengefaßt werden. Das ist ein Fortschritt.

Aber das Prinzip der Zollunion zwischen dem Mutterland und den wichtigsten Kolonien ist nicht angetastet worden und die immer wiederholte Forderung dieser Besitzungen auf Gewährung der Zollautonomie läßt sich nicht durchsetzen. Die Furcht vor jeder den Kolonien gewährten Freiheit, die Furcht, daß im französischen Reich große Prokonsulate, Vizekönigreiche oder Dominions entstehen könnten, läßt alle Rücksichten auf die Kolonie zurücktreten. Obgleich den Schaden in erster Linie die Kolonien zu tragen haben, wird er sich auf die Dauer doch auch für Frankreich fühlbar machen. Denn unzufriedene und mit Gewalt am Aufschwung verhinderte Kolonien wissen sich am Mutterland zu rächen, sind Brutstätten aller gegen das Mutterland gerichteten Gefühle. Einen augenblicklichen Nutzen mit bleibendem Schaden zu erkaufen darf man zum mindesten als unklug bezeichnen. Im übrigen entspricht das französische Handeln gegenüber seinen Kolonien nicht ganz den Theorien, die es über die Pflichten eines Kolonisators gegen seine eingeborenen Untertanen aufgestellt hat.

b) Militärisch.

Wirtschaftlich bedarf Frankreich seines Kolonialreiches nicht so dringend, wie es oft von Franzosen dargestellt wird.

Es befindet sich in der nicht unangenehmen Lage einer relativ günstigen Situation, einer verhältnismäßigen Balance zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen landwirtschaftlich und industriell tätiger Bevölkerung. Die verarbeitenden Berufe sind noch immer in der Minderzahl gegenüber dem landwirtschaftlichen Produzenten, der mit unzähligen kleinen Besitzern am Boden hängt, ihn bebaut und im großen und ganzen Frankreich noch immer als einen stark agrarischen Staat erscheinen läßt. Industrie und Handel haben den „petit propriétaire" noch nicht zu erwürgen vermocht, wie in England, oder zum mindesten in den zweiten Rang gedrängt, wie in Deutschland. Die industrielle Ausfuhr, der Export überhaupt, ist für Frankreich noch nicht so zur Frage von Sein und Nichtsein geworden wie bei den beiden Nachbarstaaten. Seit dem Kriege haben sich zwar die Verhältnisse, verglichen mit der Vorkriegszeit, etwas verschoben, da mit der Rückgewinnung des Elsasses und besonders Lothringens die Industrie Fortschritte auf dem Wege zur Eroberung des Landes gemacht hat. Aber an der Basis des französischen wirtschaftlichen Lebens hat sie noch keine Umwälzung hervorbringen können, es ist immer noch durch eine gewisse Balance zwischen Landwirtschaft und Industrie ausgezeichnet. Wirtschaftlich also sind die Kolonien noch nicht lebensnotwendig für Frankreich.

Anders jedoch steht es mit dem militärischen Wert der Kolonien für Frankreich. Die Verminderung der französischen Bevölkerungszahl durch Geburtenrückgang, Sterblichkeit und zuletzt durch den furchtbaren Aderlaß des Weltkrieges drohte die Grundlage seines politischen Daseins, die Volkskraft zu rauben und so die Basis jedes Machtaufbaues zu nehmen. Kein Volk wird sich widerstandslos als in Unvermeidliches fügen, wenn eine schleichende Krankheit die Nation zu vergiften und aus dem blühenden Körper einen wesenslosen Schatten zu machen beginnt. Es wird nach Mitteln suchen, die Gefahr abzuwenden und mit aller Energie sie zu bekämpfen, um Leben und politische Existenz aufrechtzuerhalten und zu retten. Und wenn natürliche Heilmittel versagen und den Lauf des drohenden Geschickes nicht zu hemmen vermögen, dann wird es, wie das leidende Individuum auch, nur zu leicht geneigt sein, seine Zuflucht zu künstlichen Mitteln zu nehmen und das Gift durch ein Gegengift zu paralysieren suchen. Dieses Gegengift kann heil- oder todbringend sein, die Entscheidung nach der einen oder anderen Seite hin tritt oft erst spät ein. Aber häufig vermag es auf jeden Fall eine belebende Wirkung zu erzielen. Heilung oder Tod folgen nach.

Frankreich hat bisher den Kampf gegen das Gift des Bevölkerungsschwundes vergeblich geführt. Seine Geburtenziffer steigt nicht und nur eine starke Einwanderung aus Italien, Polen, Belgien, Spanien und der Tschechoslowakei hat es einen kleinen Zuwachs sogar verzeichnen lassen.

Seine Wehrfähigkeit ist in Gefahr. Denn die seit Jahrzehnten immer tiefer sinkende Geburtenziffer bringt auch eine starke Abnahme des jährlichen Rekrutenkontingents mit sich. Der Weltkrieg hat verheerend gewirkt und man berechnet, daß von 1935 bis 1939 das Kontingent sich nur auf etwa 110 000 bis 120 000 Mann stellen würde.

Frankreich hat sich unter diesen Umständen entschlossen, ein Gegengift seiner Krankheit entgegenzusetzen, das, wenn es auch nicht heilt, so doch stark paralysiert. Es hat sich den Farbigen in die Arme geworfen und sie mit der Aufgabe betraut, an die Stelle der fehlenden Kinder Frankreichs zu treten und mit ihren Leibern den Wall um Frankreich zu bilden.

Die Umorganisation der französischen Armee, wie sie sich heute darstellt, geht zurück auf das „Loi rélatif à la constitution des cadres et effectifs de l'armée" von 1928. Mit diesem Gesetz sowie mit den beiden anderen über die allgemeine Organisation und die Rekrutierung der Armee ging Frankreich von der 18monatigen Dienstzeit zu der von einem Jahr über. Der Generalstab jedoch glaubte die einjährige Dienstzeit nicht verantworten zu können, wenn nicht für den dabei entstehenden Ausfall an weißen Soldaten gesetzlicher Dienstzeit ein Ersatz geschaffen würde, der eine Erhöhung der Anzahl der Berufsmilitärs und, besonders, der farbigen Truppen umfaßte. Dazu trat noch die Schaffung neuer Formationen (agents militaires) für den nichtmilitärischen Dienst im Heere (Intendance usw.) sowie die Verstärkung der garde républicaine mobile und die gesetzliche Umgestaltung der bisher freiwilligen Jugendausbildung.

Der neuen Organisation entsprechend soll die Heimatarmee (armée métropolitaine) 20 weiße Infanteriedivisionen, 5 weiße Kavalleriedivisionen und eine weiße Kolonialdivision umfassen. Letztere gehört zu den Kolonialtruppen weißer Farbe, die innerhalb der armée métropolitaine über ein autonomes Kommando[1]) verfügen und hauptsächlich zur Ausbildung des Nachwuchses der Truppen in den Kolonien,

[1]) Die „troupes coloniales", in verschiedenen Garnisonen verteilt, unterstehen nicht den Generalen der Korpsbezirke, sondern sind in einem besonderen Korps zusammengefaßt, dessen General, mit dem Rang eines kommandierenden Generals, dem Chef des Generalstabes unterstellt ist.

d. h. auch der Kaderformationen für die Eingeborenenarmee bestimmt sind. Dazu treten noch 5 farbige Expeditionsdivisionen (2 nordafrikanische, 2 westafrikanische und 1 indochinesisch-madagassische), die mit hohem Etat jederzeit verwendungsbereit und für auswärtige Kriegsschauplätze bestimmt sind. Sie bilden die „forces mobiles"[1]), bewegliche Kräfte, und dienen zur Entlastung der weißen Armee, deren Ausbildung so ungestört ihren Fortgang nehmen kann. Insgesamt liegen im Gebiet des Mutterlandes 5 Regimenter algerischer, 2 Regimenter marokkanischer und 1 Regiment tunesischer Scharfschützen, insgesamt also 8 Regimenter[2]), gleich 2 Divisionen. Dazu treten noch 3 Regimenter algerischer und 1 Regiment marokkanischer Spahis, auch etwa 1 Division bildend. An kolonialen Truppen anderer als nordafrikanischer Herkunft sind noch 6 Regimenter Senegalschützen, 2 Regimenter indochinesischer und 2 Regimenter madagassischer Scharfschützen vorhanden, so 2 Senegaldivisionen und eine gemischte indochinesisch-madagassische Division bildend. Die Ausweise des Kriegsministeriums auf dem Budget für 1930 geben folgende Zahlen für die Eingeborenen in der französischen Heimatarmee an:

Truppengattung	Nordafrikaner		Kolonialeingeborene	
	Gesetzl. Dienstzeit	Kapitulanten	Gesetzl. Dienstzeit	Kapitulanten
Infanterie . . .	7 936	8 651	—	—
Kavallerie . . .	100	2 320	—	—
Artillerie . . .	3 685	1 000	—	150
Pioniere . . .	—	—	315	120
Train	1 057	1 338	—	800
Troupes d'administration . .	2 024 —	706	500	1 566
Kolonialinfant. .		—	13 702	7 177
Kolonialartillerie	—	—	2 507	659
	14 802	**14 015**	**17 024**	**10 472**

Zusammen 56 313 farbige Soldaten auf dem Boden des Mutterlandes. Aber auch das Budget des Luftministeriums trägt noch mit 1483 Mann dazu bei, so daß sich die Gesamtzahl auf 57 796 Mann erhöhen würde. Davon dienen 32 989 Mann die gesetzliche Dienstzeit ab, während 24 807 Mann

[1]) Zusammen mit anderen Verbänden.

[2]) à 3 Bataillone.

über die gesetzliche Dienstzeit hinaus im Heere bleiben. In überwiegender Anzahl sind die Kolonialeingeborenen vertreten, bei denen wiederum die Eingeborenen Westafrikas (die „Senegalesen" kommen nur zum kleinen Teil aus dem Senegalgebiet), als die kriegstüchtigsten, mit gegen 20 000 Mann die Mehrheit bilden. Aus der obigen Tabelle geht auch hervor, daß die Farbigen nicht nur in den eigentlichen farbigen Regimentern, sondern auch in als „weiß" bezeichneten Truppenteilen der Kolonialarmee vertreten sind. Die Masse der farbigen Infanterie stellen die Westafrikaner, dann die Eingeborenen Nordafrikas. Bei den technischen Truppen finden sich viel Indochinesen und Madagassen, deren Begabung hier ein Tätigkeitsfeld findet.

Die 2. senegalesische und die 1. nordafrikanische Division liegen in den Grenzwehrkreisen XIV und XV gegen Italien, die 2. nordafrikanische liegt im VI. Wehrkreis Metz.

Die übrigen farbigen Truppen sind außerhalb Frankreichs in Garnison. Nordafrika beherbergt insgesamt gegen 8 Infanteriedivisionen und 6 Kavalleriebrigaden, die zumeist aus Eingeborenen bestehen. Das Kriegsministerium gibt im Budget für 1930 ihre Zahlen wie folgt an:

Truppengattung	Algerien		Tunis		Marokko	
	a	b	a	b	a	b
Infanterie . . .	7 678	8 400	7 679	5 642	14 041	5 529
Kavallerie . . .	1 390	725	490	267	2 405	100
Artillerie . . .	391	1 459	223	844	600	861
Pioniere	276	124	557	246	567	415
Train	690	75	230	25	1 417	1 000
Troupes d'administration . .	219	261	73	87	395	315
Total:	10 644	11 044	9 252	7 111	19 435	8 220

(a = Kapitulanten, b = Dienstpflichtige.)

Dazu treten noch in Algerien und Marokko die Sahara-Kamelreiterkompagnien in Stärke von etwa 1700 Mann und die marokkanischen Gums, von regulären Offizieren und Unteroffizieren geführte Hilfstruppen, mit gegen 11 600 Mann. Von der „armée métropolitaine" standen also 1930 in Nordafrika etwa 79 000 Mann, von denen etwa 34 500 Mann nur ihrer Dienstpflicht genügten, während gegen 44 500 Mann sich für längere Zeit verpflichtet hatten. Sie bestehen fast nur aus Nordafrikanern. In Marokko treten von der Kolonial-

armee 2 Bataillone Senegalesen hinzu, mit 1521 Berufssoldaten und 2509 Eingezogenen, insgesamt also 4030 Mann, und ein Regiment Kolonialartillerie mit einem teilweisen farbigen Bestand von 259 Kapitulanten und 1335 Dienstpflichtigen, zusammen 1594 Mann.

In Nordafrika stehen also insgesamt etwa 84 600 Mann, hauptsächlich Nordafrikaner, aber auch Westafrikaner.

Auch in Syrien steht eine größere französische Truppenmacht. Die Truppen der armée métropolitaine sind nur europäischer Herkunft. Diejenigen der armée coloniale haben dagegen eine farbige Mehrheit und setzen sich neben den Europäern aus 4676 Nordafrikanern und 1673 Kolonialeingeborenen, Berufssoldaten und 579 Nordafrikanern sowie 2089 Kolonialeingeborenen, Dienstpflichtigen, zusammen. Im Ganzen liegt dort also eine Garnison von 9000 Farbigen, von denen nur 2668 Mann dienstpflichtig sind; dazu dann noch die weißen Soldaten in Stärke von rund 696 Offizieren und 5600 Mann.

Schließlich liegt noch eine Truppenabteilung in China, in den französischen Konzessionen von Schanghai, Hankau, Tientsin. Die Anzahl der dort vorhandenen eingeborenen Soldaten ist nicht genau anzugeben, sie dürfte sich auf etwa 3000 Mann Infanterie und 400 Mann Artillerie belaufen, von denen nur wenige hundert der gesetzlichen Dienstpflicht genügen.

Die bisher genannten Truppen sind auf dem Budget des Kriegsministeriums aufgeführt, da es sich um Verbände der armée métropolitaine und der troupes coloniales handelt.

Die im Folgenden genannten Ziffern sind dem Budget der Kolonien entnommen, denn die „forces d'outre-mer" hängen vom Kolonialministerium ab, soweit die Finanzen und die Verwaltung betroffen werden. Im allgemeinen unterstehen diese Verbände, in den Kolonien, einem Oberkommandanten, der wiederum dem Generalgouverneur verantwortlich ist.

In Westafrika sind außer dem weißen „Bataillon de l'Afrique Occidentale Francaise" noch 3 Tirailleurregimenter und 7 einzelne Bataillone vorhanden. Von den 3 Regimentern hatte nur eines eine Stärke von über 2000 Mann, die beiden anderen hatten 1343 bzw. 1411 Mann; ebenso viele Mannschaften wiesen die Bataillone auf, deren Stärken zwischen 1000 und 1400 Mann lagen. Insgesamt umfaßten diese Formationen 14 300 Mann. An weiteren Verbänden ist ein Regiment Kolonialartillerie mit 1256 Mann vorhanden sowie eine Pionierkompagnie von 183 Mann, zusammen

1439 Mann. Die Gesamtziffer der eingeborenen Soldaten dürfte sich also auf etwa 15 000 Mann belaufen[1]).

Aequatorialafrika hat nur eine sehr kleine Besatzung. Das Regiment der Tschad-Tirailleure hat bei einem Bestand von 2738 Mann etwa 2488 Eingeborene, während das „Bataillon de l'Afrique Equatoriale Francaise" bei 579 Mann etwa 508 Eingeborene zählt. Dazu kommen noch gegen 170 Schwarze bei einem Arbeiterdetachement und bei den 4 Artilleriesektionen. Insgesamt stehen also rund 3200 Farbige im Armeedienst, zumeist Kapitulanten.

Madagaskars Heeresmacht ist auch nicht sehr bedeutend. 2 gemischte Regimenter mit 1322 bzw. 663 Eingeborenen und das „Régiment de tirailleurs malgaches" mit 1075 Farbigen bilden die Infanterie. Arbeitergruppen in Tananarivo und Diego Suarez, je eine Gruppe Kolonialartillerie in den gleichen Garnisonen, dazu 1 Sektion leichter Kampfwagen, umfassen weitere 560 Eingeborene und ergeben einen Bestand von zusammen 3900 farbigen Soldaten.

Indochina besitzt eine verhältnismäßig starke Armee, die über das ganze Gebiet verteilt ist. Jedoch liegt die Masse der Truppen in Tonking, wegen der besonders dichten Bevölkerung und wirtschaftlichen Wichtigkeit dieses Protektorates. Neben den weißen Truppen (einschließlich Legion etwa 8—9000 Mann) existieren folgende ganz oder teilweise eingeborenen Formationen:

4 Regimenter der tonkinesischen Tirailleure	10 733	Mann
1 Bataillon mixte d'Annam, mit Eingeborenen	490	„
1 Regiment der Kolonialinfanterie, mit Eingeborenen	275	„
1 Regiment der annamitischen Tirailleure	2 245	„
1 Bataillon der Kambodscha-Tirailleure	836	„
1 Arbeiter-Kompagnie	151	„
2 Kolonial-Artillerieregimenter, mit Eingeborenen	2 648	„
2 Eingeborenen-Pionier-Kompagnien	335	„
2 Leichte Kampfwagen-Kompagnien, mit Eingeborenen	26	„
2 Panzerwagen-Schwadronen, mit Eingeborenen	30	„

[1]) Die Bemerkungen des Budgets: Infanterie: 11 900 recrues — 150 jours; 11 000 permissionairs — 90 jours. artillerie: 2 000 recrues — 150 jours; 500 permissionairs — 90 jours dürften sich wohl auf Uebungen beziehen?

1929/30 hat die jährliche Rekrutierung 10 000 Mann ergeben.

2 Automobiltransport-Formationen, mit Eingeborenen	110 „
2 Telegraphisten-Kompagnien, mit Eingeborenen	150 „
Zusammen	18 029 Mann.

In den technischen Formationen bilden die farbigen Soldaten fast immer höchstens die Hälfte des Bestandes. Jedoch sollen die Indochinesen sich gerade hier sehr gut bewähren und ausgezeichnetes technisches Verständnis beweisen. Für den Kampf an der Front des modernen Krieges dagegen soll ihre Eignung nicht so groß sein.

Diese technische Begabung zeigt sich auch in der starken Verwendung indochinesischer Eingeborener bei der Luftwaffe. Etwa 780 Mann sind den 4 Landflugzeuggeschwadern (3 in Tonking, 1 in Cochinchina) und dem Wasserflugzeuggeschwader (Saigon—Cap St. Jagues) zugeteilt worden. Wieviele davon auch fliegen, läßt sich von hier aus nicht ermitteln.

West- und Aequatorialafrika besitzen 1½ resp. 1 Flugzeugstaffel mit etwa 448 dabei beschäftigten Eingeborenen; Madagaskar hat eine Staffel mit 100 Farbigen. Syrien beschäftigt bei der Militärfliegerei 190, Marokko 250, Algerien 240 und Frankreich selbst 1483 Eingeborene, letztere wohl meist Indochinesen und Nordafrikaner.

Im Folgenden sei noch eine kurze Gesamtübersicht der in Frankreich und den Kolonien Militärdienst leistenden Eingeborenen Nordafrikas und der übrigen Besitzungen gegeben:

Frankreich	57 796 Mann
Nordafrika	84 600 „
Syrien	9 000 „
China	3 400 „
Westafrika	15 000 „
Aequatorialafrika	3 200 „
Madagaskar	3 900 „
Indochina	18 000 „
Total:	194 896 Mann.

Im allgemeinen können farbige Soldaten nur bis zum Feldwebel-(Adjutant-)Rang aufsteigen. Jedoch sieht das Dekret vom 26. Juni 1928 auch die Beförderung von Eingeborenen in den Offiziersrang vor und setzt die Zahl der far-

bigen Offiziere auf 50 fest; diese werden sich jedoch in der Mehrzahl aus Nordafrikanern rekrutieren[1]).

Die oben ausgerechnete Zahl von annähernd 200 000 farbigen Soldaten steht in erheblichem Widerspruch zu den meisten französischen Angaben. Jedoch ist nicht zu vergessen, daß diese Angaben meist zu politischer Propaganda gemacht werden und auf die Gedankenlosigkeit der Zeitgenossen spekulieren. Die offiziellen französischen Berechnungen entsprechen durchaus diesen Zahlen. Man hatte 1928 ausgerechnet, daß Nordafrika 94 000, Afrika 47 000, Madagaskar 8500 und Indochina 18 000 Mann, insgesamt 167 500 Mann, ergeben sollten. Das sind aber Mindestzahlen, die inzwischen durch Bevölkerungszunahme und schärfere Durchführung der Aushebungsgesetze weit überschritten wurden. Für 1930/31 wurden die Rahmenformationen Westafrikas noch erheblich vermehrt, um die steigende Menge der sich Meldenden auffangen zu können. Und es besteht die Aussicht, daß die Stärken noch weiter ansteigen, entsprechend der administrativen und medizinischen Durchdringung der Ländermassen. Denn bei einer Bevölkerung des Kolonialreiches von 50 Millionen (in runder Summe) würden 200 000 Mann noch nicht 0,5 % der Einwohner ausmachen. Das ist durchaus tragbar, auch angesichts der Bevölkerungsdichte, die ja ein zu starkes Herausnehmen der jungen Mannschaft verbietet. Man kann sich also darauf gefaßt machen, daß die obige Zahl noch nicht das Endresultat der Dienstpflicht darstellt. Besonders wird selbstverständlich die Hebung der eingeborenen Lebenshaltung von Wichtigkeit sein, ebenso gut in der Ernährung wie in die Hygiene. Eine Zeitungsmeldung[2]) berichtete, bei dem algerischen Kontingent von Ende 1930 habe das Ergebnis wie folgt ausgesehen:

Kontingents-Ziffer . .	96 851	Mann
davon zurückgestellt	44 570	Mann
befreit	15 909	„
tauglich	15 985	„
tauglich für die Hilfstruppen . . .	4 442	„
	80 906	Mann
Rest	15 945	„
	96 851	Mann.

Etwa 44 500 Mann mußten wegen vorläufiger und 15 900 Mann wegen gänzlicher Dienstunfähigkeit abgelehnt werden;

[1]) In der französischen Flotte gab es 1930 etwa 3770 eingeborene Deckoffiziere, Maate und Matrosen, fast alle Senegalesen und Nordafrikaner.

[2]) „Temps", 17. März 1931.

das Blatt führt dieses schlechte Ergebnis auf Mangel an ausreichender Ernährung wie auch an Hygiene zurück. Sicher nicht mit Unrecht, denn der ebenso konservative wie arme Eingeborene bewohnt weiter seine schlechten Hütten oder sehr unkomfortablen Zelte, bebaut weiter sein Feld in der primitiven Weise seiner Väter, hungert und lebt und stirbt in Schmutz und Ungeziefer. So ist es nicht nur in Algerien, so liegen die Dinge in fast allen französischen Kolonien. Und erst eine durchgreifende Wandlung des Ernährungs- und Sauberkeitsstandes könnte da helfen, nicht nur dem Bauern, sondern auch der Militärbehörde. In den meisten Kolonien fehlt der weiße Erzieher, der durch das Beispiel wirkt. In Algerien gibt es gleich wieder zu viele davon, denn der weiße Ansiedler hat gar keine Lust, durch Anleitung der Eingeborenen sich eine unangenehme Konkurrenz aufzuziehen. Langsam hebt sich auch hier der Eingeborene, aber sehr, sehr langsam nur. Die große Masse lebt noch in Elend ein Halbtierdasein.

In der obigen Tabelle des algerischen Kontingents bleibt ein Rest, über den das Blatt keine Erklärung gibt, von etwa 16 000 Mann.

Im März 1924 betrug der Bestand an nordafrikanischen Truppen 113 000 und an Kolonialeingeborenen-Truppen 115 000 Mann. Am 1. Juli 1926 hatte er sich auf 96 450 Nordafrikaner und 86 483 Kolonialeingeborene, zusammen rund 183 000 Mann verringert. Das Gesetz von 1928 über die Rahmen und Bestände sah nur noch 175 000 Mann vor, davon 90 000 Nordafrikaner und 85 000 Eingeborene der Kolonien. In seinem Rapport an die Kammer erklärt der Berichterstatter Bernier diese Verminderung damit, daß sie durch die Schwierigkeiten der Aushebung und durch die politisch wie hygienisch begrenzte Aufnahmefähigkeit des Mutterlandes für farbige Truppen bedingt sei! Das mag stimmen, besonders soweit die Schwierigkeiten der Aushebung in Frage kommen. Und sie unterstrich in einer Rede[1]) auch der kommunistische Abgeordnete Jean Renaud: „. . . j'ai eu l'impression que M. Bernier la (die Erklärung für die Verminderung) complétait plus loin lorsqu'il écrivait p. ex. que sur 100 000 indigènes algériens inscrits chaque année sur les tableaux de recensement, 82 000 seulement se présentent à l'appel". Damit dürfte auch die oben angegebene Zahl von 16 000 Ungenannten ihre Erklärung gefunden haben.

Ueber den Wert der farbigen Armee gibt es im allgemeinen nur eine Ansicht, die, daß er unschätzbar sei. Bald die Hälfte des französischen Heeres besteht aus Kolonialvölkern, zu denen ja wohl oder übel die Eingeborenen Nord-

[1]) Chambre des Députés, Sitzung vom 4. Juli 1927

afrikas auch gerechnet werden müssen, obwohl sie Frankreich (Algerien) oder den „Protektoraten" entstammen. Hunderttausende von weißen Franzosen sind von der Dienstpflicht befreit oder brauchen sie jetzt nur 1 Jahr lang ableisten. Wie die Eroberung der Kolonien zum größten Teil Senegalesen und Nordafrikanern (und Deutschen, nämlich der Fremdenlegion, die heute über 50% Deutsche zählt) zu verdanken ist, so ist auch die Sicherung des Empire zumeist ihren Händen anvertraut. Ohne sie wäre Frankreich kaum noch Besitzer dieser gewaltigen Ländermassen; ohne sie würde Frankreich kaum sein eigenes Land noch zu schützen im Stande sein, angesichts der riesig angewachsenen Nachbarn ringsum. Ohne sie würde der Traum von Weltmacht nie geträumt, nie in die Wirklichkeit eingekehrt sein. Selbst der Rang einer Großmacht würde in Frage stehen. Und Tardieu könnte nicht sagen wie er es tat: „Frankreich ist heute in einer Lage, die es ebenso jeder Unruhe wie Prahlerei enthebt."[1])

Jedoch bringt die farbige Armee auch ihre Schattenseiten mit sich, die zwar bisher noch nicht so scharf hervorgetreten sind, die aber auch in Frankreich bedacht werden und bedacht sein wollen.

Ist Frankreich nicht im Begriff, mit Aufstellung dieser schwarzen, braunen und gelben Heere sich selbst den Gegner von morgen zu schaffen? Drückt es nicht dem algerischen Sidi und Fellah, dem marokkanischen Scheik, dem afrikanischen Bauern, demjenigen Madagaskars und Indochinas die Waffe in die Hand, mit der er sich seines Herrn entledigen kann?

Es ist unleugbar, daß an den Kämpfen Abd-el-Krims und der Marokkaner, der Drusen wie der Tonkinesen genügend Leute teilgenommen haben, die, sei es im französischen, sei es im spanischen, sei es im türkischen Heer, eine militärische Ausbildung genossen hatten, die sie mit Nutzen gegen Frankreich verwenden konnten. Es sind nicht nur barbarische Wildlinge, Fremdenlegionäre und ehemalige Feinde gewesen, die den Franzosen so schwer zu schaffen machten, sondern auch ausgediente braune und gelbe Tirailleure, die in Frankreichs Armee eine gute Schule durchgemacht hatten.[2]) Es ist ein gefährliches Gift, das Frankreich als Gegenmittel für seine schleichende Krankheit des Volksverfalles anwendet! Es ist klar, und die letzten Jahre haben es bewiesen und beweisen es jeden Tag aufs neue, daß das französische Kolonialreich nur

[1]) Rede in Dijon. 1. Juni 1930.

[2]) Eingeborene werden jetzt auch an den technischen Waffen ausgebildet.

der überlegenen Gewalt sich fügt und nichts anderem! Wilsons 14 Punkte, seine These von den Rechten der kleinen Nationen haben noch nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Die Lehren der II. und III. Internationale sind lebendig und üben tiefgehende Wirkungen aus. Die Kämpfe der Türkei und Aegyptens, Indiens und Chinas stehen vor aller Augen und bieten zahllosen Predigern täglich Stoff genug zu ewig neuem Werben um die unterdrückten Nationen. Was können heute Algerier, Tunesier und Marokkaner gegen Frankreich tun, da das lastende Gewicht riesiger französischer Militärmacht auf ihnen ruht? Algerien steht unter dem Schutz des XIX. Armeekorps, es bildet den 19. Wehrkreis des Landes; Tunis ebenso; Marokko wurde eben mit eiserner Faust niedergeworfen und die letzten „dissidents" am Mittleren Atlas wehren sich noch verzweifelt gegen den sich schließenden Ring von Blockhaus und Fort. Afrika ist noch nicht erwacht. Syrien ist besiegt, Madagaskar auch. Indochina ist in der Hand seiner französischen Regierung.

Heute können die Kolonialvölker noch nichts gegen Frankreich unternehmen. Entzweiung unter den Völkerschaften, geringe Zahl, niedriges Kulturniveau, fehlende Charaktereigenschaften, Uebermacht der französischen Waffen lassen heute jeden Versuch, sich Frankreichs zu entledigen aussichtslos bleiben.

Aber die Gefahr bleibt bestehen. Die Meuterei der tonkinesischen Schützen von Yen-Bai (Tonking) am 10. Februar 1930 war eine Drohung, die Frankreich aufs tiefste erschreckt hat. Jene Schützen des tonkinesischen Regimentes waren führerlos und ihr Aufstand blieb eine improvisierte Meuterei, die sofort erstickt wurde. Aber ein Führer an ihrer Spitze würde sich nicht wie jene mit dem Leben von 10 Franzosen begnügt, sondern mehr gefordert haben.

Die Kolonialvölker haben keinen Führer. Aber eine europäische Verwicklung Frankreichs könnte 100 Führer hervorzaubern. Und es würden nicht wenige dabei sein, die in der französischen Armee ausgebildet wurden. Und sie würden Tausende von Anhängern finden, die einst französische Soldaten waren. Denn daß Frankreich die Herzen seiner Untertanen gewonnen hat, behaupten selbst die Franzosen kaum. Gewinnen kann es diese Herzen nur, wenn es ihnen mehr Freiheit gibt. Mehr Freiheit würde aber allmählich auch die ganze Freiheit bedeuten. Darüber ist man sich nicht im Unklaren. Mehr Freiheit ihnen zu geben ist aber auch nicht möglich, weil die überlegene Zahl der Kolonialvölker die unterlegene Zahl der Franzosen dann regieren würde. Wollte man

den Eingeborenen das Wahlrecht und Parlamentssitze geben, so würde die Zahl ihrer Abgeordneten die der weißen Abgeordneten übertreffen. Das wäre also gar nicht in Erwägung zu ziehen. Und, wie es zuweilen französische Schriftsteller und Journalisten tun, an die Dankbarkeit der Kolonialvölker zu appellieren, weil Frankreich ihnen Frieden und Sicherheit gegeben habe, würde auch nutzlos sein. Denn die Völker haben noch immer die unruhige Freiheit der ruhigen Sklaverei vorgezogen.

Frankreich kann die Herzen seiner Untertanen nicht gewinnen, denn es müßte ihnen zuvor die Freiheit geben. Freiheit bedeutete aber Ende der Untertanenschaft. Frankreich wird immer seine Kolonien fürchten müssen. Es wird die fürchten müssen, die es jetzt die Waffen gebrauchen lehrt, ohne ihnen die Freiheit zu geben.

Die Ausbildung farbiger Soldaten zieht noch andere Nachteile nach sich. Der Farbige fühlt sich, mit Recht, dem Weißen gleich, da er ja dieselbe Waffe trägt und im selben Gliede mit ihm steht. Er ist als Soldat ebenso geehrt wie der weiße Poilu; trägt er Rangabzeichen, muß ihn auch der weiße Untergebene grüßen. Tritt er aber in den Zivilistenstand zurück, so ist er wieder „nur" Farbiger, Neger, Gelber oder Brauner, ohne Sitz und Stimme, nur ein „sale bicot", wie man in Algerien ihn nennt. Muß dieser krasse Unterschied in der Behandlung, der allen Theorien von den „frères noirs" zum Trotz bestehen bleibt, nicht tief verletzen und aufreizen?

Viele Tausende von Farbigen kommen alljährlich mit dem Kontingent nach Frankreich. Da sie sich aus den untersten Schichten Algeriens, Tunesiens, Marokkos, Indochinas, aus Bauern und Arbeitern Afrikas und Madagaskars rekrutieren, primitiv, ungebildet sind und alle nicht lesen noch schreiben können, finden sie auch nur in den untersten Schichten Frankreichs oder nirgendwo Einlaß. Im einen wie im anderen Fall ist das Ergebnis das gleiche. Die Leute sind, ohne irgendeinen Halt zu haben, allen, d. h. nur den schlechten Einflüssen ausgesetzt, erliegen ihnen und verkommen moralisch. Der Trunk und jedes andere Laster sind ihnen vertraut, sie werden physisch und moralisch verseucht und verseuchen ihrerseits. Die Arbeit lernen sie nicht kennen, werden faul und nachlässig. Die Masse Mensch verdirbt sie, sie verderben die Masse Mensch. Sind sie entlassen und in die Heimat zurückgekehrt, fallen sie durch Ueberheblichkeit und Anmaßung auf, sind arbeitsscheu und ein Element des Uebels für ihre Volksgenossen. Sie haben Frankreich kennen gelernt, finden den Weg dorthin nur zu häufig zurück, bevölkern die Vororte und Arbeiterquartiere von Paris und anderen großen Städten und

bilden eine unerschöpfliche Arbeitsquelle für die Polizei. General Paul Azan schreibt über sie: „(Le séjour des indigènes en France) ... favorise le contact des indigènes avec la masse française, ignorante de leur état d'esprit et de leurs habitudes, et il a sur leur mentalité des résultats déplorables".[1] Azan ist auch einer der wenigen Franzosen, der (im selben Buch, weiter unten) sagt: „... la Métropole ... n'a aucun intêrêt à les conserver et à les naturaliser; elle devrait au contraire défendre notre race comme font aujourd'hui les Américains du Nord pour la leur". Es sind nur wenige Franzosen, die so denken, noch weniger, die ihre rebellischen und die offizielle These so verleugnenden Ansichten offen aussprechen. Sie würden sich der Häresie schuldig machen. Nichtsdestoweniger ist, was Azan sagt, wahr.

Nicht nur die Syphilis verheert die Gesundheit der nach Frankreich gekommenen Eingeborenen und nicht der Alkohol allein drückt sie in den Sumpf. Schwere Opfer fordern auch die Lungenkrankheiten von ihnen, wenn sie so plötzlich aus dem warmen Klima ihrer Heimat in das oft naßkalte Frankreichs versetzt werden. Die Sterblichkeit unter den farbigen Truppen ist groß. Das Hospital von Fréjus, in dem die meisten erkrankten Exoten gepflegt werden, zeigte für 1930 auf die 30 000 Tirailleure ein Mittel von 1,8 Todesfällen pro Tag an. Für 1929 wurden 288 Todesfälle von Westafrikanern angegeben, davon allein 229 durch Lungenkrankheiten verursacht. In dem 14. Tirailleurregiment, Garnison Mont-de-Marsan (Dep. Landes), betrugen die Erkrankungen (Lunge) 1928 23%, 1929 77% und 1930 34% etwa, während die Abgänge durchschnittlich 5% der jeweiligen Ziffern ausmachten.[2] Das sind schlimme Zahlen. Sie sind allerdings für die West- und Aequatorialafrikaner am höchsten, die Madagassen und Indochinesen haben bedeutend weniger Verluste. Man sagt, daß für 1931 eine geringere Anzahl von Todesfällen zu erwarten sei, da für die Farbigen in Kleidung, Ernährung und Unterbringung besser gesorgt werde. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Kurz, den Lichtseiten stehen auch genügend Schattenseiten gegenüber. Die farbige Armee ist nicht nur eine Säule Frankreichs und seiner Macht, eine unter vielen. Sondern sie ist der Eckstein des französischen Machtgebäudes, der tragende Pfeiler, auf dem alles ruht, was heutzutage französischen Glanz, französische Stärke bedeutet. Aber der Eckstein ist nicht auf Fels, sondern eher auf Sand gegründet und

[1] L'Algérie en conférences, S. 48. Paris 1929.

[2] „Matin" vom 3. Mai 1931.

ein neuer Sturm, bei dem nicht hilfsbereite Nachbarn das Haus mit allen ihren Kräften stützen, kann es über Nacht zum Einsturz bringen.

Bei Behandlung des militärischen Wertes der Kolonien darf nicht unerwähnt bleiben, daß das Kolonialreich auch finanziell stark zur Befestigung der militärischen Basis Frankreichs beiträgt. Jede der größeren Besitzungen hat jährlich einen bestimmten Prozentsatz ihres ordentlichen Budgets oder eine jedes Jahr neu festzusetzende Summe als Beitrag zu den Wehrausgaben an das Mutterland abzuführen, sei es direkt, sei es indirekt.

Den höchsten Beitrag gibt Indochina, als die reichste der französischen Kolonien. Auf dem Budget der Ausgaben steht ein besonderer Posten „Contributions aux dépenses de l'Etat", der die Beträge enthält, die Indochina in erster Linie dem Heeresbudget des Mutterlandes zuwendet, dann aber auch den Etats des Quai d'Orsay. Für 1929 betrugen diese Summen 14,7% des gesamten Ausgabenetats und gliederten sich wie folgt:

Beitrag zu den Kosten der

Armee	7 476 000	Piaster,
Kriegsmarine	1 172 000	„
Heeresluftfahrt	444 000	„
Handelsluftfahrt	225 000	„
Behörden des Mutterlandes . . .	87 600	„
der Gesandtschaften, Konsulate und kulturellen Werke im fernen Osten (und in der Heimat) . . .	278 000	„
Verteidigung Indochinas	3 800 000	„
Total:	13 482 600	Piaster.

Der indochinesische Piaster stand 1929 auf 11,50 Franken, so daß die Summe von rund 155 Millionen Franken sich ergeben würde. Zu den einzelnen Posten ist zu bemerken: Die militärischen Ausgaben beziehen sich auf den Unterhalt der indochinesischen Armee und Marine, d. h. der in Indochina stationierten französischen Truppenteile, eingeborenen Truppen, Schiffe und Flugzeuge. Die Ausgabe für Behörden der Heimat umfaßt die Kolonialschule, die Generalagentur der Kolonien, das Nationale Koloniallandwirtschafts-Institut, den Obersten Kolonialrat und die Kolonialinspektion. Die Kosten für Gesandtschaften tragen Subventionen für alles, was Frankreich an Konsulaten und Gesandtschaften in Japan, China, Hinterindien, den Straits, Philippinen und in Niederländisch-Indien unterhält, sowie die Subventionen für die „Ecole française de

l'Extrême-Orient" in Hanoi, die Krankenhäuser in Kanton, Hoi-Hao, Yünnanfu, Mongtsen, Pakhoi und Songtschou. Der Posten Verteidigung Indochinas umfaßt die Befestigungsarbeiten gegen China an der tonkinesischen Grenze, strategische Bahnen und Straßen sowie den Bau der Flottenstation Saigon — Cap-St. Jagues.

Indochina ist im Begriff, den Platz eines zweiten Mutterlandes im Fernen Osten einzunehmen. Es wird nicht nur kultureller Strahlungspunkt sein, sondern auch ein Machtzentrum werden. Wenn alles gut geht.

Nächst Indochina zahlt Algerien am meisten. Die Subvention zu den Heereskosten des Mutterlandes soll 6% des ordentlichen Etats betragen. Sie stieg von 1924 25 Millionen auf 63,1 Millionen 1930 und 73,5 Millionen Franken 1931 an.

Marokko zahlte 1930 26,5 Millionen und für 1931 gegen 39 Millionen Franken. Tunis etwa 14 Millionen, Westafrika gegen 14 bis 15 Millionen. Madagaskar war nicht feststellbar; Aequatorialafrika zahlt nichts, erhält im Gegenteil noch eine Subvention von seiten des Mutterlandes im Betrage von 1930 21 Millionen.

Die Höhe der Gesamtzahlungen dürfte sich auf etwa 300 Millionen Franken belaufen, mehr als die Hälfte des Etats des Kolonialministeriums.

III. La mise en valeur.

Das französische Kolonialreich ist, verglichen mit der Entwicklung anderer Territorien anderer Kolonialmächte, noch weit im Rückstand. Erst der Krieg hat die harte Lektion gegeben, die nötig war, um Frankreich aus der Beschaulichkeit ländlich-kleinbürgerlichen Daseins zu wecken und ihm die Notwendigkeit eines entwickelten und kraftvollen kolonialen Eigentums klar ad oculos zu demonstrieren. Wie die große Politik war auch die koloniale Politik nur eine Sache von Militärs und Klubs, das Volk blieb unberührt und uninteressiert an kolonialer Expansion. Allein die Dichter und Schriftsteller nußten das neue Empire aus, um in farbigen Novellen und glühenden Dichtungen seine Schönheiten zu besingen. Dabei blieb es, aber daraus konnte Frankreich auch kaum andere als literarische Lorbeeren erwarten.

Der Weltkrieg riß Frankreich plößlich empor und stellte es vor riesige Aufgaben. Nicht die geringste davon war die koloniale. Man entdeckte sein Empire, fand es sehr schön, mußte aber auch feststellen, daß es sich in zwar romantisch wildem aber auch verwahrlostem Zustande befand. Die russischen Bahnen, Bahnen in China und Argentinien waren mit französischem Geld gebaut und hatten viel zur wirtschaftlichen Blüte dieser Staaten beigetragen. In den Kolonien wenig dergleichen; weite Urwälder und Steppen, unendliche Strecken fruchtbaren Bodens, unschäßbare Werte tief in der Erde, zahllose Menschen — alles fern der Kultur, dem pulsierenden Leben der Welt. Wollte man Nußen aus diesen brachliegenden Werten ziehen, so mußte Frankreich sich umstellen und aktiv und planvoll an ihre Inwertseßung gehen. Die „mise en valeur" mußte unverzüglich beginnen.

Projekte dafür tauchten schon häufig auf. 1917 kam Maginot als Kolonialminister mit einem nicht sehr umfassenden Plan an die Oeffentlichkeit; der Krieg verhinderte die Verwirklichung. Henry Simon, dann Sarraut mit seinem Geseßesvorschlag von 1921 erschienen mit großen und ausgearbeiteten Vorschlägen, mußten aber vor der Interesselosigkeit und Lauheit der Kammer, dann auch dem Uebergewicht der Außenpolitik zurücktreten. Daladier versuchte sein Glück 1924 aufs neue, erlag jedoch den Schwierigkeiten

der finanziellen Lage. Endlich legte Maginot, wieder einmal Kolonialminister, der Kammer im Mai 1929 einen neuen Vorschlag vor, der denn auch endlich Anfang 1931 die Zustimmung des Senates und damit seine Verwirklichung erlebte.

Der neue Plan bedeutete endlich den Beginn eines tiefergehenden Interesses des Mutterlandes für seine Kolonien. Endlich wollte sich Frankreich dazu aufraffen, einmal selbst großzügig zu helfen, während bis dahin die Kolonien meist sich selbst überlassen wurden und für ihr Wohlergehen allein zu sorgen hatten. Der Erfolg war gewesen, daß sie nur dahinvegetiert hatten und mit Mühe sich das Notwendigste nur zu leisten imstande waren.

Der neue Plan sah zugunsten der Kolonien Westafrika, Indochina, Madagaskar, Aequatorialafrika und Neukaledonien Anleihen vor im Gesamtbetrage von 4342 Millionen Franken.

Diese Summe verteilte sich wie folgt:

Westafrika	1570	Millionen Franken
Indochina	1250	„ „
Madagaskar	700	„ „
Aequatorialafrika . .	727	„ „
Neukaledonien . . .	95	„ „
	4342	Millionen Franken

Zu diesem Betrag trat dann auf Antrag des Abgeordneten Daladier eine Zusatzsumme von 275 000 000 Franken, deren Verwendung sich auf die genannten Kolonien ohne Aequatorialafrika erstreckte und ausdrücklich nur der Volkshygiene vorbehalten war. Es erhielten davon:

Indochina	110 000 000,
Westafrika	110 000 000,
Madagaskar	30 000 000,
	250 000 000,
dazu	25 000 000, die für Institute, Kolonialkrankenhäuser usw. in Frankreich auszugeben
sind, macht	275 000 000 Franken.

Ein weiterer Zusatzantrag Daladiers ermächtigte Aequatorialafrika, weitere 75 000 000 Franken ebenfalls nur zu Zwecken der Hygiene und Volksvermehrung in Anleihen aufzunehmen.[1])

[1]) Für die Mandatsgebiete Kamerun und Togo wurde gleichfalls eine Anleihe von 15 resp. 65 Millionen bewilligt, mit einem Zusatz von 17 resp. 8 Millionen für Zwecke der Hygiene; die Gesamtbeträge machen also 32 resp. 73 Millionen Franken aus.

Die Anleihebeträge ergeben also addiert:

4342 Millionen
275 „
75 „
4692 Millionen Franken.

Dazu treten aber noch 2 kleinere Anleihen, deren Begebung Westafrika und Madagaskar eben beschlossen hatten und deren Beträge von 42 resp. 60 Millionen die Gesamtsumme auf 4794 Millionen erhöhen, ebenfalls zu sanitären Zwecken.

Die Anleihen werden von den Kolonien in dem Bedarf entsprechenden Tranchen zur öffentlichen Zeichnung angeboten, in Obligationen zu 1000 Franken. Diese Obligationen sind von jeder Steuer befreit und vom französischen Staat garantiert, mit 4% verzinslich und in 50 Jahren zu amortisieren, sei es zu Pari durch halbjährliche Auslosung, sei es durch Rückkauf zum Börsenwert. Zinsen und Amortisation gehen zu Lasten der verschiedenen Kolonialbudgets, wobei für Deckung durch bisher fast immer vorhandene Budgetüberschüsse (außer im Falle Aequatorialafrikas) ausreichend Sicherheit besteht. Daß die bisherige Anleiheverschuldung geringfügig war und also eine günstige Finanzlage der Kolonien (außer Aequatorialafrika) festzustellen erlaubt, geht aus folgender Tabelle hervor:

Kolonie	Bisherige Anleihen	Zinsen u. Amortisation in % der ordentlichen Einnahmen
Westafrika	304 Millionen	3,5%
Aequatorialafrika	424 „	16,0%
Indochina	404 „	1,5%
Madagaskar	108 „	1,8%
Neukaledonien	8 „	0,6%

Aequatorialafrika hat bisher eine Subvention zur Erfüllung seiner Anleiheverpflichtungen erhalten und der Staat wird auch weiterhin dafür Sorge tragen.

Von den zu sanitären Zwecken bestimmten rund 450 Millionen Franken gehen etwa 40 Millionen ab, um in Frankreich Verwendung zu finden. Sie sollen dazu dienen, in Marseille ein Kolonialkrankenhaus und eine Schule für Tropenärzte zu gründen, dazu Unterstützungen an die kolonialmedizinische Fakultät in Marseille, das Hygienische Institut in Paris, die Schule für Militärärzte in Marseille und andere Institute zu

geben. Die übrigen etwa 410 Millionen sollen in den Kolonien selbst verwandt werden und zwar zur Einrichtung eines ärztlichen Gesundheits- und Fürsorgedienstes bei öffentlichen Arbeiten zum Schuß der beschäftigten Arbeitskräfte, zur Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten jeder Art, zum Bau von Krankenhäusern und Stationen sowie Laboratorien, zur Unterhaltung von weißen Aerzten, zur Ausbildung von farbigen Hilfskräften, Aerzten, Pflegern und Hebammen usw. Das Ziel ist, die Volksgesundheit zu heben. Während die übrigen Milliarden dazu dienen sollen, die technische Ausrüstung der Kolonien zu vervollkommnen und dadurch den Eingeborenen zu Arbeit und durch Arbeit zu Brot und im allgemeinen guter Ernährung und dadurch zu besserer Widerstandsfähigkeit zu verhelfen, soll die hygienische Hilfe die Krankheiten bekämpfen und verhüten. Beides zusammen soll ein Steigen der Volksgesundheit, in der Folge vermehrte Zunahme an Menschen und Arbeitskräften und somit ein Aufblühen der bisher z. T. so menschenleeren Kolonien bedingen.

Von der Hauptsumme sind bestimmt:

für Eisenbahnen	57%
„ Häfen	21%
„ Bewässerung	14%
„ Wegebau, Post, Telegraphen, Verwaltungsgebäude	8%
	100%

Damit sind die Hauptnöte der Kolonien klar herausgestellt. Eisenbahnen sollen und müssen neue Gebiete erschließen und solche, deren Durchdringung bereits begonnen hat, dem Verkehr öffnen. Die Bahn folgt nicht nur der Entwicklung, sondern sie entwickelt auch. Ist der Abtransport der Landeserzeugnisse durch Bahnen an die Küste sichergestellt, so müssen Hafenanlagen vorhanden sein, um eine leichte Verschiffung zu ermöglichen. Gut ausgebaute Häfen, deren technische Einrichtungen die Verladung der Ein- und Ausfuhr erleichtern und verkürzen, ziehen die Schiffahrt an. Und Wege sind besonders dort nötig, wo noch keine Bahnen fahren, um zum wenigsten rasche Autotransporte zu ermöglichen. Sie sind immer und überall unentbehrlich. Schließlich ist in Ländern mit geringen Niederschlägen, also viel dürrer Steppe und Wüste, eine planmäßige Bewässerung von größter Wichtigkeit. Sie soll neue Landstriche, bisher brachliegend, der Bebauung eröffnen und eine bessere Verteilung und Ernährung der Bevölkerung gewährleisten, die Produktion im allgemeinen und also durch wachsenden Warenaustausch auch den Lebensstandard der Kolonialeingeborenen heben.

Pläne für die Verwendung der Anleihegelder werden von den Kolonialregierungen ausgearbeitet und lassen also die Absichten im Ueberblick erkennen.

Westafrika verwendet, wie vorgeschrieben, den größten Teil seiner Anleihe auf die Eisenbahnbauten. Das vorhandene und noch allzu dünne Eisenbahnneß soll entsprechend den Plänen des Generalgouverneurs Roume (um 1900) ausgebaut werden. Von dem zentralen Schienenstrang der Nigerbahn Dakar — Kulikoro (— Timbuktu — Gao — Niamey) sollen durch alle Kolonien Westafrikas Abzweigungen nach der Küste laufen und so ein geschlossenes und zweckmäßiges Neß der Verbindung Inneres — Küste herstellen. Von der Linie St. Louis — Dakar zweigt in Luga eine Linie ab, die 1931 bis Lingere fertiggestellt werden soll, um dann später wohl in der Gegend von Kayes auf den Dakar — Niger zu treffen. Ihn erreicht in Diurbel eine Abzweigung nach Tuba und Tatal, die im Laufe 1931/2 befahrbar sein wird. Die schlecht gebaute Linie des Dakar — Niger von Kayes bis Bamako wird neukonstruiert, um den Anforderungen des Verkehrs zu genügen. Die Guinea-Bahn Konakry — Kankan soll, um Sierra Leone und Liberia herumführend, einen noch zu bestimmenden Hafenort der südwestlichen Elfenbeinküste erreichen und vielleicht von Kurussa oder Kankan aus Abzweigungen zur Nigerbahn und zur Bahn der Elfenbeinküste entsenden. Diese leßtere war bisher bis Ferkessedugu vorgestoßen und soll 1931/2 in Richtung Bobo — Diulasso fortgeführt werden. Von dort sollen 2 Linien abgehen, die eine zum Dakar — Niger nach Segu, die andere nach Dedugu und Wagadugu in die Kolonie Ober-Volta. Und schließlich wird auch die Bahn von Dahomey fortgeseßt werden und von ihrem bisherigen Endpunkt Save sich in Richtung Gaya (Niger), an der Grenze von Britisch-Nigeria, weiterarbeiten. Den bisher genannten Bahnen, die durch z. T. stärker bevölkerte Gegenden laufen, gegenüber hat die Verlängerung des Dakar — Niger über Kulikoro hinaus nach Timbuktu, Gao und Niamey vorläufig noch zurückzustehen. Jedoch ist die Trasse bis etwa Gurao (am Niger) südwestlich Timbuktu, ungefähr festgelegt und wird so bald wie möglich in Angriff genommen werden.

Die Fertigstellung des so geplanten Neßes würde nicht nur eine rasche Entleerung des Inlandes und seine leichte Versorgung mit allen Waren bedeuten, sondern auch eine erhebliche Steigerung der militärischen Rekrutierungsmöglichkeiten nach sich ziehen. Außerdem wäre die Landverbindung Dakars mit allen Kolonien gesichert, und man wäre in Notfällen nicht auf die leicht sperrbare Seeverbindung angewiesen.

Der Ausbau der Häfen schreitet fort. Dakar erhält einen modernen Verlade- und Umschlagshafen, mit ausreichenden Quais und Gleisanlagen, um den stärksten Güterverkehr bewältigen zu können. Besonderer Wert wird auf gute Verladeeinrichtungen für das westafrikanische Hauptprodukt, die Erdnuß, sowie auf geeignete Erdölentladungs- und Tankanlagen gelegt. In Kaolack, am Meerbusen des Salum, wird ein allerdings nur sehr provisorischer Hafen ausgebaut, für den erst noch große Baggerungen nötig sind. In Konakry soll ein Verladequai von 300 m Länge gebaut werden und die Vorarbeiten haben begonnen. Port-Bouet (Elfenbeinküste) hat den Bau einer Warf bereits vollendet, dagegen sind aber für einen modernen Hafen in Abidjan rund 300 Millionen der Anleihe ausgesetzt. Jedoch haben bisher nur die Studien dafür begonnen. In Kotonu (Dahomey) ist die Warf bald fertig.

Die Regulierung von verschiedenen Flüssen ist geplant und die nötigen Vorarbeiten haben begonnen. Es handelt sich zunächst um Wasserläufe der Senegalkolonie, die Casamance, den Salum und den Bandiala. Die Nigerflottille soll ergänzt und ausgebaut werden. Das Straßennetz wird erweitert, und eine Reihe guter Autostraßen sind im Bau oder werden begonnen. Die Wasser- und Lichtversorgung zahlreicher Städte soll geregelt werden. Bauten für die Behördenunterbringung sind im Gang.

Von großer Bedeutung kann die Bewässerung der Nigerumgebung oberhalb Timbuktu werden. Man trägt sich mit der Absicht, dort die zukünftige Baumwollplantage Frankreichs zu schaffen. Bei Sotuba hat man den Niger gestaut und einen Kanal von etwa 20 km Länge gegraben, der ein Gebiet von gegen 6000 ha zu bewässern erlaubt. Ein Teil von 1300 ha ist bereits 1930 in Bewirtschaftung genommen worden. Eine gleiche Arbeit ist in der Nähe von Sansanding begonnen und wird die Bewässerung von ca. 100 000 ha sichern, die gleichfalls dem Baumwollanbau[1]) reserviert werden. Für die nächsten Jahrzehnte ist also ein langsames Steigen der Baumwollproduktion Westafrikas vorauszusehen, die aber auch plötzlich rapide zunehmen kann. Bisher produzierte es nur 4100 Tonnen (1929) nach sehr langsamer Hebung in den letzten Jahren. Britisch-Nigeria erzeugte vor 20 Jahren noch keine Baumwolle, heute gegen 150 000 bis 200 000 Ballen. Uganda ergab 1900 etwa 10, heute rund 150 000 Ballen. Frankreichs Kolonien sind dank mangelndem Interesse weit zurück. Aber Frankreich braucht jährlich etwa 300 000 Tonnen. Es muß sich beeilen.

[1]) Und für Getreide!

Aequatorialafrika hat nicht, wie Westafrika, ein so umfassendes, auf alle möglichen Gebiete sich erstreckendes Programm. Die Verwendung seines Anleiheteiles sieht folgende 4 Punkte vor:

für Eisenbahn Brazzaville—Pointe Noire	427	Mill. Franken
für Krankheiten- und Seuchenbekämpfung	75	„ „
für Hafenbau Pointe Noire	300	„ „
für Unterstützungskasse für die Eingeborenenproduktion	20	„ „
zusammen	822	Mill. Franken

75 Millionen sollen zur Errichtung von Krankenhäusern und Pflegestationen, zur Anstellung von Aerzten und Pflegerinnen, zur Ausbildung von eingeborenen Hilfskräften (an der Medizinischen Schule von Brazzaville), endlich zur Finanzierung einer großzügigen Schlafkrankheitsbekämpfung dienen.

Mit 20 Millionen wird eine Stützungskasse für die eingeborenen Baumwollanbauer ausgestattet, die durch den Sturz der Baumwollpreise in eine schwierige Lage gekommen sind. Damit der Baumwollanbau sich hält, sollen Anbauprämien gezahlt und die vorhandenen Vorräte zu angemessenem Preise aufgekauft werden, um bis zur Erholung der Kurse zu lagern. Diese Maßnahme hat sich als nötig erwiesen, da der Schwarze sich durch den Preissturz und die Verkaufsschwierigkeiten rasch entmutigen und zur Aufgabe des Anbaues bewegen läßt; außerdem kann er seine Ernte nicht lagern und hat bei Nichtverkauf durch Fehlen von Rücklagen nichts zu essen.

Der Hauptposten von 427 Millionen ist dem Bau der Bahnlinie Brazzaville—Pointe Noire, des „Congo-Ozean", gewidmet. Diese erste Eisenbahn Aequatorialafrikas ist von sehr großer Wichtigkeit. Sie geht vom Stanley-Pool, dem Endpunkt des schiffbaren Kongo, aus und mündet in Pointe Noire, dessen Hafenbau der andere große Betrag von 300 Millionen zufällt. Bis zum Stanley-Pool ist das riesige Stromnetz des Kongo, Ubangi, Schari, Kassai usw. über rund 18 000 km schiffbar und bildet also das gegebene Verkehrsnetz für Zentralafrika. Leider beginnen aber vom Pool aus die Fälle und Katarakte des Kongo und verbieten also den Schifftransport bis zum Meer. Seeschiffe können den Fluß hinauf bis zum belgischen Hafen Matadi fahren, um dort die Waren in Empfang zu nehmen, die die ebenfalls belgische Bahn Kinschassa (Leopoldville)-Matadi heranbringt. Bisher

fand auch die Ausfuhr der französischen Kolonien Mittel-Kongo, Ubangi-Schari und Tschad ihren Weg nur über diese Bahn nach Matadi. Das soll sich jetzt ändern. Die „Kongo-Ozean"-Linie soll auf französischem Gebiet bis nach dem auszubauenden Pointe Noire über 530 km laufen und der belgischen Bahn Konkurrenz machen. Das dürfte nicht allzu schwer sein, da der „Kongo-Ozean" gleich auf höchste Leistung gebaut werden, in Pointe Noire einen großen, modernen Hafen vorfinden soll und die Waren auf etwa 160 km näher an das Meer heranträgt. Letzteres ist hier von Bedeutung, da Matadi kongoaufwärts gegen 160 km vom Meere entfernt ist, 3 Tage für die von See kommenden Schiffe, weil die Einfahrt schwierig und nur bei Tag zu bewerkstelligen ist. Der „Kongo-Ozean" mit seinem modernen Hafen würde den Dampfern diese 3 Tage abnehmen können. Und Frankreich hätte endlich eine Bahn auf eigenem Boden Aequatorialafrikas.

Der Bahnbau wurde 1921 von Brazzaville und 1923 von Pointe Noire aus begonnen. Die Konstruktion war außerordentlich schwierig, da das in feuchtem und heißem Klima liegende, etwa 60 km breite Massiv des Mayumbe durchstochen oder überbrückt werden mußte. Arbeitskräfte waren kaum zu finden und starben wie die Fliegen, da keine Vorrichtung zu ihrem Schutz getroffen war. Man gab allein für 1925 etwa 10 000 Opfer zu! (Wieviele mögen es insgesamt gewesen sein?) Jedenfalls, die Schwierigkeiten waren enorm und der Bau kam nicht vorwärts, teils aus Arbeiter-, teils aus Geldmangel. Man warb auch zahlreiche chinesische Kulis an, etwa 600 Mann, von denen gegen 250 bei den Hafenarbeiten in Pointe Noire angestellt wurden.

Kurz, jetzt erst, nach Bewilligung der Anleihe, soll der Bau mit aller Kraft wieder aufgenommen und etwa 1934 fertiggestellt werden. Ist die Bahn betriebsbereit, wird sie einen großen Teil des Warenverkehrs vom Kongo ansaugen. Der Kolonie Aequatorialafrika ist damit allerdings noch nicht allzuviel geholfen, es fehlt noch unendliches. Aber der erste Schritt ist getan. Und sein Erfolg wird vielleicht die Finanzen der Kolonie fähig machen, bald ein Mehr zu tun.

Madagaskars Pläne sind wieder umfassender und verteilen die in Aussicht stehenden etwa 700 Millionen Franken wie folgt:

Eisenbahnen	231	Millionen
Häfen und Kanäle	212	„
Straßen und Brücken . .	28	„
Bewässerung	60	„
Hygiene	18	„
Berufsschulwesen	7,4	„
Post, Telegraphen . . .	23,4	„
Verwaltungsgebäude . . .	64,7	„
Verschiedenes	55,2	„
Zusammen etwa:	700	Millionen.

Der Hauptbetrag ist für Eisenbahnen ausgeworfen. Es handelt sich jedoch nur um die Vollendung der Strecke Fianarantsoa-Manankara, die mit 170 km Länge das dicht bevölkerte Betsileo-Gebiet mit dem Hafen verbinden soll. Der Rest der Bahnbaubeträge gilt der Elektrifizierung der vorhandenen Strecke Tananarivo-Tamatave, die durch Ausnutzung vorhandener Wasserkraft erfolgen soll.

Bei den Kanalbauten handelt es sich um Benutzung einer bereits vorhandenen natürlichen Wasserstraße, die die zahlreichen Seen, Lagunen und Flüßchen am Ostufer Madagaskars, dicht hinter der Küste verbindet. Diese Küsten-Binnenwasserstraße ist deshalb von großem Interesse, weil sie einem sonst hafenlosen Küstenstreifen von über 600 km Länge den Warenabfluß nach dem einzig vorhandenen Hafen Tamatave (später auch noch Manankara) erlaubt. Ihr Ausbau, seit vielen Jahren begonnen und sehr langsam fortgeführt, würde nur noch auf etwa 50 km nicht sehr bedeutende Schwierigkeiten antreffen.

Für die Hafenkonstruktion kommt in erster Linie Tamatave in Betracht, der wichtigste Hafen der Insel. Er ist völlig ungeschützt gegen Wind und Wellen. Geplant wird eine große Mole und, in zweiter Etappe, eine ausgedehnte Kaianlage, mit Kranen und Gleisführung. Ein Hafen, nur primitiverer Art, soll auch in Manankara gebaut werden, um für die Leichter bequeme Ladungs- und Entladungsmöglichkeiten zu schaffen. Endlich soll Majunga, an der Westküste, eine gleiche Anlage erhalten. Etwa 30 Millionen Franken sind für Leuchttürme und -baken ausgesetzt.

Das 1898 gegründete Institut Pasteur soll stark vergrößert werden, unter bedeutender Vermehrung des weißen und farbigen Personals. Einige Krankenhäuser sind zu bauen.

Die für die Bewässerung ausgeworfenen Beträge dienen hauptsächlich dem Studium der in Frage kommenden Gebiete. Man plant die nötigen Vorarbeiten für eine Bewässerung von

gegen 200 000 ha, während solche für etwa 400 000 ha bereits weit vorgeschritten sind. Es handelt sich hauptsächlich um die Gebiete der Ebene von Marovoay (südsüdöstlich von Majunga), des Deltas der Mahavary (südlich Diego Suarez), der Ebene des See Alaotra (im Norden Tananarivo's) und des Deltas des Mangoki, das besonders für Baumwolle geeignet sein soll.

Für Indochina genügt angesichts der geplanten Arbeiten der Anleihebetrag nicht, eine Summe von etwa 500 Millionen Franken muß noch in jährlichen Teilbeträgen durch das ordentliche Budget der Kolonie aufgebracht werden. Jedoch ist die finanzielle Lage günstig genug, um einer Höchstbelastung an Zinsen und Amortisation von gegen 77 Millionen Franken mit Ruhe entgegensehen zu können. Man erwartet ja außerdem, daß durch die nun auszuführenden Arbeiten Produktion und Handel einen beträchtlichen Aufschwung nehmen werden, der dann nicht zuletzt auch den Einnahmen der Union beträchtlich zugute kommen würde.

Bei den Arbeiten handelt es sich zum größten Teil um Eisenbahnbauten, die dringend ihrer Erledigung harren. Besonders um das noch unvollendete Zwischenstück des „Transindochinois", der Verbindungsbahn zwischen Hanoi und Saigon. Dieses fehlende Zwischenglied von Turane bis Nhatrang entlang der Südostküste erstreckt sich über 550 km. Die ganze Bahn ist wichtig als Brücke zwischen dem volkreichen Norden und dem weniger bevölkerten Süden der Union, zwischen dem günstiger gelegenen Hafen Saigon und dem weniger angelaufenen Hafen Haiphong in Tonking. Die Schwäche der Linie ist nur ihre Küstennähe, sie könnte im Kriegsfalle unschwer gestört werden. Deshalb wird auch der Bau einer etwa parallel, aber mehr im Inneren, in Laos, verlaufenden neuen Linie geplant. Wann es zu ihrem Bau kommen wird, steht noch dahin.

Die zweite wichtige Linie in Konstruktion ist diejenige von Saigon über Phnom-Penh, die Hauptstadt Kambodschas, nach Battambang und zur Grenze Siams. Sie würde weite reisbauende Provinzen erschließen und nach Anschluß an das bereits bis zur Grenze vorgetriebene siamesische Gleis die direkte Verbindung Hanoi — Saigon — Bangkok ermöglichen. Man erhofft sich manchen Vorteil davon auf französischer Seite, zumal da ein gleicher Strang noch nicht nach Rangoon führt.

Die dritte Linie ist diejenige von Tanap (nordwestlich Hue in Annam) zur Grenze Siams, einen Teil des Laos erschließend und, wie erwartet wird, auch starke Anziehungs-

kraft auf den Handel jenseits der Grenze ausübend.[1]) Vorläufig noch sieht es allerdings mehr so aus, als ob Siam den Wettlauf um die Reichtümer seines inneren Gebietes und des Laos gewinnen würde, da eine Bahn bereits gegen das mittlere und eine andere, dem Menam-Tal folgend, gegen das nordwestliche Laos und Luang-Prabang vorstößt. Frankreich wird sich beeilen müssen.

Eine vierte Linie schließlich soll das bewaldete Hochplateau von Lang-bian (Süd-Annam) mit dem Transindochinois verbinden und so auch den großen Luftkurort Dalat mit seinem schönen Sanatorium an den Verkehr mit Saigon anschließen.

Damit würde also das Bahnneß Indochinas um rund 1000 km erweitert sein. Das ist ein beträchtlicher Fortschritt; aber noch nicht genug. Allerdings ergänzt das vorhandene und noch zu schaffende Straßenneß in vieler Hinsicht. Aber die billige und rasche Beförderung der Eisenbahn ist nicht leicht zu ersetzen, wenn die Bevölkerung aus armen Kleinbauern besteht.

In dem Anleiheverwendungsprojekt wird noch ein größerer Betrag auf Be- und Entwässerungsanlagen vorgesehen. Die Austrocknung der Sümpfe des Day (fließt zum Roten Fluß in Tonking) würde etwa 100 000 ha neues Land ergeben. Die Bewässerungsanlagen bei Kesat und Hung-Yen (Tonking) sind auf ein Ergebnis von 120 000 ha veranschlagt, diejenigen von Son-tay und Song-kau auf etwa 50 000 ha. Auch in Annam sind gleiche Arbeiten in Angriff genommen und erstrecken ihren Nutzen über annähernd 150 000 ha der nordannamitischen Provinzen Thanh-Hoa, Vinh, Hatinh und Dong-Hoi. Ebenso steht die Bewässerung von rund 600 000 ha der Kolonie Kotschinchina in Aussicht. Da es sich hier wie in Annam und Tonking fast immer um die Neuschaffung von Reisanbauflächen handelt, so läßt sich voraussehen, daß der Export-Ueberschuß[2]) immer mehr ansteigen wird. Schon jetzt ist der Absatz oft schwierig. Wer soll die immer steigenden Mengen aufnehmen? Aber die sich verbreitende Zivilisation beginnt auch in Indochina ihr Werk mit zunehmender Industrialisierung. Die in der Industrie tätige Bevölkerung wird, auch außerhalb Indochinas, nicht zuletzt auf Kosten der bäuerlichen Bevölkerung, zunehmen und dem landwirtschaftlichen Produzenten derart einen sich stetig erweiternden Absatzmarkt für seine Produkte bieten.

---

[1]. Der Mekong-Fluß ist auf 500 km bis Tanapetra schiffbar. Die geplante Linie wird ihn bei Takek erreichen.

[2]) Er nähert sich den 2 Millionen Tonnen.

Der Anleihe-Teil Neukaledoniens ist fast ganz für den Ausbau des Hafens Numea bestimmt. Der Rest des Geldes dient dem Wegebau und der Hygiene.

Damit wären die Ziele der großen Anleihe kurz etwas erläutert. Sie heben sich klar heraus und stehen unter den beiden Gesichtspunkten der Sorge für Volkshygiene und Verkehr. Eines bedingt das andere, keines ist ohne das andere denkbar, beide zusammen werden dem französischen Kolonialreich sehr fruchtbare Dienste leisten. Es steht außer Zweifel, daß diese Anleihen den Beginn einer neuen Zeit für die Kolonien bedeuten. Die augenblickliche Weltkrise lastet auch auf ihnen. Endet sie, dann werden die Besitzungen Frankreichs in neuer und besserer Ausrüstung als vorher den Wirtschaftskampf führen können.

Den auf die Anleihen basierten Bemühungen der französischen Kolonien parallel läuft das ernsthafte Streben der Pariser Regierung, eine sichere und regelmäßige, rasche Verbindung durch Flugzeuge mit den überseeischen Besitzungen zu schaffen. Besonders ist natürlich der Ausbau des afrikanischen Flugnetzes ins Auge gefaßt, aber auch die anderen Kolonien sollen nicht vergessen werden.

Während des Jahres 1930 waren die Linien Marseille — Alger und Marseille — Tunis-Bône, die erstere durch die „Compagnie générale aeropostale", die zweite durch die „Compagnie air-union", geflogen worden. Beide werden vom Staat subventioniert. Ende 1930 wurde die Flugverbindung Paris — Saigon eröffnet. Jede Woche geht ein Wasserflugzeug von Marseille über Neapel, Athen nach Beyruth, von wo im Anschluß ein Landflugzeug nach Bagdad weiterfliegt. Von hier aus wechselt der Dienst Woche um Woche zwischen Flugzeugen der französischen Gesellschaft und solchen der holländischen Amsterdam-Batavia-Linie, entsprechend einem Abkommen vom Dezember 1930, bis Karachi. Da Indien noch nicht mit Flugwegzeichen und Landeplätzen genügend versehen ist, geht der Personen- und Posttransport von Karachi aus per Bahn weiter, für Batavia über Kalkutta, Rangoon und Victoria-Point (Süd-Birma), für Saigon über Allahabad nach Kalkutta und Rangoon. Von hier aus fliegt dann wieder wöchentlich ein französisches Flugzeug über Bangkok nach Saigon. Die Verbindung ist also noch sehr unvollkommen; aber wenn die indische Strecke erst mit allem Nötigen versehen ist, wird auch der Dienst nach Saigon nur von französischen Flugzeugen versehen werden. Für später ist beabsichtigt, die Strecke entweder über Rangoon, Bangkok, Vinh (Tongking) oder direkt, ohne Bangkok zu berühren, nach Hanoi verlaufen zu lassen. Jedoch hängt das von der Orga-

nisation der Strecke über Siam nach Vinh ab, die noch nicht begonnen ist.

Für Afrika ist eine sehr bedeutende Erweiterung des Luftverkehrsnetzes vorgesehen. Die früher bereits beflogenen Linien Marseille — Alicante — Oran und Oran — Casablanca sollen wieder eingerichtet werden. Ein wöchentlicher Dienst Toulouse — Casablanca (— Südamerika) wird bereits von der Compagnie Aéropostale durchgeführt. Eine große Querlinie Tunis — Alger — Casablanca ist in Vorbereitung.

Wird so Nordafrika zu einem Zentrum des französischen Luftverkehrs, so sollen auch von hier aus die das übrige französische Afrika umfassenden Luftlinien abzweigen. Die Verbindung Toulouse—Casablanca hat bereits eine Verlängerung nach Dakar (und Südamerika). Von Dakar aus sollen dann neue Linien nach Konakry (Franz.-Guinea) und nach Kayes — Bamako — Bingerville (Franz.-Elfenbeinküste) sowie Bamako-Gao (Niger) abzweigen und sind in Vorbereitung. Westafrika besitzt jetzt etwa 20 Flughäfen, die als Basen dienen können, gegen 300 Hilfsflugplätze und etwa 20 Radiostationen, die für den meteorologischen Dienst arbeiten. In dieser Kolonie ist also ein größerer Flugverkehr gut vorbereitet. In Aequatorialafrika ist noch wenig getan. Fort-Lamy besitzt einen Metallhangar, das ganze Gebiet nur 10 zu Hilfsflugplätzen ernannte Landemöglichkeiten. Jedoch soll für weiteren Ausbau Sorge getragen werden, und man beginnt auch zu arbeiten. Denn über Aequatorialafrika soll die zukünftige große Luftstrecke nach Madagaskar führen.

Die Route dieser Strecke ist bereits ungefähr festgelegt. Ein Abkommen mit der belgischen Regierung vom 23. Mai 1930 erlaubt das Ueberfliegen des Kongostaates und bestimmt die Einrichtung einer Verbindung Brüssel — Paris — Congo, die von je einer belgischen und französischen Gesellschaft gemeinsam betrieben werden soll. Eine Verlängerung nach Madagaskar liegt im französischen Belieben und Interesse. Französischerseits wird die „Compagnie Transafricaine d'aviation" gegründet und mit Organisation und Befliegung der Strecke betraut. Sie soll von Alger über Aulef — Reggan — Gao (Niger) — Niame (Niger) — Sinder (Nigerkolonie) — Fort Lamy (Tschad) — Bangi (Grenze des Kongostaates) — Stanleyville — Elisabethville (Kongostaat) nach Brockenhill (Nordrhodesia), Tete und Quelimane (Port.-Mocambique) führen, um von dort aus, den Kanal von Mocambique überquerend, in Madagaskar zu enden. Für Frankreich hätte diese Streckenführung, neben dem Vorteil der raschen Verbindung mit der Insel, auch noch den Vorzug, zum größten Teil über französischem Gebiet zu liegen. Alle beteiligten Staaten

könnten Nutzen daraus ziehen. England könnte durch Anschluß-Strecken rasch Lagos (Nigeria) erreichen, dazu Rhodesien und Süd- und Ostafrika (die allerdings bereits durch die Kap-Kairo-Linie verbunden sind). Für Belgien und Portugal liegen die gleichen Vorteile auf der Hand; Anschluß- und Nebenstrecken könnten leicht den ganzen Erdteil überkreuzen. Eine französische Abzweigung würde auch Brazzaville und Pointe Noire erreichen.

Kurz, die geplante Verbindung Paris — Madagaskar würde, neben der Kap-Kairo-Linie, eine afrikanische Hauptstrecke bilden. Eine geplante dritte Transversale Casablanca — Alger — Tripolis — Kairo ist vorläufig nur erst ein Wunschtraum.

Auf Madagaskar sollen Flugverbindungen von Tananarivo aus nach Tulear, Majunga, Diego Suarez gehen, schließlich auch nach der Insel Réunion. Die Mannschaft der Flugstaffel in Tananarivo leistet die Vorarbeiten.

Wenn so die Verbindungen mit Indochina und den afrikanischen Kolonien fertiggestellt und gesichert sind, soll auch eine Antillenstrecke bearbeitet werden. Aber es dürfte sich dort nur um ein Netz handeln, dessen Mittelpunkt Point-à-Pitre ist und von dem aus dann die Inseln beflogen werden können. Eine direkte Verbindung via Natal — Cayenne — Trinidad oder gar über See käme wegen der Schwierigkeiten, die dabei entstehen würden, nicht in Frage.

Die französischen Pläne gehen sehr weit. Jedoch steht außer Zweifel, daß sie zum guten Teil verwirklicht werden. Durch die Sahara führt bereits eine Autoverbindung, die für die Festsetzung der Fluglinie gute Vorarbeit leistet. Einige Reparatur- und Benzinstationen bestehen bereits, so in Colomb-Beschar, Adrar, Reggan, Gao.[1]) Die Vorbereitung der Strecken wird von West- und Aequatorialafrika (in ihren Territorien) übernommen und bezahlt, unter anfeuernder Mitarbeit des Mutterlandes. Wenige davon werden genügende Einnahmen haben, um sich selbst erhalten zu können. Aber Frankreich ist bereit, um des politischen und militärischen Nutzens willen, die Subventionsunkosten auf sich zu nehmen. Man hat auch durchaus nicht die Versuche übersehen, die Anfang 1931 England mit Truppentransporten durch Flugzeug zwischen Kap und Kairo machte. Als besonderer Grund, z. B. für den Flugverkehr nach Indochina, wurde auch der Wunsch geäußert, ein rasches Transportmittel zu besitzen, das an jedem Punkt seines Weges sicher vor einem Zugriff der

[1]) Auch in Goleah, In-Sala, Tamanrasset. Funkstationen sind im Bau. Hotels in Reggan und Gao.

III. Internationale sei. Allerdings wurde dieser Wunsch ausgesprochen, als gerade in Frankreich aus Anlaß der Vorfälle in Indochina die Wogen der Erregung gegen den Kommunismus sehr hoch gingen.

Als Tatsache bleibt bestehen, daß Frankreich seine Luftfahrt rund um das Mittelmeer organisiert, das so zum Mittelpunkt des französischen Luftnetzes wird. Stützpunkte sind Marseille, Alger, Tunis und Beyruth. Dem Dreieck Marseille, Alger, Tunis kommt besondere Bedeutung wegen seiner strategischen Möglichkeiten zu, wobei Korsika (Ajaccio und Calvi) ein wichtiges Vorwerk ist. Dieses Dreieck fest in französischer Hand bedeutet die Sicherheit des Reiches.

Man hat während des Jahres 1930 versucht, den vorhandenen Sicherungen des Reiches eine weitere in Gestalt der Transsaharabahn (Transsaharien) hinzuzufügen.

Das Projekt ist alt. Der Major Hanoteau hatte es im Jahre 1859 bereits vorgeschlagen. Es tauchte wieder und wieder auf. Freyzinet schon gründete ein Studienkomitee und setzte die Bewilligung von 1 Million Franken für Studienexpeditionen durch. Die Mission Flatters wurde 1881 ermordet; man war sofort entmutigt. Oft noch tauchte der Plan auf. Endlich empfahl, kurz nach dem Kriege, der „Conseil supérieur de la Défense nationale" den Gedanken als höchst nützlich. Endlich legte am 20. Februar 1928 der Minister der Oeffentlichen Arbeiten, Tardieu, einen Antrag vor, der für die Schaffung eines „Office des études du Chemin de fer transsaharien" einen Kredit von 18 Millionen forderte und von allen anderen Ministerien unterstützt wurde. Der Antrag wurde von der Kammer angenommen, das Office begann sehr rege zu arbeiten und eine Frucht seiner Bemühungen war Ende 1930 der Gesetzesvorschlag über den Transsaharien, zustandegekommen unter guter Mithilfe des Unterstaatssekretärs im Wirtschaftsministerium, François-Poncet.

Seitdem ist es stille geworden um den Transsaharien. Fragen der Streckenführung, der Geldbeschaffung (man schätzte die Kosten auf etwa 2,5 Milliarden Franken), der Rivalität der Städte Algeriens um den Mittelmeer-Endpunkt und anderes mehr scheinen die Erledigung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit verschoben zu haben.

Indessen, diese Verschiebung des Baues eines so bedeutenden Verkehrsweges ist doch merkwürdig. Die Streckenführung ist hier nicht so wichtig, sie sollte von Alger oder Oran aus etwa über Colomb-Beschar nach Tosaye (Niger) und weiter nach Wagadugu (Ober-Volta) gehen. Aber vor dem großen Wert der Bahn für Frankreich und sein afrika-

nisches Empire hätten doch solche mehr oder weniger zweitrangigen Bedenken zurücktreten müssen.

Die Gegner des Planes betonen die bisher so geringe wirtschaftliche Entwicklung des Sudans und Westafrikas, die keine Gewähr für einen ausreichenden Güterverkehr böte. Außerdem werde auf 1000 km die sterile Sahara durchfahren, die durchaus nichts an sich hätte, was eine Bahn anlocken könnte.

Dem halten die Freunde des Projektes entgegen, daß Eisenbahnen immer erschließend wirkten, wie die Niger-Bahn, wie die Pazifikbahnen Amerikas, wie endlich neuestens auch die transkaspische Bahn durch Turkestan beweise. Westafrika und Sudan produzieren bereits viel, werden aber bei der ihnen jetzt entgegengebrachten Fürsorge Frankreichs[1]) bald das Zehnfache leisten. Ueber den Wert der Sahara wisse man noch nicht viel, aber die Zukunft lasse manches erhoffen. Jedenfalls sei genügende Fracht für den Transsaharien gesichert durch den wachsenden Aufschwung und die zwar langsame aber konstante Bevölkerungszunahme Westafrikas.

Dem Einwand technischer Schwierigkeiten in Bau und Betriebsführung der Bahn durch den Wassermangel der Wüste setzen die Bahnfreunde die Möglichkeiten des Motors entgegen, zumal des Diesel- oder auch Schwerölmotors. Und die nötigen Arbeitskräfte werde man in Westafrika zweifellos finden, besonders da die Maschine in vieler Hinsicht den Menschen entbehrlich mache.

Betreffs der Rentabilität der Bahn berechnet das Office, daß ein Verkehr von

270 000	Tonnen	Einfuhr (oder Reisende 3. Klasse)
270 000	„	Ausfuhr (dto.)
		14 500 Reisende hin und zurück
135 000	„	Verkehr (oder Reisende 3. Klasse)
		auf dem Bahnabschnitt des Sudan
100 000	„	Verkehr (oder Reisende 3. Klasse)
		auf d. Bahnabschnitt Alger — Oasen

ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen würde. Ueber diese Ziffern hinaus würde sich ein Gewinn ergeben, der zur Rückzahlung der vom Staat geleisteten Zinsengarantie dienen könnte und müßte. Angesichts der Pläne Frankreichs für die „mise en valeur" des Sudans könnte man, bei ihrer Ausführung, annehmen, daß das Betriebsdefizit der Bahn in 5 bis 10 Jahren gedeckt sein würde.

[1]) Bewässerung, Hygiene.

Westafrika ist ein Land, das noch viel Baumwolle, Sisal, Hanf, Kapok, Gummi, Reis, Mais, Hirse, Rohrzucker usw. anbauen kann und wird. Es besitzt große Viehherden, und die Viehzucht wird nach dem Bau der Bahn infolge der geschaffenen Absatzmöglichkeit zunehmen. Auch Bodenschätze sind vorhanden.

Wird so die Ausfuhr steigen, dann wird auch die Einfuhr zunehmen, und Algerien wird der Lieferant Westafrikas und des Sudan für Wein, Tabak, Stoffe, Fertigwaren jeder Art sein. Kurz, für Hin- und Rückfracht der Bahn wird man sich nicht zu sorgen brauchen.

Der Bau wird gegen 3000 Arbeiter benötigen, die bei guter Bezahlung Geld ins Volk bringen und den Wohlstand und die Kauflust heben. Die bisher oft auftretenden Hungersnöte werden durch die Bahn unmöglich gemacht, und ein sicheres Gedeihen der Bewohner ist geradezu garantiert. Hotels werden gebaut, Fremde und Touristen werden kommen und Geld zurücklassen.

Kurz, wirtschaftlich sieht das Office die Zukunft der Bahn für durchaus gesichert an.

Aber, mögen auch noch Meinungsverschiedenheiten über den wirtschaftlichen Wert und möglichen Erfolg der Bahn vorhanden sein, über den hohen politischen und militärischen Wert ist man sich durchaus einig, nachdem der „Conseil supérieur de la Défense nationale" ein günstiges Urteil gefällt hat. Frankreich ist auf die schwarze Armee angewiesen. Im Kriegsfall jedoch bestände ohne die Bahn nur eine Transportmöglichkeit über Dakar nach Marseille oder Bordeaux, auf dem Seewege, der schwer zu schützen sein würde. Die Entfernung Bordeaux — Dakar beträgt etwa 2200 km, diejenige Marseille — Dakar etwa 1500 km, während die Strecke Marseille — Alger nur 450 km ausmacht. Es liegt auf der Hand, daß Marseille — Alger oder Marseille — Tunis (520 km) mit schnellen Einheiten, Unterseebooten und Flugzeugen, verhältnismäßig leicht zu sichern wären, indessen die beiden großen Strecken eine Bedeckung sehr erschweren würden. Die farbige Armee könnte also bei Bestehen des Transsaharien bis auf 450 km an Marseille herangebracht werden, ohne dem Zugriff des Gegners ausgesetzt zu sein. Ihr Transport würde von Dakar aus auf dem Seewege etwa 7 Tage erfordern, wozu noch die Zeit des Transportes aus dem Inneren nach Dakar zu rechnen sein würde. Die Ueberführung von Segu am Niger dagegen würde per Bahn nur 3 Tage etwa bis Alger und dazu 1 Tag bis Marseille, insgesamt also 4 Tage plus Zeit der Zusammenziehung nach Segu ausmachen. Der Wert einer Zeit-

differenz von wenigstens 3 bis 4 Tagen bedarf keiner Erläuterung.

Ist der militärische Wert bedeutend, so dürfte der politische nicht geringer sein. Bahnen können, wie das nordamerikanische Beispiel zeigt, Bevölkerungen weiter Ländermassen zu einer Einheit zusammenschmieden. Frankreich erhofft einen ähnlichen Erfolg für Afrika, wenn der Transsaharien erst verwirklicht ist. Algerischer und französischer Unternehmungsgeist sollen Westafrika und den Sudan entwickeln, nachdem die Bahn die Entfernung der bisher noch trennenden Sahara überbrückt hat. Beide Randgebiete der Sahara, West- und Nordafrika, sollen sich näherkommen, durch Wanderungen und Umsiedlungen, die man besonders vom Neger erwartet, zur ethnologischen und kulturellen, durch wirtschaftliche gegenseitige Durchdringung auch zur wirtschaftlich-politischen Einheit erwachsen. Betreffs der Gefahren, die aus engerer Berührung des Negers mit der europäischen Zivilisation, mit europäischen politischen Ideologien und mit dem Islam der orthodoxen Richtung Nordafrikas entstehen könnten, ist man nicht sehr besorgt, da er physisch mit manchen „Segnungen" europäischer Zivilisation bereits vertraut und geistig noch ein leicht lenkbares Kind ist, dessen Führung man in der Hand zu behalten hofft. Man erwartet auch von diesen engen Beziehungen ein langsames Zurückdrängen der Wüste (Bewässerung und folgende Besiedlung) und also ein allmähliches Zusammenwachsen, in jeder Beziehung, Nordafrikas mit dem Sudan und Westafrika. Das neue, damit entstehende Reich würde der französischen Zivilisation angehören und unter französischer Führung einen festen afrikanischen Block bilden.

Man kann sich die Entwicklung auch anders denken. Aber die französische Hypothese verläuft eben, wunschgeboren wie sie ist, in dieser Richtung.

Vorläufig ist jedoch der Transsaharien noch Projekt. Das Schicksal dieses Projekts liegt in der Hand Frankreichs. Erwähnt sei nur noch, daß in Italien der Gedanke an ein Konkurrenzunternehmen aufgetaucht ist. In der Zeitschrift „Rassegna italiana" (November 1929) schlägt Carlo Gloria für diese italienische Bahn die Strecke Tripoli — Fessan — Tümmo (Tibesti) — Tschad als die geeignetste vor, auch, da sie auf der alten Karawanenstraße Tschad — Mittelmeer verlaufe. Dieser Vorschlag ist in der italienischen Presse sehr häufig abgehandelt worden. Folgen anderer Art dürfte er kaum haben, da er die Bahn wohl oder übel durch französisches Gebiet führen will und da außerdem Italien für Experimente kein Geld hat.

Ernstere Beachtung verdient dagegen der andere französische Plan einer Verlängerung der (von Deutschland gebauten und etwa 300 km langen) Bahn Duala — Jaunde in Kamerun bis zum Tschadsee hin oder auch nur bis Bangi am Ubangi. Dieses Projekt wird zur Zeit von einer französischen Expedition in Kamerun bearbeitet. Seine Verwirklichung würde Kamerun, aber auch den französischen Kolonien Tschad und Ubangi-Schari endlich den Weg in die Welt öffnen. In Frankreich bezeichnet man die damit geplante Bahn bereits als die Erzbahn, da sie eine Ausbeute der in Ubangi-Schari angeblich festgestellten großen Kupfervorkommen ermöglichen würde. Jedoch ist über diese Pläne noch nichts näheres bekannt.

Ein Versuch, die Kolonien technisch-wirtschaftlich in die Höhe zu bringen, würde zur Erfolglosigkeit verurteilt sein, wenn ihm parallel nicht auch Bemühungen zur „mise en valeur" der Bevölkerungen laufen. Das Ziel solcher Anstrengungen kann nur sein, einerseits den Eingeborenen ausreichende und stetig sich verbessernde Lebensmöglichkeiten zu verschaffen; das wird mit dem technischen und wirtschaftlichen Ausbau zu erreichen versucht. Andererseits sind umfassende sanitäre Maßnahmen zu treffen, um den Gesundheitszustand der Bevölkerungen zu heben. Beides ist in dem Anleiheprojekt vorgesehen.

Aber sanitäre Maßnahmen werden nur von dauernder Wirkung sein, wenn gleichzeitig ein ausgedehntes Schulwesen für hygienische Belehrung schon der Kinder sorgt und ihnen daraus einige der wichtigsten Grundsätze mit auf den Weg gibt. Das Schulwesen ist eine unerläßliche Bedingung der „mise en valeur" der Kolonialbevölkerung!

Bisher hat man gerade das Schulwesen sehr vernachlässigt.[1]) Es fiel finanziell den Kolonien zur Last und bildete angesichts deren geringer Einnahmen auch in seiner bis-

[1]) Die Ziffern eingeborener Schüler in den Kolonien sind sehr gering. Westafrika hat etwa 40 000, Aequatorialafrika gegen 8 000 Schüler. Beide zusammen haben 13 Millionen Einwohner. Madagaskar zählt 147 000 Schüler bei einer Bevölkerungsziffer von 3,5 Millionen Menschen. Indochina hat 400 000 Schüler auf 20 Millionen, Tunis 31 000 Schüler auf zirka 2 Millionen, Algerien 36 000 Schüler auf 5,5 Millionen Einwohner mit 800 000 schulpflichtigen Kindern. Unter 2 000 Studenten der Universität Alger befinden sich nur 50 eingeborene Studierende. Während die 850 000 weißen Algerier gegen 110 000 Kinder in Schulen unterrichten zu lassen die Möglichkeit haben.

(Angaben aus: Julien, Madagaskar (Paris 1930), pag 132; Jung, L'Islam (Paris 1930), pag. 35; Ferhart Abbas, Le jeune Algérien (Paris 1931), pag. 49; Renseignements coloniaux du Comité de l'Afrique française (Paris 1930), pag. 696.)

herigen Rückständigkeit schon eine sehr fühlbare Bürde ihrer Budgets. Darin hat sich auch nichts geändert, der Beitrag der großen Anleihen zur Entwicklung des Schulwesens ist nicht nennenswert.

Die Gründe sind in dem geringen Interesse, das Frankreich an einer wirklichen Bildung der Eingeborenen hat, zu suchen, da mit jeder Bildungszunahme auch die Ansprüche, zumal die politischen, steigen. Daraus resultiert auch eine andere Ursache der geringen Schülerzahl, nämlich die bisher jeweils nur schwer zu erlangende Anerkennung der privaten und Missionsschulen.

Jedoch hat man jetzt, in der Erkenntnis des Wertes gerade der Missionsschulen für die „mise en valeur" der Kolonien, einen entscheidenden Schritt vorwärts und zugunsten der französischen Missionen getan, der im Rahmen des französischen kolonialen Aufbauprogrammes durchaus Erwähnung verdient.

Die Gesetze von 1901 und 1904 verboten den katholischen Kongregationen in Frankreich jedes Erteilen von Unterricht und ihre Noviziate wurden aufgelöst. Nicht aufgelöst wurden nur die Noviziate, die das Lehrpersonal für die französischen Missionsschulen im Ausland und in den Kolonien ausbildeten. Niederlassung von Kongregationen wurde in Frankreich nur gestattet, wenn ihr ausgesprochenes Ziel die Ausbildung und Pflege des Missionspersonals für Ausland und Kolonien war. Die Erlaubnis konnte nur durch das Parlament erteilt werden. Zwar gab die französische Regierung jährlich eine Subvention an diese zugelassenen Kongregationen. Aber seit 1901 hatten andere als die bis dahin autorisierten immer vergeblich um Zulassung ersucht, aus Abneigung oder Gleichgültigkeit war ihnen nie Antwort erteilt worden. Die Folge dieser Gesetze, die ja auch den Besitz der Orden beschlagnahmten, war ein langsames aber stetiges Abnehmen der französischen Mitglieder und also ein ebenso stetiges Sinken französischen Einflusses und französischer Kulturpropaganda.

Mit den Artikeln 33 bis 42 des Finanzgesetzes vom November 1928 wollte die Regierung dem Wert der Orden für Frankreich Rechnung tragen und also die Autorisation in Zukunft von einer einfachen Ministerialverordnung abhängig machen (bis dahin durch Gesetz!). Gleichzeitig wurde die Anzahl der zu erlaubenden Orden auf 9 festgesetzt.[1])

[1]) Es sind folgende Orden: Brüder der christlichen Schule — Maristen — Missionsväter von Picpus — Franziskaner — Levante-Missionare — Afrikanische Mission von Lyon — Weiße Väter — Schwestern Unserer Frau von den Aposteln — Schwestern des Jesuskindes vom Puys (Europe Nouvelle, 30. März 1929).

Jedoch stieß die Kammer sich an diesen in das Finanzgesetz eingeschmuggelten Ordensartikeln 33 bis 42 und verlangte die Vorlage eines Spezialgesetzes. Im März 1929 legte die Regierung ein Sondergesetz vor, das dann auch angenommen wurde.

Somit wäre den Orden wieder mehr freie Hand gegeben, und es steht zu erwarten, daß sie bald wieder aufblühen und nicht zuletzt auch dem französischen Kolonialschulwesen etwas auf die Beine helfen. In Belgisch-Kongo hatten allein die „Weißen Väter" von Katanga etwa 20 000 Schüler, während die Kolonie bei 10 Millionen Einwohnern insgesamt 150 000 Schüler zählte. Dagegen schneiden die beiden französischen Afrika sehr schlecht ab.

Eine Uebersicht über die Verminderung der französischen Brüder in den Missionsorden gibt die folgende Tabelle:[1])

Missionen	Jahre	Zahl d. Brüder	Franz. Brüder	Mittl. Alter d. frz. Brüder
Türkei, Bulgarien, Griechenland	1909	321	308	34
	1928	161	150	49
Palästina, Syrien	1909	151	137	34
	1928	123	102	50
Aegypten	1909	349	312	35
	1928	276	232	50
Madagaskar, Réunion, Mauritius	1909	85	72	37
	1928	87	45	53
Argentinien	1909	121	107	34
	1928	180	75	50
Brasilien	1909	37	30	33
	1928	85	27	54
Chile	1909	111	76	37
	1928	112	49	45
Kolumbien	1909	200	137	30
	1928	363	84	50
Kuba	1909	58	50	35
	1928	163	97	48

[1]) „Europe Nouvelle" vom 30. März 1929.

Missionen	Jahre	Zahl d. Brüder	Franz. Brüder	Mittl. Alter d. frz. Brüder
Ecuador	1909	99	52	35
	1928	168	40	48
Nicaragua	1909	9	8	33
	1928	45	19	43
Panama	1909	27	61	30
	1928	25	9	45
Indien	1909	149	52	33
	1928	192	39	40
Indochina	1909	83	65	35
	1928	154	49	40

Und ein Beispiel unter anderen: der Maristen-Missionsorden in seiner Gesamtzahl und in der seiner französischen Brüder 1928 und 1929:

Land	1928		1929	
	Franzosen	Gesamt	Franzosen	Gesamt
Europa	406	1544	256	1479
Asien	159	214	131	277
Afrika	45	117	31	132
Amerika	428	1340	345	1502
Südsee	14	211	8	231

Zu der „mise en valeur" der Kolonien gehört auch ihre „mise en état de défense". Dabei handelt es sich natürlich um eine Verteidigung gegen äußere Feinde, da der Begriff „Kolonie" die Niederschlagung des inneren „Feindes" und seine immerwährende Abwehr durch die Organe des kolonisierenden Staates bereits enthält und voraussetzt.

Bis zum Kriege hatte Frankreich für eine Verteidigung gegen äußere Feinde in den Kolonien eigentlich nichts getan. Das enge Bündnis mit Rußland, zuerst, dann mit England und dadurch automatisch mit Japan auch, ließ eine besondere koloniale Rüstung gänzlich unnötig erscheinen. Denn die in Frage kommenden Mächte, gegen die eine koloniale Rüstung sich allein gerichtet hätte, waren durch diese Bündnisse unge-

fährlich geworden, während andere, wie die Vereinigten Staaten und China, dann auch Deutschland, entweder nicht als bedrohlich zu gelten hatten oder aber in Europa gefesselt wurden.

Der Weltkrieg änderte die Lage von Grund auf. Die verbündeten Mächte zogen sich zurück, so England und die Vereinigten Staaten. Ein Bündnis mit Japan war unmöglich, auch wenn freundschaftliche Beziehungen blieben. China geriet in Bewegung, mehr denn je zuvor, begann daher unklar und unberechenbar, also bedrohlich zu werden. Rußland war erst das Chaos selbst, rückte aber wieder langsam in die Reihe der Mächte, sogar der Weltmächte, ein; jedoch eine Erneuerung des Bündnisses mit ihm war vorläufig undenkbar, politische und soziale Grundformen und -tendenzen trennten beide Staaten weltenweit voneinander. Und besaß Frankreich in Europa genügend Verbündete, so doch keinen einzigen, dessen Machtsphäre über die Halbinsel hinaus sich gedehnt hätte. Weltpolitisch war und ist Frankreich isoliert.

Es hieß sich darnach einzustellen und für die Kolonien Sorge zu treffen. Denn das politische Kraftzentrum der Welt lag seit dem Weltkriege nicht mehr ausschließlich am Rhein und in Europa. Die Entwicklung, die sich schon vor dem Weltkriege angebahnt hatte, brachte es mit sich, daß mehrere Kraftzentren entstanden. Das wichtigste ist jetzt wohl das des Pazifik, während ihm am nächsten das atlantische kommt, um vom Rhein- und Schwarzmeer-Zentrum u. a. gefolgt zu werden. Das Ergebnis der Entwicklung war für Frankreich jedenfalls, daß Kolonial- und andere Kriege nicht mehr allein auf Europas Schlachtfeldern entschieden werden. Denn wenn der Gegner nicht in Europa sitzt, kann man ihn dort nicht packen. Sitzt er aber z. B. am Stillen Ozean so kann er Frankreich in Indochina fassen. Frankreich ist aber nicht imstande, die Kolonie von Europa aus zu verteidigen, wenn nicht eine günstige politische Konstellation es möglich machen sollte. Es bleibt nur übrig, Indochina in Indochina durch Indochina schützen zu lassen.

Die Aufgabe lautet also, die Kolonien zu ihrer eigenen Verteidigung fähig zu machen. Wenige der französischen Besitzungen eignen sich hierzu.

Westafrika ist unter heutigen Umständen nicht imstande, seine eigene Verteidigung zu sichern. An Menschen fehlt es nicht, aber die materielle Seite einer Kriegsvorbereitung ist noch unbearbeitet. Vielleicht ermöglichen die noch nicht abgebauten Bodenschätze später einmal eine Rüstungsindustrie. Vorläufig hat jedenfalls das Mutterland die Ver-

teidigung zu tragen. Dakar wird als große Flottenstation ausgebaut, mit beträchtlicher Garnison versehen, befestigt, erhält Docks und Reparaturwerkstätten, Tankanlagen, Kohlenbunker. Die Luftflotte soll allmählich verstärkt werden, auch durch Hydroplane (bis jetzt 1½ Landflugstaffeln), und die Zahl der Flugplätze steigt langsam. In Anbetracht seiner strategischen Lage soll auch eine Tauchbootstation in Dakar konstruiert werden. Allein für den Kriegshafen sind für 1931 bis 1934 rund 75 Millionen Franken eingestellt.

Aequatorialafrika kann sich nicht verteidigen und ist vom Mutterland oder Westafrika aus zu schützen. Immerhin hat es eine Streitmacht von einigen Tausend Mann und eine Flugzeugstaffel. Vorläufig ist noch kein weiterer Ausbau geplant und wäre auch ohne Wert.

Madagaskar hat große industrielle Möglichkeiten, die später auch zu Zwecken seiner Rüstung auszunutzen geplant ist. Aber es fehlt an Geld und Menschen. Bis auf weiteres ist es vollständig vom Mutterland abhängig. Diego-Suarez, auf der Nordspitze der Insel, ist als Flottenstützpunkt geplant und z. T. bereits ausgebaut. Aber bei schon guter Befestigung sind die Dock- und Reparaturanlagen sowie die Bunkerstationen noch sehr im Rückstande. Jedoch wird die ausgezeichnete Bai von Diego-Suarez und seine günstige Lage zum Indischen Ozean hin genügend Veranlassung zum endgültigen Ausbau bieten. Vorgesehen war er für 1931.

Allein Indochina ist schon nahezu imstande, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Nicht nur die indochinesische Heeresmacht berechtigt zu dieser Annahme. Aber die industrielle Entwicklung Tonkings ist auch schon so weit fortgeschritten, daß über kurz oder lang auch eine eigene Rüstungsindustrie ins Leben gerufen werden wird. An Kohle und Stahl wird es nicht fehlen, an Aufträgen von seiten der Regierung Indochinas auch nicht. Bereits jetzt wird Saigon (Kap St. Jagues) zu einer großen Flottenbasis ausgebaut, mit Arsenal, Docks, Werften, Kreuzer- und Tauchbootstation, Stützpunkt für Stromflottillen des Mekong usw. Eine Pulverfabrik wurde 1931 vollendet. Im Laufe desselben Jahres sollte eine Unterseebootsstaffel dort stationiert werden, nachdem ein Wasserflugzeuggeschwader bereits 1930 überführt wurde. Für später erwägt man auch die Schaffung eines Kriegshafens in der sehr günstig gelegenen Bai von Along in Tonking, unfern Haiphong. Zu Lande wird die Ostgrenze Tonkings gegen China hin befestigt und abgesperrt, um das Eindringen von Banden und das unerlaubte Ueberschreiten der Grenze durch politisch unerwünschte Personen unmöglich

zu machen, aber auch, um für alle Eventualfälle gerüstet zu sein. Für die „mise en état de défense" wurden von Indochina allein 1928/29 etwa 73 Millionen Franken ausgegeben[1]). Die Verselbständigung Indochinas ist das Ziel französischer Wehrpolitik und muß es auch sein. Denn die Entfernung vom Mutterland ist zu groß; 7000 km über Suez und 12 000 km über das Kap kann Frankreich nicht schützen. Aber die Entfernung Saigons und Hanois bis Singapore beträgt nur 1200 resp. 2500 km, bis Hongkong 1600 resp. 900 km, bis Manila 1600 resp. 1600 km, bis Batavia 1900 resp. 3000 km, bis Shanghai 3100 resp. 2400 km, bis Yokohama 4500 resp. 3600 km Seeweg. Zu Lande trennen nur 800 km in der Luftlinie Hanoi von Kanton, während Saigon ebenso weit von Bangkok entfernt ist. Gefahrdrohend könnte Japan sein, auch Siam, gefährlich wird China werden.

Als weitere Stützpunkte gelten noch Numea auf Neukaledonien und Fort de France auf Martinique. Jedoch ist Numea es nur dem Namen nach. Fort de France sollte 1931 einen vergrößerten Reparaturhafen und Bunkeranlagen für Oel und Kohlen haben. Von Befestigungen hat man abgesehen, um die Empfindlichkeit der Vereinigten Staaten zu schonen und auch weil eine ernsthafte Verteidigung der Antillenbesitzungen gar nicht möglich ist.

In Erwägung gezogen ist auch die Gründung von Flottenstützpunkten in Papeete (Tahiti), Dschibuti (Franz.-Somaliküste) und Beyruth (Syrien).

Das bei weitem wichtigste Kolonialgebiet aber, auf dessen Verteidigung und Sicherung Frankreich den Hauptwert legen muß, ist das nordafrikanische. Nicht nur ist es selbst ein Truppenreservoir ersten Ranges, sondern auch die Landbrücke nach West- und Zentralafrika, Ausbildungslager, Durchgangsstation und Verschiffungsplatz für die schwarzen Truppen des Senegal und Sudan; in Friedenszeiten schon von hoher Bedeutung, ist es erst recht im Kriege von überragender Wichtigkeit für Frankreich.

Das nordafrikanische Territorium selbst gegen äußere Feinde zu verteidigen, dürfte nicht schwer fallen. Das algerisch-tunesische Armeekorps mit seinen weißen und farbigen Reserven ist genügend stark, um jeden ihm in Nordafrika entgegentretenden Gegner schlagen zu können. Aber in der Materialfrage ist das Gebiet auf Frankreich angewiesen, da eine Rüstungsindustrie weder besteht noch mangels Kohle und Eisen bestehen kann.

[1]) „L'Asie française", November 1930.

Und hier vereinigt sich das Interesse Nordafrikas mit dem des Mutterlandes: beide sind auf die absolute Freiheit der Meeresverbindung zwischen den nordafrikanischen und den französischen Häfen angewiesen. Ohne diese freie und ungestörte Verbindung würde dem einen die Zufuhr von Kriegsmaterial, dem anderen diejenige von Menschen und Rohstoffen entzogen und beider Kriegführung würde ein schwerer, wenn nicht tödlicher Schlag versetzt.

Das große Problem liegt also in der Garantie ungehinderten Verkehrs zwischen Tunis, Algier, Oran, Casablanca, Dakar oder einem von diesen nach Marseille, Toulon und Bordeaux. Da die Entfernungen zwischen diesen Punkten gering sind und im Höchstfall 1000 km betragen; da die Hauptgefahr von seiten der U-Bootwaffe droht, so braucht Frankreich in erster Linie leichte und schnelle Flotteneinheiten, ohne großen Aktionsradius (den sie auch haben können). Leichte Kreuzer und Zerstörer sind Haupterfordernis für die Mittelmeergeschwader, dazu dann auch Schlachtkreuzer und Unterseeboote. Diesem Bedarf entspricht denn auch das französische Flottenbauprogramm, das durch die Gesetze von 1924 und 1925 bis zum Jahre 1945 festgelegt ist. Ist es erst ausgeführt, so wird die französische Flotte umfassen:

Linienschiffe	177 800	Tonnen
Flugzeugmutterschiffe	60 960	„
Kreuzer und Torpedoboote . .	390 000	„
Spezialschiffe	51 774	„
Hochsee-U-Boote	96 000	„
Küstentauchboote	28 800	„
Zusammen:	805 334	Tonnen.

Wirken entsprechende Stärken von Luftgeschwadern mit der Flotte zusammen, so läßt sich wohl behaupten, daß eine Deckung der Transporte von Algerien nach Frankreich gesichert ist. Als Basen für die deckenden Schiffe und Flugzeuge dienen in erster Linie Toulon und Bizerta (Tunis), dann aber auch Ajaccio und Calvi auf Korsika. Bizerta besonders ist als Stützpunkt ersten Ranges ausgebaut, aber auch Algier und Oran dienen als Stationen. Wichtig bei allen Häfen Nordafrikas, die als Basen dienen sollen, ist die großzügige Stapelung an festen und flüssigen Brennmaterialien, ohne die ihr Wert gering wäre. Die Kohlengruben von Kenadsa liefern nur eine sehr geringe Quantität Kohlen und die Oelvorräte des Gebietes gelten bisher als sehr geringfügig und sind nicht in Betracht zu ziehen. Frankreich wird aber der

Brennstofflagerung zweifellos die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden.

Das ganze Kolonialreich ist, bis auf den afrikanischen Block, weit zerstreut und schwer zu verteidigen. Solange die Kolonien ihre Verteidigung nicht selbst in die Hand zu nehmen imstande sind, muß das Mutterland für sie einspringen und bedarf für die Erfüllung dieser Aufgabe einer bedeutenden Flotte.

Die Seeverbindung zwischen dem Mutterland und seinem afrikanischen, besonders nordafrikanischen Kolonialreich, ist für Frankreich im Kriege lebenswichtig. Sie muß unter allen Umständen gegen jeden Versuch, sie zu unterbinden, gesichert werden. Zur Erfüllung auch dieser Hauptaufgabe hat Frankreich eine starke Flotte nötig.

Auf diesen beiden Thesen ruht das Memorandum, das die französische Regierung am 26. Dezember 1929 der englischen Regierung in Beantwortung der Einladung zur Londoner Flottenkonferenz und als französische Verhandlungsbasis übergab. Die Denkschrift erinnert an die 11 Millionen Quadratkilometer und 60 Millionen Einwohner der französischen Besitzungen, an den kolonialen Handel von 35 Milliarden Franken, an die 30 000 km Küsten des Mutterlandes und der Kolonien, an die rund 40 000 km Meeresverbindungen zwischen beiden. Sie betont, daß Frankreich zum Schutze seiner Küsten, seiner Kolonien und Handelsstraßen solange eine starke Flotte benötige, als nicht die Sicherheitsgarantien ausgebaut seien, die dem Artikel 16 des Völkerbundpaktes erst seinen vollen Wert geben würden. Endlich schlägt die französische Regierung einen Nichtangriffs-Pakt der Mittelmeermächte vor, zu dem auch Spanien hinzuzuziehen sei und der gegenseitige Garantien enthalten müßte.

Ueber die Antwort der englischen Regierung auf den Mittelmeer-Pakt-Vorschlag (britische Note vom 10. Januar 1930) dürfte die französische Regierung von vornherein kaum im Unklaren gewesen sein. Die englische Regierung erklärte denn auch, ihrer Abneigung gegen jede über den Locarno-Vertrag hinausgehende Bindung zugunsten der französischen Sicherheit entsprechend, daß sie die Friedensgarantie des Völkerbundpaktes, des Viermächtevertrages betreffend den Stillen Ozean (1922), der Locarnoverträge, der Unterzeichnung durch (damals) 33 Staaten der Fakultativklausel des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag und endlich des Kellogg-Paktes für genügend erachte und den Nutzen eines weiteren Garantie-Vertrages nicht einsähe.

Die Pariser Regierung wird diese Antwort vorausgewußt haben. Also ist anzunehmen, daß sie den Vorschlag des

Mittelmeerpaktes nur deshalb gemacht hat, um bei seiner Ablehnung desto energischer die Notwendigkeit einer starken französischen Flotte vertreten zu können. Die Alternative durfte nur lauten: entweder sehr genau umrissene politische Garantien oder eine den angenommenen Bedürfnissen entsprechende Flotte (deren Tonnageziffer mit 800 000 Tonnen angegeben wurde).

Welche politischen Ziele die französische Regierung mit ihrer Flottenforderung verfolgt, sei dahingestellt. Unzweifelhaft ist das oberste Ziel die Erhaltung des Friedens und der französischen Machtstellung.

Die militärischen Ziele sind klar. Wird aber die Flotte die ihr gestellten Aufgaben erfüllen können? Eine Sicherung der Verbindung zwischen dem Mutterland und Nordafrika dürfte durchaus im Bereich des Möglichen liegen, angesichts der Stärke der französischen Kreuzer-, Zerstörer-, Unterseeboot- und Luftflotte und der günstig gelegenen Stützpunkte. Dagegen wird an einen wirksamen Schutz der übrigen Kolonien und der Seehandelswege kaum zu denken sein. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß die deutsche Flotte ganz außerstande war, ihre eigensten Aufgaben durchzuführen. Vorausgesetzt, daß die politische Lage sich nicht grundlegend ändert, wird Frankreich es in einem etwaigen Kriege der Zukunft ebenfalls mit mehreren Gegnern zu tun haben, denn die politischen Bindungen gehen heute sehr weit. Denkbar wäre ein wirksamer Schutz allenfalls, wenn die französische Flotte an Stärke mindestens den Flotten der beiden stärksten möglichen Gegner gleichkäme, was unmöglich ist.

IV. Innenpolitische Gefahrenmomente des Kolonialreiches.

1. Nationalismus und Kommunismus.

Der Weltkrieg hat das Ansehen der weißen Rasse untergraben. Plötzlich zeigte sich vor den erstaunten Augen aller farbigen Völker, daß das „weiße Syndikat" in sich uneinig war und nicht mehr in geschlossener Front den Farbigen gegenüberstand. Die Weißen, die bis dahin der übrigen Welt das Evangelium einer überlegenen Zivilisation, einer hohen Kultur zu bringen erklärt hatten, standen sich auf einmal in wildem Haß gegenüber, ehrlich bemüht, einander zu vernichten und sich bis aufs Messer zu bekämpfen. Wo blieb die höhere Kultur, die doch bedeuten sollte, daß es dem Weißen mehr als den anderen gelungen war, die in ihm ruhenden Raubtierinstinkte des Menschen zu bezähmen und einer höheren Gesittung zu unterwerfen? Welchen Wert hatte eine Zivilisation, deren Träger untereinander einen Krieg ohne Gnade führten, ja, in deren Namen sogar sie alle Dämonen des Unheils heraufbeschworen? Der Farbige in aller Welt stellte diese Fragen, ohne zu einer anderen Erklärung zu gelangen als der, daß eben die Kultur Europas nicht überlegen sei den Kulturen anderer Rassen; daß sie nur Tünche, nur getragen sei von einer unbestreitbaren technischen Ueberlegenheit. Daß diese, nicht die Geistesgröße Europas ihm die Welt erobert habe. Und so folgerte er daraus, daß man sich nur in den Besitz der Technik der Weißen zu setzen habe, um sie dann im Kampfe um die Gleichberechtigung der farbigen Völker zu verwenden und mit ihrer Hilfe der Vormachtstellung des Weißen ein Ende zu machen. Das Gefühl, dem Weißen ebenbürtig oder sogar überlegen zu sein, wuchs während des 4jährigen Kampfes in Europa, währenddessen die farbigen Völker sich selbst überlassen waren. Und die Art und Weise, mit der die europäischen Mächte die bisher so verachteten farbigen „Barbaren" umwarben und zu gewinnen suchten, die Benutzung farbiger Soldaten zum Kampfe gegen Weiße, der Krieg in den Kolonien, alles das stärkte nur das Selbstgefühl der Asiaten und Afrikaner und seinen Entschluß, sich von der weißen Vormundschaft zu befreien.

Der Ausgang des Weltkrieges goß noch Oel in das glimmende Feuer. Wilson stellte seine 14 Punkte auf und verkündete mit ihnen sein neues Evangelium von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker. Alsbald begann es sich überall zu rühren und man präsentierte seine Forderungen, im Namen Wilsons wie auch eingedenk der von den Alliierten während des Krieges gegebenen Versprechungen. Die Nichtbeachtung dieser Forderungen, die souveräne Gleichgültigkeit, mit der man sie überging, wo es sich um das eigene Interesse handelte, erregten und reizten auf das stärkste. Besonders, da um dieselbe Zeit Rußland seine Absicht verkündete, in Zukunft auf alle die Vorrechte zu verzichten, die ihm aus Vorkriegsverträgen zustanden, und mit allen Völkern der Welt auf gleichem Fuße zu verhandeln. Hatten die Alliierten im Versailler Vertrag und den anderen Verträgen der Pariser Vororte, um Deutschland und seine Bundesgenossen zu demütigen und zu schädigen, deren Verzicht auf die Kapitulationen und andere Vorrechte erzwungen, so tat Rußland diesen Verzichtsschritt freiwillig. Beides schadete gleicherweise den Alliierten.

Waren so die Völker Asiens und Afrikas in Bewegung gekommen, so tat die III. Internationale ihr möglichstes, diese Bewegung nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Ihr Kampf war gegen den Kapitalismus der westeuropäischen Mächte und Nordamerikas gerichtet. Wurde in Europa und Amerika, überhaupt in den Ländern europäischer Zivilisation mit ihrem Gefolge sozialer Schichtungen und Klassen, der Kampf Lenins gegen den Kapitalismus unter der Parole des proletarischen Kampfes gegen die Besitzenden geführt, so eignete sich diese Parole wenig für die Kolonialländer Asiens und Afrikas. Hier war die Zerreißung der Gesellschaft durch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch nicht geschehen, hier gab es noch weder einen entwickelten Kapitalismus noch auch seine Folge, die vage Masse eines entwurzelten Proletariats. Nur in Japan hat die zunehmende Industrialisierung beide Gegensätze geschaffen; in den übrigen Ländern herrschte der Bauer und konnte mit der aus Moskau kommenden Heilslehre nichts anfangen.

Wollte man also die kapitalistischen Mächte treffen, so mußte man anders vorgehen. Wie die Lage heute ist, sind die Staaten Europas und Nordamerikas mit ihrem Vermögen, mit dem Leben ihrer Einwohner, ihrem Glück oder Unglück weitgehend von den Ländern Asiens und Afrikas abhängig. Wollte man sie treffen, tief treffen, dann mußte man Asien und Afrika von Europa und Nordamerika trennen und die tiefe Kluft des Hasses zwischen ihnen auftun. Der Farbige mußte zum Kampf

um seine Freiheit, d. h. zum Kampf gegen die Kolonialmächte aufgerufen werden: gegen den kolonialen Imperialismus! Auf dem Kongreß zu Baku 1920, der 37 asiatische Nationen mit 1800 Delegierten versammelte, rief Sinowiew aus: „Rußland reicht Asien die Hand, nicht damit es sein Ideal annehme noch damit es seine Ansichten teile, sondern weil ihm die 800 Millionen Asiaten nötig sind, um Imperialismus und Kapitalismus Europas zu zerschmettern!"[1]) Und 1928 erklärt das Programm der Kommunistischen Internationale, angenommen in Moskau am 1. November 1928 vom VI. Weltkongreß:

> . . . der revolutionäre Kampf in den Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern bildet, unter dem Gesichtspunkt des proletarischen Weltkampfes, eine der wichtigsten strategischen Aufgaben der Kommunistischen Internationale . . . Die Kommunistische Internationale setzt unaufhörlich der Praxis der imperialistischen Bourgeoisie diejenige der Sowjetunion entgegen, die brüderliche Beziehungen zwischen den Völkern, gleich an Rechten, herzustellen gewußt hat . . . Die kommunistischen Parteien müssen in den Ländern des Imperialismus systematisch den revolutionären Bewegungen der Kolonien zu Hilfe kommen . . . Sie müssen laut den Kolonien das Recht der Trennung zuerkennen und diese Trennung propagieren . . . Sie müssen das Recht der Kolonien, sich bewaffnet gegen den Imperialismus zu verteidigen, anerkennen, energisch und mit allen Mitteln vertreten und stützen, offen die Parole von der agrarischen Revolution ausgeben, verbreiten und anwenden, um so die bäuerlichen Massen zum Zerbrechen des Joches der Grundbesitzer aufzuwiegeln usw."[2])

Damit ist das Aktionsprogramm klar vorgezeichnet. Und man machte sich energisch daran, es in die Tat umzusetzen. Die Gründung der „Wissenschaftlichen Vereinigung für das Studium des Orients" durch Pawlowitsch-Veltmann im Jahre 1921 diente diesem Ziel. Veltmann († 1927) leitete in Moskau auch die „Kommunistische Universität der Arbeiter des Orients" und in Leningrad das „Institut der lebenden orientalischen Sprachen" (Institut Dschenukidse), zu dem nur Mitglieder der

[1]) Zit. in: Gautherot, Le Bolchévisme aux Colonies, pag. 22. Paris 1931.

[2]) „Correspondance internationale" vom 23. November 1928, Nr. 141.

Kommunistischen Partei Zutritt haben[1]), und das zu gleicher Zeit wissenschaftlichen und politischen Zwecken galt. Derselben Art sind die folgenden Hochschulen: Institut für die orientalischen Studien beim Zentralexekutivkomitee der U. R. S. S. in Moskau, die Universität Sun-Yat-Sen für die chinesischen Arbeiter in Leningrad, die Orientalischen Fakultäten in Kasan, Perm, Tomsk und Simferopol u. a. m. Auch die „Fakultät des Fernen Ostens" in Wladiwostok ist mehr ein Institut für politische Propaganda als für wissenschaftliche Arbeit.

Die Rote Gewerkschafts-Internationale ist ebenfalls tätig. Ihre orientalische Sektion, das Panpazifische Gewerkschaftssekretariat, veranstaltete die Rote Gewerkschaftskonferenz des Pazifik, im Mai 1927 in Hankau, im Mai 1929 in Wladiwostok, wo Resolutionen gegen die imperialistischen Mächte und für die koloniale Revolution verfaßt wurden. Die Bildung von Gewerkschaften, Werkzellen, Streikkomitees wird verlangt und der Kampf gegen alle nationalistisch-bürgerlichen und sozial-reformistischen Elemente gefordert. Die Gewerkschaftsinternationale wird von der Kommunistischen Arbeiterjugend und den „Roten Pionieren" unterstützt, die (nach einer Angabe des Bandes „Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Arbeiterjugend" (Paris 1929), allein in China gegen 52 000 Mitglieder zählten. Beide Organisationen haben besonders die Aufgabe, die kolonialen Truppenkörper zu zersetzen und Kaders für die zukünftige Rote Armee zu bilden. Andere Organisationen treten ihnen zur Seite. Da ist die „Bauerninternationale", deren Sektion für den Orient und die Kolonien die Aufgabe hat, einen Bauernbund des Ostens zu schaffen und also die revolutionäre Bewegung auch unter der überwiegenden Bauernschaft der Kolonien zu entfachen. Die Frauen zu erfassen bemühte sich die „IV. Konferenz über die Arbeit unter den Frauen" in Moskau 1926. Sie und die vorhergehenden Konferenzen proklamierten die Befreiung der Frau vom Joche der Familie, Abschaffung der Polygamie in den Ländern des Orients, Teilnahme der Frauen am Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus; 1925 gab es für die Frauen des Orients in Rußland bereits 51 Klubs mit 15 000 Anhängerinnen, 61 „Rote Winkel" mit 4000 Mitgliedern, und 57 291 weibliche Delegierte. Andere Organisationen, die auch Frauen umfassen, sind die „Gesellschaft für die kulturellen Verbindungen mit dem Ausland", gegründet

[1]) Diese Angaben sind entnommen aus: Gautherot, Le bolchévisme aux colonies, Paris 1931 und: Rapport sur la préparation par le Gouvernement Soviétique des Révoltes coloniales, des „Bureau Colonial International", Haag 1929, aus dem auch Gautherot schöpft.

1926 von Frau Kameneva sowie dem Volkskommissar Lunatscharsky, und die „Gesellschaft der Freunde der USSR", in Moskau 1927 auch von Lunatscharsky gegründet. — Erstere sendet durch ihre Orientalische Sektion „wissenschaftliche" Missionen in die Länder des Orients und wird dabei von der Sektion für Agitation und Propaganda der III. Internationale unterstützt. Die „Gesellschaft der Freunde" hat zahlreiche Mitglieder unter den Intellektuellen Westeuropas, daneben auch Anhänger im ganzen Orient. An der konstituierenden Versammlung nahmen teil: für Aegypten und Palästina: Emir Schekib Arslan; für Nordafrika: Bloncour, Emir Khaled, Ahmed Essafi, Mustapha Khedi und Messali; für Südafrika: Gumede, La Huma und Richards; für die amerikanischen Neger: Pikkens. Auch Mittelamerika, Südamerika und Indonesien waren durch Delegierte vertreten[1]).

Als letztes Glied der antikolonialen Propaganda fügte sich dann noch die „Liga gegen den Imperialismus und gegen koloniale Unterdrückung" ein. Sie wurde im Februar 1927 von dem Antikolonialkongreß in Brüssel gebildet, hatte ihren Sitz in Berlin und ist aus gegen 193 Einzelorganisationen gebildet, die sehr verschiedener Tendenz sind. Die revolutionäre Neigung ist wohl bei allen vorhanden, aber bei den einen im Namen des Nationalismus, bei den anderen im Namen des Kommunismus; einige sehen im Kommunismus das Heil, andere benutzen ihn nur als Notbehelf oder Rückenstütze. Einige sind mächtig und mitgliederreich, andere existieren nur als leere Namen und Fassaden. Alle Erdteile sind vertreten; aber auch die Exekutive der III. Internationale, die Internationale Rote Arbeiterhilfe, die Internationale Liga für den Frieden und die Freiheit, die Transportarbeiter-Internationale, die Vereinigung für den Fortschritt der farbigen Völker, der Panindische Nationalkongreß, das Comité für die Verteidigung der schwarzen Rasse u. a. Trotz ihrer ursprünglich nicht rein kommunistischen Herkunft lassen die Resolutionen der Liga und ihrer Kongresse den beherrschenden Einfluß der III. Internationale erkennen. Die außerordentlich geschickte Politik dieser Internationale, die mit dem Wind der erwachenden Nationalismen flott zu segeln weiß, zeigte sich hier klar. Auf dem Kongreß zu Brüssel verbrüderten sich die Vertreter der unterdrückten Nationen mit den Repräsentanten des internationalen Klassenkampfes; ohne jedoch gleich alle diesen Klassenkampf im doktrinär-leninistischen Sinne zu akzeptieren. Weitere Kongresse folgten in Köln Mai 1927, in Berlin August 1928, in Köln Januar 1929. Etwa 25 Sekre-

[1]) Obige Angaben aus Gautherot s. o.

tariate wurden gegründet, von denen das Arabische Sekretariat einen „Arabischen Befreiungskongreß" in Mekka einberief. Ein Pressedienst versorgt viele Blätter mit Nachrichten im Sinne der Liga.

Welches sind nun die Wirkungen, die ein durch den Weltkrieg entfachter Nationalismus und ein über mächtige Propaganda-Organisationen verfügender Kommunismus gerade in den französischen Kolonien gehabt hat?

Für das Eindringen aller Unabhängigkeitsideen nationalistischer, bolschewistischer oder beides umfassender Tendenzen am besten vorbereitet war der Boden in Indochina. Frankreich hatte hier ein Volk unterworfen, das mit tausendjähriger, aus China übernommener Kultur und alter, wechselvoller Geschichte ein starkes Selbstbewußtsein herangebildet hatte, das sich nur der überlegenen weißen Technik gezwungen fügte. Die Masse des in Tonking, Annam und Cochinchina sißenden, überraschend einheitlichen und sehr begabten Volkes besteht aus kleinen Bauern, die auf sehr geringem Besiß ihren Reis bauen und davon leben, und aus Kulis. Sie hocken in ihren Dörfern, fest umschlossen von der Familientradition und dem Ahnenkult, träge und gehorsam dem Mandarinen. Diese genießen hohes Ansehen, werden auf dem Wege des Prüfungs-Wettbewerbes rekrutiert und besaßen ehemals unumschränkte Macht. Sie mißbrauchen häufig ihre Gewalt. Aber ihr Ansehen bleibt bestehen, und sie sind für die französische Regierung unentbehrlich. Zwischen beide „Urgruppierungen" schieben sich seit der Zeit französischer Herrschaft zwei neue Kategorien ein, die Schüler und Studenten der französischen hohen Schulen und Universitäten und die Eingeborenen im Dienst der französischen Verwaltung, wie auch die französisch gebildeten Intellektuellen. Sind die beiden ersten Stufen wesensgemäß konservativ, so sind die beiden leßten ebenso revolutionär oder auch nur evolutionär. Die Jugend der Schulen ist fanatisch nationalistisch und antifranzösisch, die Beamten und Intellektuellen sind bei gleichem Ziel gemäßigter Tendenz und erhoffen alles von der Entwicklung und der Einsicht Frankreichs. Die annamitischen Studenten in Frankreich erwerben dort meistens Anschauungen, die ein etwas unklares Gemisch von nationalistischen und kommunistischen Ideen darstellen, jedenfalls aber antifranzösisch sind[1]). Die Klarheit des Gedankens wird meist von der Glut der Gefühle

[1]) Schriften: Nguyen-ai-Qhoc, Le procès de la colonisation française. I Moeurs coloniales, Paris, Librairie du Travail.
Nguyen-an-Ninh, La France en Indochine, Paris, Debeauve, 1925.

aufgezehrt. Aber jedem radikalen Nationalisten ebenso wie dem fanatischen Kommunisten ist die Sowjetrepublik vorläufig die ferne Helferin, die als einzige für die Gerechtigkeit im Völkerleben eintritt. Zu ihr hin wenden sich die Blicke aller, auf sie hofft man, von ihr erwartet man die Befreiung.

Frankreich hat dem Nationalismus Indochinas genügend Ursache zur Erregung geboten. Die Eroberung allein würde genügen. Man entrechtete das Volk; regierte es durch Verordnungen, nicht durch Gesetze; man hob das ganze annamitische Schulwesen auf (um es erst in neuester Zeit, seit dem Kriege, langsam wieder aufzubauen); die Rechtsprechung geschieht durch Sonder- und Ausnahmegerichte[1]) und zeichnet sich oft durch Willkür aus[2]), der Eingeborene gilt nichts. Man verweigerte ihm nur die subalternsten Beamtenstellen nicht, während man ihn heute wenigstens zu höheren technischen Graden zuläßt. Aber der eingeborene Beamte wird im Gehalt benachteiligt. Ein Unterpräfekt, Annamit, erhält vielleicht 80—100 Piaster (1 Piaster = 10 Franken) im Monat, ein Präfekt, oft Doktor der Rechte, bekommt 200 Piaster, ein Provinzgouverneur etwa 300 Piaster. Aber ein einfacher weißer Schutzmann in Hanoi streicht mindestens 350 Piaster zuzüglich Kolonialentschädigung ein[3]).

Es gibt keine Pressefreiheit in Indochina, keine Vereinsfreiheit; keine Versammlungsfreiheit; der Annamit darf sich nicht frei bewegen; er darf nur in Indochina oder, bei besonderer Erlaubnis, auch in Frankreich studieren, andere Länder sind ihm verschlossen; er darf nicht auswandern. Er hat keinen Einfluß auf die Regierung noch, außer in Saigon und Hanoi, auf die Stadtverwaltungen noch auf die Provinzialräte; überall ist er vertreten, aber in hoffnungsloser Minderheit und hat dazu doch nur beratende, d. h. keine Funktion.

Die Steuern drücken hart; die Kopfsteuer nimmt dem kleinen Bauern 2,50 Piaster, andere Steuern erhöhen den Betrag auf 5 Piaster, die die meisten Bauern erst in einem Monat sich erarbeiten. Mangels gesetzlichen Schutzes ist er verschuldet und ausgebeutet, hungert und verdirbt: im Winter

[1]) „Tribunaux repressifs" und „Commissions / Cours criminelles".

[2]) Das „Indigénat", d. h. das Regime der Bestrafung von dem Eingeborenen speziellen Vergehen auf Verwaltungs- oder disziplinarischem Wege, also nicht durch ordentliche Gerichte. Es machte Gemeinden und Bezirke für Vergehen Einzelner haftbar und bestrafte nur zu oft willkürlich und hart. Zuerst in Algerien eingeführt (aufgehoben 1927), dann auf die anderen Kolonien ausgedehnt.

[3]) Daladier in der Kammer („Europe nouvelle" vom 5. Juli 1930).

1929/30, nach einer schlechten Ernte, verkauften viele ihre Kinder und deren Preis sank bis auf 1½ Piaster = 15 Franks![1])

Das Salzmonopol verteuert das Salz, der Bauer und Fischer kann es nicht kaufen. Die Alkoholregie verbietet jede private Herstellung von Reiswein und besteuert ihn hoch, während er doch immer und überall, bei jedem Fest, bei jeder der zahlreichen Feiern getrunken wird und bei den Riten des Ahnendienstes unerläßlich ist. Ein schikanöses System von Ueberwachung und Angeberei regiert und sichert vor jeder Uebertretung. Das Opium wird durch eine Regie „bekämpft", deren Einnahmen ein Viertel des Budgets Indochinas bedeuten![2]) Die Höhe des Preises des Rauchopiums veranlaßte manchen Annamiten, Opiumesser zu werden. Die Regie stellte alsbald kleine Schachteln von 5 g für 5 Franks her und verkaufte gut. In jedem Ort ist eine Regieverkaufsstelle. Roubaud sprach mit einem annamitischen Studenten, aus Frankreich ausgewiesen, der sagte: „Wir waren überrascht zu hören, daß die Polizei jederzeit bei einem Bürger ihres Landes eintreten, sein Haus durchsuchen, ein halbes Gramm Opium beschlagnahmen und ihn für dieses Verbrechen ins Gefängnis stecken darf. Bei uns, in Annam, hindert ihr uns zu schreiben, zu reden, uns zu versammeln, zu reisen; aber ihr verkauft uns das Gift in den Verkaufsstellen der Regierung und habt uns also die einzige der Freiheiten gewährt, die ihr als nicht gut für eure Brüder ansahet: die Freiheit auf das Gift!"

Man läßt Frauen und Kinder in den Fabriken 10 und mehr Stunden arbeiten und gibt ihnen 15 Sou dafür. Man nimmt zugunsten der französischen Industrie hohe Einfuhrzölle auf fremde, billige Waren, so daß die Preise sehr verteuert werden und der arme Bauer oder Kuli nichts kaufen kann.

Man listet durch Werber dem Kuli in Tonking einen Arbeitskontrakt für die Pflanzungen Cochinchinas, Kambodschas, Neukaledoniens oder der Neuhebriden ab, der fast ein Sklavenkontrakt ist und den Mann mit seinem Körper auf 3 Jahre unwiderruflich verpflichtet. Man überführt ihn nach Südindochina mit bewaffneter Eskorte; die für die Inseln des Pazifik bestimmten werden bis zur Einschiffung in Isolierungslagern von der Miliz bewacht, die den Besuch von Verwandten oder Freunden verhindert. Der Arbeitgeber läßt ihn Schulden bei sich machen, die er nie zurückzahlen kann — die 3 Jahre hören so bald nicht auf. Versucht er zu entfliehen, straft man ihn grausam. Man bezahlt ihn schlecht und ahndet Ueber-

[1]) Roubaud: Viet Nam, pag. 193. Paris 1931.
[2]) 1929: 14 Millionen Piaster.

tretungen schwer[1]). Empört sich ein Dorfbewohner, tötet er einen Beamten, so kann das ganze Dorf haftbar gemacht werden. Man kann ihm seine Bambushecke niederreißen, was etwa einer Degradation entspricht. Oder man kann, wie am 16. Februar 1930 mit dem Dorf Coam in Tonking geschehen, es durch ein Flugzeuggeschwader von 5 Maschinen mit 57 Bomben von 10 kg bewerfen, so daß 10 Männer, 5 Frauen und 6 Kinder sterben mußten[2]).

Man unterdrückt ein entwickeltes Volk und nutzt es zum besten eines entfernten fremden Volkes aus. Man rühmt sich zwar seiner kulturellen Sendung, seines zivilisierenden Tuns, seiner Erfolge auf zahlreichen Gebieten. Man appelliert an die Dankbarkeit der Indochinesen und weist darauf hin, wie segensreich z. B. auch die Eroberung Galliens durch Rom gewesen sei.

Aber damit kann man keine Bewegung überwinden, die ihre Wurzeln in Freiheitsliebe, Stolz und Ehrgefühl, aber ebenso in persönlichem Ehrgeiz, Geltungs- und Betätigungsdrang, in Not und Elend auch hat; die des weiteren politischen Anschauungen der Zeit entspricht und sowohl durch eine schwierige innere Lage als auch durch korrespondierende Bewegungen von außen her unterstützt wird. Die nicht zuletzt eben die Reaktion auf eine Aktion ist.

Es existieren mehrere Parteien in Indochina. Sie sind schwer zu unterscheiden, da sie alle keine klaren und geprägten Ziele haben außer dem einen: der Befreiung. Sie setzen sich aus allen Klassen und Ständen zusammen und enthalten fast alle politischen Anschauungen. Unwichtiger sind die folgenden: Die „Partei der revolutionären Jugend", die „Revolutionäre Partei des neuen Annam", die „Annamitische Nationalistenpartei", die „Annamitische Unabhängigkeitspartei". Die einflußreichste und tätigste ist zweifellos die „Partei der revolutionären annamitischen Jugend" (Viet Nam Cong San Dang), die über eine ausgezeichnete Geheimorganisation verfügt und auch in Siam und Südchina sitzt. Ihre Zentrale ist in Kanton, dem Mittelpunkt chinesischer revolutionärer Tendenzen und Bewegungen, sei es in kommunistischem Sinn, sei es im Sinn der drei Bücher und Lehren Sun-Yat-Sen's über die Gleichheit der Rassen, das Recht und das Leben des Volkes. In Kanton besteht auch die Kriegsschule der Partei. Junge Leute aus Indochina werden von der Partei unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln über die Grenze geschickt, damit sie auf der Kriegsschule von Wampoa in Taktik

[1]) Roubaud schildert diese Zwangsarbeit eingehend, pag. 164 ff.

[2]) Roubaud: Viet Nam, pag. 128.

und Strategie, in Waffenkunde, aber auch in politischer Theorie und Propaganda, entsprechend den Lehren Sun-Yat-Sen's, unterrichtet werden. Sie sollen die Theoretiker und Praktiker der Revolution gegen Frankreich sein. Die Partei hält strenge Disziplin und auch der Verdacht nur des Verrates zieht die Todesstrafe nach sich. Ihre Anhänger rekrutieren sich aus allen Kreisen, besonders aus der Jugend an Universitäten und Hochschulen. Aber vermöge ihres nach kommunistischem Muster aufgebauten Zellensystems ist es ihr gelungen, auch in die Massen des Volkes einzudringen und sich eine zahlreiche Anhängerschaft auch unter Bauern und Kulis zu werben. Sie arbeitet mit allen Mitteln bei dieser Werbung, von Plakaten und Flugschriften angefangen bis zur Gelderpressung durch Terror. Man könnte wohl sagen, daß sie kommunistische Neigungen hat, da eben die studentische Jugend sich dieser Ideologie hingibt. Aber im allgemeinen tritt alles andere vor dem großen Ziel der Vertreibung der Franzosen aus Indochina zurück.[1]) Vielleicht kann man eher von allgemein republikanischen Tendenzen der Partei sprechen, die sich allerdings fast nur negativ durch die Gegnerschaft gegen den von den Franzosen gehaltenen Schattenkaiser von Annam ausdrückt.[2]) Er ist eine Puppe in der Hand Frankreichs, wurde dort erzogen und hat nur den Zweck, der französischen Herrschaft zu dienen. Der Widerstand gegen ihn ist also verständlich.

Eine noch existierende „Konstitutionelle Partei" setzt sich zumeist aus französisch geformten Intellektuellen und Beamten zusammen und betont ihren Loyalismus gegenüber der Herrschaft Frankreichs. Aber nachdem Prof. Challaye, von der Pariser „Ligue des droits de l'homme" auf Vorträgen in Indochina jede Kolonisation und die französische im besonderen stark angegriffen hatte und dafür von der Partei beglückwünscht wurde, betrachtet man sie jetzt französischer-

[1]) In einer Versammlung in Saigon erklärte der Redner Nguyen-an-Ninh: „Es gibt keine mögliche Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Annamiten. Die Franzosen haben hier nichts zu suchen. Mögen sie uns den Boden unserer Väter zurückgeben und sich aus dem Staube machen und uns uns selbst regieren lassen!" („Avenir" vom 21. Juni 1926.)

[2]) Generalgouverneur Pasquier in einer Rede vom 18. Oktober 1930: „. . . Le jeune Souverain . . . sera le premier monarque moderne de l'Annam . . . . Il trouvera son conseiller dans le Représentant de la France. Choisissant lui-même ses ministres, organisant une administration renovée, il nous aidera à appliquer intégralement le régime du Protectorat . . .".

(Les cahiers coloniaux de l'Institut colonial de Marseille vom 5. Januar 1931.)

seits mit erheblichem Mißtrauen[1]). Sie ist aber auch unbedeutend.

Alle diese Parteien, bedeutend oder nicht, haben es doch fertig gebracht, aus der formlos-trägen Masse des annamitischen Volkes eine politische Stoßtruppe herauszuheben. Der zähen Kleinarbeit fanatisierter Studenten und Schüler, Beamten und Angestellten, Männer und Frauen gelang es, eine Organisation aufzubauen, die trotz aller polizeilichen Verfolgungen lebt und ständig ihren Einfluß erweitert und ausdehnt. Es gelang auch, und das ist das Wichtigste, in der Masse Fuß zu fassen und agitierende Mitglieder zu gewinnen. Ein überzeugtes Mitglied in einer Menge feindlicher oder uninteressierter Menschen ist ein Gärungsferment, dessen Wirkung langsam aber sicher fühlbar wird. In Indochina hat die in den Massen verbreitete neue Lehre von der Pflicht des unermüdlichen Kampfes gegen Frankreich bereits tiefgehende Wirkung ausgeübt.

Schon vor dem Kriege hatte der alte Revolutionär Pham-Boi-Qau erbittert und zäh gegen Frankreich gearbeitet. Ohne Erfolg. Der Krieg brachte eine günstige Gelegenheit. Aber das Volk blieb teilnahmlos, trotz der Unzufriedenheit, die das Vorgehen der französischen Werber verursachte. Ein Versuch des jungen Kaisers Dui Than, sich zu erheben, scheiterte; er wurde abgesetzt, 16 Köpfe fielen.

1919 versprach der Generalgouverneur Sarraut eine bedeutende Erweiterung der politischen Rechte der Annamiten. Er ging und nahm sein Versprechen mit. In der Erwartung der Erfüllung dieses Wortes blieb lange Zeit alles ruhig.

Endlich, 1925, das Attentat auf den Generalgouverneur Merlin, bei dem die Bombe 5 Franzosen tötete. Der Täter, ein Student aus Tonking, liegt in Kanton begraben, sein Grab wurde ein Wallfahrtsort für die Annamiten.

Das Attentat war das Signal für den Kampf. Jahre hindurch folgte Angriff auf Angriff, Mord auf Mord. Im Januar 1929 ein Attentat auf den Generalgouverneur Pasquier, kurz darauf die Ermordung Bazins, des Vorstehers des Hauptarbeitsamtes, den man für die Schandtaten der Werber verantwortlich machte. Im März Streiks an mehreren Stellen, im Mai Tötung zweier Verräterinnen, im September Bombenwürfe mit 3 Toten, im Oktober wieder ein toter Verräter, im November und Dezember werden bei Haussuchungen über 600 Bomben gefunden. Flugblätter werden dauernd verteilt und Plakate geklebt. Im Januar neue Bombenfunde. Im Fe-

[1]) „L'Asie française", November 1930.

bruar 1930 die Meuterei der 4 Kompagnien tonkinesischer Tirailleure in Yen-Bai mit 2 Offizieren und 3 Unteroffizieren als Opfern. Weitere Morde, zahllos bald, Brandstiftungen, Plünderungen, Ueberfälle. Die bisher noch stets in geringer Anzahl auftretenden Rebellen-Gruppen nehmen allmählich den Charakter von Streitkräften an. Sie erscheinen bandenweise und liefern den Milizen, der Fremdenlegion und den Kolonialtruppen oft lange Feuergefechte, unter schweren Verlusten. So im September 1930. Im Januar 1931 neue Gefechte, bei denen ein Unterpräfekt fiel und die Annamiten große Verluste hatten. Aber viele neue Morde glichen sie aus. Im April neue Kämpfe, bei denen, nach französischen Angaben,[1]) die Aufständischen einmal 150, ein anderes Mal, am 1. Mai, 175 Tote hatten. Die Presse berichtete, daß die Polizeikräfte und die Legion sich dieses Mal bewaffneten Banden gegenüber gefunden hätten, die militärisch gedrillt waren und nach dem Pfeifkommando offenbar ausgebildeter, erfahrener Führer manöverierten. Eine böse Ueberraschung! Die Verluste der französischen Truppen mögen auch nicht gering gewesen sein. Unter den gefangenen Verwundeten wie auch unter den Toten stellte man eine größere Anzahl ehemaliger Tirailleure aus französischen Regimentern fest, teils entlassene, teils desertierte.[2]) Man fand rote Fahnen, mit Sichel und Hammer versehen.

Man berichtet,[3]) daß vom 1. April bis etwa Mitte Mai geschahen: in der Provinz Ngeh-An (Ober-Annam) 26 Plünderungen, 37 Brandstiftungen, 16 Morde; dazu gab es 19 Schwerverletzte bei Ueberfällen usw.; in der Provinz Hatinh 27 Morde, 20 Brandstiftungen usw.; in der Provinz Quang-Ngai 22 Brandstiftungen, 8 Morde, 8 Schwerverletzte usw. Man meldet von unglaublichen Greueltaten. Daran mag Wahres sein, aber im Interesse der Propaganda wird man wohl auch übertreiben.

Kurz, es ist eine Art „guerre civile", der in Annam herrscht, zum mindesten ein ununterbrochener Guerillakrieg, leidenschaftlich und mit aller Härte von beiden Seiten geführt. Die Not der großen Weltkrise hilft ihn verstärken, wurden doch sogar die friedlichen Bauern Cochinchinas rebellisch und demonstrierten. Frankreich selbst hilft ihn verstärken. Roubaud erzählt von Fällen unglaublicher Brutalität weißer

[1]) „Temps" 29. V. 1931.

[2]) Im „Ami du Peuple" (vom 28. Februar 1930) berichtet General Noguès, daß die Fremdenlegion von der tonkinesisch-chinesischen Grenze zurückgezogen werden mußte, da die Legionäre in Gruppen von 25 bis 30 Mann desertierten.

[3]) „Temps colonial", 3. Juni 1931.

Franzosen gegen die Farbigen und sagt dazu: „Ces faits ne sont pas exceptionnels, mais la plupart restent ignorés et ceux-là ont **exceptionnellement** donné lieu à des enquêtes administratives ou à des sanctions judiciaires." Diese sanctions judiciaires für Mißhandlungen mit Todeserfolg bestanden in einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist oder auch in ein paar Piastern Geldstrafe. Das muß böses Blut erregen und Propaganda für die Rebellen machen. Von der allgemeinen Behandlung der Farbigen, die als inferiore Wesen gelten, und von der Roubaud ebenfalls erzählt, ganz zu schweigen.

Was tut Frankreich in dieser Lage? Aus einzelnen Rebellen wurden Banden, aus Banden organisierte Korps; das einzelne Verbrechen machte den Serienverbrechen Platz. Die Rebellion ergriff auch die Masse. Was tut Frankreich dieser bedrohlichen Entwicklung gegenüber?

Frankreich organisiert! Es organisiert zuerst den Widerstand, setzt Macht gegen Gewalt. Die eingeborenen Truppen wurden um etwa ein Bataillon, die Legion ebenso verstärkt. Auch die Troupes coloniales senden ein neu aufzustellendes Bataillon. Die bisherige jährliche Versendung von indochinesischen Truppen nach Europa soll eingestellt werden, um die Eingeborenen allen gefährlichen Einflüssen zu entziehen. Die Garnisonen sollen umgruppiert und zwischen farbige immer weiße Standorte verstreut werden. Die Rekrutierung soll sich mehr als bisher und besonders auf die annamitischen Bergstämme der To und Moi erstrecken, die unzivilisierter und also gefahrloser sind. Die Grenze nach China ist geschlossen worden. Die Polizei wird in Mannschaft und Material verstärkt.

Frankreich organisiert den Widerstand gegen alle kommunistischen Umtriebe im Verein mit den anderen betroffenen Ländern. Mit den Philippinen, Niederländisch-Indien, den Malayenstaaten Englands und mit Siam wurden nach gegenseitigen Besuchen der Generalgouverneure resp. des Königs von Siam Vereinbarungen über engste Zusammenarbeit der Polizeibehörden getroffen. Dieser Zusammenarbeit war es zu danken, daß im August 1931 fast alle Leiter der indochinesischen Rebellenorganisationen in Shanghai, in der französischen Konzession, verhaftet werden konnten und daß also für einige Zeit die Aufständischen Indochinas führerlos sein werden.

Frankreich will auch Reformen organisieren. Die Tragweite dieser Reformen ist (1931) noch nicht bekannt und wird noch studiert. Aber was kann aus diesen Plänen anderes entstehen als die Maus aus den kreißenden Gebirgen? Frank-

reich hat ja gar nicht die Möglichkeit, seinen Eingeborenen viel Konzessionen zu machen. Steuern herabsetzen? Nur in dem Augenblick, wo der Import aus Frankreich mit Zöllen belegt werden darf; denn das Budget braucht Einnahmen. Man hat eine Arbeitsschutzgesetzgebung erlassen und eine Arbeitsschutzinspektion geschaffen; beide sind bisher noch nicht sehr wirksam gewesen. Man will durch Bewässerung Neuland schaffen und siedeln. Man will den Kataster einrichten und eine klare Bodengesetzgebung schaffen, um darauf aufbauend den Bodenkredit zu ermöglichen. Man will einen landwirtschaftlichen Volkskredit schaffen, um den Bauern aus und gegen Verschuldung zu helfen.

Man will viel tun. Aber das Wichtigste kann man nicht tun, nämlich dem Annamiten mehr politische Rechte geben. Man kann ihm in den Stadt- und Provinzial- und Landesräten nicht die ihm gebührende Mehrheit geben, denn das bedeutete das Ende der französischen Kolonialherrschaft in Indochina. Man kann ihm nicht einflußreiche Verwaltungsstellen überlassen, denn das würde Selbstmord heißen.

Man treibt Siedlung, um den Bevölkerungsüberschuß Tonkings loszuwerden. Man will die Volksgesundheit pflegen und erzeugt so einen immer steigenden Bevölkerungszuwachs und -überschuß. Man darf den Annamiten nicht an das Ruder lassen. Aber durch allmähliche Ausdehnung der Schulen und des Unterrichts schafft man notwendig eine Klasse, die immer begieriger nach dem Steuer greift.

Man arbeitet mit allen möglichen Mitteln, um Indochinas Volk zu beruhigen. Man wird es damit nur zeitweise beruhigen können. Denn seine Forderungen lauten vorläufig:

1. Unterdrückung der Kopfsteuer; Verminderung der Steuern. Keine Erhöhung der Personal- oder Grundsteuern.
2. Keine Anleihen!
3. In Jahren schlechter Ernte keine Steuern!
4. Verteilung bestimmter noch unerschlossener Ländereien.
5. Befreiung von Vermögens-, Gewerbe- und Viehsteuern allen denen, die weniger als 500 Franken (50 Piaster) Kapital besitzen.
6. Verschwinden der städtischen Steuern.
7. Verbot, Kulis fürs Ausland anzuwerben.
8. Vereins-, Rede-, Umzugsfreiheit, Pressefreiheit.
9. Versammlungs-, Streik- und Demonstrationsfreiheit.
10. Aufhebung der Lehnspflicht.
11. Aufhebung der Ausnahmegerichte.
12. Aufhebung des Hofes von Annam.
13. Dienst des indochinesischen Soldaten nur in Indochina.

14. Wahl der Bürgermeister und Stadträte durch die Stadteinwohner.
15. Anwendung der Arbeitsgesetze des Mutterlandes.
16. Abschaffung der Todesstrafe und der Gefängnisstrafe über 10 Jahre hinaus.
17. Amnestie für die politischen Verbrecher.

Und das ist nur ein Anfang!

Das Problem Indochinas ist für Frankreich nur durch Anwendung der Gewalt oder durch Verzicht auf die Kolonie zu lösen. Aber für sich ist es unlösbar, denn beide nationale Egoismen sind nicht gewillt, nachzugeben.

Letzten Endes ist Indochina aber ein Anhängsel Chinas. Und mit der Frage Chinas wird auch diejenige Indochinas beantwortet werden.

Afrika ist kulturell, politisch und wirtschaftlich noch weit im Rückstande. Wo der Islam eindringen und Fuß fassen konnte, wie in Aegypten und Nordafrika, entstanden teilweise hohe Kulturen und Staaten von Bestand. Nichtislamitische Staatsbildungen verdanken, wie Abessinien, ihr Dasein nur der Eifersucht der Großmächte oder führen, wie Liberia, eine auf den Küstensaum beschränkte Staatsexistenz dem Scheine nach, oder blieben ohne Bestand, kamen und gingen in wechselnden Abständen wie die Negerreiche des Sudans. Eigene Kultur zu schaffen sind und waren diese Bildungen nicht imstande. Wirtschaftlich gelangten afrikanische Gebiete nur dort zu einer gewissen Blüte, wo entweder europäische Besiedlung möglich war, wie in Süd- und Nordafrika, oder wo reiche Bodenschätze zu Kapitalanlagen verlockten, wie in Katanga-Elisabethville, oder wo andere Möglichkeiten, verbunden mit einer geopolitisch günstigen Situation zur Entwicklung drängten, wie im britischen Sudan. Immer aber, wo eine Entwicklung kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Art möglich war und geschah, waren es nicht die Neger, die sie hervorbrachten, sondern Weiße oder Araber. Der Neger, vielleicht vermöge einer durch das Klima bedingten besonderen physischen und psychischen Konstitution, hat bisher noch kaum staats-, kultur- oder wirtschaftsschöpferische Kräfte gezeigt (die Sudanreiche und -kulturen bilden Ausnahmen und waren nie von Bestand).

Daraus erklärt sich, daß die politischen Ideologien, sei es des Kommunismus, sei es des Nationalismus, in Afrika bisher keinen Boden fanden, auf dem sie gedeihen konnten. Die einzige Ausnahme bildete Südafrika, wo die Industrialisierung in gewissen Gegenden ein Negerproletariat hervorbrachte, in

dem das Lied der III. Internationale Widerhall fand. Ansätze zu einer Politisierung der Negerarbeiter kann man auch in Katanga feststellen. Aber im allgemeinen läßt die Primitivität des afrikanischen Negers eine Propagierung politischer Ideen noch nicht zu.

Immerhin hat die III. Internationale Vorsorge getroffen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Ein Angriff, der ihr die Macht in der 1909 von Dubois gegründeten „Nationalen Vereinigung für den Fortschritt der farbigen Völker" (in den Vereinigten Staaten) und auf den Panafrikanischen Kongressen (von Dubois und M. Garvey veranlaßt; 1919 London, 1921 London, Brüssel, Paris; 1923 London und Lissabon; 1927 New-York; 1929 Tunis) erbringen sollte, mißlang. Jedoch gründete 1924, in Paris, der Neger Kotscho-Tuvalu die „Ligue Universelle de la Défense de la Race noire" und das Blatt „Les Continents", zu gleicher Zeit mit der Internationale und mit Garvey anknüpfend. Als Kotscho bei einem Aufstandsversuch gegen die Franzosen in Togo scheiterte, übernahm Lamin Senghor die Leitung der Liga. Ihr Name wurde erst in „Comité de Défense de la Race Nègre", später wieder in „Ligue de Défense de la Race Nègre" abgeändert. Die Zeitschrift heißt „La Race nègre". Die Ligue war auch auf dem Antikolonialkongreß in Brüssel sowie auf den folgenden Tagungen vertreten. Senghor starb später im Gefängnis.

1925 wurde auf dem V. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Schaffung eines Kongresses der Negerarbeiter beschlossen, der 1925 dann auch in Chikago zusammentrat und für 1930 wieder nach London berufen werden sollte. Bei dem Exekutivkomité der Internationale wurde ein Negerbüro eingerichtet und beim Zentralbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale ein Internationales Zwischengewerkschaftliches Komitee der Negerarbeiter. Dieses zweite Komitee übernahm die Hauptarbeit. Verbindungen wurden hergestellt zwischen den Negergewerkschaften Nordamerikas, der Antillen und Südafrikas; und, wo Gewerkschaften der Neger noch nicht bestehen, wird ihre Gründung eingeleitet. Es bereitet auch die Internationalen Konferenzen der Negerarbeiter vor und bedient die schon bedeutende Negerpresse der Welt, die zumeist und zum mindesten mit dem Kommunismus stark sympathisiert, mit Nachrichten.

Für die französischen Kolonien sorgt die französische kommunistische Partei und die von ihr gestellte „Commission coloniale". Blätter wie „L'Etoile Nord-Africaine" und die „Humanité"; dann für die Häfen Frankreichs, Nordafrikas und der Levante „La Verdad" (spanisch, in Troyes gedruckt), „Il

Lavatore Internationale dei Transporti" (ital.), „A Muora' und „Giuventu" (korsisch); „Rote Helfer" (deutsch), „Na Tulazca" (polnisch), „Pariyski Viestnik" (russ.) — die drei letzten für die Fremdenlegion — tragen den Kommunismus in alle Winkel. Dem andersgearteten Terrain entsprechend vertreten die arabisch abgefaßten Blätter „Al Lia El Ahmar", „Ikdam", „El Kasirna", „Ifrikia Wasir" und „El Omma" mehr autonomistische Tendenzen Tunesiens, während die Zeitungen „Wadinil" und „El Akbar" mehr allarabisch erscheinen. Trotz aller Verbote ist eine Unterdrückung dieser Presse bisher nicht zu erreichen gewesen. Die Wirkung erstreckt sich über einen langen Zeitraum, wird aber auf die Dauer nicht auf sich warten lassen.

In Tunis entstand 1920 eine „Section Fédérale Internationale Communiste", die 1921 aufgelöst und daraufhin in die „Jeunesse syndicaliste" umgewandelt wurde. Ihre Gründer waren Franzosen und einige eingeborene Lehrer und Beamte. Zusammen mit den Sozialisten gründete sie dann die „Confédération Tunisienne du Travail", die aber bald ganz in kommunistisches Fahrwasser geriet und 1925 bereits 36 Gruppen zu besitzen behauptete.

Mit den Kommunisten vereinte sich bald im heftigsten Extremismus die „Parti Constitutionnel" (Destour), die in etwa die Rolle des ägyptischen Wafd spielen wollte. Ihre Gründer, junge Intellektuelle, dachten an eine tunesische Verfassung entsprechend etwa der jungtürkischen im Ottomanischen Reiche. Man agitierte heftig, setzte eine Art non-cooperation-Bewegung in Gang und überschlug sich in dem Kommunismus verwandtem Radikalismus. Der Ruf: „Die Fabriken den Arbeitern, die Felder den Bauern" ertönte bei Kommunisten und Konstitutionellen gleicherweise. Aber ein energisches Durchgreifen des Generalresidenten Lucien-Saint beruhigte bald die aufgeregten Gemüter. Jedoch blieben beide Parteien bestehen und arbeiteten auch weiterhin zusammen. Diese „collaboration" äußerte sich auch auf dem Brüsseler Kongreß der Antikolonialen Liga. Eine tiefgehende Wirkung haben diese Bewegungen offenbar nicht gehabt, trotz gelegentlicher Hilfe von seiten des mohammedanischen Klerus, da der eingeborene Analphabet ihnen ohne jedes Verständnis noch gegenüberstand und -steht. Die Masse der 2 Millionen Eingeborenen dürfte auch sobald kein Verständnis für die Lehren Lenins aufbringen, da die agrarische Wirtschaftsstruktur und auch die kulturelle Situation des Volkes keinen geeigneten Nährboden bieten. Ein paar tausend Anhänger des Radikalismus in den Städten und bei den Minenunternehmen bilden

eine geringe Minderheit und repräsentieren durchaus nicht das Volk.

Algerien bildet einen integrierenden Bestandteil des französischen Staatsgebietes und zerfällt in 3 Departements. Alle französischen Gesetze sind in Algerien anwendbar, und es entsendet Senatoren und Abgeordnete in Senat und Kammer zu Paris. Aber das hindert nicht, daß im Gegensatz zu den europäischen Beamten und Bauern, die gegen 800 000 Mann ausmachen, die Masse der 5 Millionen Eingeborenen vollständig rechtlos ist und nichts zu melden hat. Der algerische Eingeborene ist französischer Untertan, nicht französischer Bürger, und hat nicht das Wahlrecht noch ist er wählbar. Er ist militärdienstpflichtig und hat 2 Jahre abzuleisten, im Gegensatz zu den französischen Bürgern, die ein Jahr dienen müssen. Mit der Ableistung der Dienstzeit erwirbt er nicht, wie der andere Ausländer, automatisch die französische Staatsbürgerschaft. Der Eingeborene, der aus dem französischen Gebietsteil Algerien nach Frankreich auswandern will, hat das Recht dazu nur unter Erfüllung gewisser Bedingungen.[1]) In den Gemeinden mit Selbstverwaltung[2]) dürfen die Eingeborenen wählen, aber die Anzahl ihrer Stadträte darf niemals mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Stadträte bilden. In den Gemeinden ohne Selbstverwaltung („Communes mixtes des territoires civils") haben die Eingeborenen nur das Recht, Steuern zu zahlen. In den Militärterritorien herrscht keine Gesetzgebung, herrscht der Säbel. Die eingeborenen Schulen sind vollständig vernachlässigt. Die früher bestehenden Koranschulen, die rund 300 000 Schüler zählten, wurden unterdrückt. Heute gibt es etwa 250 Eingeborenenschulen mit gegen 40 000 Schülern auf 5 Millionen Eingeborene. Der „indigène" darf keine für die Kolonisation bestimmten Ländereien kaufen. Er wird systematisch zugunsten des europäischen Siedlers zurückgedrängt. Der Eingeborene steht unter Ausnahmerecht. Das „indigénat", das harte Sonderrecht für Eingeborene, soll zwar 1927 außer Kraft getreten sein, durch einfache Nicht-Verlängerung der Dauer des Gesetzes. Aber die „Cours criminelles", die „tribunaux repressifs", die „conseils de guerre" und die „Commissions disciplinaires"

[1]) 1910—1911 wanderten infolge von Enteignungen und Landaufkäufen etwa 200 000 Algerier nach Syrien aus. Man verbot die Fortsetzung dieses Exodus; und in neuester Zeit, aus Hygienegründen, wurde die Auswanderung auch nach Frankreich stark erschwert. Die wirkliche Begründung liegt nicht in der Hygienefrage, sondern in der Erhaltung der billigen Arbeiter für Algerien. Sie werden um etwa 25% niedriger bezahlt als die weißen Arbeiter.

[2]) Communes de plein exercice.

bestehen weiter.[1]) Die Strafmaße sind nicht erleichtert worden. Der Eingeborene kann innerhalb seines Stammes oder in einem Lager in Ueberwachung gesetzt werden. Er kann auf mehrere Jahre deportiert werden. Sein beweglicher und unbeweglicher Besitz kann beschlagnahmt werden, was ebenso dem Individuum wie seinem ganzen Stamme droht. Beschlagnahmte Ländereien werden für die Kolonisation reserviert, also kann sie der Eingeborene nicht kaufen. „Die Kollektivstrafen (die also ganze Stämme treffen) werden oft aus ganz nichtigen Gründen angewandt; und unsere Beamten haben sie auch nach Syrien, Mandatsgebiet der Gruppe A, eingeführt" sagt Jung.[2]) Die Forstschutzgesetze sind fast zu Gesetzen gegen die Eingeborenen geworden: „Alle Eingeborenen, die in der Nähe von Wäldern wohnen, sind fast ruiniert. Man belegt sie mit Polizeistrafen unter den unsinnigsten Begründungen. Die Forstgesetzgebung ist die große Plage des Eingeborenen."[3]) Die Disziplinargewalt der Beamten und Friedensrichter übersteigt die Grenzen des Vernünftigen und wird oft mißbraucht. Wie die Pariser Blätter meldeten (28. November 1929), fand der Generalgouverneur auf einer Inspektionsreise, daß zahlreiche Polizeibeamte, zumal in den kleinen Städten, neben ihrer regulären Ausrüstung auch noch eine Art Hundepeitsche bei sich trugen. Die Behandlung der Eingeborenen ist im allgemeinen die, die man Menschen zweiten Ranges zuteil werden läßt.[4]) Alle Fürsorge des Staates wird nur den Europäern zugewandt, der Eingeborene bedarf ihrer offenbar nicht; obgleich Tuberkulose und ebenso Alkohol ihn furchtbar

[1]) Ferhat Abbas: Le jeune Algérien, Paris 1931, sagt: „Pour le reste, le code français nous est appliqué intégralement. Il a remplacé la législation musulmane ... En théorie du moins. Car, en fait, la Colonisation a un goût très prononcé, pour la „motion spéciale". La France nous a bien soumis à une loi militaire, mais c'est une loi spéciale. La France nous a bien dotés d'une loi scolaire, mais c'est une loi spéciale. Et ainsi pour le reste." (pag. 92.)

[2]) Jung: L'Islam et les Musulmans de l'Afrique du Nord, pag. 39. Paris 1930.

[3]) Jung: L'Islam et les Musulmans de l'Afrique du Nord, pag. 39. Paris 1930.

[4]) Ferhad Abbas: Le jeune Algérien, Paris 1931, sagt: „Mais que dire encore des vexations journalières que subit l'Indigène sur sa terre natale, dans la rue, dans les cafés, dans les moindres manifestations de la vie courante? Le coiffeur lui ferme la porte au nez, l'hôtel lui refuse la chambre. A Alger, par exemple, l'étudiant musulman trouve difficilement à se loger... On ne loue pas à un „bicot". Car, il faut le dire, cette société a trouvé que les termes: arabe, kabyle, mosabite, musulman, indigène, n'étaient pas assez variés pour nous désigner. Elle a trouvé mieux. Nous sommes les „bicots", les „ratons" et que sais- je encore?", pag. 119.

dezimiert haben und noch dezimieren. Obgleich er in Hunger, Schmutz und Elend lebt.

Hat diese Lage politische Folgen gehabt? Kaum. Eine Verurteilung der Regierungspolitik ist dem Eingeborenen nicht möglich, da er nicht wählen kann noch wählbar ist. Dazu lebt die große Masse fern der ja auch nicht vorhandenen Schule und ist außerdem seit Jahrtausenden an harte Herrschaft Fremder gewöhnt und also geduckt.

Etwa sich erhebende nationale Führer, wie der Emir Kaled, ein Nachkomme Abd-el-Kaders, werden ausgewiesen, Kommunistische Aktionen werden scharf unterdrückt. Immerhin gelang es den Kommunisten, 1929 mehrere Streiks der Dock- und Hafenarbeiter in verschiedenen Städten zu organisieren. Blätter, wie die oben bereits genannten, dann auch das kommunistische, arabisch gedruckte Journal „Bu Schkara" („Der Zerlumpte" etwa) für die Hafenarbeiter, endlich auch die Tätigkeit der „Union des syndicats unitaires d'Algérie", der Gewerkschaften also, die etwa 5000 Arbeiter in Oran, Mostaganem, Arzew usw. umfaßten, hatten teil an diesem „Erfolg". Aber es sind doch zumeist Europäer, Franzosen und Italiener, auf die allein diese Bewegungen bauen können. Die Anzahl der Intellektuellen arabischer Herkunft ist klein, denn die Schule fehlt ja dem Volke. Und die etwa 50 eingeborenen Studenten der Universität Algier, die in anderen Ländern die Führer nationaler Bewegungen wären, wagen sich hier nicht zu rühren, da das nicht nur ihnen, sondern auch ihren Eltern und Verwandten schlecht bekommen würde. Sie können nur in Zeitungen oder auch Büchern schreiben, was sie bedrückt. Aber auch da ist ungeschriebenes Gesetz, jedes Schriftstück oder Buchkapitel mit einer Ergebenheitsadresse an Frankreich zu beginnen oder zu schließen. Dem Volke fehlten erst Schulen und dann Führer, um wirksam seine Interessen zu vertreten. Also hat es bisher geschwiegen, mit jenem ergebenen Fatalismus, den der Islam nur kennt.

In Marokko ist der Islam kriegerischer. Die dortigen Stämme, deren Unterwerfung erst seit Abd-el-Krims Niederlage Fortschritte macht, sind Jahrhunderte hindurch frei gewesen und haben des Sultans Oberhoheit nur sehr bedingt anerkannt. Tatsächlich waren sie unabhängig und kriegerisch und erschöpften ihre Kräfte in endlosen Fehden. Das wirkt nach und Frankreich hat sie nur unter schweren Opfern besiegen können. Sie sind als Feinde gefährlich und als Freunde bis jetzt noch reichlich unzuverlässig. Ihre militärische wie politische Ueberwachung wird dementsprechend streng gehandhabt, und man tut alles, um jede politische Ansteckungsgefahr von ihnen fernzuhalten. Die kommunistische Partei

ist verboten. Sie existiert noch illegal weiter und rekrutiert sich fast allein aus Europäern, französischen Beamten, Angestellten u. a. Ihre Propaganda betreibt sie durch Massen von vielsprachiger Literatur, deren Verbreitung man vergeblich durch Verbote entgegenzutreten sucht. Zuerst wurden nur die Soldaten und eingeborenen Studenten bearbeitet. Heute dagegen erstreckt sich die Tätigkeit auch auf Arbeiter und Landbevölkerung, die einen gegen Kapitalismus und Ausbeutung, die anderen gegen den weißen Siedler treibend. Zellen bestehen vorläufig noch nur in Casablanca und Rabat. Eine kleine Verschwörung, die eine Revolte in Fez bezweckte, wurde 1928 rechtzeitig aufgedeckt. Gegen eine tiefergehende Bolschewisierung ist auch Marokko wohl noch ziemlich geschützt, da die überwiegende Masse der Bevölkerung aus halb oder ganz nomadischen Viehzüchtern, die erst langsam seßhaft zu werden beginnen, und aus Bauern besteht. Und sofern ihr nicht äußere Umstände zu Hilfe kommen, wird sich auch eine nationale Unabhängigkeitsbewegung vorläufig nicht entwickeln können. Je mehr es Frankreich gelingt, Siedler nach Marokko zu ziehen, um so stärker wird auch die französische Herrschaft sich festigen. Vorausgesetzt auch, daß man sich nicht den Eingeborenen mit Gewalt zum Feinde macht. Aber die marokkanische Politik Frankreichs, das nur im Schatten des Sultans und durch sein religiöses und moralisches Prestige gedeckt arbeitet, war bisher geschickt genug, um nicht allzu überflüssigerweise anzustoßen.

In West- und Zentralafrika konnte bisher weder eine nationale, noch eine kommunistische Bewegung erwachsen. Zwar sind auch einige Neger aus diesen Gegenden in der internationalen Negerbewegung tätig, so der inzwischen verstorbene Senghor. Aber ihre Tätigkeit beschränkte sich auf die Vertretung von Negerinteressen auf internationalen Kongressen und auf Beeinflussungsversuche bei den wenigen Rassegenossen, die, leicht zivilisiert, doch wenigstens schon die Möglichkeit politischer Beeinflussung boten. Die große Masse der Neger, noch im Kindheitsstadium, ohne Proletariat, zeigt noch keine geeignete Fäulnisstelle, an der man den Hebel ansetzen könnte. West- und Aequatorialafrika besitzen Kommunisten oder Panafrikaner höchstens in verschwindender Minderheit unter den wenigen Intellektuellen.

Madagaskar ist bereits weiter fortgeschritten. Schon 1913 existierte eine Unabhängigkeitsbewegung auf der Insel, die von dem schwarzen methodistischen Pastor Ravelojoana und seinen beiden Gehilfen, dem Pastor Ravary und dem Lehrer Rasaby, beide ebenfalls farbig, geführt war. Ihre madagassische Zeitschrift „Der Berater" vertrat vorsichtig aber

klar Unabhängigkeitsbestrebungen. Sie stand in loser Verbindung mit einem außerdem noch bestehenden geheimen Unabhängigkeitskomitee. Ortsgruppen der Bewegung wurden überall gegründet, man begann hoffnungsvoll in die Zukunft zu sehen. Aber als eine 1915 geplante Empörung frühzeitig verraten wurde, war es vorbei mit der Bewegung. Die Führer wurden lebenslänglich eingekerkert oder deportiert. Erst 1927 begann in Diego-Suarez das französisch geschriebene sozialistische Blatt „L'Opinion" aufs Neue gegen Kolonisation und Kolonialimperialismus zu streiten. Auf seine Anregung hin bildeten sich in verschiedenen Orten der Insel sozialistische Klubs, die für Erweiterung der politischen Rechte der Eingeborenen eintraten. Ein anderes Blatt gleicher Richtung in Tananarivo, der „Réveil malgache" verfocht dieselben Ansichten. Bald trat auch ein „Groupement Communiste" hinzu, unter Führung der Weißen Plangue und Vittori. Gelegentlich einer Versammlung in Tananarivo, in der am 19. Mai 1929 der Sozialist Dussac sprechen sollte, kam es sogar zu offenem Aufruhr, und die Menge belagerte mit roten Fahnen und den Schreien: „Tod den Europäern!" und „Madagaskar den Madagassen!" das Palais des Gouverneurs. Herbeigeholte madagassische Tirailleure verweigerten den Gehorsam, und man mußte die Senegalesen der Garnison hinzuziehen, um den Widerstand zu brechen. Seitdem ist es wieder ruhig geworden. Aber unter der Oberfläche glimmt es weiter, und die Madagassen scheinen nicht gewillt zu sein, die früher einmal besessene Unabhängigkeit aufzugeben. Nur gegen ein Frankreich auf der Höhe seiner Macht sind sie wehrlos. Und der kulturelle Fortschritt ist noch nicht bedeutend genug gewesen, um neue Erhebungen rechtfertigen zu können, die mißlingen müßten.

Als letzte große Besitzung Frankreichs bleibt noch Syrien kurz zu betrachten. Es ist zwar nur als Mandat (der A-Gruppe) und also widerruflich an Frankreich gegeben, jedoch hat dieses bisher noch nicht die Absicht erkennen lassen, sobald wieder Beyruth, Damaskus und Aleppo zu verlassen. Trägt es sich doch sogar mit dem Gedanken, Beyruth zur Flottenstation auszubauen. Ein ungetrübtes Glück war dieser Besitz bisher noch nicht. Der Kommunismus ist zwar kaum vorhanden und wird auch wohl nicht viel Aussichten haben, jemals stärkeren Einfluß zu gewinnen, Bauern und Händler bedürfen seiner nicht. Dazu kommt, daß das religiöse Leben Syriens sehr aktiv ist und seit Jahrhunderten alle kulturellen und politischen Fragen außerordentlich beherrschend beeinflußt. Die Vielzahl der Religionen und Sekten mit Abarten und Unterabarten ist bei Christen und

Mohammedanern erstaunlich und setzt sich selbst bei den Juden fort. Nationalitätenkämpfe im eigentlichen Sinne kennt man kaum, religiöse Streitigkeiten um so mehr. Jedoch haben die verschiedenen Religionsgemeinschaften schon fast den Charakter von Nationalitäten angenommen. In Syrien selbst, in der syrischen Bevölkerung der 4 Staaten (Libanon-Republik, Syrischer Staat, Staat von Ladikye oder Lattaquieh, Staat des Dschebel-Druse) dürfte der Kommunismus kaum Wurzel fassen können.

Starke Tätigkeit entfaltete die Kommunistische Partei Frankreichs nach Beginn des Drusenaufstandes 1926. Ein Ableger, die Kommunistische Partei Syriens, wurde gegründet und begann alsbald eine rege Werbung durch Flugblätter unter den französischen Soldaten. Einige „Militärzellen" wurden geschaffen und beteiligten sich an der gemeinsamen Arbeit nicht ohne Erfolg. Fälle von „Verbrüderungen" einzelner Soldaten und selbst ganzer Gruppen mit dem Gegner kamen vor, besonders bei den Gendarmen des Libanon[1]). Einmal, im Dezember 1926, verweigerten sogar zwei ganze Bataillone den Gehorsam.

Später gelang die Gründung von revolutionären Gewerkschaften und die Entfesselung einer Streik-Bewegung. Jedoch verhinderte scharfes Zufassen der Polizei, die stets die Führer arretierte, eine gefährliche Ausdehnung, sei es der Streiks, sei es der kommunistischen Organisation. Heute besteht diese nur aus einer Handvoll Unentwegter. Jedoch ist die Weltkrise, die hier wie überall eine Wirtschaftsstockung herbeiführte, geeignet, hier wie überall ein Wiederaufleben der revolutionären Tendenzen zu erzeugen.

Sehr viel mehr Schwierigkeiten bietet den Franzosen die nationale Unabhängigkeitsbewegung. Im Staate Syrien ist sie besonders stark entwickelt. Der Drusenstaat strebt an sich nicht minder nach Unabhängigkeit, jedoch ist er nach dem Aufstande erst einmal so gründlich „zur Vernunft" gebracht worden, daß jede Aeußerung dieses Strebens fast unterbleibt. Anders in Syrien, wo die Bevölkerung offener und lebhafter ist, wo das Bildungsniveau zumal in den großen Städten weit höher als im stadtlosen Drusenstaat ist. Hier, in Syrien, ist die Intelligenz, als gesellschaftliche Schicht, stark vertreten und leidet ebenso wie in anderen Staaten unter zu großem Andrang zu den Universitäten und zu den akademischen Berufen. Es gibt mehr Aerzte als Kranke und sogar mehr Advokaten als sie beschäftigende Streitigkeiten der syrischen Menschheit. Das Ergebnis ist, daß alle politischen Probleme

[1]) Gautherot s. o., pag. 162.

viel Beachtung finden und mangels anderer Tätigkeit auch finden können. Diesem Interesse kam die zwischen Christen und Mohammedanern hin- und herschwankende Politik und das oft energische, oft nachgebende Vorgehen der Proktektoratsmacht Frankreich entgegen, um so, beide vor den Kopf stoßend, einem häufig aufflammenden Nationalismus nur allzu kräftige Nahrung zu geben. Das „Comité Syro-Palestino-Mogrebien" des Emir Schekib Arslan und El Bakri's „Comité National Syrien", das eine pan-islamisch, das andere national-syrisch, taten ihr möglichstes, die Unabhängigkeitsbewegung zu schüren. Das Resultat war der syrische Aufstand von 1926, der angesichts der französischen Uebermacht mißlingen mußte. Sein Aufflammen gleichzeitig mit der Rif-Erhebung hätte ihnen beiden mehr Aussicht auf Gelingen gegeben. Jedoch blieb der Verlauf des Aufstandes und seine rigorose Niederwerfung durch die Franzosen (Bombardement von Damaskus) genügend fest im Gedächtnis der Syrer haften, um den Nationalismus nicht einschlafen zu lassen. Er ist außerordentlich lebendig und ungebrochen und wird von allen Volksschichten, besonders von der studierenden Jugend getragen. Die Durchdringung mit französischer Sprache und Kultur ändert nichts am tiefsitzenden Haß gegen Frankreich.[1]) Die Wahlen von 1928 im Staate Syrien ergaben eine Mehrheit von durchaus mandatsfeindlichen Abgeordneten der ‚Assemblée constituante". Sie beriet eine Verfassung, die jedoch für Frankreich unannehmbar war, da sie die Mandatsmacht und ihre Prärogativen einfach ausschloß. Das Ergebnis war endlich im Februar 1929 eine Vertagung „sine die" der Versammlung. Parteien gibt es in reicher Auswahl. Wie aber auch ihre Ziele sein mögen, jede von ihnen ist mehr oder weniger nationalistisch. Aus Anlaß einiger Studentenkrawalle im Mai 1931 kam es zu einem Streik der Elektrizitäts- und Straßenbahnbenutzer in Beyruth, der bald ganz klar in eine fremden- (lies: franzosen-) feindliche Bewegung überging und zu Unruhen in Beyruth, Tripoli und Aleppo führte. Das Blatt „L'Orient" in Beyruth sagte dazu: „. . . c'est l'autorité mandataire et le principe même du mandat que la population chercherait aujourd'hui à atteindre — exclusivement!" Während die Zeitung „Les Echos de Damas" bei Beginn des Streikes (Nr. v. 21. April 1931) es anders ausdrückte: „On s'opposa à cet étranger, en 1925—26, par les armes. La résistance fut trouvée forte, trop forte puisqu'elle fut repoussée par le canon. On changea d'armes. Il faudra

[1]) Die syrischen Studenten in Paris lassen darüber keinen Zweifel bestehen. Ein seltenes Eingeständnis dieser „Unbeliebtheit" der Franzosen in Syrien stand im „Journal" vom 12. Juni 1931.

désormais déloger l'étranger par l'arme économique." Die Führer Syriens sind meist ausgewiesen. Der Emir Schekib Arslan lebt in Genf, wo er in der Zeitschrift „La nation arabe" syrische, panarabische und panislamische Belange verficht, dazu auch, wie natürlich, einen scharfen Kampf gegen Frankreich führt.[1])

Kurz, Syrien befindet sich noch stark im Zustande der Gärung, und die Entwicklung ist nicht vorauszusehen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß Frankreich sein Mandat aufgeben und sogar Syrien zum Eintritt in den Völkerbund auffordern wird. Syrien, aus den Armen Frankreichs entlassen, würde durch vertragliche Bindungen nicht gehindert werden, Frankreich über kurz oder lang den Rücken zu kehren. Und in diesem Fall würde die französische Republik nicht nur einen wichtigen kulturellen Ausstrahlungspunkt im Nahen Osten verlieren, sondern auch eine Flugbasis für seine Verbindungen nach dem Fernen Osten; vielleicht ja auch einen Flottenstützpunkt. Und Syrien würde wohl über kurz oder lang seine Selbständigkeit wieder verlieren. Frankreich wird in Syrien bleiben; der Nationalismus wird gedeihen bis zu dem Augenblick, wo die Möglichkeit besteht, sich von der Mandatsmacht zu trennen.

2. Der Islam.

Frankreich ist nächst England die Kolonialmacht mit den meisten Mohammedanern auf ihren Territorien. Die mohammedanischen Untertanen Frankreichs zählen mehr als 19 Millionen Seelen. Davon sitzt die Hauptmasse, gegen 10 Millionen, in dem nordafrikanischen Gebiet, das, von geringen israelitischen Gruppen abgesehen, von einer einheitlich mohammedanischen Bevölkerung bewohnt wird. Westafrika zeigt eine nicht so homogene: in Mauritanien sitzen nur Mohammedaner, im Senegal überwiegen sie, ebenso in Guinea und in der Nigerkolonie; im Sudan und in Ober-Volta sind sie noch zahlreich; in Dahomey, Togo, Elfenbeinküste bilden sie eine Minderheit. Das Tschadgebiet ist überwiegend von Mohammedanern besiedelt, während sie im restlichen Aequatorialgebiet und Kamerun kaum vorhanden sind. Madagaskar zeigt sie fast nur auf den Komoren-Inseln und etwas auch auf seiner Westküste. Auch in Indochina leben einige.

[1]) In seinem Buch „D'Angora à Lausanne" nennt ihn der Graf Gontaut-Biron „personnage verbeux, outrecuidant, pompeux et sot". Anderenorts wird er allerdings als klug, gebildet und von hoher Kultur bezeichnet (im „Journal" vom 20. August 1931).

Die islamische Bevölkerung bildet also nur etwa ein Drittel der gesamten Kolonialbevölkerung. Jedoch ist dieses Drittel der am schwierigsten zu behandelnde Teil. Die Gründe dafür liegen in der islamischen Religion selbst. Man kann sie mit wenigen Worten kurz umzeichnen, so das Wichtigste wiedergebend. Hauptlehre ist der Glaube an einen einzigen und allmächtigen Gott, der durch den Vermittler Mohammed im Koran seinen Willen und damit die Wahrheit an sich und schlechthin kundgetan hat. Erste Erfordernis ist die unbedingte Erfüllung dieses von Gott Gewollten, dem sich der Mohammedaner ohne jeden Widerspruch zu unterwerfen hat. Daher rührt jener Fatalismus, der alles Schicksal als unabänderlich hinnimmt und sogar einen Versuch, sich dem Schicksal zu entziehen, als Sünde eben gegen die Wahrheit und den Willen Gottes ansieht. Da der Koran den Kampf gegen die Ungläubigen, d. h. gegen Heiden, Christen und Juden, befiehlt und sie zu verachten heißt, so resultiert daraus der religiöse Hochmut der Islambekenner. Da Gott dem tapferen Kämpfer für den Glauben das Paradies in den 7 Himmeln verspricht, das man sich recht irdisch ausmalt, und laut dem Koran alles Geschehen von Gott im Buche des Lebens vorherbestimmt ist, so rührt daher der todesverachtende Fanatismus. Man kann ja seinem Geschick weder zuvorkommen noch ihm entgehen.

Es ist natürlich, daß diese Lehre, von einer nach Millionen zählenden Menge des Kolonialreiches gläubig vertreten, dem modernen Staat überall Schwierigkeiten bereitet. Nicht so sehr auf rein politischem Gebiet, denn der Kampf gegen den Ungläubigen ist zu dessen Gunsten entschieden. Zwar hat dieser Kampf vor nicht langer Zeit noch in Syrien und Marokko gelodert. Aber bei näherem Zusehen ist doch zu entdecken, daß es weniger ein Glaubens- als ein Nationalitätenkampf war. Selbst also in Nordafrika, dem Sitz der malekitischen, der orthodoxesten Richtung des Islam, in der der Buchstabenglaube alles beherrscht, tritt langsam eine Aenderung ein, die sie dem liberaleren Islam Aegyptens annähert.

Das Hauptproblem, das der Islam für die europäischen Mächte und besonders für Frankreich bildet, liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Seit Jahrtausenden nun schon sitzt der nordafrikanische Fellache auf seinem Boden. Seit der Zeit seiner Ankunft auf diesem Boden bis heute bearbeitet er ihn noch mit denselben primitiven Mitteln, die keine Verbesserung erfuhren und nur eine einfache Ernährungswirtschaft, d. h. nur die Produktion für den nötigsten eigenen Bedarf erlaubten und erlauben. Niemals kam er auf den Gedanken, seine Bebauungsmethoden zu vervollkommnen, niemals darauf, über

seinen eigenen Bedarf hinaus zu erzeugen und eine etwa der europäischen angepaßte Wirtschaft auf Höchstertrag zu führen. Er ist arm und elend, lebt von der Hand in den Mund. Aber: „Es steht so geschrieben!" oder „Allah will es so!" ist seine ständige Tröstung, mit der er jede Zumutung, durch mehr Arbeit mehr zu verdienen, abwehrt. Wenn Gott es für richtig hält, wird er schon geben, was nötig ist. Wie soll der Begriff „Fortschritt" in diesem engen Rahmen Platz finden? Man hat sich blind dem Willen Gottes, wie er im Koran steht, zu beugen. Wie kann man da die Begriffe „Initiative" und „Wechsel" (sei es auch zum Nützlichen hin), rechtfertigen? Der Rahmen ist nicht zu erweitern, man kann ihn nicht dehnen dadurch, daß man etwas hineinlegt, was nicht darin ist. Kann man an der ewigen, festen und unbeweglichen Wahrheit herummodeln, ohne sich der Rebellion gegen diese Wahrheit, gegen Gott also schuldig zu machen?

Der Unterschied zwischen weißem und islamischem Denken ist evident. Der Fellah bleibt immobil im Wandel der Zeiten.

Eine Plage Nordafrikas ist der Wucher. An sich ist jedes Verleihen von Geld mit dem Ziel, Zinsen zu gewinnen, vom Koran verboten, wie im mittelalterlichen Europa von der Kirche auch. Aber hier wie dort verstieß man gegen die Verbote, hier wie dort betätigte sich besonders der Jude als Wucherer. Gab in Europa die Kirche ihren Widerstand allmählich auf und machte so die Verleihung auf Zins der Wirtschaft dienstbar und, durch folgende Regelung, von hohem Wert, so war bei islamischen Völkern das vom Koran ausgesprochene Verbot nicht zu umgehen, da an der Wahrheit nicht zu rütteln ist. Aber der Bauer muß leihen können. In seiner Ergebung in Gottes Willen produziert er nur das für den täglichen Gebrauch Nötigste, legt nichts zurück, spart nicht. Kommt eine Mißernte, gleich aus welchem Grunde, so hungert er und hat nichts zu leben. Zwischen Aussaat und Ernte hat er auch oft nichts. Was bleibt ihm übrig, als zum Wucherer zu gehen und Geld zu entleihen? Der gibt es ihm zu hohem Zinssatz, oft über 50% pro anno betragend. Der Fellah kann es nicht zurückzahlen; entweder nimmt dann der Wucherer das Land bis auf einen kleinen Streifen, oder er läßt ihm die Nutznießung gegen Abgabe. Der Bauer sinkt zum „Khammes" herab, wird Tagelöhner und abhängig. Er verelendet noch mehr, wenn das möglich ist. Und die Ausnutzung des Landes geht zurück.

Die dritte Plage ist die koranische Erbteilung. Mohammed erteilte den Frauen das Erbrecht, ihnen aber nur die Hälfte

eines männlichen Erbteils bewilligend, ihnen aber dafür wiederum den Erbvorrang vor den Erben der männlichen Seite reservierend. Der Erfolg ist eine übermäßige Parzellierung des Bodenbesitzes, die schließlich ins groteske gehen kann, dem Besitzer der Parzelle aber die Lebensmöglichkeit abschneidet und ihn dem Geldleiher in die Hände führt.

Man hat versucht, dem Wucher beizukommen, indem man „Sociétés de prévoyance" auf genossenschaftlicher Basis gründete. Zum Teil halfen sie dem Uebel ab. Zum anderen Teil verhalfen sie dem Wucherer zu seinem Gelde, indem er seine Schuldner veranlaßte, das geschuldete Geld bei den Genossenschaften zu borgen. Das Gesetz setzt einen bestimmten Höchstsatz für die Zinsnahme fest. Der Jude nimmt gar keine Zinsen, er ist der erste, der das Gesetz respektiert; aber die auf dem Schuldschein verzeichnete Summe ist mit Einwilligung des Schuldners so hoch, daß jede Gesetzestreue dabei auf ihre Kosten kommt. Und man geht leichter zum Juden als zur Bank, da diese gute Sicherheiten fordert, der Jude aber nicht.

Kurz, der Islam bildet einen Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Er erstickt Arbeitsenergie und Initiative und läßt den Fellah eher verhungern als durch Mehrarbeit den Schatz, auf dem er steht, aus der Erde holen.

Man hat sich eine befreiende Erziehung der Fellachen Nordafrikas durch den Einfluß und das Beispiel europäischer Siedler versprochen. Musterfarmen der Weißen sollten dem arabischen oder berberischen Bauern zeigen, was aus dem Boden zu holen ist. Teilweise hat man auch Erfolg gehabt, der Bodenertrag ist etwas gestiegen und der Landbesitz der Eingeborenen sogar beträchtlich. Aber die große Masse ist noch nicht erreicht; man hat auch zu wenig getan, um sie aus ihrer Lethargie zu wecken. Schulen sind nötig; sind aber auch ein Mittel, das für Frankreich seine zwei Seiten hat. Siedler sind kaum noch aufzutreiben. Frankreich hat keinen Ueberschuß an Menschen und der Strom aus den Mittelmeerländern fließt nicht mehr wie früher.

Wie steht nun die französische Kolonialregierung angesichts dieser Sachlage dem Islam gegenüber?

Sie hat lange geschwankt und ist erst seit 20 Jahren dazu übergegangen, eine klare Politik zu verfolgen. Bis dahin etwa und noch länger hatte man den Islam offen begünstigt und zu gewinnen versucht. Der Islam schien wertvolle Kräfte zu bergen, die es auszunutzen galt. Man sah ihn als den Wegbereiter der Zivilisation an, als Vorbereitung, als Uebergangs-

stadium zu der hohen Stufe weißer Kultur. Man stellte fest, daß er große staatsbildende Kräfte besaß, die sich aus den Lehren des Korans und aus seiner Vereinigung von religiöser und weltlicher Macht ergaben. Wo der Islam in Afrika hinkam, entstanden auch Staaten, selbst bei den rückständigsten Negern des Sudan, verschwand die Blutrache, wurden die Steuern gerecht verteilt. Man fand, wo man auf den Islam traf, auch Staatshäupter, mit denen man regieren konnte, die das Regieren also erleichterten.

Man entdeckte auch Schattenseiten. Man fand, daß eben diese Vereinheitlichung, die der Islam bewirkte, ja auch gerade gefährlich sei. Man setzte derart große Menschenmassen einem Einfluß aus, dessen nützlicher Wirkung man nie sicher war. Man einigte heterogene und zerspaltene Stammvielzahlen, die eben infolge ihrer Zerklüftung ungefährlich waren, in einem Verband mit straffer, absoluter Gewalt an der Spitze, auf die man nicht bauen konnte. Und dann wie der Generalgouverneur Brévié schreibt: „Islamiser un Noir, c'est le jeter dans une impasse morale ou il devient incapable d'évoluer. Le fétichiste est perfectible et très enclin à accepter notre direction quand il a surmonté son premier mouvement d'instinctive timidité, mais le musulman s'éloigne de nous et se fige dans l'idéal étroit que son orthodoxie jalouse lui impose, idéal qui n'est rien moins favorable aux innovations et au progrès".[1]) Der Islam macht aus dem arbeitswilligen und anstelligen Neger einen mit Fanatismus und religiösem Stolz geladenen, aber für Arbeit und Fortschritt unbrauchbaren Menschen.

Aus diesen Erwägungen heraus fielen manche Franzosen ins andere Extrem und wollten den Islam als Feind des Fortschritts und der Zivilisation, also auch der weißen Völker, zurückgedrängt und eingeschränkt sehen. Ihnen wäre es erwünscht gewesen, wenn man Mohammed, sei es mit Verwaltungsmaßregeln, sei es mit christlichen Missionaren, sei es mit der Laienschule attackiert und vernichtet hätte. Das wäre aber nicht gegangen. Mit Verwaltungsordonnanzen gegen geistige Mächte angehen hieße sie stärken. Die Missionare kommen an die Mohammedaner kaum heran, die Laienschule mit ihrem Rationalismus noch weniger.

Die französische Kolonialpolitik entschloß sich den Mittelweg zu gehen. Man sah sich die Lage der Dinge in den betreffenden Ländern an und richtete sich darnach.

[1]) Brévié, Islamisme contre Naturisme au Soudan français, pag. 34. Paris 1923.

Nordafrika ist, mit wenigen Ausnahmen, ganz mohammedanischer Bevölkerung, die der orthodoxen Sekte der Malekiten angehört. Es ergab sich also von selbst, daß man hier den Islam respektieren mußte. Man tat das, indem man seine Gesetze und Einrichtungen achtete und sogar unterstützte. Die Rechtsprechung der Kadis, die auf Grund der Entscheidungen des Korans und der bekanntesten Kommentatoren geschieht, blieb erhalten, wenn auch unter starken Einschränkungen, die sich als nötig herausstellten. Der Eingeborene konnte in Algerien sein „Statut personnel" behalten; d. h. er blieb in Sachen Heirat, Erbschaft, Schenkungen und unbewegliches Eigentum den koranischen Vorschriften unterworfen (was wiederum die Naturalisation erschwert, weil er dazu sein „statut personnel" aufgeben muß und dann allen französischen Gesetzen unterliegt). In Tunis und Marokko blieb die vorhandene staatliche Organisation erhalten, wurde nur ausgebaut und reformiert und bedurfte also nicht besonderer Festlegung der Rechte des „statut personnel". Der Staat, d. h. überall die französische Verwaltung, nahm sich auch der „habu" an, der frommen Stiftungen (man unterscheidet zwischen privaten und öffentlichen „habu"; erstere werden den Stiftern noch auf Lebenszeit zur Nutznießung überlassen und verfallen dann der öffentlichen Wohltätigkeit, der die letzten bereits unterliegen). Vor der französischen Besetzung lag die Verwaltung dieser „habu" sehr im argen und der Mißbrauch war fast die Regel. Die französische Administration reorganisierte die „habu"-Verwaltung und führte die Stiftungen wieder ihrem Zweck zu. Zumal in Marokko übernahm der Staat nach Beginn der Pazifikation auch die Denkmalspflege und zahlreiche Bauwerke, besonders auch Moscheen, wurden restauriert und den Gemeinden übergeben.

In den Gebieten, die nur oberflächlich islamisiert waren, nahm man eine andere Haltung ein, z. B. bei den Berberstämmen Marokkos. Man ging nicht gerade gegen den Islam vor, jedoch hütete man sich sorgfältig, ihn irgendwie zu fördern. Man tat nichts für die Einrichtung von Koranschulen (was man allerdings auch sonst nicht gerade tut. In Algerien ist die Eröffnung einer Koranschule im Umkreis von 3 km einer Staatsschule untersagt.), nichts für den Unterricht des Arabischen, nichts für die Ausbreitung der koranischen Rechtsprechung. Bei den Berbern, die sich ihre überlieferte Stammes-Rechtsprechung in ihren „Canuns" bewahrt hatten und zwar von mohammedanischem Recht beeinflußt, aber nicht ihm unterworfen waren, hat man 1930 endgültig eine genaue Kodifikation dieser „Canun" (Kanon, noch aus byzantinischer Zeit stammend) herausgegeben und durch Dekret

des Sultans eingeführt. Womit die Berber der koranischen Rechtsprechung ein für allemal entzogen sind. Der Widerhall der islamischen Presse auch in Libyen und Syrien war entsprechend antifranzösisch erregt und in Marokko kam es zu einzelnen Zwischenfällen.

In den größtenteils von nur leicht überislamisierten Animisten und Fetischisten bewohnten Gebieten Westafrikas endlich dämmte man jede Zufuhr mohammedanischer Propaganda rücksichtslos ab. Den aus Nordafrika kommenden zahlreichen Marabuts werden genügend Schwierigkeiten in den Weg gelegt, um ihren Einfluß allmählich durch ihr Verschwinden zu brechen. Neue Moscheen dürfen nur mit besonderer Erlaubnis gebaut werden; Pilgerreisen nach Mekka werden nur vorsichtig gestattet (während sie in Nordafrika bei zuverlässigen Eingeborenen fast gefördert werden). Durch Anerkennung der alten Stammes-Rechtstraditionen (der Schwarzen) gewinnen diese neues Prestige und Ansehen, werden wieder zur Rechtsprechung durch die Dorfhäuptlinge benutzt und sollen sogar nach Möglichkeit auch kodifiziert werden. Auch in den Berufungsgerichten soll den verschiedenen Sitten und Gebräuchen Rechnung getragen werden.

Der Erfolg dieser Praxis ist ein langsames, aber unaufhaltsames Zurückgehen des Islam in den Kolonien Westafrikas. Der Neger, dem der Glaube an Allah nur aufgezwungen war und der unter ihm und in ihm noch einen ganzen Haufen animistischen Aberglaubens mit sich herumschleppte, wirft den Islam wieder ab und kehrt zu seinen alten Erd- und Ahnenriten zurück. Gewissensbisse sind ihm dabei fremd.

Man sieht in Frankreich den Islam nicht mehr für so bedrohlich an. Man unterschätzt ihn im allgemeinen durchaus nicht, aber man hütet sich auch vor Ueberschätzung. Man stellt immer wieder fest, daß es zwischen den verschiedenen Bekennern des Islams tiefgehende Differenzen gibt, die zu überbrücken nur in einem sehr weit von Orthodoxie entfernten Geist möglich wäre. Man verkennt aber auch nicht, daß ein liberaler Islam an Kraft verlieren würde. ... Der Schatten einer Pan-Islam-Bewegung taucht immer wieder auf, bedrohlich und viele sehr erschreckend. Aber unter dieser Bezeichnung verbergen sich doch zumeist regionale Oppositionstendenzen, die sich zu nationalen Zwecken des Islam bedienen, um Alliierte zu gewinnen. So sind die Jung-Tunisier, die Jung-Algerier, die Jung-Syrer usw. aufzufassen, bei denen sich häufig das regional-politische Interesse deutlicher abzeichnet als das panislamische. Sie gebrauchen das letztere als Mittel

zum Zweck, werden sich aber von ihm nie hindern lassen und es abwerfen, wenn es sie stört. Denn nicht nur regional-patriotische Regungen rühren an ihr Herz, sondern auch der Drang des eigenen Ich zur Bedeutung. Eine militant auftretende Religion spielt mit, ist aber nicht maßgebend.

Frankreich sieht, in bezug auf den Islam im besonderen, der Entwicklung in seinem Kolonialreich mit ziemlicher Ruhe entgegen.

3. Die Chinesen in Indochina.

Bei Behandlung der Probleme des französischen Kolonialreiches darf die Chinesenfrage Indochinas nicht außer acht gelassen werden, da sie der Regierung dieser Kolonie schon manches Kopfzerbrechen bereitet hat.

In früheren Jahrhunderten standen Annam und Tonking zeitweilig ganz unter chinesischer Herrschaft und bildeten ein Anhängsel des Reiches der Mitte. Die chinesisch orientierte Kultur dieser Gebiete zeugt davon. Heute sind sie der Souveränität Chinas entzogen und derjenigen Frankreichs unterworfen. Aber China beginnt vermittels seines Menschenüberflusses schon wieder zu erobern, wenn auch auf friedlichem Wege durch seine zahlreichen Auswanderer.

Indochina zählt unter seiner Bevölkerung gegen 400 000 Chinesen, meist aus Südchina und von der Insel Hainan kommend. Sie haben sich nicht, wie zu erwarten wäre, in den der chinesischen Grenze nächstgelegenen Provinzen Tonkings zuerst angesiedelt, um von da langsam nach Westen und Süden vorzudringen. Es muß wohl an dem ihnen nicht zusagenden Charakter des Landes und der Tonkinesen gelegen haben, daß sie gerade in dieser Gegend am wenigsten zahlreich sind, um so häufiger aber angetroffen werden, je weiter man nach Süden kommt. In Annam sitzen sie in allen wichtigeren Städten; in Cochinchina bis in die kleinsten Dörfer hinein; und in Kambodscha ist ihrer Legion. Man schätzt, daß an Fremden in Tonking auf 1 Europäer 4 Chinesen, in Cochinchina auf 1 Europäer 21 Chinesen und in Kambodscha auf 1 Europäer gegen 75 Chinesen kommen.

Der Chinese ist unermüdlich fleißig und scheut vor keiner Arbeit zurück, ist ein sehr geschickter Handwerker. Er ist klug und sparsam, kennt den Wert des Geldes und ist vor allem Kaufmann, Händler, Bankier, Geldleiher. Er lebt wie der Eingeborene, spricht dessen Sprache, heiratet eingeborene Weiber. Er hat es verstanden, fast überall der unentbehrliche

Mittler zwischen den französischen Handelshäusern und dem eingeborenen Krämer oder Verbraucher zu werden, liefert alles, versorgt alle, verfügt vermöge seiner überall wohnenden Landsleute über ausgedehnte, gute Beziehungen, ist stets ausgezeichnet unterrichtet und kennt bei seiner Vorsicht den Bankrott fast nur vom Hörensagen.

Das Ergebnis so vieler nützlicher kaufmännischer Eigenschaften ist, daß der Chinese den Handel Indochinas beherrscht und kontrolliert. Insoweit nicht zum Nachteil der Kolonie. Aber der Chinamann ist auch als Geldleiher tätig und hier geradezu schädlich. Er verlangt nicht übermäßige Sicherheiten, nimmt aber nur zu häufig einen Zinssatz, der zwischen 50 und 100% schwankt[1]) und mit Erträglichkeit und kaufmännischer Ehrbarkeit nicht mehr recht in Einklang zu bringen ist. Der Eingeborene ist sorglos und leichtlebig und borgt über seine Verhältnisse hinaus, nur um ein Fest feiern zu können. Er kann nicht zurückzahlen und der Chinese wird Besitzer seines Reisfeldes, er selbst, allen Gesetzen zum Trotz, Sklave. Es gibt Dörfer mit einigen Hunderten solcher Ausgeplünderter. Wie leicht kommt es dann vor, daß sie verzweifelt revoltieren, brennen, plündern — bis der Gendarm kommt. Der Chinese besitzt weite Ländereien; aber das Ansehen der französischen Herrschaft leidet darunter. Die französischen Gerichte sprechen in solchen Fällen, wo es sich um wucherische Ausbeutung handelt, denn auch häufig gegen den Buchstaben des Gesetzes Recht und verurteilen den Chinesen. Und in Dörfern, die vom Wucher betroffen sind, versucht man zu einer wechselseitigen Hilfe zu erziehen.

Diese Entwicklung wurde aber den Chinesen auch durch ihre günstige rechtliche Lage ermöglicht und erleichtert. Als die Franzosen nach Indochina kamen, fanden sie die Chinesen im Genuß besonderer, vertraglich festgesetzter Vorteile von hohem Wert. Die Franzosen übernahmen diese Verträge zusammen mit dem Protektorat und hielten sie bis heute aufrecht. Entsprechend diesem besonderen, nur chinesischen „statut personnel" werden die Chinesen in ganz Indochina nicht als Ausländer, sondern als Einheimische angesehen. Sie genießen die gleichen Rechte wie die Eingeborenen, können sich frei bewegen, dürfen Handel treiben und Bodenbesitz erwerben wie die indochinesischen Untertanen. Das sonst Ausländern gegenüber angewandte Recht der französischen Gesetze gilt ihnen gegenüber nicht. Sie besitzen ihre eigenen Handelskammern in Cholon, Saigon, Hanoi, Haiphong, wo sie auch in den Stadträten vertreten sind, und in den Verwaltungshauptstädten wie Mytho, Cantho, Nam-Dinh, Hai-duong

[1]) „Europe nouvelle" vom 1. März 1930.

und anderen. Sie haben ihre Schulen, Klubs, Tempel und Vereine. Sie sind in jeder Hinsicht bevorzugt.

Selbstverständlich ist, daß die französische Regierung Indochinas, soweit es möglich ist, die Chinesen einer strengen Kontrolle unterwirft, um die Macht der Chinesen nicht auf eine zu bedrohliche Weise anwachsen zu lassen und um die eingeborene Bevölkerung zu schützen. Letzteres ist auch um Frankreichs Ansehen willen nötig, da die Bevölkerung das von den Chinesen häufig verursachte Elend den Franzosen in die Schuhe schiebt, jedoch bisweilen auch nicht zögert, den Chinesen gegenüber zur Selbsthilfe zu greifen (wie mit dem Aufstand in Haiphong, August 1927). Die in solchen Fällen nötige energische Unterdrückung fällt dann wiederum den Franzosen zur Last.

Der chinesisch-französische Vertrag von 1886, wie auch der vom Mai 1930, sieht nur zwei Konsulate Chinas auf dem indochinesischen Territorium vor, um die Bildung von Agitationszentren zu verhindern. Die Chinesen auf dem Gebiet Indochinas müssen sich, bei der Einwanderung, auf den Listen des Einwanderungsdienstes eintragen lassen. Außerdem muß jeder sich an seinem Wohnsitz bei den behördlich anerkannten chinesischen Korporationen (congrégations) anmelden und einzeichnen, die den Behörden gegenüber für die Zahlung seiner Steuern und Abgaben sowie überhaupt für sein Tun und Lassen verantwortlich sind. Die Aufnahme des Chinesen in das Personalsteuerregister ist ebenfalls wichtig. Schließlich hat Frankreich das Recht, jeden mißliebigen Chinesen auf dem Wege eines einfachen Dekrets, ohne sonstige und umständliche Verfahren, auszuweisen, wodurch die Säuberung von unerwünschten Elementen sehr erleichtert wird.

Chinesischerseits beklagt man sich häufig über diese Maßnahmen sowie über die seit 1926 erlassene Einwanderungsordnung. Jedoch hat die Regierung der Indochinesischen Union noch durchaus keinen Anlaß gefunden, die erlassenen Bestimmungen zu mildern. Bereit wäre sie dazu auch nur in dem Fall eines gänzlichen Verzichtes der Chinesen auf alle die oben erwähnten Privilegien und seiner Unterstellung unter die auf Ausländer anzuwendenden Bestimmungen des französischen Gesetzes. Jedoch haben die Chinesen für diesen Tausch nichts übrig, da sie nur zu verlieren, nichts zu gewinnen haben. Ihnen gegenüber bleibt der Regierung nichts weiter übrig, als durch Ausbau des Rechtes und der Rechtsprechung die schädlichen Spitzen chinesischen Kaufmannsgeistes abzubrechen. Wenn sie es nicht auf eine gefährliche einseitige Kündigung der Verträge ankommen lassen will.

V. Außenpolitisch-koloniale Reibungsflächen.

1. Französisch-italienischer Kolonialstreit.

Eine der wichtigsten Ursachen des französisch-italienischen Gegensatzes von heute liegt in der Frage einiger Kolonialgebiete Frankreichs, die Italien beansprucht oder innerhalb deren es gewisse Ansprüche stellt. Alle italienischen Forderungen werden von Frankreich bestritten und abgelehnt.

Es handelt sich in erster Linie um die italienischen Wünsche betreffs der Südgrenze Tripolitaniens (oder Libyens). Italien verlangt von Frankreich die an Libyen angrenzenden nördlichen Gebiete Aequatorialafrikas, nämlich die Länder Borku, Tibesti, Ennedi und Kanem, die ihm einen Zugang zum Tschadsee und zu Zentralafrika mit dem Flußsystem des Schari und Logone sichern würden. Die Begründung zu dieser nicht gerade unbeträchtlichen Forderung bezieht sich auf den Frieden von Lausanne (Ouchy) vom 18. Oktober 1912, der den Tripoliskrieg zwischen Italien und der Osmanischen Pforte beendigte. In diesem Vertrag trat die Pforte an Italien ihre Provinz Libyen ab und verzichtete auf alle Ansprüche. Italien beruft sich nun darauf, daß zu dem türkischen Besitz Libyen auch die genannten Länder zwischen der heutigen Südgrenze Libyens und dem Tschadsee gehörten und daß, da Italien formeller Rechtsnachfolger der Türkei in ihren Ansprüchen auf Libyen sei, diese Ansprüche sich auch auf jene Gebiete bezögen. Den speziellen Wunsch, die Tschad-Territorien zu besitzen, begründete man mit diesem Vertrag zu Lausanne.

Man glaubt aber auch, einen allgemeinen Anspruch auf von Frankreich abzutretende beliebige Gebietsteile zu besitzen. Im Vertrag von London[1]) (26. April 1915) hatten sich England und Frankreich u. a. verpflichtet, für den Fall, daß Italien an der Seite der Entente in den Krieg eintrete, ihm aus der erhofften afrikanischen Beute einen Anteil zu übergeben oder zum mindesten ihm eine noch zu bestimmende

[1]) Ergänzt durch den Vertrag von St. Jean-de-Maurienne vom 21. April 1917.

Kompensation zu gewähren. Italien rechnete damals mit einem Stück von Kamerun oder den Tschadterritorien. Jedoch übernahmen nach dem Versailler Vertrag England und Frankreich die deutschen Kolonien in der Mandatsform, teilten sich brüderlich darein und gaben Italien nichts. Erst auf wiederholte und energische Vorstellungen hin bequemte Frankreich (Akkord vom 12. September 1919) sich dazu, Italien wenigstens eine Abschlagszahlung zu geben und trat an der Westgrenze Libyens die Oasen Ghat, Gadames und Tümmo mit den zugehörigen Karawanenstraßen ab. Das war nur ein sehr kleines Stück und befriedigte die Italiener durchaus nicht. Endlich, 1924, entledigte England sich seiner Schuld durch Abtretung des Jubalandes, im Süden des italienischen Somali-Gebietes, und, 1925, der anglo-ägyptischen Oase Dscharabub an der Grenze der Cyrenaika. Damit war England seiner Schuld ledig; nicht aber Frankreich, dem Italien vorwarf, sich bereichert zu haben, ohne seine dem Bundesgenossen gegebenen Versprechen zu halten.

Frankreich widerspricht heftig. Gegen das Argument des Vertrages von 1912 stellt es fest, daß Libyen zwar der Türkei gehört habe, daß sich aber nicht einwandfrei beweisen lasse, daß Tibesti, Borku, Ennedi und Kanem Gebiete Libyens gewesen seien. Und wenn man das schon als wahr unterstellen wolle, so sei doch niemals ein türkischer Soldat oder Gendarm dort gewesen, und Frankreich habe ein de facto herrenloses Gebiet an sich genommen. Im übrigen habe Italien im französisch-italienischen Akkord vom 1. November 1902 als Südgrenze Libyens die Linie anerkannt, die die französisch-englische Erklärung vom 21. März 1899 durch eine Karte angegeben habe.

Die italienischen Ansprüche sind, soweit sie sich auf den Londoner Vertrag beziehen, vielleicht berechtigt, obwohl dort über Lage, Ausdehnung und Wert der eventuellen Kompensationen nichts gesagt ist. Soweit sie sich auf den Vertrag von 1912 beziehen, hinken sie wohl auf beiden Beinen etwas. Denn die türkische Souveränität ist betreffs des Tschadgebietes nicht nachweisbar und zum mindesten nur sehr nominell gewesen, niemals aber ausgeübt worden. Ist sie nominell, d. h. dem Anspruch nach bestehend gewesen, was zu ungunsten Frankreichs spräche, so spricht für das letztere die Tatsache, daß es zuerst anwesend war, das Gebiet besetzt und pazifiert und noch im Besitz hat. Betreffs der englisch-französischen Erklärung von 1899 sagt Italien, daß diese Erklärung es nichts mehr anginge, das sei „res inter alios acta", unter Dritten zum Nachteil der Erblasserin Türkei geschehen.

Ansicht steht gegen Ansicht. Und keine der beiden Mächte ist gewillt, nachzugeben, da eben jede auf dem Standpunkt steht, Recht zu haben.

Eine französische Ansicht, daß Italien so lange zum mindesten keinen Anspruch auf weitere Kolonialgebiete erheben dürfe, als es nicht seine legitimen Besitzungen zu befrieden imstande sei, ist inzwischen widerlegt worden. Im Januar 1931 gelang nach einem schwierigen Expeditionsfeldzug endlich die Einnahme von Kufra, im Südosten Libyen, und damit die Aushebung des letzten Stützpunktes der Senussi, die den Italienern so viel zu schaffen gemacht hatten. Da in den letzten Jahren auch die Durchdringung des Fezzan gelungen war, so kann die libysche Kolonie endgültig als befriedet angesehen werden. Aber mit dem Erfolg von Kufra setzte auch alsbald die italienische Pressepropaganda betreffs der Südgrenzen Libyens wieder ein und führte zu sehr erregten Auseinandersetzungen[1]). Jedoch ist eine Stimme bemerkenswert, die im Januar 1931 in der italienischen Zeitschrift „Rassegna italiana" zu Worte kam. Der Senator Luigi Bongiovanni erörterte dort die Ursachen des italienisch-französischen Unfriedens und gelangte nach Untersuchung aller Fragen auf kolonialpolitischem Gebiet zu der Folgerung, daß Italien bezüglich der Tschad-Territorien ebenso wenig Aussichten habe wie bezüglich Tunesiens. Man solle die Finger davon lassen. Jedoch, da die italienischen Ansprüche auf den Zugang zum Tschad nun einmal begründet seien, so solle man sie als Tauschobjekt benutzen. Wenn Frankreich daran gelegen sei, mit der italienischen jungen 40-Millionen-Nation zu einem Einverständnis zu gelangen, dann müßte es doch bereit sein, für das Fallenlassen der italienischen Ansprüche auf nord- und zentralafrikanische Gebiete eine Kompensation zu gewähren. Und diese Kompensation sieht Bongiovanni in einer Abtretung der französischen Somalikküste an Italien. Er meint, daß Frankreich leicht einen anderen Stützpunkt in dieser Gegend fände (vielleicht seine kleine Besitzung Scheich-Said gegenüber Obok auf der arabischen Seite). Dazu habe seit Faschoda und der Erledigung des West-Ost-Projektes dieses Somali-Gebiet viel an Bedeutung

[1]) Z. B. Polverelli im „Popolo d'Italia" vom 30. Januar 1931: „... Gewisse Nationen, die große Kolonialreiche besitzen, haben keine kolonisatorischen Fähigkeiten. Allein Italien, zur Kolonisation gekommen, als die reichsten Gegenden schon belegt waren, hat jenseits der Meere einen mächtigen Zufluß neuen Lebens gebracht. Die anderen kratzen Geld zusammen oder zerstören Denkmäler (Damaskus) oder bilden Schwarze für den Krieg gegen Weiße aus ... Während also in einer alten und blutleeren Nation Europas die Neger an die Regierung kommen, führt Italien in starkem Glauben die weiße Zivilisation nach Afrika zurück."

für Frankreich verloren. Und wenn Italien die Vorherrschaft Frankreichs in Nord- und Nordwestafrika anerkenne, so sei es nur vernünftig, wenn Frankreich die überragenden Interessen Italiens an der Somaliküste und in Abessinien achte.

Diese Idee Bongiovannis hat in Frankreich keine stürmische Begeisterung ausgelöst. Man erkennt die Rechte Italiens auf afrikanische Gebiete Frankreichs nicht an, warum soll also von Kompensationen gesprochen werden? Außerdem liegt Frankreich viel zu viel an seinem Somali-Gebiet, das mit seinem Handel von über 1 Milliarde Franken wertvoll genug ist und mit seiner Eisenbahn von Dschibuti nach Addis-Abeba eine Art Import- und Export-Monopol für Abessinien besitzt. Diese Stellung Frankreichs in Abessinien ist noch durchaus erweiterungsfähig und wird auch mit Hilfe des belgischen Bundesgenossen noch ausgebaut werden[1]).

In Italien fand der Vorschlag Bongiovannis ebenfalls nur sehr geteilte Zustimmung, da er eine Aufgabe aller Aspirationen auf Tunis bedeutet hätte. Diese Bestrebungen haben ihre Basis in der zur Zeit noch überlegenen Anzahl der Italiener in Tunis, die etwa 85 000 oder 89 000 betragen mögen, gegenüber etwa 70 000 Franzosen (1926). Diese Ueberlegenheit, die früher noch viel beträchtlicher war (1911 etwa 88 000 Italiener gegen 46 000 Franzosen), hatte den Italienern bereits vor der französischen Protektoratsübernahme 1881 die Hoffnung erlaubt, die Regentschaft einst selbst besitzen zu können. Jedoch kam Frankreich ihnen zuvor. Aber bei Ablauf des italienisch-tunesischen Meistbegünstigungsvertrages von 1868 schloß Frankreich eine neue Konvention mit Italien (1896), in der dieses das französische Protektorat anerkannte, auf die Meistbegünstigung verzichtete, seine eigenen Postämter einzog und die Eisenbahn von Tunis nach La Goulette an eine französische Gesellschaft abtrat. Als Gegengabe erhielt Italien besondere Rechte zur Erhaltung der italienischen Staatsangehörigkeit der Italiener in Tunis. Danach dürfen alle Kolonisten ihre Staatsangehörigkeit auch bis in die dritte Generation behalten, die italienischen Schulen sind keiner französisch-tunesischen Aufsicht unterworfen, italienische Aerzte und Apotheker brauchen keine französischen Examina, Sonderrechte in Schiffahrt und Fischerei bleiben bestehen.

Dieser Vertrag von 1896 wurde dann 1919 „mit Rücksicht auf die durch den Krieg entstandene Lage" gekündigt. Jedoch wurde ein Provisorium geschaffen, das den Italienern

[1]) Eine belgische Militärmission ist in Abessinien tätig.

die gleichen Rechte zugestand, aber nur immer auf 3 Monate galt, um dann wieder erneuert zu werden; bis heute.

Die französische Regierung hatte zwar in der Note, die die Kündigung der Konvention mitteilte, gesagt, daß „diese Maßnahme nur von wirtschaftlichen und Handels-Gründen eingegeben sei und durchaus keinen politischen Hintergedanken enthalte". Aber in Italien glaubt man nicht daran. Die fascistische Regierung hat seit 1922 immer auf eine endgültige Regelung der Frage der tunesischen Italiener gedrängt, jedoch hat der Quai d'Orsay sich nicht dazu entschließen können.

Die Frage ist aber für Italien von großer Wichtigkeit, angesichts der Tatsache, daß das Italienertum Tunesiens stationär ist und sogar langsam zurückgeht. Nur mühsam noch hält man es durch eine rege fascistische Propaganda, durch nationale Verbände, Schulen und Zeitungen zusammen. Aber es ist ganz unzweifelhaft, daß im Laufe der Generationen das italienische Nationalgefühl sich verliert, daß durch Blutsmischungen mit Franzosen, durch die vordringende Sprache und Kultur Frankreichs das französische Nationalgefühl wachsen wird. Vorausgesetzt, daß es nicht einem ausgesprochen regionalen, einfach tunesischen Nationalgefühl Platz macht; was allgemein genommen keine neue Erscheinung wäre. Erheben sich doch schon Klagen über die Anfänge eines algerischen und auch indochinesischen Regionalismus, die das Mutterland schon nicht mehr als allmächtige Leiterin aller kolonialen Geschicke gelten lassen wollen.

Man macht sich in Italien keine Illusionen über die Möglichkeit einer Erwerbung Tunesiens auf einem anderen als dem Wege eines siegreichen Krieges. Aber da man mit allen Möglichkeiten rechnet, ist man zum Kampfe um die Aufrechterhaltung des Italienertums in Tunis entschlossen und hofft auf eine Lösung der Zukunft. An Tunis liegt Italien natürlich besonders, da es weite Siedlungsmöglichkeiten bietet und gegenüber liegt. Libyen ist ein armes, wüstenreiches Land, das zwar schon jetzt etwa 40 000 Italiener beherbergt und nach den geplanten, umfangreichen Bewässerungsarbeiten noch bedeutend mehr wird aufnehmen können. Aber das wird noch lange Zeit dauern. Und inzwischen verliert man jedes Jahr rund 300 000 Auswanderer, die für Italien verloren sind. Tunis böte Platz für viele. Man schielt offen oder heimlich darnach und denkt ans „mare nostro" und an das neue Imperium der Zukunft. Das erzeugt keine freundschaftlichen Gefühle für den französischen Nachbarn.

2. Die Mandate.

Eine Frage, die Frankreich Zeit ihres Bestehens außenpolitische Sorgen verursachen wird, ist diejenige der kolonialen Mandatsgebiete. Es hat ein Mandat der Klasse A, Syrien, und zwei der B-Klasse, Togo und Kamerun. Beide wurden durch den Artikel 119 des Versailler Vertrages Deutschland genommen und zum größten Teil Frankreich, zum kleinen Teil England gegeben, auf Grund des Artikels 22 des Völkerbundsstatuts. Der Mandatar hat die Aufgabe, die ihm zugewiesenen, in der Kulturentwicklung noch nicht genügend fortgeschrittenen und zu selbständiger Existenz noch nicht fähigen Völkerschaften im Geiste reinster Uneigennützigkeit zu leiten und zu fördern, bis sie die zur Eigenstaatlichkeit nötige Reife erlangt haben.

Der Artikel 22 des Covenants spricht sich nur sehr ungenau über das Wesen des Mandats aus und läßt so ziemlich alle Fragen offen. Bezeichnung der Rechte und Pflichten des Mandatars, Dauer und Ende, nichts ist angegeben oder klar erwähnt.

Jedenfalls kann man aber wohl aus der Tatsache, daß der Völkerbund das Mandat den jetzigen Inhabern ohne zeitliche Begrenzung überantwortete, schließen, daß der Völkerbund auch das Recht hat, wann er will, den derzeitigen Mandataren die Mandate wieder abzunehmen, um sie anderen zivilisierten Nationen zu übertragen oder auch, um den Mandatsgebieten die Ausübung ihrer Souveränität im Rahmen des geltenden Völkerrechts freizugeben. Der Völkerbund verleiht die Mandate; mangels vorhandener Einschränkungen muß er dann auch das Recht haben, sie zurückzunehmen. Denn ausdrücklich wird gesagt, daß sie, ausgenommen die C-Mandate, nicht integrierende Bestandteile der Mandatar-Nationen bilden dürfen, sondern in getrennter Verwaltung zu führen sind. Außerdem haben die Mandatare jährlich der Mandatskommission des Völkerbundes Bericht über ihre Maßnahmen und die Lage in den Mandatsgebieten zu erstatten. Auch das bezeugt, daß die Mandate dem Völkerbund unterstellt bleiben, auch wenn sie einer Nation zur Betreuung übergeben wurden; denn der Völkerbund könnte ja keine Berichterstattung über Gebiete verlangen, die der uneingeschränkten Gebietshoheit souveräner Staaten unterliegen und deren Staatsgebiet ausmachen.

Kurz, die Mandate sind den Mandataren bis auf Widerruf gegeben. Das ist die Ansicht Deutschlands, aber auch Italiens. Während Frankreich die Meinung vertritt, daß die Zuteilung der Mandate, 1919 in Paris geschehen, eine defini-

tive sei. Wodurch das Wort Mandat seinen Sinn verlöre und nur ein anderer Name für Kolonie wäre. Frankreich vertritt hier eine machtpolitische Ansicht, die juristisch nicht zu rechtfertigen ist.

Kurz, Deutschland verlangt, wenn ihm die Kolonien schon nicht formell, auf Grund einer Revision der Verträge von 1919, zurückgegeben werden, so doch wenigstens auf dem Wege über das Mandat einen Anteil an den afrikanischen Rohstoffs- oder, weniger, Siedlungsgebieten zu erhalten. Die Begründung dieses Verlangens liegt einerseits in der Nichtanerkennung der Verträge von 1919, was keiner Erläuterung bedarf. Andererseits liegt sie in der Tatsache, daß Deutschland als Industriestaat die Möglichkeit haben muß, sich auf eigenem Boden billig mit den ihm notwendigen Rohstoffen zu versorgen. Und drittens fordert Deutschland die Anerkennung seines Rechtes, als Kulturstaat ersten Ranges an der Entwicklung noch rückständiger Völkerschaften mitarbeiten zu dürfen, gleichberechtigt mit anderen Kulturnationen, zum größeren Nutzen eben dieser Völkerschaften.

Italien fordert ebenfalls, bei der Mandatsverteilung berücksichtigt zu werden, sogar vor Deutschland, da ihm das auf Grund seiner Beteiligung am Siege des Weltkrieges zustände. Neben den auch von Deutschland gegebenen Begründungen führt es auch an, daß sein starker Bevölkerungsdruck die Zuteilung von Kolonien zu Siedlungszwecken erfordere. Es betont besonders, daß gerade Frankreich mit seiner Bevölkerungsdichte von nur gegen 74 pro Quadratkilometer und seinem so fruchtbaren Lande ein Kolonialreich von rund 14 Millionen Quadratkilometer habe und es weder besiedeln noch so zu entwickeln vermöge, wie es nötig wäre. Während Italien mit seiner jährlichen Vermehrung um rund 500 000 Seelen und seiner Auswanderung von gegen 300 000 nur ein kleines und nicht sehr wertvolles Kolonialreich von 2,375 Millionen Quadratkilometer besitze, das für eine Siedlung nicht oder nur schwach geeignet wäre. Auch sein eigenes Land, das nur zu etwa 53% bebaut wäre, könnte es angesichts seiner Apenninen, Seen und Flüsse nicht viel mehr ausnutzen. Wohin aber mit dem Bevölkerungsüberschuß?

Die italienische Rechnung ist sehr schön, hat aber einen Haken oder zwei: Der erste ist der, daß die italienische Auswanderung nicht dahin geht, wohin sie die italienische Regierung gern haben möchte, d. h. nicht oder nur kaum nach Nordafrika, Tunis oder Libyen. Sie strebt hauptsächlich nach Nord- und zumal nach Südamerika; denn für den von den Errungenschaften der Zivilisation verwöhnten Europäer geht

sie jetzt nur dahin, wo er Platz zur Siedlung, Auswahl der Arbeitsgelegenheit und den auch für den einfachsten Menschen Europas nötigen Komfort des modernen Lebens findet. In den noch sehr jungfräulichen Gebieten Libyens findet er nicht, was er sucht, sondern nur die harte, entsagungsvolle Arbeit des Urbarmachens und ersten Beginnens.

Und der zweite Haken ist, daß die von Italien geforderten Gebiete, sei es das Tschad-Territorium zu Eigen, sei es Kamerun als Mandat, sich nicht zu weißer Siedlung eignen, sondern immer nur einer beschränkten Anzahl Weißer die Möglichkeit von Beamten- oder Aufseherposten geben können, während die eigentliche Arbeit auf dem Acker oder in der Fabrik wohl stets dem Schwarzen überlassen bleiben muß. Das Klima ist ein gefährlicher Feind des Europäers.

Frankreich verweigert jedenfalls die Rückgabe der Mandate an den Völkerbund; obwohl es vorsichtig genug ist, nicht mehr Geld als unbedingt nötig hineinzustecken und sie ihre Lasten im allgemeinen selbst tragen zu lassen. Bei der jetzigen großen Kolonialanleihe erhielten Kamerun und Togo fast nur für Hygienezwecke (Schlafkrankheitsbekämpfung) einige Summen.

Frankreich erkennt die italienische Begründung nicht an, sondern spricht höchstens von dem „sophisme du peuplement"[1]), der Kolonien für Siedlungszwecke verlange, während es doch die Aufgabe einer Kolonialmacht sei, nicht die Eingeborenen zu verdrängen, sondern sie nach Quantität und Qualität zu entwickeln. Dazu habe aber Frankreich keinen Bevölkerungsüberschuß nötig, käme sehr gut mit dem Vorhandenen aus und sein Ehrgeiz erstrecke sich nur darauf, eine „Nation der Kaders" zu sein, die den noch nicht entwickelten Völkern eben die zur Entwicklung nötigen Rahmenformationen liefere.

Betreffs des syrischen Mandates entstand im April 1931 beträchtliche Aufregung in Italien, da das Gerücht kursierte, Frankreich wolle das Mandat Syrien in ein Königreich umwandeln und dann seine Aufnahme in den Völkerbund beantragen. Jedoch ist es darüber wieder stille geworden. Jedenfalls aber verlangte die italienische Presse mit allem Nachdruck, daß sich Italien einer Verfassungsänderung in Syrien als einseitiger Maßnahme Frankreichs widersetze. Denn eine solche Veränderung müsse zuvor dem Völkerbund vorgelegt werden (wie das seinerzeit in der Irakfrage geschah), damit er sein Urteil abgebe und die anderen Staaten ihre Interessen wahrnehmen könnten.

[1]) Maurice Reclus im „Temps", 20. Januar 1931.

Italien hat also offenbar die Absicht, kraft seines Rechtes als Mitglied der Mandatskommission, keine Veränderung in Syrien zuzulassen, wenn ihm Frankreich nicht eine Entschädigung in den Kolonien dafür gewährt.

3. Indochinas außenpolitische Lage.

Indochina, die reichste und entwickeltste der französischen Kolonien, liegt sehr weit vom Mutterlande entfernt im Fernen Osten, der der politische Wetterwinkel der Erde zu werden droht. Der ganze Osten ist im Fluß, nirgends ein fester Punkt, um Fuß zu fassen. China ist noch immer im Chaos und von der Einigung weit entfernt. Indien gärt und kann jeden Tag der zeitweiligen revolutionären Auflösung verfallen. Zwischen beiden Riesenmassen eingeklemmt liegt Hinterindien, auf ihm, die Ostküste sich entlang windend, Indochina. Auch dort wie in Siam, wie in Niederländisch-Indien und auf den Philippinen, knistert es im Gebälk, das Zucken und Toben der beiden gewaltigen Gebiete im Osten und im Westen erschüttert das ganze Gebäude Ost- und Südasiens bis in die Grundfesten.

Indochina ist ein sehr weit vorgeschobener Posten und entsprechend gefährdet. Aufgabe der französischen Außenpolitik kann es nur sein, auf das vorsichtigste tastend die Empfindlichkeit seiner Nachbarn zu schonen und derart am besten, so weit möglich, Indochina zu schützen.

China gegenüber hat Frankreich nicht so gehandelt, wie eine vorausschauende Politik es vielleicht hätte tun müssen. Es hätte allen Grund, sich China zum Freunde zu machen. Aber es hat weder das Pachtgebiet Kwang-Tschou-wan zurückgegeben, während England auf sein Wei-hai-wei, Belgien auf Tientsin, Japan auf Tsingtau verzichtet hat. Noch hat Frankreich seine „settlements" in Schanghai Kanton Tientsin und Hankau zurückerstattet, unter gleichzeitigem Abtransport seiner Truppen, die eine dauernde Demütigung Chinas bilden. Noch hat es von den Kapitulationen, besonders der Konsulargerichtsbarkeit, gelassen. Noch hat es die Politik der Interessensphären aufgegeben, die durch die Verträge von 1897 und 1898 China verpflichtete, die Insel Hainan oder einen Ort auf ihr niemals abzutreten oder zu verpachten sowie die drei dem Protektorat Tonking benachbarten chinesischen Provinzen Kwangtung, Kuangsi und Yünnan als französische Interessensphäre zu betrachten, in der keine fremde Macht jemals etwas zu suchen habe.

Man muß anerkennen, daß gerade für Frankreich die Frage der Interessensphären in dem Vorfeld Indochinas sehr wichtig ist. Die Provinzen Kwangtung und Kuangsi haben gewiß nur den Wert des Glacis der Festung Tonking, ihr wirtschaftlicher Wert für Frankreich ist gering, da sie ihren natürlichen Hafen in Kanton haben. Der Handel ist auf den Grenzverkehr beschränkt. Aber um so höheren Wert hat die Provinz Yünnan, die durch Tonking vom Meer getrennt wird und auf Haiphong als nächsten Hafen angewiesen ist. Um den Verkehr zu heben und dieses große und bevölkerte Hinterland auszunutzen, wurde 1910 die Bahn von Laokai (Tonking) nach Yünnanfu eröffnet, die Frankreich für Yünnan ein Handelsmonopol sichert (solange nicht die Bahnen von Britisch-Burma nach Yünnan hineinstoßen). Diese Bahn allein macht Yünnan unbedingt zu einer Interessensphäre Frankreichs, an der es so zäh wie möglich festhalten muß und wird. Kommt noch hinzu, daß zusammen mit der Bahn auch zahlreiche zivilisatorische Arbeiten Frankreichs in der Provinz ausgeführt wurden, so auch Schulen und Krankenhäuser, die von Indochina subventioniert werden.

Kurz, Frankreich kann nicht auf die Sphärenpolitik verzichten, wenn es nicht auf Arbeit und Ertrag von Jahrzehnten, auf wirtschaftlichen und kulturellen Nutzen der Zukunft verzichten will. Denn die Lage Deutschlands und der Deutschen gegenüber China, wie sie aus den Artikeln 128 ff. des Versailler Vertrages resultieren, auch für sich zu adoptieren, kann Frankreich sich nicht entschließen, sein nationaler Stolz würde explodieren. Und einer der Hauptgründe, die Frankreich für seine Unnachgiebigkeit betreffs Chinas immer aufs neue heranführt, ist: man muß auf die Erhaltung seines Prestiges achten. Eine Haltung, die Europa im allgemeinen schon sein Prestige gekostet hat und die auch Frankreich um das seine bringen wird. Man kann China nicht mehr um des Prestiges willen malträtieren, es rächt sich.

Der andere Nachbar, mit dem Frankreich sich ins Reine zu setzen hat, ist Siam. Das früher von England und Frankreich sehr schlecht behandelte Land (Frankreich nahm ihm 1893 Laos und 1907 die Provinzen Angkor und Battambang in Cambodscha ab) hat sich jetzt stark modernisiert und ist ein Nachbar geworden, den Frankreich zu respektieren gezwungen ist. Er ist ja mit seinen rund 10 Millionen Einwohnern, davon etwa 4 Millionen Chinesen, nicht gerade gefährlich, aber die gut ausgebildete Armee und die zunehmende Erschließung des Landes, die mit aller Energie vorwärtsgetrieben wird, lassen diesen Nachbar doch respektabel genug erscheinen. Frankreich hat sich ihm genähert

und 1925/26 mit ihm zwei Verträge geschlossen, deren einer die Schiffahrt auf dem Mekong mehr schlecht als recht regelt und sich mit den Grenzfragen beschäftigt, deren anderer einen allgemeinen Freundschaftsvertrag darstellt. Frankreich sichert sich einen starken Einfluß in Siam auch schon durch die Bearbeitung des siamesischen Rechtes durch französische Juristen. Aber es wird für Siam so oder so die maßgebende Macht bleiben, so lange es sich in Indochina zu halten vermag; denn Siam ist von der Kolonie so eingekapselt, daß es sich kaum rühren kann. Indochina ist allein wehrlos. Beide Staaten zusammen würden ein Ganzes ergeben, das politisch handlungsfähig wäre. Siam neigt durchaus zu Frankreich hin, auf Grund eines milden Nachhelfens von seiten Frankreichs ebenso wie durch eine gewisse Sympathie. Aber auch die Sorge vor England und Japan spielt mit. Jedenfalls ist eine gewisse Annäherung Siams und Indochinas festzustellen, die allerdings besonders zugunsten Frankreichs ausfallen würde. Denn trotz der Deklaration von 1896, die das siamesische Gebiet garantierte, hatte Frankreich den Siamesen halb Kambodscha weggenommen; es wird also immer ein Bündnis zwischen Wolf und, sagen wir Widderbock sein. Für Indochina dürfte es aber rätlich sein, das Spielen des Wolfes nicht zu übertreiben.

Als letzter großer Nachbar kommt noch Japan in Betracht. Politische Reibungen zwischen Frankreich und Japan bestehen kaum, im Gegenteil, eine gewisse Interessengemeinschaft in der Abrüstungsfrage hat sich gezeigt. Aber in wirtschaftlicher Hinsicht ist man in Japan unzufrieden, da Frankreich das indochinesische Zollgebiet ganz für sich reklamiert und Japan fast ausschließt. Zwar gelten für Japan alle Rechte der Meistbegünstigung, aber nur im Handel mit Frankreich selbst. Handelsverträge dehnen sich nicht ohne weiteres auf Indochina aus, sondern müssen durch das Gesetz auch auf die Kolonie anwendbar gemacht sein oder den Hinweis auf eine abzuschließende Sonderkonvention enthalten.

Eine mit der französischen gleichberechtigte Einfuhr Japans nach Indochina würde für die erstere ruinös sein. Japan arbeitet mit viel billigeren Arbeitskräften und mit geringeren Versandkosten, da ja die Entfernung, verglichen mit der Frankreichs, klein ist. Eine Ermäßigung der Zölle Indochinas würde dort ein japanisches Dumping bedeuten, dem die französische Einfuhr erliegen müßte. Man schützt sich durch Zölle. In Japan grollt man, kann aber nichts ändern.

Mit Japan besteht also ein gutes Verhältnis, das auch durch die Einwanderungsfrage nicht getrübt wird; da die

japanische Einwanderung nach Indochina sehr gering ist und sich hauptsächlich nach Südamerika wendet.

Indochina hat also außenpolitisch im Augenblick nichts zu befürchten. Jeder Staat ist im Inneren reichlich beschäftigt, sich zu konsolidieren oder auch nur zu halten.

Im übrigen ist Indochina doch wohl eine Funktion Chinas und dürfte sich nach dessen Entwicklung zu richten haben.

VI. Das Kolonialreich als Machtbasis.

Die vorstehende Untersuchung konnte angesichts des ungeheuren Umfanges der Materie nur sehr summarisch geführt werden und muß das tiefere Eindringen in Einzelfragen anderen überlassen. Immerhin hat sie in großen Zügen ein Bild des heutigen Zustandes und Wertes, d. h. Ertrages des französischen Kolonialreiches gegeben.

Die Ergebnisse seien hier noch einmal kurz und zusammenfassend wiederholt.

Das französische Kolonialreich, das seit der Restauration erbaut wurde, verdankt sein Entstehen keinerlei zwingenden Notwendigkeiten auf wirtschaftlichem oder bevölkerungspolitischem oder einem anderen Gebiet. Es ist ein Produkt des Ehrgeizes und politischen Geltungsbedürfnisses der französischen führenden Schichten, des Imperialismus schlechthin.

Das Volk Frankreichs sah der Eroberung teils widerwillig, teils völlig uninteressiert zu. Das hinderte zwar nicht die Eroberung riesiger Gebiete, wohl aber ihre Inwertsetzung. Denn der kleine Sparer gab kaum einen Franken für die Entwicklung seines Kolonialreiches.

Der Weltkrieg fand das Kolonialreich in jeder Beziehung vernachlässigt vor: die wirtschaftliche Erschließung war knapp über die Grenzen des Noch-Lächerlichen hinaus und bestand zumeist aus denkbar schönen Plänen, die zuweilen in formvollendeten Reden gefeiert wurden. Die militärische Ausnutzung der kolonialen Kräfte hatte begonnen, wenn auch in sehr geringem Umfange und nur zögernd.

Im Weltkrieg leistete das Kolonialreich absolut, d. h. wie es nun einmal vorhanden und entwickelt war, genommen außerordentlich viel. Relativ dagegen, d. h. bei Anlegung des Maßstabes der in ihm liegenden und noch unentwickelten Möglichkeiten und Reichtümer, genommen war seine Weltkriegsleistung doch eigentlich recht geringfügig.

Der Weltkrieg war eine Lehre dessen, was hätte sein können und doch nicht war. Man trieb Propaganda, und das Volk begann sein koloniales Erwachen. Man begann einzusehen, daß Kolonien Geschäfte sind, in die man Kapital stecken muß, um dann Profite machen zu können. Man steckte Geld hinein. Man begann den Wert schwarzer, brauner und

gelber Soldaten und Arbeiter endlich zu begreifen und fing an, die farbige Armee aufzubauen.

Der französische Staat nahm sich endlich seiner Besitzungen an und die Kammer votierte die großen Kredite, von den Kommunisten abgesehen, nahezu einstimmig. Keinem der Abgeordneten brauchte sein Votum schwer zu fallen, denn es ging um die Interessen Frankreichs, und dazu sollten 80% mindestens der Anleihesummen für Bestellungen in Frankreich ausgegeben werden und der Industrie, dem Handel und der Schiffahrt Frankreichs zugute kommen.

Man wird die Kolonien ein Stück vorwärtsbringen. Und sie werden nach Ueberstehen der großen Krise besser ausgerüstet den Wirtschaftskampf wieder aufnehmen. Die Bevölkerungsziffer wird steigen: damit aber auch die Arbeitskraft des Landes und das Rekrutenkontingent! Die Aussichten sind großartig für Frankreich. Ist es auch jetzt, bei seiner heutigen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur nicht übermäßig auf die Kolonien angewiesen, in wirtschaftlicher Hinsicht, so tragen doch die Kolonien in weitem Maße dazu bei, sein Ausfuhrdefizit zu verringern und also seine Handelsbilanz zu kräftigen. Daß es da noch nicht so steht wie es möglich wäre, ist nur Frankreichs Schuld. Aber die jetzigen Bemühungen, wenn sie wirklich zielbewußt und konsequent durchgeführt werden, werden Frankreich in nicht allzu langer Zeit einer sehr weitgehenden Autarkie der nationalen Wirtschaft zuführen. Vollständig wird diese Autarkie nie sein können. Aber bei der zentralisierenden Politik Frankreichs, die wirklich die Kolonien ganz und gar in den Dienst der Politik des Mutterlandes stellt und stellen will, ist anzunehmen, daß man vorhandene Möglichkeiten ohne allzu viel Rücksicht auf die Kolonien ausnützen wird, um die wirtschaftliche Abhängigkeit so weit wie möglich aus dem politischen Kalkül fortlassen zu können. Man wird auf diesem Wege weit kommen; sofern nicht Frankreich versagt. Und man wird seine politische Handlungsfreiheit von Tag zu Tag erweitern. Heute sind die Kolonien wirtschaftlich eine wertvolle Hilfe nur: morgen werden sie der eine Pfeiler Frankreichs sein!

Der andere Pfeiler wird heute bereits von der farbigen Armee Frankreichs gebildet. Ein stehendes farbiges Heer von bald 200 000 Mann; eine jährliche Rekrutenziffer von schätzungsweise mindestens 30 000 bedeuten, daß heute kaum ein anderes Land militärisch mit ihm sich messen kann. Von seiner technischen Ausrüstung, Ausstopfung könnte man fast sagen, sei hier gar nicht weiter die Rede. Frankreich ist die stärkste Militärmacht und wäre hors concours, wenn es nicht Rußland gäbe.

Die Entwicklung zwingt Frankreich dazu, sich das nötige Gegengewicht selbst zu schaffen. In einzelnen Kolonien machen sich zentrifugale Tendenzen deutlich bemerkbar. Je höher die eigene Kultur, je älter Geschichte und Tradition eines Kolonialvolkes, um so stärker wird auch seine Selbstachtung sein, um so mehr wird es nach Unabhängigkeit verlangen. Führer sind immer die gebildeten Kreise. Sie verlangen den Unterricht für die Massen. Die Massen lernen, wachsen auf und werden Gegner des Kolonisators. Aber dieser, obwohl um die Folgen wissend, ist von den öffentlichen Meinungen der Welt, seines eigenen Landes und der Kolonien gezwungen, seine Kolonialvölker „anzulernen", gegen sich selbst.

Irre ich nicht, so sagte Lord Cromer bereits, daß die in europäischer Zivilisation aufgezogenen Eingeborenen ihre größten Feinde würden. Aguinaldo, graduiert in Madrid, revolutionierte die Philippinen; Abd-el-Krim, graduiert an spanischen Universitäten, das Rif; Ky-dong und Bui-Quang-Chien, Studenten, erheben Annam; Ghandi, der Rechtsanwalt, kämpft für Indien; und so fort.

Frankreich wird Indochina nicht allzu lange mehr halten können. China und die Annamiten werden es nicht dulden. Madagaskar besaß schon eine Unabhängigkeitsbewegung; dann wird es sie auch nicht verlieren. Vielleicht wird es Frankreich gelingen, die noch ganz ursprünglichen, von Kultur und Tradition unbelasteten Neger Afrikas zu gewinnen, wie es die Kreolen der Antillen und die Senegalesen gewonnen hat. Vielleicht auch die Eingeborenen Nordafrikas? Das hängt davon ab, wie lange Frankreich dort bleibt und was es für eine Politik treibt. Die Nordafrikaner hat es bisher nicht gewonnen.

Vorläufig herrscht Frankreich noch. Und die farbigen Völker tragen aktiv dazu bei, diese Herrschaft zu erhalten und zu stärken. Schon jetzt bilden sie die beiden Pfeiler, auf denen die Welt- und Großmacht Frankreich ruht. Ob diese Pfeiler erzen oder tönern sind, das zu erweisen wird Frankreich noch Gelegenheit haben.

Es fürchtet sich davor, auf die Probe gestellt zu werden und selbst seine Kolonialvölker auf die Probe stellen zu müssen. Das Risiko ist zu groß, die französische Machtstellung in keiner Weise konsolidiert und noch sehr künstlich. Dann hat Frankreich in einem Konflikt nichts mehr zu gewinnen, dagegen viel zu verlieren. Außerdem hat es den Krieg hart am eigenen Leibe kennengelernt.

Aber die internationale politische Lage ist bisher labiler denn je. Frankreich, dem Unsicherheit und Ungewißheit gleich-

bedeutend mit versteckt Drohendem sind, erhebt die immer wiederholte Forderung: „Sécurité"! Sicherheit am liebsten durch internationale Garantien nach Art des Genfer Protokolls von 1924 oder durch einen in französischem Sinne mit Polizeimacht ausgestatteten Völkerbund.

Ist die Sicherheit aber, wie bisher, nicht auf diese Art erreichbar, dann muß sie eben durch starke Heere und Flotten zu erlangen gesucht werden.

Zuerst richtete sich die Sicherheitsforderung fast nur gegen Deutschland. Aber mit dem Aufkommen des französisch-italienischen Gegensatzes bekam sie auch eine gleiche Spitze gegen Italien. Um gegen Deutschland sicherer zu sein, versuchte Frankreich zu einem Ausgleich mit Italien, zumal in der Flottenfrage, zu kommen, die die meisten Schwierigkeiten aufwies und für Frankreich am wichtigsten war und ist. Denn Italien ist zum Schutze seines Handels und seiner langen, offenen Küsten auf eine starke Flotte angewiesen, die der stärksten anderen Flotte im Mittelmeer zum mindesten ebenbürtig sein muß. Mit dieser Forderung aber wird es Frankreich gefährlich, das angesichts seiner geographischen Lage an zwei Meeren und seiner kolonialen und Handels-Situation eine Flotte für nötig hält, die der italienischen weit überlegen sein muß, besonders da es sich um den Schutz der Algier-Marseille-Verbindung handelt. Auf dieser Verbindung ruht der ganze Aufmarschplan der französischen Armee, zu ihrem Schutz ist eine der italienischen beträchtlich überlegene Flotte unbedingt notwendig.

Die italienisch-französischen Flottenverhandlungen sind ohne Ergebnis verlaufen. Auf der Londoner Flottenkonferenz zerschlugen sie sich an den italienischen Flottenparitäts-Forderungen, denen Frankreich das Verlangen einer Ueberlegenheit von mindestens 200 000 Tonnen gegenüberstellte. Der „römische Flottenpakt" vom März 1931 scheiterte an französischen Wünschen betreffend die Ersatzbauten.

Frankreich muß mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Italien rechnen und beizeiten seine Vorkehrungen treffen. Seine Mittelmeerstraße ist durch das Dreieck Toulon — Bizerta — Ajaccio gut gedeckt. Ob irgendwelche Abmachungen mit Spanien betreffs der Balearen-Inseln bestehen oder bestanden, ist nicht bekannt. Ebenso wenig weiß man etwas über die französischen Absichten im Falle, daß Spanien sich seines marokkanischen Besitzes zu entledigen geneigt ist. Jedoch ist anzunehmen, daß Frankreich eine Festsetzung Italiens oder Deutschlands dort nicht zulassen würde. Eine Meldung, die im Frühjahr 1931 durch die Presse ging und von

Verhandlungen über einen etwaigen Transport französischer farbiger Truppen durch Spanien im Kriegsfall zu berichten wußte, ist wohl kaum ernst zu nehmen. Daß Frankreich solche Gedanken erwägt, ist unzweifelhaft; zweifelhaft ist aber, ob Spanien bereit wäre, sich dieserart in französische Kriege verwickeln zu lassen.

Das französische Kolonialproblem ist nicht allein im Innern, sei es Frankreichs, sei es seiner Besitzungen, zu entscheiden. Vielleicht fällt die Entscheidung darüber auch im Dreieck Toulon — Bizerta — Ajaccio.

Lebenslauf.

Ich, Edzard Hobbing, bin geboren am 19. November 1904 in Halle (Saale) als Sohn des damaligen Pfarrers an der Ev. Stadtmission, späteren Superintendent em. und Lizentiat Ubbo Gerhard Hobbing († 1932) und seiner Gattin Emily, geb. Bertheau. Von Ostern 1914 bis Ostern 1918 besuchte ich die Lateinische Hauptschule der Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale), von Ostern 1918 bis Ostern 1921 die ehem. Königl. Landesschule Pforta bei Naumburg (Saale), die ich mit der Obersekunda-Reife verließ, um in die Lippert'sche Buchhandlung, Halle, als Lehrling einzutreten. Nach Beendigung meiner dortigen Lehrzeit ging ich auf den Halleschen Bankverein, Halle, über, um auch dort eine Lehrzeit von 1½ Jahren durchzumachen, nach deren Abschluß ich im Herbst 1924 bei der Buchhandlung Kundt, Karlsruhe, und zu Ostern 1926 bei der Buchhandlung Behre, Hamburg, eintrat. Die Firma Behre verließ ich Ostern 1928, um die Reifeprüfung nachzuerledigen. Im Herbst 1929 bestand ich die Fremdenreifeprüfung (Oberrealschule) bei der Oberschulbehörde Hamburg. Im Sommersemester 1929 war ich an der Universität Hamburg mit kleiner Matrikel eingetragen, um nach dem Abitur bis Herbst 1930 zwei Semester in Berlin, bis Herbst 1931 zwei Semester in Paris zu studieren. Seit Herbst 1931 war ich wieder an der Universität Berlin immatrikuliert, um hier am 19. Januar 1933 die mündliche Doktorprüfung zu bestehen.

Meine Studienfächer waren Staatswissenschaften, Volkswirtschaft und Politik. Vorlesungen hörte ich zumal bei den Herren Professoren Hoetzsch, Vogel, Schumacher, Heinrich Maier, Triepel, Kohlrausch, Aereboe und Herkner, denen ich zu höchstem Dank verpflichtet bin.

Literatur:

L'Algérie en conférences, Paris 1929.

Anzel: Histoire contemporaine, Paris 1930.

Barthou: Maréchal Lyautey, Paris 1931.

Bertrand: Devant l'Islam, Paris 1926.

Brévié: Islamisme contre Naturisme au Soudan Français. Paris 1923.

de Briey: Le sphinx noir, Paris 1926.

Caillard: L'Indochine, Paris 1929.

Chambre des Députés, Sitzungsstenogramme (versch.).

Cros: L'Indochine Française, Paris 1930.

Cros: L'Afrique Française, Paris 1928.

Dubosq: La Chine et le Pacifique, Paris 1931.

Duchêne: La politique coloniale de la France, Paris 1928.

Duong-van-Giau: L'Indochine pendant la guerre 1914—1918, Diss Paris 1926.

van Eerde: Ethnologie coloniale, Paris 1927.

Faidherbe: Le Sénégal, Paris 1889.

Ferhat Abbas: Le jeune Algérien, Paris 1931.

Ferrandi: L'officier colonial, Paris 1930.

Ferry, Jules: Tonkin et la mère-patrie, Paris 1890.

Ferry, Edmond: La France en Afrique, Paris 1905.

Gautherot: Le Bolchévisme aux colonies, Paris 1930.

Gauthier: L'Algérie et la Métropole, Paris 1920.

Guye: La situation politique des Sénégalais originaires des communes de plein exercice, Paris 1921. Diss.

Hanotaux: L'empire colonial, Paris 1929.

Hardy: Géographie de la France extérieure, Paris 1928.

Hardy: Problèmes coloniaux, Paris 1929.

Harmand: Domination et colonisation, Paris 1910.

Homberg: La France des cinq parties du monde, Paris 1927.

Homberg: L'envers du décor, Paris 1930.

Hubert: Ressources coloniales, Paris 1926.

Institut colonial de Marseille. Congres du régime douanier colonial à Marseille 29. Juni bis 1. Juli 1925.
Compte rendu et rapports, Marseille 1925.

Julien: Madagascar, Paris 1930.

Jung: L'Islam, Paris 1930.

Louis: Tableau politique, Paris 1931.

Lyauthey: Lettres du Tonkin et de Madagascar, Paris 1920.

Mangin: Regards sur la France d'Afrique, Paris 1924.

Mangin: La Force noire, Paris 1910.
Marabini: Le problème France-Italie, Paris 1931.
Mérignhac: Législation et économie coloniales, Paris 1925.
Ministère des Colonies, Budget 1930, Paris 1930.
Ministère de la Guerre, Budget 1930, Paris 1930.
Ministère de l'Air, Budget 1930, Paris 1930.
Nguyen-Ai-Quoc, Le procès de la colonisation française. I. série: Moeurs coloniales, Paris 1926.
Nguyen-an-Ninh, La France en Indochine, Paris 1925.
Pelletier-Rouband: Images et réalités, Paris 1931.
Petit, Histoire de la France, Paris 1916.
La Politique coloniale de la France. Conférences organisées par la Société des anciens élèves de l'Ecole libre des Sciences politiques, Paris 1923.
Renseignements généraux sur le commerce des colonies, édités par l'Agence générale des Colonies, Ministère des Colonies, Paris 1925/26
Roubaud: Vieth-Nam, Paris 1931.
Runner: Droits politiques des indigènes coloniaux, Paris 1927
Sarraut: Grandeur et servitude coloniales, Paris 1931.
Tarde: La France d'aujourd'hui, Paris 1927.
Tardieu: L'épreuve du pouvoir, Paris 1931.

Zeitschriften u. a.:

L'Europe Nouvelle. — L'Afrique Française. — Revue du Pacifique. — La Quinzaine Coloniale. — L'Asie Française. — Le Mois colonial. — L'Océanie Française. — La Géographie. — L'Economiste Français. — La Méditerranée. Les Annales coloniales. — La Correspondence d'Orient u. a. m.